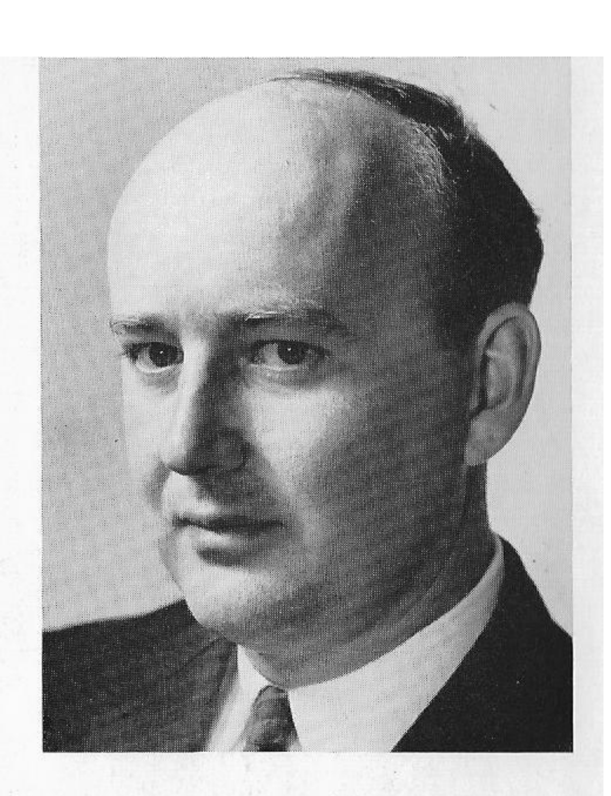
Caspar Schrenck-Notzing

Charakterwäsche

Die amerikanische Besatzung in Deutschland und ihre Folgen

Seewald



Caspar Freiherr von Schrenck-Notzing wurde am 23. Juni 1927 in München geboren. Er entstammt dem einzigen noch blühenden der alten Ratsgeschlechter dieser Stadt. Der Zufall fügte es, daß er in den letzten Kriegsjahren nicht in den damals gängigen Ideen sondern in der liberal-pazifistisch-föderalistischen Ideologie eines F. W. Foerster unterrichtet wurde. Er schritt so wohlvorbereitet über die Schwelle des Jahres 1945. Nach einem Studium der Geschichte und Soziologie begann er sich mit Fragen der politischen Ideengeschichte und der Weltpolitik zu befassen, wobei er sich auf Asien spezialisierte. 1961 erschien sein Buch »Hundert Jahre Indien – Die politische Entwicklung von 1857 bis 1960« (W. Kohlhammer Verlag, Stuttgart). Die Beschäftigung mit den Auswirkungen der europäischen Herrschaft in Asien brachte ihn auf den Gedanken, vergleichbaren Vorgängen in der deutschen Zeitgeschichte nachzugehen.

Die Gehirnwäsche — besonders aus Rot-China bekannt — überwindet den Widerstand, den der einzelne der völligen politischen Indoktrination entgegensetzt, durch die Anwendung psychologischer Techniken. Die Charakterwäsche ändert die Einstellung einer Gruppe oder eines ganzen Volkes durch die Anwendung sozialpsychologischer Techniken. Im größeren Maßstab ist die Charakterwäsche bisher erst ein einziges Mal erprobt worden — in Deutschland nach 1945.

Der unabhängige, mit deutscher Zeitgeschichte intim vertraute Autor hat als erster die amerikanischen Quellen nach diesen Zusammenhängen durchforscht und bisher unbekannte Materialien ans Licht gebracht. Er zeigt, daß es neben der einen »harten« Frieden fordernden Morgenthau-Richtung und den einen »weichen« Frieden empfehlenden sozialistischen Strukturreformern eine dritte Richtung in der Deutschlandpolitik der amerikanischen Liberalen gab. Die Vertreter dieser dritten Richtung glaubten, daß der Nichtabschluß eines Friedensvertrages einen langfristigen Umbau des deutschen Volkscharakters ermöglichen werde. Der Autor verfolgt die Charakterreformer von ihrem ersten Auftreten in Frankfurt am Main um 1930 über ihre Einflußnahme auf die amerikanische Psychiatrie und ihr Wirken in der Psychologischen Kriegführung bis zu ihrer Festsetzung in der Informationskontrolle der Militärregierung und der durch diese — u. a. mit Hilfe des Lizenzsystems und politologischer Lehrstühle an den Universitäten — aufgebauten deutschen öffentlichen Meinung der Gegenwart.

Nach der durch den Ost-West-Konflikt verursachten Atempause der relativ freien fünfziger Jahre bewirkte die »Wiederkehr Roosevelts« seit dem Wendejahr 1958/59 nicht nur ein Wiederzusammenfinden der alliierten Kriegskoalition, sondern auch eine Renaissance ihrer Begleitideen. Seither beherrschen die alten Schlagworte der Charakterreformer zunehmend die öffentliche Diskussion. Der Schutz gegen propagandistische Angriffe, den die Amerikaner der Bundesrepublik gewährt hatten, wurde von Kennedy und seinen Beratern fallengelassen. Eine einseitige »Vergangenheitsbewältigung« setzte ein. Die Bundesrepublik geriet in eine geistige und politische Krise, die noch andauert und die gleich große Gefahren für die Freiheit des einzelnen wie für die Existenz des westdeutschen Staates mit sich bringt.

Schrenck-Notzing, Jahrgang 1927, schildert diese Zusammenhänge als Vertreter der jungen, vom Nationalsozialismus unbelasteten Generation mit der Sachlichkeit des von Vorurteilen und Komplexen völlig freien Historikers. Er hat den Mut gehabt, mit diesem Buch ein hintergründiges und alarmierendes Kapitel der Zeitgeschichte aufzuschlagen, mit dem sich bis heute kein anderer deutscher Wissenschaftler einzulassen wagte.

Seewald Verlag Stuttgart

Caspar Schrenck-Notzing

Charakterwäsche

Die amerikanische
Besatzung in Deutschland
und ihre Folgen

Seewald Verlag
Stuttgart

Schutzumschlag und Einband von Heia Seewald. Umschlagfoto von Anita Schmidt, Starnberg. Gesamtherstellung bei Wilhelm Röck, Weinsberg. Gesetzt in der Linotype Garamond Antiqua. Printed in Germany.

Inhalt

Die Wiederkehr Roosevelts

CONIUGI CARISSIMAE

Vorwort

Von den «Männern, die für uns begannen», ist mittlerweile genügend die Rede gewesen. Es mag eingeräumt werden, dass derlei Euphemismen bei Ordensverleihungen und Beisetzungsfeierlichkeiten einen willkommenen und dem Anlass entsprechenden Beitrag zu liefern vermögen. Doch sollte darauf geachtet werden, dass Festesfreude und Abschiedsschmerz nicht das eindeutige Verhältnis von Ursache und Wirkung auf den Kopf stellen. Seitdem der psychoanalytische Jargon zu unserer Umgangssprache geworden ist, wird häufig von Tabus gesprochen. Das Zentraltabu des heutigen Deutschland in allen seinen Teilen ist das der besatzungsgeschichtlichen Ursprünge und Hintergründe unserer Gegenwart. Es zwingt uns, auf die – den Founding Fathers nachgebildeten – Väter der «jungen» Demokratie zu blicken, ohne nach eventuellen Zeugungshelfern zu fragen.

Dass die Besatzungsgeschichte[1] den weissen Fleck auf der Landkarte der deutschen Zeitgeschichte bildet, ist keinesfalls auf die Unzulänglichkeit der Quellen zurückzuführen. Mag das eine oder andere Schlüsseldokument, insbesondere aus dem Bereich der sowjetischen Besatzungspolitik, noch nicht zugänglich sein, so reicht das vorhandene Material doch für eine lebenslängliche Beschäftigung mit ihm vollständig aus. Die Akten der amerikanischen Militärregierung und die Akten der Civil Affairs Division des Department of War liegen im World War II Records Center in Alexandria (Va.), einem

Vorort von Washington. Noch im Februar 1964 wurde dort dem Verfasser von den Archivaren versichert, dass sie bisher noch keinen Deutschen zu Gesicht bekommen hätten. Die bewiesene zeitgeschichtliche Abstinenz ist ein Akt der Vorsicht. Denn noch wird das Rezept gesucht, das die reibungslose Einordnung der Besatzungsgeschichte in das volkspädagogisch erwünschte Geschichtsbild ermöglichen soll. John Gimbel, der amerikanische Historiker der Besatzung in Marburg, schrieb im Mai 1965: «Wir wissen wohl, dass die Besatzung wichtig ist, aber mangels einer hinreichenden wissenschaftlichen Literatur über den Gegenstand wissen wir nicht genau, weshalb sie für das heutige Deutschland wichtig ist[2].» In unseren Breiten hat man es sich angewöhnt, umgekehrt zu prozedieren. Läge eine Sprachregelung zur Frage des «weshalb?» vor, so könnten wir sicher sein, dass die «hinreichende wissenschaftliche Literatur» innerhalb kürzester Frist entstehen würde.

Es ist nicht der Zufall, der die Schritte der deutschen Zeitgeschichtler an Washington vorüberlenkte. Es ist die Vorsicht. Diese ist geboten, da ein Missverständnis den Lichtkegel der öffentlichen Aufmerksamkeit auf die historischen Studien lenkte. Das kam so: Bei der Jagd auf den Sündenbock in den ersten Nachkriegsjahren wäre es geradezu ein übermenschlicher Heroismus gewesen, hätte man darauf verzichtet, den Nationalsozialismus dem jeweiligen Hausfeind in die Schuhe zu schieben, um so durch kleine Retouchen alte Rechnungen zu begleichen. Da machten sich denn auch einige Geistesgeschichtler auf den Weg, um Historiker des 19. Jahrhunderts wie Treitschke, Sybel und Ranke posthum zu inkriminieren. Aus der privaten Fehde wurde ein öffentliches Glaubensbekenntnis. Man meint seither, dass die getätigte Politik irgendwie vom Geschichtsbild abhängen müsse, und zieht daraus den praktischen Schluss, dass es einen politischen Effekt habe, wenn man die Historiker einer Meinungskontrolle unterwirft[8].

Historische Wertungen werden heute mit dem gleichen

dogmatischen Eifer umfochten wie theologische Lehrsätze im 16. Jahrhundert. Es breitet sich behende eine Geschichtsinquisition aus, die bereits daran gegangen ist, historische Forschungen in die beiden Kategorien «volkspädagogisch willkommen» und «volkspädagogisch unwillkommen» (Golo Mann) einzuteilen. Glaubte man einst, dass das Geschick der Völker auf den Schlachtfeldern oder in den Parlamenten entschieden werde, so sieht man es heute durch die Portale der Volkshochschulen schreiten.

Als «volkspädagogisch willkommen» gilt derzeit alles, was irgendwie (im negativen Sinne) mit dem «Dritten Reich» in Verbindung gebracht und somit der «Bewältigung der Vergangenheit» dienstbar gemacht werden kann. Die Wurzeln der Besatzungsgeschichte liegen jedoch in der amerikanischen Innen- und Aussenpolitik, nicht aber in der Geschichte jener Gebiete, die unter dem (derzeit geographischen) Namen Deutschland geführt werden. Dass die Besatzungsgeschichte kaum wesentlich anders verlaufen wäre, wenn es in Deutschland nie eine NSDAP gegeben hätte, ergibt sich schon aus einem Vergleich der amerikanischen Besatzung in Deutschland und Japan[4]. Man tat gut daran, vor Studien zu warnen, durch die man Gefahr lief, die zeitgeschichtliche Erbauungsstunde unversehens in ein Pfeifkonzert zu verwandeln.

Der entschiedene Widerstand gegen die Erforschung der Besatzungsgeschichte bedient sich gerne des besatzungsapologetischen Arguments, dass Theorie und Praxis der Besatzung «nur» eine Reaktion auf Theorie und Praxis des «Dritten Reichs» gewesen sei[5]. Doch ist, wie so oft in der Weltgeschichte, die «Reaktion» ungleich wichtiger geworden als das, worauf sie reagierte. Ihr Anlass ist ausgelöscht, aber die «Reaktion» ist geblieben. Sie ist mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs zur alleinbestimmenden Kraft geworden und hat für Deutschland unter anderem die territoriale Verstümmelung, die Teilung des Rumpfgebietes und dessen Anschluss an verschiedene Besatzungskulturen mit sich gebracht. Führte der nationalsozialistische «Totalitarismus» zur Erfahrung, was es

bedeutete, wenn das innerstaatliche politische Machtzentrum in alle Lebensbereiche einzugreifen vermochte, so sollte eigentlich die Nachkriegsgeschichte lehren, dass die zwischenstaatliche Hegemonie sich nicht auf das Gebiet der Aussenpolitik beschränken lässt, sondern quer durch Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Kultur bis in den Bereich privater Lebensführung hineinwirkt. Der hegemoniale Effekt (Cuius regio, eius ordo socialis – Hans Rothfels) ist uns auch aus anderen Geschichtsepochen bekannt. Neu ist jedoch, dass er wissenschaftlich eingeplant wurde.

Die Lehre von den Chancen der «Stunde Null» gehört wohl zu den sakrosanktesten aller liberalen Dogmen. Deutschland sei 1945 eine Tabula rasa gewesen, auf der die unerhörtesten Dinge hätten eingetragen werden können. Nichts ist falscher. Deutschland war 1945 keine leere, sondern eine dicht beschriebene Tafel. Nur dass die Eintragungen nicht in deutscher, sondern in englischer, russischer und französischer Sprache gemacht worden waren. Die geschichtlichen Dominanten unserer Gegenwart liegen seither weniger in der deutschen als in der russischen und amerikanischen Geschichte. Washington und Lenin sind ungleich mehr Gestalten der Geschichte des heutigen Deutschlands als Bismarck und Friedrich der Grosse. Die Entwicklungen der amerikanischen Innenpolitik spielen für das westliche Deutschland heute eine ähnlich entscheidende Rolle wie vor 60 Jahren die der englischen Innenpolitik für Indien. Der Unterschied ist, dass sich die Inder über diese Situation im Klaren waren und die mit ihr gegebenen Chancen nutzten. Allerdings hat sich seither die Herrschaftstechnik erheblich verfeinert und ist von der Zensur der Antworten zur Suggestion der Fragen fortgeschritten.

Die besatzungsgeschichtlichen Ursprünge unserer Gegenwart sind tabu, und in den von Bonn und Ostberlin aus verwalteten Teilen Deutschlands wird mit gleichem Eifer an der Legende der autonomen Entstehung deutscher Nachkriegsstaaten gearbeitet. In Ostberlin hat man Stadt und Landkreis Schwarzenberg (Sachsen)[6] entdeckt, die im Mai und Juni

1945 in einem toten Winkel zwischen den von russischen und amerikanischen Truppen besetzten Gebieten lagen. Hier hätten ohne Hilfe der Besatzungsmacht «Antifaschisten aus allen Schichten der Bevölkerung unter Führung der Arbeiterklasse ihr Schicksal in die eigenen Hände genommen und eine antifaschistisch-demokratische Ordnung errichtet». Das Gift des Nationalsozialismus sei getilgt, Pessimismus und Ausweglosigkeit verdrängt und die Perspektive eines glücklichen Lebens ohne Faschismus und Krieg eröffnet worden. Bei näherer Betrachtung jedoch schrumpft die ordnungserrichtende Tätigkeit des Schwarzenberger «Bezirksausschusses der Antifaschistischen Bewegung» auf den Versuch zusammen, die Russen zum Einmarsch in den Landkreis zu bewegen, während Landrat und Pfarrer sehnsüchtig nach den Amerikanern Ausschau hielten.

Diesseits der Elbe blieb man nicht zurück. Man malte in zahlreichen Schriften über die Entstehung der politischen Parteien nach 1945 das anheimelnde Bild politischer Biedermänner, die frei versammelt – wie weiland die Eidgenossen auf dem Rütli – schworen, die heimatlichen Fluren zu säubern und eine alt-junge Demokratie zu errichten. Theodor Heuss und Carlo Schmid gelang ohne Zweifel die meisterhafte Verkörperung der wiederbelebten 1848er-Demokratie[7] (oder besser: dessen, was übrigblieb, nachdem man den 48ern im Sinne des jünglingshaften Jugendstils den Volks- und Freiheitsmännervollbart abgeschnitten hatte). Mitten im Wilden Westen der ersten Nachkriegsjahre zauberten sie die Fata Morgana herauf, dass der Dürerbund zur Macht gegriffen habe, um (wenn schon nicht die Einheits-, so doch) die Freiheitsträume der Altvorderen zu verwirklichen. Bonn verwechselten sie mit dem Areopag, auf dem der «Ölzweig» wächst, «den Athene seit je rankt um die Stirne des Mannes, – der seinem Volke die Burg baut und heiligen Tafeln die Satzung – einschreibt, die ihm das Glück vieler Geschlechter verbürgt ...» (Carlo Schmid).

Die Adenauer-Ära hatte manche noch gar nicht recht er-

kannte Meriten. Geistige Klarheit zählte nicht zu ihnen. Die Tagesschau massgebender Meiner, massive transatlantische Interventionen[8] und der arglose Eifer der Pädagogen sind in ihr zu einem Geschichtsbild geronnen, das bis heute so etwas wie den Grundstock der Staatsraison der Bundesrepublik bildet. Dieses Geschichtsbild (das sich etwa aus der von der Bundeszentrale für Politische Bildung herausgegebenen Reihe «Aus Politik und Zeitgeschichte» und den sechs vom Bundesverteidigungsministerium, Abteilung Innere Führung, veröffentlichten Bänden «Schicksalsfragen der Gegenwart» zusammenstellen lässt) ist ein wohlmeinender Versuch einer rationalen Rechtfertigung der nach dem Entstehen der Bundesrepublik und dem Koreakrieg vorübergehend eingetretenen politischen Situation. Dieses Geschichtsbild stand so wenig auf eigenen Füssen wie der Staat, den es deutete. Es muss erwartet werden, dass eine neue weltpolitische Kräfteverteilung nicht zuletzt im Bereiche der Geschichtsbetrachtung zu einer Krise führen wird. Die beinahe halkyonischen Tage der Adenauer-Regierung – Tage eines weitgehenden Burgfriedens – sind vorüber. Je näher die Parteien zusammenrücken, desto weiter wird der Abstand der Geister voneinander. Niemand wird verhindern können (und kaum jemand will es), dass das schrittweise Wiederzusammenfinden der alliierten Kriegskoalition und die weltweite apertura a sinistra die deutsche Meinungsbildung unter zunehmenden Aussendruck stellt. Es ist zu bezweifeln, ob das am Besatzungsspalier hochgezogene Geschichtsbild mit seinen idyllischen Zügen dem stürmisch auffrischenden Ostwind standhalten kann, und der Tag scheint nicht fern, an dem wir aus der Brave New World der Proporz-, UNO- und Gewerkschaftsdemokratie auf die Jahre der Kanzlerdemokratie Konrad Adenauers als auf ein Paradies ungetrübter Geistesfreiheit zurückblicken werden.

Wenn wir in der vorliegenden Schrift des Öfteren den Ausdruck «Liberalismus» verwenden, so folgen wir dem amerikanischen Sprachgebrauch – denn «ohne Amerika würden wir geistig verkümmern» (Marion Gräfin Dönhoff). Wir

beziehen uns also nicht mehr auf die deutsche realpolitische (und horribile dictu: nationale) liberale Tradition von Bennigsen bis Stresemann. Der deutsche Liberalismus ist seither in den tiefen Brunnen der Gefühle gefallen. «Liberal» ist bei uns ein Sammelbegriff für alle Ressentiments und Ideosynkrasien geworden, die als psychische Endmoränen des Zweiten Weltkriegs in unsere Gegenwart hineinragen. Günter Grass (SPD) hat recht: «Die wirklichen Liberalen sitzen längst nicht mehr bei der FDP.» Sie sitzen überall dort, wo ein stilistischer und moralischer Endsieg des Menschen, wie er (ihrer Meinung nach) sein sollte, über den Deutschen, wie er ist, angestrebt wird. Sie sind die ZEITgenossen jener Männer (und Gräfinnen), die so überaus anmutig ihre diesbezüglichen Gefühle pflegen und daraus das Recht ableiten, über das Menu zu bestimmen, das der politische und kulturelle Verbraucher herunterzuschlucken hat, wenn er à jour sein will.

In einem Briefe bemerkt der amerikanische Präsident Jefferson (1743-1826) einmal, dass die Menschen von Natur aus in zwei Parteien zerfielen, in 1. diejenige, die dem Volke misstraue und es fürchte, die alle Gewalt aus seinen Händen nehmen und sie den höheren Klassen anvertrauen wolle; und in 2. diejenige, die sich mit dem Volke identifiziere, die in das Volk Vertrauen setze und es als den redlichsten und sichersten, wenn auch nicht gerade klügsten Verwalter des Gemeinwohls betrachte. Bis vor wenigen Jahren noch griff man im Allgemeinen nicht fehl, wenn man die erstere Partei als die konservative, die letztere (je nach dem lokalen Sprachgebrauch) als die liberale, demokratische oder radikale bezeichnete. Hin und wieder kann man bei uns Meinungen begegnen, die davon ausgehen, dass das liberale Denken freiheitlich und volkstümlich, das konservative hingegen obrigkeitlich-reglementierend und elitär sei. Das Gegenteil trifft auf den heutigen Tatbestand zu, und das hat seine Gründe.

Das Ursprungserlebnis des *neuen* Liberalismus ist nämlich die Entdeckung der Volkstribunen, dass ihnen das Volk davongelaufen ist. Hatte in Frankreich bereits Proudhon (1809

-1865) nach der Wahl des Prinzen Louis Napoleon zum Präsidenten der Republik ausgerufen, wenn Volkes Stimme Gottes Stimme sei, dann müsse Gott am Wahltag betrunken gewesen sein, so glaubten die amerikanischen (Alt-)Liberalen noch bis in die dreissiger Jahre unseres Jahrhunderts an das Volk. Erst während der Weltwirtschaftskrise begann ihnen zu dämmern, dass es Volksbewegungen waren, die von Father Coughlin und «Kingfish» Huey Long angeführt wurden, und dass sie als (Neu-)Liberale gut daran täten, die Mobilisierung der Massen durch Palastintrigen in den Vorzimmern von Macht und Meinung zu ersetzen. Der amerikanische Liberalismus begann sich für das Metternich'sche System zu interessieren[9]. Er stellt sich heute als Hüter von Ruhe und Ordnung, als Vertreter von Vernunft und Mässigung, als Erben der politischen Erfahrung dar und glaubt seinen Gegnern als Schwärmern und Umstürzlern das Etikett der «Radical Right»[10] umhängen zu dürfen. Er ist, wenn man so will, erzkonservativ geworden.

Hat der Liberalismus die Rolle der Beharrungspartei übernommen, so ist der Konservativismus in einer völligen Umkehrung der Fronten zur Bewegungspartei geworden. Dass das Wort «konservativ» noch Assoziationen mit der wilhelminischen Epoche, den nationalen Verbänden der Weimarer Zeit oder den Ideen des 20. Juli hervorruft, sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass ein Prozess der Umbildung in Gang gekommen ist[11]. Der Glaubensschwund in den Reihen der Volkstribune hat dazu geführt, dass der Liberale heute dem Volk gegenübersteht wie einstens der Dëist Gott. Er bedankt sich für die Schöpfung und verbittet sich jede weitere Einmischung seines Schöpfers. Die Konservativen hingegen finden zunehmend ihre Freunde im Volke und ihre Feinde in den tonangebenden Kreisen. Sie beginnen die Defensivstellungen zu verlassen, die sie seit der Französischen Revolution von 1789 bezogen haben. Hatten sie einst auf der ganzen Linie die bestehenden Institutionen verteidigt, aus dem Geiste der Geschichte gerechtfertigt und in scheinbar zufälligen

Erscheinungen einen Sinn gesucht, so kämpfen sie heute gegen den Zwangscharakter gelenkter Meinung, deren Institutionalisierung in einem globalen Establishment und den Versuch, beide durch wissenschaftliche Einkleidung (Psychologie, Soziologie, Politische Wissenschaften) permanent zu machen. Man wird die heutigen Konservativen in der Zahl der Ketzer suchen und bei der Verteidigung des Status quo auf sie verzichten müssen.

Der Liberalismus hat eine Diktatur über den Stil und den Charakter errichtet. Als Arbitres elegantiarum politicarum stellen die liberalen Meiner die Spielregeln für alle auf, wachen über ihre Einhaltung und bestrafen die falschen Zungenschläge. Ihre Ideosynkrasien erheben sie zu Konventionen, ihre privaten Unzulänglichkeiten zu öffentlichen Tugenden. Es wäre fruchtlos, den Männern, die für uns meinen, zu grollen. Sie lesen die Zeichen der Zeit und haben erkannt, dass wir in einer liberalen Epoche leben. Margret Boveri[12] hat einmal festgestellt, dass sich in der amerikanischen Geschichte Perioden von etwa einem halben Menschenalter Dauer ablösen, in denen jeweils ein (übersteigerter) Liberalismus oder ein (übersteigerter) Konservativismus tonangebend sei. Auf die Epoche des Liberalismus unter Roosevelt (1933-1945) folgte die des Konservativismus vom republikanischen Wahlsieg im November 1946 bis zum demokratisch-liberalen Wahlsieg im November 1958. Seither ist Amerika in einen neuen Abschnitt des Liberalismus eingetreten, der, falls alles säuberlich nach der vorgesehenen Ordnung gehen sollte, bis etwa 1970 dauern müsste. Da es das höchste Glück der Deutschen geworden ist, aus zweiter Hand leben zu dürfen, ist mit einer Übernahme des amerikanischen Rhythmus bei uns zu rechnen. Die liberalen Meiner können sich auf eine geraume Frist weiterer Machtausübung freuen. Aber auch der Liberalismus ist kaum gegen das Schicksal gefeit, eines Tages langweilig zu werden und zur Ablösung anzustehen.

Von der democracy zur Demokratie

'Everybody and everything is
democratic in Germany today.'
Herbert Marcuse

Künder des neuen Menschen

Soldaten waren noch immer die besten Missionare. Die arabischen Reiter brachten den Koran, die spanischen Tercios das Christentum und die Rotarmisten den Sozialismus. Auch die amerikanischen GI's mühten sich redlich mit einer Mission ab. Sie waren in der kaum beneidenswerten Lage einer Schauspielertruppe, die bereits auf den Brettern steht, während die Intendanz sich noch nicht über das aufzuführende Stück einig ist. Das Glück der Stunde war jedoch den GI's hold. Was auch immer sie vorbrachten, wurde beifällig aufgenommen. Sie begannen zu spüren, dass es weniger der Inhalt einer Botschaft ist, der zählt, als die Machtstellung, die der Missionar einnimmt oder die man ihm zuschreibt. Und die Machtstellung der amerikanischen Besatzung war recht augenfällig. Der Berichterstatter des «Army Talk», Julian Bach, schrieb: «In Amerikas Deutschland geschieht, was uns passt. Passt es uns, dass die Deutschen verhungern, werden sie verhungern. Passt es uns, dass sie Aluminiumfabriken in die Luft sprengen, werden sie Aluminiumfabriken in die Luft sprengen. Passt es uns, dass sie Thomas Jefferson lesen und Mickey Mouse anschauen, werden sie Thomas Jefferson lesen und Mickey Mouse anschauen.» Die GI's liessen die Deutschen hungern, Aluminiumfabriken in die Luft sprengen, Jefferson lesen, Mickey Mouse anschauen und vergassen nicht, sie zu demokratisieren (to democratize).

Wenn die amerikanischen Soldaten von «democracy» sprachen, beriefen sie sich weniger auf den interalliierten Demo-

kratiebegriff des Potsdamer Abkommens als auf den amerikanischen «way of life», der auch der «democratic way of life» sei. Es gibt Situationen, in denen der Zuhörer wohlweislich vorlaute Fragen zurückhält. So taten die Deutschen, als ob es sie nichts anginge, dass es keine selbstevidente Formulierung der amerikanischen Lebensart gab, die nicht seit anderthalb Jahrzehnten angezweifelt wurde, und kaum eine, die nicht schon begraben worden war. Die eilige Exhumierung der Missionsidee des Amerikanismus bei Kriegsbeginn hatte wenig Zusammenhängendes zutage gefördert und zudem, da sich bei ihr jene Amerikaner besonders hervortaten, auf deren Einbürgerungsurkunden die Tinte noch nicht getrocknet war, die verschiedensten Relikte der politischen Ideenkämpfe Europas als echt amerikanisch ausgegeben.

Die Amerikaner beklagten sich, dass die Europäer in der Demokratie eine Staatsform sähen und nicht begreifen wollten, dass sie vor allem eine Lebensform sei. In der Tat war die «democracy» die Lebensform, die sich an der «frontier» entwickelte. Das Vorrücken der Besiedlungsgrenze nach Westen schuf neue Gemeinwesen, die sich frei von Bindungen an Vergangenes auf die natürlichen Impulse des Menschen und deren freie Entfaltung gründeten. Wie der Engländer sich noch im Dschungel so gibt, als ob er gerade bei einer Tasse Tee vor dem heimatlichen Kaminfeuer fröstelt, so liebt es der Amerikaner, der längst in ein städtisches Büro eingezogen ist, sich immer noch etwas als Grenzer und Pionier zu fühlen. Die Filmindustrie füllt ihre Kassen, indem sie diese Gefühle mit Wildwest-Streifen füttert; selbst die Kriminalität kann sich durch das an der Grenze geübte Faustrecht rechtfertigen.

Doch die Siedlungsbewegung ist in den 90er Jahren des vorigen Jahrhunderts im Wesentlichen abgeschlossen worden. Zu Beginn der Präsidentschaft Roosevelts wurde das letzte Stück freien Landes vergeben. Die stilbildende Realität des Lebens an der Grenze flüchtete sich in die Traumfabriken Hollywoods oder in die Philosophie der «new frontier», wie sie John F. Kennedy entwickelte. Der Ruf zur Freiheit wurde

zum Protestruf gegen die «Sachzwänge» der industrialisierten, verbürokratisierten und verwissenschaftlichten Gesellschaft, der im Objektivismus einer Ayn Rand[1] seinen bisher radikalsten Ausdruck fand. Doch der artifiziellen Grenzer-Demokratie gelang es noch ein letztes Mal durch missionarische Ausbreitung ihre Lebensfähigkeit unter Beweis zu stellen.

Wenige Kriegsjahre genügten, um die Amerikaner schnell und gründlich vergessen zu lassen, dass sie mitten in einer inneren Krise, einer Umwertung aller amerikanischen Werte gesteckt hatten, als sie zur Weltmacht griffen. Das Ende dieser Krise wurde durch eben jene militärische Expansion herbeigeführt, der die GI's ihren Aufenthalt in Afrika, Asien und Europa verdankten. Die amerikanische Krise hatte eine Lösung gefunden, die das Verhältnis von Innen- und Aussenpolitik, das die GI's als «demokratisch» lehrten, genau auf den Kopf stellte. Denn wenn die Europäer der Lehre von der «democracy» einen Inhalt abzugewinnen versuchten, der über ein allgemeines Bekenntnis zum Guten, Wahren und Schönen hinausging und nicht nur für Amerika Gültigkeit haben sollte, so fanden sie ihn im Primat der Innenpolitik, einem Primat, der sich aus der (bis zum Ersten Weltkrieg) geringen aussenpolitischen Belastung der Vereinigten Staaten von selbst ergeben hatte. Die Europäer rechneten sich aus, dass die Amerikaner mit ihrer Landung in der Normandie auch die aussenpolitische Sorgenlast des alten Kontinents übernommen hatten und dass nunmehr sie diejenigen waren, die Ferien von der Aussenpolitik machen durften. Der Tausch von Staatsform gegen Lebensform schien ihnen kein schlechter zu sein.

Das Wohlwollen, das der Verkündigung der «democracy» (wie andernorts natürlich auch dem «Kurzen Lehrgang der Geschichte der KPdSU (B)») entgegengebracht wurde, hatte weiter damit zu tun, dass die staatliche Ordnung in Europa schon lange unterhöhlt und schliesslich in einem beinahe völligen Zusammenbruch aufgelöst worden war. Bei diesem Zu-

sammenbruch hatten sich Missionsideen aufgebraucht, denen gegenüber die amerikanische bescheiden und der «Kurze Lehrgang» nüchtern wirkte. Es herrschte verbreitet das Gefühl, dass es vor allem weiterzuleben gelte – unter welchen Bedingungen auch immer. Das nackte Sein war ungleich wesentlicher als jedes moralische Sollen. Der aus Ruinen auferstehende praktische Sinn riet, die Formulierung der politischen Begriffe und Prinzipien denen zu überlassen, die über die Macht verfügten, sie auch durchzusetzen – und das waren allein die Besatzungsmächte in Ost und West. Man verwendete die neuen Begriffe (warum auch nicht?) und gab ihnen eine praktische Wendung. Die tragikomische Folge war, dass fünfzehn Jahre später eine Jugend heranwuchs, die die Ideen, mit denen man sich auf diese Weise arrangiert hatte, wortwörtlich zu nehmen und zu «bewältigen» begann.

Das deutlichste Zeichen des Untergangs der staatlichen Ordnung in Europa war gewesen, dass an die Stelle des Staatsmannes der Künder eines neuen Menschen[2] trat. Auf den Trümmern des Zarenreiches hatte Leo Trotzki (1879-1940) die Geburt des *neuen* Menschen verkündet. Der Körper des neuen Menschen werde harmonischer, seine Stimme musikalischer sein. Eine dynamische Theatralik werde alle seine Gesten durchdringen. Der sowjetische Durchschnittsmensch werde auf dem Niveau eines Aristoteles, Goethe, Marx stehen. Darüber würden sich neue Gipfel erheben, für die es aus der bisherigen Geschichte keine Vergleiche gebe. – Auf dem Balkon des Palazzo von Fiume hatte Gabriele d'Annunzio (1863-1938) den Arm zum römischen Gruss gereckt und seinen Legionären die erste faschistische Losung zugerufen: «Eia, Eia, alalà – viva l'amore!» Am 8. September 1920 hatte der Commandante die neue Verfassung von Fiume verkündet, nach der die Berufe in neun Korporationen eingeteilt wurden. Die Zehnte Korporation hingegen werde durch eine immer brennende Lampe im staatlichen Heiligtum repräsentiert und dem unbekannten Genie, der Heraufkunft des *neuesten* Menschen, der idealen Transfiguration der Arbeit

geweiht (Art. 19). Die Musik sei eine religiöse und soziale Institution. Aus ihren Pausen bilde sich das Schweigen der Zehnten Korporation (Art. 64).

Am Fusse der Alpen hatte der Dichter und Journalist Kurt Eisner (1867-1919) geprahlt, dass er keine acht Stunden gebraucht habe, um die 800jährige Dynastie der Wittelsbacher vom Throne zu stürzen. Der Revolutionsheld hatte unverzüglich vom Kgl. Nationaltheater Besitz ergriffen und («die Herzen wie rote Fackeln tragend und erleuchtend den dunklen Wolkenpfad der Götter») seinen Triumphgesang von den Brettern schallen lassen: «Da mussten die Bleichen den Schreitenden weichen. – Du Volk wurdest erweckt, – der Tod war besiegt.» Die Erweckten stiessen die Türen zum Ratsgemach auf und forderten lärmend eine *neue* Politik. Deutschland erwachte, und die *neue* Politik kam. Die amerikanischen Truppen ebneten bei ihrem Einmarsch wie eine Planierraupe die kläglichen Reste einer neuen Ära ein. Der freie Raum war geschaffen, in dem nunmehr Sauerkraut verzehrende Siedler in Bürgerversammlungen und Forumsdiskussionen eine democracy, in der sich ihre natürlichen Impulse frei entfalten würden, begründen sollten.

Doch auch die Vereinigten Staaten hatten eine Fahrt ins Ungewisse angetreten. Nicht im August 1914, als die Geschütze, sondern am 24. Oktober 1929, als die Banken zu krachen begannen. Die amerikanische Gesellschaft, deren way of life ohne Prosperität nicht denkbar war, wandte dem Kult des Erfolgs und der Anbetung des rauhen Individualismus den Rücken und setzte alles auf die eine Karte des Wechsels. Der August 1914 hatte einen inappellablen Richterspruch über Weisheit und Führungsqualitäten der europäischen Staatsmänner gefällt. Der Oktober 1929 hielt Gericht über die Wirtschaftskapitäne, die bis dahin das amerikanische Staatsschiff gesteuert hatten.

Die Wirtschaftskrise von 1929 setzte auch in den Vereinigten Staaten die politischen Sekten[3] in Marsch. Diese verkündeten nicht (wie in Europa) die Wiedergeburt dieser oder jener

vergangenen Epoche, da ja gerade der Abschied von der bisherigen Geschichte der Eckstein des amerikanischen Mythos war. Dafür fanden volkswirtschaftliche Quacksalber für ihre Wunderkuren offene Ohren. Der Arzt Francis Townsend forderte für jeden Bürger (mit Ausnahme der Berufsverbrecher) eine monatliche Pension von 200 Dollar, mit der Massgabe, dass diese innerhalb eines Monats im Lande aufzuzehren sei. Die älteren Arbeitnehmer würden so den jüngeren Platz machen, die Arbeitslosigkeit wäre auf einen Streich besiegt. 1‘200 Townsend-Clubs sammelten 10 bis 25 Millionen Unterschriften für das Projekt des philanthropischen Doktors. Während in Italien der Faschismus die «Giovinezza» im Frühling ihrer Schönheit besang, bliesen in Amerika nach Eisschränken fiebernde Greise zum Sturm aufs Kapitol.

Die Townsend-Bewegung wurde von der «Schinken- und Eier»-Bewegung kopiert, die in ihrer Parteizeitung «National Ham and Eggs» eine monatliche Pension von 120 Dollar für alle über 50jährigen forderte. Die «Utopian Society» unter E. J. Reed gar verstieg sich zu dem kühnen Slogan «Wohlstand für Alle», der ihr eine Million Anhänger einbrachte. Father Coughlin, der Kämpfer gegen die vier apokalyptischen Reiter Morgan, Mellon, Mills und Meyer schrieb in der Turmspitze der Little-Flower-Kirche seine politischen Radio-Predigten, während ein i5oköpfiger Stab die ein treffende Post (bis zu einer Million Briefe in der Woche) sichtete. An der Spitze einer «National Union for Social Justice» predigte der Father die Beendigung der Arbeitslosigkeit durch Ausgabe beträchtlicher Mengen von Papiergeld und Befolgung der päpstlichen Sozialenzykliken. Der Gouverneur von Louisiana, «Kingfish» Huey Long, prägte für die 9 Millionen Anhänger seiner «Share-the-Wealth»-Bewegung die Schlagworte «Teilt den Reichtum!» und «Jedermann ein König». Durch eine konfiskatorische Vermögenssteuer sollte das Volksvermögen umverteilt werden, wobei für jede Familie bis 5’000 Dollar abfallen würden.

Die Intellektuellen wahrten solchen Massenbewegungen gegenüber den standesgemässen Abstand. Wer sich zu den Eggheads zählte, studierte vielmehr die technokratische Lehre von Howard Scott[4]. Diese besagte, dass der Mensch in der Lage sei, «durch vollständige Anwendung seiner Kenntnisse das Eintreten eines vorausbestimmbaren Zustands für einen kontinentweiten sozialen Mechanismus gewährleisten zu können». Es sei nur nötig, das gesamte Denken konsequent auf der Physik und deren Anwendung in der Ingenieurswissenschaft aufzubauen, was umso leichter fallen werde, als alle übrigen Wissenszweige sowieso nur aus wertlosem europäischen Plunder bestünden. Kaum war die neue volkswirtschaftliche Heilslehre formuliert, als sich schon die Professoren von Harvard an die kontinentweite Erfassung der amerikanischen Produktivkräfte nach Scott'schen Rezepturen machten.

Von New Deal zu New Deal

An Heilsrezepten für jeden Geschmack war kein Mangel, doch wurde das krisenschwangere Amerika 1933 weder von einer neuen Lehre entbunden, noch von einer neuen Partei, sondern von einem Führer. Franklin Delano Roosevelt[5] verkörperte keine Lösung, der man zustimmte, sondern eine Stimmung, der man sich hingab. Amerika war vom Wunsch besessen, dass alles anders werden sollte und hatte von Hoovers Versicherungen, dass die Prosperität «gleich hinter der nächsten Ecke» warte, nachgerade genug. Musste nicht die Wahl Roosevelts die Wendung zum Besseren bringen, wenn sein Gegenkandidat Hoover so eindeutig den Stillstand repräsentierte?

In dieser Stimmung geschah es, dass ein Karikaturist aus der Annahmerede Roosevelts für die demokratische Präsidentschaftskandidatur die beiläufige Formel «New Deal»[6] her-

ausfischte. Ein New Deal, ein Neuverteilen der Karten, liess in seiner Unbestimmtheit den Arbeitslosen Arbeit, den Farmer höhere Preise, den Arbeiter höheren Lohn, den Unternehmer Aufträge erhoffen. Das Verteilen der Karten weckt allenthalben Hoffnung – erst beim Ansehen kommt die Erkenntnis, dass das Spiel nicht nur aus Assen besteht. Es ist nicht weiter verwunderlich, dass mit dem Terminus New Deal die verschiedensten, einander ausschliessenden Massnahmen bezeichnet wurden. Der Braintruster Moley meinte später, dass, wer in diesen Massnahmen einen einheitlichen Plan erkenne, demjenigen gleiche, der die Ansammlung von ausgestopften Schlangen, Turnschuhen und Chemiekästen im Zimmer eines Buben für das Werk eines Innenarchitekten halte. Gemeinsam war den verschiedenen New Deal-Massnahmen die Abkehr von der durch Hoover symbolisierten alten Ordnung; gemeinsam war ihnen nicht minder, dass sie für Roosevelt die Stufen zum Erreichen persönlicher Macht, zur Errichtung eines persönlichen Regimes bildeten.

Unmittelbar nach dem 5. März 1933, an dem Roosevelt als 32. Präsident der Vereinigten Staaten eingeschworen wurde, begann eine Sondersitzung des Kongresses, der das Reformwerk der «hundert Tage» – den New Deal Nr. 1 – verabschiedete. Amerika kehrte der Welt den Rücken. Roosevelt sprengte im Juli 1933 die von Hoover angeregte Welthandelskonferenz in London und wandte sich dem ökonomischen Nationalismus, der Autarkie, zu. Der Goldstandard des Dollars wurde beseitigt. Die «Hundert Tage» stampften eine unübersehbare Zahl neuer Behörden aus dem Boden – «Roosevelts ABC» genannt. Eine AAA sorgte für die Einschränkung der landwirtschaftlichen Produktion, eine CCC für den freiwilligen Arbeitsdienst, eine PWA für die Arbeitsbeschaffung, eine NRA für die Zusammenfassung der Wirtschaftsunternehmen in faschistischen Korporationen nicht unähnlichen Zusammenschlüssen.

Aus der Partnerschaft von Armee, Regierung und privater Wirtschaft bei der Mobilisierung des amerikanischen Kriegs-

potentials im Ersten Weltkrieg stammten die Methoden einer zentralen Lenkung der Wirtschaft. Roosevelt rief in pseudomilitärischer Terminologie zum Kampf um die Gesundung der Wirtschaft auf. Leiter der wichtigsten Buchstabenbehörde, der NRA, wurde General Johnson, der im Ersten Weltkrieg Verbindungsmann zwischen der Armee und Bernard Baruchs War Industries Board gewesen war. Der New Deal Nr. i verachtete den freien Wettbewerb und die diesen rechtfertigenden naturrechtlichen Theorien. Er begrüsste die Konzentrationen in der Wirtschaft und suspendierte die Anti-Trust-Gesetzgebung. Der Markt als Zentrum der Wirtschaft und das Spiel von Angebot und Nachfrage galten als fromme Märchen. 2'000 Männer hätten stets Produktion und Preise diktiert. Monopole und Oligopole seien nicht die Ausnahmen, sondern die Regel gewesen. Damit habe man sich eben abzufinden. Die staatlichen Behörden und die 2'000 Männer der Privatwirtschaft hätten das gleiche Interesse an der Wiedergesundung der Wirtschaft. Ihre Zusammenarbeit sei das Gebot der Stunde. Auch die Gewerkschaften wurden in die Arme der grossen Partnerschaft geschlossen. Der § 7 (a) der NIRA gestand ihnen kollektive Arbeitsverträge zu und berief sich dabei auf die Erfahrungen des War Labour Board. Streiks waren wie in Kriegszeiten streng verpönt.

Die NRA arbeitete für jeden Beruf bis hin zu dem des Hundefriseurs einen eigenen Code aus, der Preise, Qualitäten und Mengen der Produktion regelte. Wer sich zur Einhaltung des Codes verpflichtete, bekam einen Blauen Adler verliehen, den er auf seinen Briefkopf drucken oder in sein Schaufenster stellen konnte. Wer sich nicht verpflichtete, erhielt Drohbriefe. Die Produktion wurde besonders in der Landwirtschaft gedrosselt. Baumwollfelder wurden umgepflügt. Millionen Ferkel wurden abgestochen – einige entkamen dem Gemetzel und rannten quiekend durch die Strassen Chicagos, gefolgt von auf gescheuchten Tierfreunden. Die Zahl der Striptease-Nummern pro Nachtlokal wurde auf

vier beschränkt. Das Symbol des Blauen Adlers war allgegenwärtig. Es schwebte über den Kolonnen des amerikanischen Volkes, das in gewaltigen Paraden durch die geschmückten Strassen zog und sich zur nationalen Erhebung bekannte.

Doch aus heiterem Himmel fiel der Blitz. Am Schwarzen Montag, dem 27. Mai 1935, erklärte der Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten ein gegen den New Yorker Hühnerschieber Schechter auf Grund der Gesetzgebung des New Deal Nr. 1 ergangenes Urteil für verfassungswidrig. Das Gesetzgebungswerk der «Hundert Tage» verstiess gegen die Verfassung, und das Gebäude des New Deal Nr. 1 brach lautlos zusammen. Nach wenigen Tagen sprachen in Roosevelts Buchstabenbehörden die Gebrauchtmöbelhändler vor. Hatte im Obersten Gerichtshof der Justice Louis Brandeis den New Deal Nr. 1 mit zu Fall gebracht, so stand währenddessen sein Schüler und Freund Felix Frankfurter an Roosevelts Seite. Er erklärte dem in Wirtschaftsfragen nicht ganz sattelfesten Präsidenten, dass nunmehr die Partnerschaft zwischen Regierung und Privatwirtschaft gescheitert sei. Könne man nicht mit der Industrie regieren, müsse man eben gegen sie regieren. Die Stunde für strukturelle Veränderungen im wirtschaftlichen und sozialen System der Vereinigten Staaten sei gekommen. Soziale Gerechtigkeit gebiete, die Grossen zu kürzen und die Kleinen zu verlängern.

New Deal Nr. 2 wurde zum glatten Gegenteil von New Deal Nr. 1. Seine gesetzliche Basis bestand aus einer Steuergesetzgebung, einer Sozialgesetzgebung und einer Bankgesetzgebung. Es wurde zum Sturm auf die Bastille der Wall Street geblasen. Roosevelt rief zum zweiten Unabhängigkeitskampf auf, wenn er von den «ökonomischen Royalisten» sprach, die Amerika beherrschten. Die Gegner Roosevelts wetterten jedoch zu Unrecht gegen eine sozialistische Wendung, eine «Rötung» des Präsidenten. New Deal Nr. 2 strebte vielmehr die Wiederherstellung des idealen Modells eines kapitalistischen Marktes an, der nicht so sehr durch die Verstaatlichung als durch die Konzentration in Trusten und

Monopolen und durch die Manipulationen der Banken gefährdet sei. In neoliberalem Geiste bewegte sich Roosevelt auf die soziale Marktwirtschaft zu. Für den Liberalismus, der im New Deal Nr. 2 zum Zuge kam, war die staatliche Intervention kein Selbstzweck. Sie war ein Gegengewicht gegen die kumulierte Macht der privaten Wirtschaft. Die Diktatur der Behörden spielte bei den amerikanischen Liberalen eine ähnliche Rolle wie die Diktatur des Proletariats bei den russischen Kommunisten. Sie war ein vorläufiges Hilfsmittel, um den zukünftigen Zustand machtfreier Harmonie zu ermöglichen.

New Deal Nr. 2 gelang es zwar, ein liberales Programm zu formulieren, nicht jedoch die darniederliegende amerikanische Wirtschaft vom Boden zu heben. Noch zu Beginn seiner zweiten Amtsperiode Anfang 1937 hatte Roosevelt pathetisch auf das Drittel der Nation hingewiesen, das schlecht wohne, sich schlecht kleide und schlecht ernährt sei. Aber statt einer neuen Sozialgesetzgebung, die man erwartete, zog der Präsident eine Attacke auf den Obersten Gerichtshof, mit der niemand gerechnet hatte, aus dem Zylinder. Roosevelt, vor dessen Selbstbewusstsein nach seinem grossen Wahlsieg von 1936 die verfassungsmässigen Grenzen seiner Macht verblassten, fiel das englische Paradigma der Ausschaltung einer Opposition im Oberhaus durch Neuernennung von Pairs – Pairsschub – ein. Er ging daran, die Zahl der Richter des Obersten Gerichtshofes durch einen Richterschub über neun hinaus zu erhöhen und sich so den Obersten Gerichtshof gefügig zu machen. Der plebiszitäre Rausch seines Wahlsiegs hatte den raffinierten Kenner der amerikanischen Parteitaktik in eine Falle gelockt. Die Führer der Demokratischen Partei versagten ihm einer nach dem anderen die Gefolgschaft. Nur noch von einer kleinen Gruppe von New Deal-Liberalen unterstützt, musste Roosevelt eine Niederlage quittieren, die ihm für die Zukunft den Geschmack an der amerikanische Innenpolitik verdarb. Aus dem Richterschub wurde nichts.

Roosevelts politisches Ansehen hatte mit dem Richterschubdebakel seinen tiefsten Punkt noch nicht erreicht. Der Herbst 1937 brachte für Amerika nach einer vorübergehenden wirtschaftlichen Erholung eine neue Depression. Die Arbeitslosenziffer kletterte auf 8-9 Millionen. Hatte man die Depression von 1929 die Hoover-Depression genannt, so begann man jetzt von der Roosevelt-Depression zu raunen. Der Präsident sah sich nach einem Ausweg um und beriet mit seinem Freunde Morgenthau, ob es nicht besser sei, den Republikanern die Regierung zu überlassen, damit diese sich an der scheinbar unüberwindlichen Depression die Zähne ausbissen, und die Demokraten dann 1944 aus der Opposition in die Regierung zurückzuführen. Doch es zeichnete sich eine andere Lösung ab, als aus der Schiesserei an der Marco-Polo-Brücke im Juli 1937 ein unerklärter japanisch-chinesischer Krieg hervorging. War nicht die Aussenpolitik das Feld, auf dem glücken musste, was in der Innenpolitik so kläglich misslungen war? Hier konnte der Präsident seine Talente entfalten, ohne dass die Greise des Obersten Gerichtshofes das Erreichte zunichte machten. War nicht die Aussenpolitik das natürliche Sprungbrett eines ehrgeizigen Präsidenten? Und war Roosevelts Isolationismus nicht mehr ein Mittel der Parteitaktik gewesen, während die Weltpolitik eine Herzenssache des Amateurgeographen und leidenschaftlichen Briefmarkensammlers war? Allzu vieler äusserer Anstösse bedurfte es nicht, um aus dem Isolationisten Roosevelt von 1933 den Interventionisten Roosevelt von 1939 zu machen.

Am 5. Oktober 1937 liess Roosevelt mit der Quarantäne-Rede in Chicago den ersten Versuchsballon einer neuen weltpolitischen Orientierung[7] aufsteigen. In vagen Andeutungen formulierte der Präsident, dass unschuldige Völker und Nationen der Gier nach Macht und Vorherrschaft grausam geopfert würden. Wenn die Landmarken und Traditionen, von denen der zivilisatorische Fortschritt bezeichnet werde, irgendwo hinweggefegt würden, dann könne Amerika nicht hoffen, verschont zu bleiben. Wie man einen Seuchenkran-

ken unter Quarantäne stelle, damit er keinen weiteren Schaden stifte, so müssten die friedliebenden Völker sich zusammenschliessen, um die Aggressoren zu isolieren. In kleinerem Kreise erläuterte Roosevelt wenig später, dass er seine Mission darin sehe, «die Leute merken zu lassen, dass der Krieg eine grössere Gefahr bildet, wenn wir Fenster und Türen verschliessen, als wenn wir auf die Strasse gehen und unseren Einfluss benutzen, um den Krawall niederzuhalten». Wie immer die Quarantäne-Rede interpretiert wurde, niemand war im Zweifel, dass Roosevelt mit ihr das Band zerschnitt, das ihn mit den (alt-)liberalen Isolationisten, die ihn an die Präsidentschaft gebracht hatten, verknüpfte.

Roosevelt nahm Kurs auf die amerikanische Intervention in die Streitigkeiten Europas und Asiens. 15 Monate nach der Quarantäne-Rede war die Wandlung Roosevelts mit der Botschaft an den Kongress vom Januar 1939 abgeschlossen. Roosevelt erklärte, den New Deal nicht fortführen, sondern fürderhin seine gesamte Aufmerksamkeit der Aussenpolitik zuwenden zu wollen. Der Präsident sah sich im neuen Kongress einer Majorität von New-Deal-feindlichen Republikanern und Südstaaten-Demokraten gegenüber. Die Kapitulation des New-Dealers Roosevelt sollte dem Weltpolitiker Roosevelt im Kongress jene Mehrheiten sichern, die er brauchte, um sich allmählich aus den ihn in seiner aussenpolitischen Handlungsfreiheit beengenden Fesseln der Neutralitätsgesetze zu befreien. Roosevelt kannte jedoch die mannigfachen Hindernisse, die zu überwinden waren, bevor Amerika in überseeische Kriege eintreten konnte, besser als manche seiner ausländischen Freunde, die sich im Zahlungstermin Roosevelt'scher Verpflichtungen verschätzten und nicht begriffen, warum, wie Sir Samuel Hoare einmal formulierte, die amerikanische Politik am Vorabend des Zweiten Weltkriegs «zielgenau, aber wenig verbindlich» bleiben musste.

Die weltpolitische Phase der Politik Roosevelts war durch ein Abstoppen des innenpolitischen Reformprogrammes, das gemeinhin als New Deal bezeichnet wurde, erkauft worden.

Doch hatte sie mit den ersten beiden New Deals manches gemeinsam. Wie sie war sie eine Abkehr von der alten Ordnung und eine Stufe zur Errichtung eines persönlichen Regiments durch Roosevelt. Wie sie stützte sie sich auf Ideen, die von den gewohnten abwichen, und gab Männern Einfluss, die mit hergebrachten Massstäben nicht zu messen waren. Die Phase des Interventionismus und der Weltpolitik kann so als New Deal Nr. 3 bezeichnet werden.

Roosevelts Hausmacht

Die politischen Kräfte[8], die sich um Roosevelt wie um einen Magneten gruppierten, waren keinesfalls identisch mit der traditionellen Gefolgschaft der Demokratischen Partei. Die parteiinternen Gegner des Präsidenten waren überzeugt, für eine konstitutionelle repräsentative Regierung und gegen verfassungswidrige massendemokratische Tendenzen zu kämpfen. Ihre löbliche Vertrautheit mit der aus dem ausgehenden 18. Jahrhundert stammenden Verfassung war jedoch ihrem Verständnis der soziologischen Umschichtungen des 20. Jahrhunderts überlegen. Die WASP (White Anglo-Saxon Protestants), deren selbstverständliche Domäne das politische Leben bis dahin gewesen war, trafen auf die zunehmende Konkurrenz der ost- und südeuropäischen, katholischen, jüdischen und farbigen Gruppen. Es kam zu Tage, dass die Minoritäten wenn nicht die Majorität, so doch den wahlentscheidenden Faktor bildeten. Ihre Unterstützung Roosevelts gab den Minoritäten einen Platz an der politischen Sonne. Seine Förderung der Minoritäten ermöglichte Roosevelt sein persönliches Regime.

Neben den ethnischen und religiösen Minoritäten leistete auch die charakterliche Minorität der Intellektuellen Roosevelt willige Gefolgschaft. Die Ausdehnung der staatlichen Tätigkeit, die Schaffung neuer Behörden liess die Intellek-

tuellen Verdienst, die Diskreditierung des hemdsärmeligen Unternehmertums Prestige erhoffen. Auf den Universitäten meldeten sich Studenten, die nicht mehr Business Management, sondern Brain Trust studieren wollten. Die Intellektuellen verteilten nicht nur New-Deal-Gelder, sie strichen sie auch ein. Hopkins' NRA beschäftigte 3'000 Schriftsteller mit bisweilen recht absonderlichen Aufträgen. Die Intellektuellenhilfe verschaffte zwar Roosevelt den Rückhalt einer besonders artikulierten Gruppe, hinterliess als umstrittenster Punkt des Arbeitsbeschaffungsprogramms jedoch einen seither stets virulenten Antiintellektualismus[0].

Die unbestimmte Gärung in den Volksmassen und die bestimmteren Ambitionen einzelner Gruppen waren das Fundament, auf dem Roosevelt sein persönliches Regime errichtete. Als Exponent des Wunsches nach Wechsel bediente er sich gegenüber den in der Routine verharrenden Beamten und Politikern des Mittels der Verwirrung der Kompetenzen. Die Gründung neuer Behörden mit unklarem Tätigkeitsbereich und die Ausbalancierung von Vertretern bestimmter Auffassungen in Regierungsämtern durch Vertreter gegenteiliger Auffassungen erhoben ihn bei allen Kontroversen zum obersten Schiedsrichter, der die Streitigkeiten zu schlichten (oder zu schüren) wusste. Roosevelts ständiges Umrühren der Kompetenzen und Institutionen, seine ständige Vermengung persönlicher und sachlicher Argumente, seine blitzschnellen Wechselgüsse abgebrühtester Parteitaktik und erhabener Weltmoral hätten den cleveren Typ des «New Dealers» hervorbringen müssen, wenn es ihn nicht schon gegeben hätte.

Roosevelt wäre vielleicht ohne die New Dealer (oder radikalen Liberalen) ausgekommen, diese sicher nicht ohne ihn. Nur zögernd fanden sich die in mancherlei Richtungen aufgespalteten Liberalen[10] zu gemeinsamem Wirken zusammen. Der «Brain-Trust» des New Deal Nr. 1 war noch ein wissenschaftlicher Expertenstab, keine liberale Verbrüderung. Eher vertrat das spätere «Küchen-Kabinett» die liberale Gesinnung,

insbesondere das Trio der Ghostwriter, das in den Kriegsjahren alle Rooseveltreden verfasste. Harry Hopkins, der «Sozialarbeiter», Robert Sherwood, der psychoanalytisch angehauchte Dramatiker, und Samuel Rosenman, Roosevelts getreuer Eckart, waren als nächster Umgang eines Staatsmanns von Weltrang an Fragwürdigkeit kaum zu überbieten. Unersetzlich für den radikalen Liberalismus waren ferner die liberalen Minister Ickes (Inneres), Wallace (Landwirtschaft) und Miss Perkins (Soziales). Alle anderen überflügelte jedoch bald als Protektor radikal-liberaler Kräfte der keineswegs besonders liberale, aber Roosevelt persönlich treu ergebene Morgenthau (Finanzen).

Die liberalen Berater Roosevelts, zu denen als grande dame des Liberalismus auch Roosevelts Frau Eleanor gehörte, und die liberalen Minister hatten die breiten Schultern, mit denen sie den Jungtürken des Liberalismus den Weg bahnten. Ob die einflussreichen, aber in manchen Farben schillernden Chefs die einflussärmeren, aber politisch uniformierten jungen Beamten für ihre Zwecke benutzten oder umgekehrt, kann offen bleiben. Jedenfalls sind es die Jungtürken des New Deal – in der zeitgenössischen Terminologie «Termiten» oder «Kommissare» genannt –, denen der Liberalismus zwar keine neue Theorie, aber den ordensähnlichen Zusammenhalt verdankt, der einen guten Teil seiner politischen Stosskraft ausmacht.

Die liberalen Jungtürken hielten sich nicht für Theoretiker, sondern für Praktiker. Mit Debatten über Pro und Contra in Grundsatzfragen brauchten sie sich nicht lange aufzuhalten, da ihnen die Vorurteile der fortschrittlichen Tradition selbstverständliches Gemeingut waren. Sie sahen ihre Aufgabe darin, Theoreme in organisatorische Wirksamkeit umzusetzen. Die bedeutenden Werke eines der sonst nicht sehr schreibfreudigen Jungtürken, Thurman Arnold's (des späteren Leiters der Anti-Trust-Division des Justizministeriums) «The Symbols of Government» (1935) and «The Folklore of Capitalism» (1937) wenden sich nicht nur gegen den die amerikani-

sche Gesellschaft (damals) beherrschenden Konservativismus, sondern auch gegen die Reformer, deren Kritik an den bestehenden Zuständen zwar nicht falsch, aber unwirksam gewesen sei. Die Reformer hätten die bestehenden Organisationen durch Theorien, nicht aber durch Gegenorganisationen bekämpft, und «es ist nicht die Logik, sondern es sind die Organisationen, die die Gesellschaft regieren». Die «Reformer» hätten immer versucht, die Wirklichkeit der Institutionen den diesen zugrunde liegenden Idealen anzunähern. Das sei ein Missverständnis der Funktion von Institution und Ideal. Theorien und Ideale hätten nämlich die Funktion, die Institutionen gegen Kritik abzusichern und sie auf allgemeines Vertrauen gegründet funktionieren zu lassen, ohne dabei in ihre Wirksamkeit einzugreifen. Der Erfolg einer Institution verbiete dann jedem, die ihr zugrundeliegenden Ideale anzuzweifeln.

Die Weltwirtschaftskrise habe die verschwiegene Institution der Regierung durch die Wirtschaftsführer unwirksam werden lassen. Die widersprechendsten Theorien würden seitdem angeboten. Die Regierung der Wirtschaftsführer sei zwar gestürzt, aber je stärker man soziale und liberale Ideen forciere, desto stärker würden die konservativen Gegenkräfte. Man müsse daher die staatliche Intervention innerhalb der kapitalistischen Symbolik zum Erfolg führen, indem man die Regierung als ein kaufendes und verkaufendes Individuum in einer Wettbewerbsgesellschaft tarne und dabei unter der Hand grosse öffentliche Unternehmungen aufziehe. Moralische Skrupel seien fehl am Platze. Das Staatswesen gleiche einer Irrenanstalt, und Irrenärzte würden die Patienten auch nicht über ihre Meinung zu den Heilmethoden befragen. Worauf es allein ankomme, sei der Erfolg der Behandlung. Arnolds Werke, deren Quintessenz auch dem Godesberger Programm der SPD zugrundeliegt, wirken wie eine verspätete Rezeption des Machiavellismus durch die Liberalen. Die Liberalen sollen sich der «verschwiegenen» Lehre aller Experten, Bürokraten und Manager bedienen, um ihren zeitweisen Sieg im New Deal Nr. 2 zu einem dauernden zu machen. Unter dem hochmütig

umgeworfenen Mantel einer neuen Wissenschaftlichkeit, die an die Stelle von Theorien Realitäten setzt, sieht man jedoch auch bei Arnold die Empfindsamkeit des liberalen Kämpen hervorschimmern, der letztlich die Symbolik des Eigennutzes durch die der Arbeit für andere ersetzen will.

1933 waren die liberalen Jungtürken mit der grossen Wachablösung nach der demokratischen Machtübernahme in Washington eingezogen. Ihre Pflanzschule war das Seminar des Harvard-Professors Felix Frankfurter[11] gewesen, der das Infiltrieren seiner Studenten in Regierungspositionen und eine umfangreiche Korrespondenz mit den Mächtigen der Welt derart zu seiner Lebensaufgabe machte, dass Moley in ihm den mächtigsten Mann Amerikas sah. Vorsichtigere Beobachter nannten ihn «ein Drittel bis ein Viertel von Roosevelts Ohr» und schätzten die Zahl der von Frankfurter protegierten Beamten auf 100. Die «Frankfurter Würstchen» massierten sich zunächst in Wallace's Landwirtschaftsministerium, wo unter der Ägide von Jerome Frank die Jungtürken Alger Hiss, Lee Pressman, John Abt und Nathan Witt (alle aus Harvard und Mitglieder kommunistischer Geheimorganisationen), Adlai Stevenson (Chicago), Thurman Arnold und Abe Fortas (Yale) wirkten. Nach einem agrarischen Richtungskampf zwischen den Vertretern des (Strukturreform-) New Deals Nr. 2 und des (Produktionseinschränkungs-) New Deals Nr. 1 wurde Frank mit seinen Anhängern «gesäubert». Diese verteilten sich auf verschiedene andere Ministerien.

Der New Deal Nr. 2 katapultierte die Jungtürken ins Weisse Haus. Zwei Frankfurter-Schüler, Ben Cohen und Tom Corcoran, besetzten Roosevelts Vorzimmer. Sie wohnten mit anderen New Dealern in einem Haus der R-Street, das als Hauptquartier der «Scharlachjungens» die Zielscheibe für den Zorn der Konservativen bildete. Das scheinbare Abstoppen des New Deal, das in Wirklichkeit seine Verlagerung auf die Weltpolitik bedeutete, verbreitete unter den beamteten New Dealern eine panikartige Stimmung. Sie kamen von 1937 an in regelmässigen Treffen zusammen, um vom Reformprogramm zu

retten, was noch zu retten war. Vom New Deal war nicht mehr viel zu retten. Innerhalb der Bürokratie entstand jedoch ein liberaler Sonderbund, der die amerikanische Politik im Zweiten Weltkrieg nicht gerade günstig beeinflussen sollte.

Die Anklagen, die die Ära McCarthys gegen die New Dealer erhob, tauchte diese zu Unrecht in ein «rotes» Licht. Sie sollten des Kommunismus überführt werden, um ausgeschaltet zu werden. Ein Randaspekt ihres Wirkens wurde zum zentralen Motiv erklärt. In Wahrheit waren die liberalen Jungtürken meist weder Marxisten noch Kommunisten. Mit den letzteren teilten sie allerdings in Gestalt des «Monopolkapitals» den Hauptgegner – und gemeinsame Feinde kitten. Die Jungtürken waren kämpferische Liberale, deren Ideologie auf den Justice Brandeis (1856-1941)[12] zurückgeführt werden kann. Brandeis, der vom Industrieanwalt zum Campaigner gegen die Machtkonzentrationen in der Industrie übergewechselt war, wurde 1917 von Präsident Wilson gegen einen Sturm der Entrüstung in den Obersten Gerichtshof berufen. Kern der von ihm vertretenen Ideologie war der Kampf gegen die «bigness», die Konzentration der Macht in Politik und Wirtschaft. Nicht der geplante sozialistische Zukunftsstaat war sein Ideal, sondern die «freie» Versammlung unter der dörflichen Kastanie, bei der die Fragen des Gemeinwesens von gleichberechtigten Bürgern entschieden wurden. Brandeis äusserte einmal, dass man die Sowjetunion gar nicht brauche, da man ja Dänemark und Schweden habe. Sein Idealstaat lag nicht im Osten, sondern im Norden Europas, aber immerhin in Europa. Die amerikanische Gegenwart sah er bedroht von den finsteren Gewalten der industriellen Konzentration, gegen die die Anti-Trust-Bewegung einen Kampf auf Leben und Tod führte.

Dem Ausland kehrten die Liberalen den Rücken zu. Der Feind stand im eigenen Lande. In der amerikanischen Aussenpolitik sahen sie den verlängerten Arm jener Öl- und Bankinteressen, denen der ganze Hass der Jungtürken galt. Der isolationistische Verzicht auf aktive Aussenpolitik konnte den

«ökonomischen Royalisten» nur Abbruch tun. Die liberalen Bestseller der Mitdreissiger, Englebrecht's «Kaufleute des Todes», Walter Millis' «Die Strasse zum Krieg» (Lest und errötet! Lest und seid auf der Hut!) und Grattan's «Die tödliche Parallele» warnten eindringlich vor neuen Machenschaften der Wall Street. Wie die Wall Street Amerika in den Ersten Weltkrieg hineingeführt habe – so konnte man lesen – wolle sie die Vereinigten Staaten nunmehr auch in einen Zweiten Weltkrieg verwickeln.

Ein Kongressausschuss unter Leitung des Senators Gerald P. Nye[13] untersuchte die Ursachen der amerikanischen Intervention in den 1. Weltkrieg. Er kam zu dem Ergebnis, dass der amerikanische Kriegseintritt von 1917 von Munitionsfabrikanten und Finanzkreisen (vor allem dem Hause Morgan) veranlasst worden sei, die die amerikanischen Soldaten die Kastanien ihrer Anleihen aus dem deutschen Feuer auf den französischen Schlachtfeldern holen liessen. Aus den 1'400 Seiten des Berichts des Nye-Ausschusses zog der Kongress den Schluss, dass durch eine Neutralitätsgesetzgebung, die Kredite an Kriegführende sperrte und die Beförderung von Kriegsmaterial auf amerikanischen Schiffen verbot, einer Wiederholung der betrüblichen Ereignisse von 1917/18 vorgebeugt werden könne. Von 1935 bis 1937 wurde jedes Jahr eines der Neutralitätsgesetze erlassen, die nach einer spöttischen Formel der «New York Herald Tribune» die Vereinigten Staaten hindern sollten, in den Krieg von 1917/18 zu intervenieren.

New Deal Nr. 2, in dessen Laufzeit die Neutralitätsgesetzgebung erlassen wurde, hatte sich auf die liberalen Kräfte gestützt. New Deal Nr. 3 war auf die Unterstützung der Konservativen angewiesen, da eine Verlagerung des New Deal auf die Weltpolitik ohne Beteiligung der führenden Köpfe der Privatwirtschaft an den durch die gigantische Rüstung und die globale Expansion entstehenden organisatorischen Aufgaben kaum denkbar war. Der Eintritt von Forrestal (Dillon, Read 6c Co), McCloy (Cadwalader, Wickersham & Taft), Stettinius (United States Steel Corporation) und anderen in

hohe Regierungsämter machte den New Dealern die Alleinherrschaft im Regierungsapparat strittig. Er zeigte ihnen auch, dass sie in der Innenpolitik nicht mehr sehr erwünscht waren. Mit gestutzten Flügeln machten sie sich zu einer Weltwanderung auf.

Als Ribbentrop und Molotow sich im August 1939 verbündeten, lösten die amerikanischen Liberalen ihr Verlöbnis mit den Kommunisten und verheirateten sich mit den traditionelle machtpolitische Erwägungen und Gruppeninteressen vertretenden Interventionisten. Dies war die Station, auf der sie ihr ideologisches Gepäck stehen liessen. Hatten sie einst einer demaskierenden Geschichtsschreibung Tribut gezollt, die in General Washington den Vertreter der ökonomischen Interessen der Gutsbesitzer, im amerikanischen Bürgerkrieg das von Fanatikern beider Seiten angezettelte sinnlose Gemetzel und in Wilson den Agenten der Bankinteressen sah, der Amerika aus kreditpolitischen Interessen in ein überseeisches Blutbad stürzte, so verschmolzen sie jetzt in Windeseile Patriotismus und liberale Ideologie. Washington bekam eine menschheitliche Mission auf den Leib geschrieben, der amerikanische Bürgerkrieg wurde zum Sieg der Freiheit über die Sklaverei und Wilson zum Führer in die demokratische Zukunft, der an den verknöcherten Reaktionären des Kongresses gescheitert war.

Der unbedingte Pazifismus[14] wurde durch die amerikanische Verantwortlichkeit für eine demokratische Welt ersetzt, die, wie man nunmehr wieder entdeckte, ein Leitmotiv der amerikanischen Geschichte gewesen sei. Ein führender Vertreter des neuen Liberalismus, der Dichter Archibald McLeish (geb. 1892) (in den 20er Jahren nach Paris emigrierter l'art pour l'art-Poet, in den 30er Jahren sozialkritischer Realist und kommunistischer Fellowtraveller, in den 40er Jahren Roosevelts – als Direktor der Kongressbibliothek getarnter – Propagandaminister) nannte nun die desillusionierende Schule der amerikanischen Literatur «die Verantwortungslosen» und warf ihr vor, den kämpferischen Geist der Demokratien zu untergraben. Hemingway, Dos Passos und Aldington, die Weggefähr-

ten von gestern, wurden beschuldigt, in ihren Kriegsbüchern bittere Skepsis in den reinen Wein der patriotischen Begeisterung gegossen zu haben. McLeish forderte, dass eine «bestimmte Gruppe von Schriftstellern davon abgehalten werden muss, bestimmte Ideen zu äussern». Eine geistige Mobilmachung tue not, ihr seien alle anderen Werte unterzuordnen. Die Stunde, in der die Liberalen nach dem Zensor riefen, war nicht ihre schwache, sondern ihre starke Stunde. Solange sie die Macht nicht in ihren Händen fühlten, riefen sie nach Freiheit. Als sie an der Macht partizipierten, fühlten sie sich stark genug, um auf die Freiheit zu verzichten.

Die Schlacht um Amerika

Nicht der Kriegseintritt brachte in Amerika einen politischen Klimawechsel, sondern seine von Interventionisten und Isolationisten heftig umstrittene Vorbereitung[15]. Die schlagwortartig vereinfachten Positionen des Für und Wider einer Beteiligung Amerikas am Zweiten Weltkrieg bemächtigten sich der gesamten Bevölkerung. Pearl Harbour war der Schlussstrich unter einem Stimmungsumschwung, der den Beginn der politischen Gegenwart in Amerika markiert. War zuvor der Republikanismus das «Normale» und die demokratische Lösung ein gewagtes Experiment, das bestenfalls in Notzeiten vertreten werden konnte, so bemächtigte sich nunmehr der Bevölkerung die Vorstellung, dass die republikanische Politik «gefährliche», die demokratische Politik «sichere» Züge aufwies. Da das Kräftemessen zwischen den Isolationisten und den Interventionisten, wie von letzteren vorhergesagt, im Kriege endete, schien der Beweis erbracht, dass die interventionistischen Demokraten eine politische Theorie besassen, die zukünftige Ereignisse vorauszusagen im Stande war, während die isolationistischen Konservativen sich nur von kurzsichtigen Interessen leiten liessen.

Die «Schlacht um Amerika» – die Umstimmung der amerikanischen Öffentlichkeit zugunsten eines Kriegseintritts – war Roosevelts grösste Stunde. Der Präsident hatte gelernt, Abstimmungsniederlagen im Kongress zu vermeiden. Er brachte jeweils nur jene interventionistischen Vorlagen im Kongress ein, die nach dem augenblicklichen Stand der Debatte für und wider die Intervention Aussicht auf Annahme hatten. Wenn das Echo auf eine neue Vorlage unbestimmt war, liess er einen Versuchsballon steigen, der ihm ermöglichte, bei auftretendem Widerstand die vorgesehene Massnahme zurückzuziehen oder im Geheimen durchzuführen. Roosevelt bediente sich erstmalig der neuen Methoden der Massenbeeinflussung, die der Regierung ermöglichen, mit den Bürgern so umzugehen wie grosse Firmen mit ihren Kunden. 1935 hatten Elmo Roper und Dr. George Gallup die Techniken der Meinungsbefragung entwickelt, auf die Roosevelt jetzt sein Vorgehen ausrichtete. Das neuartige Medium des Rundfunks wurde von ihm durch «fireside chats» ebenso als Führungsmittel ausgebaut, wie die regelmässigen Pressekonferenzen. Roosevelt, der noch 1936 die Mehrheit der Presse gegen sich gehabt hatte, hatte gelernt, dass er durch Liefern oder Vorenthalten von Informationen den beruflichen Werdegang der einzelnen Journalisten bestimmen konnte – ganz gleich, wie der Kurs der Zeitung war.

Das interventionistische Fussvolk griff in die «Schlacht um Amerika» ein, als Roosevelt wenige Wochen nach dem europäischen Kriegsbeginn den Kongress um Aufhebung des Waffenembargos ersuchte. Nach der cash-and-carry-Formel (Zahle und Nimm mit) sollten alle kriegführenden Staaten (gedacht war natürlich nur an die Gegner Deutschlands) Rüstungsgüter abholen und bezahlen dürfen. Clark Eichelberger, der Vorsitzende der Völkerbundsgesellschaft, rief zur Unterstützung des Roosevelt'schen Projekts einen «überparteilichen Ausschuss für Frieden durch Revision der Neutralitätsgesetzgebung» ins Leben. Den Vorsitz übernahm William Allen White, ein altliberaler Republikaner aus dem

Mittleren Westen und Herausgeber der «Emporia Gazette» in Emporia (Kansas), von dem Roosevelt sagte, dass er immer 3% von 4 Jahren auf seiner Seite stünde. White, dessen Ansehen auf seinen Kampf für die Demokratisierung des amerikanischen politischen Lebens durch Einführung der Volksinitiative (Möglichkeit, Gesetze ausserhalb der repräsentativen Institutionen einzubringen), Volksentscheid (Abstimmung durch die Bevölkerung, nicht durch die Parlamente), recall (Abberufung von Abgeordneten während der Legislaturperiode bei Nichtübereinstimmung mit der Wählerschaft) und direkte Wahl der Senatoren beruhte, wurde jetzt von einem Professor der Columbia-University mit dem Argument zur Übernahme des Vorsitzes aufgefordert, «dass das amerikanische Regierungssystem davor bewahrt werden müsse, durch den demagogischen Gebrauch von massenhaften Telegrammen und Briefen an den Kongress weggeschwemmt zu werden».

Dem lokalen Vertreter in Senat oder Repräsentantenhaus in Brief und Telegramm die Meinung über aktuelle Fragen zu bekunden, ist, sollte man denken, ein löbliches Zeichen staatsbürgerlicher Aktivität. Wenn jedoch der bekannteste Vertreter der Volksrechte zur Verhinderung des zwar nicht kodifizierten, aber wirksamsten Ausdrucks der Volksstimmung gewonnen werden kann, so ist die (aussenpolitisch motivierte) Verlagerung des Schwergewichts des Liberalismus vom Volke auf die Organe der Meinungssteuerung und Gruppenpolitik vollzogen. Die Diskrepanz zwischen der Bevölkerungsmehrheit und der von den Liberalen angestrebten Ordnung ist nicht mehr zu überbrücken. Nicht die Befreiung der Volksmassen, sondern ihre lückenlose Kontrolle wird zum neuen Ziel der Liberalen.

Nach Erreichung des Gründungszieles der «Revision der Neutralitätsgesetze» wurde der Ausschuss in «Ausschuss zur Verteidigung Amerikas durch Hilfe an die Alliierten» umgetauft. Roosevelts zielstrebig verfolgte Politik, immer neue Völker durch Worte, Hilfsversprechen und Waffenlieferun-

gen dazu zu ermuntern, den Deutschen Widerstand zu leisten, wurde vom Ausschuss als Methode der Verteidigung Amerikas gebilligt. White versuchte den Ausschuss stets zur Propagierung der Massnahmen anzuhalten, die Roosevelt als nächsten Schritt auf dem Wege zur vollen Intervention vorgesehen hatte. Doch die durch Whites temperierte Persönlichkeit gesetzten Grenzen im Stil der Polemik und das durch Roosevelts Eingehen auf die öffentliche Meinung verlangsamte Tempo der Schritte konnten nicht eingehalten werden. Die angelaufene Interventionspropaganda entwickelte zunehmend Eigengesetzlichkeit. Vertraten White und Roosevelt in der Öffentlichkeit immer nur Massnahmen «short of war», ohne Kriegserklärung, so drängten die Mitglieder der unter Führung des Direktors des New Yorker «Council of Foreign Relations» Miller stehenden «Century Club»-Gruppe auf sofortige Kriegserklärung. Aus dieser Gruppe ging das «Fight for Freedom Committee» unter Senator Carter Glass und Bischof Hobson hervor, das die gemässigte Gruppe in der Führung des Ausschusses zur Verteidigung Amerikas zurückdrängte, bis schliesslich White Anfang 1941 seinen Rücktritt erklären musste.

Den Interventionisten standen die Isolationisten gegenüber, die sich um das Kommittee «America First» scharten. Ihre Führer waren die altliberalen Senatoren Gerald Nye (North Dakota) und Burton Wheeler (Montana). In ihnen verkörperte sich das Misstrauen des Mittleren Westens gegen den Missbrauch der wirtschaftlichen und militärischen Kraft der Vereinigten Staaten für Ziele, die mehr internationalen als national-amerikanischen Einstellungen entsprangen. Auch die Isolationisten wollten sich nicht auf die Vereinigten Staaten zurückziehen. Sie sahen Südamerika und die umliegenden Inseln durchaus als Teil des amerikanischen Verteidigungsbereiches an. Der Punkt, an dem sich Isolationisten und Interventionisten schieden, war die Frage, ob die Politik der Errichtung einer moralischen Weltordnung dienen oder nur nationale Interessen verteidigen sollte. Zwischen diesen bei-

den Positionen konnte es keine Verständigung und keine mittlere Linie geben. Eine einflussreiche Gruppe unter dem konservativen Senator Robert Taft und Expräsident Hoover trat zwar für eine begrenzte Hilfe an England und Frankreich ein, um so das aus den Fugen geratene Gleichgewicht in Europa wiederherzustellen und einen Ausgleichsfrieden zu ermöglichen. Aber gerade der Frieden war es ja, den Roosevelt unter allen Umständen zu hintertreiben suchte. Denn der Frieden stand der *einen* Welt und ihrer moralischen Ordnung im Wege.

In der «Schlacht um Amerika» stand anfangs die Regierung und eine zahlenmässig begrenzte interventionistische Gruppe auf der einen Seite, die Mehrheit der Bevölkerung auf der anderen Seite. Das wichtigste Ziel der Interventionisten musste es darum sein, zu verhindern, dass die Kriegsbeteiligung als Wahlkampfthema des Präsidentschaftswahlkampfes zum Gegenstand eines Votums der Bevölkerung wurde. Vor der Präsidentenwahl von 1940 gelang es den als liberale Republikaner auftretenden Wirtschaftsgruppen der Ostküste, mit denen Roosevelt nach 1937 seinen Frieden geschlossen hatte, die Kandidatur des Interventionisten Wendell Willkie durchzusetzen, der zwar als Anwalt von Industriegruppen das New-Deal-Projekt der Tennessee Valley Authority bekämpft hatte, aber aussenpolitisch Roosevelt unterstützte. Willkie stand Roosevelt so wenig fern, dass dieser später die Gründung einer Roosevelt-Willkie-Partei gegen die Südstaatendemokraten und konservativen Republikaner erwägen konnte. Die Verhinderung eines Votums der Bevölkerung über die Frage der amerikanischen Kriegsbeteiligung war der grösste Erfolg der Interventionisten und ein gutes Beispiel für die Politik des *neuen* Liberalismus.

Nach einer Wahl sieht in der repräsentativen Demokratie alles anders aus als vor ihr, und dem Wahlsieg Roosevelts folgte nicht die Erfüllung des Wahlversprechens des Präsidenten, dass er Amerika aus dem Krieg heraushalten wolle, sondern jene Radikalisierung des Interventionismus, für die der Rücktritt Whites kennzeichnend ist. Die dramatische

Präsentation der europäischen Kriegsereignisse lief auf hohen Touren. «Nazi-Germany» wurde allgemein durch einen alleszermalmenden Schaftstiefel repräsentiert. Selig Adler schreibt in seiner Geschichte des Isolationismus: «1940 war es für die Amerikaner schwierig geworden, Augen und Ohren gegen die Opfer Hitlers zu verschliessen, die von den Anschlagsäulen und aus Zeitungsanzeigen blickten, die der Postbote in das Haus trug, die im Kino auf die Leinwand projiziert wurden und im Rundfunk an die Stelle der Reklamesendungen traten. Amerika sang: ‚There will be bluebirds over the white cliffs of Dover!'«

Doch nicht allein aus Europa dräuten Gefahren, auch Amerika sah sich von einer Fünften Kolonne von Naziagenten durchsetzt. In der zunehmenden Radikalisierung der interventionistischen Bewegung wurden die Isolationisten als «Transmissionsriemen» des Nazismus und Agenten der Fünften Kolonne hingestellt. In dieser Rufmord-Kampagne traten Elemente in den Vordergrund, die den radikalen Interventionisten kaum grosse Freude machten, von den gemässigten ganz zu schweigen. Ein Musterbeispiel des Fanatismus ist die vielgelesene Schrift von Michael Sayers und Albert E. Kahn «Sabotage! The Secret war Against America», die die Isolationisten der psychologischen Sabotage beschuldigte und eine Atmosphäre des Terrors hervor rief. Zu wessen Gunsten, stellte sich heraus, als das Autorenpaar 1946 prompt mit einer Schrift wider «Die grosse Verschwörung gegen Russland» auf den Plan trat.

In die Interventionsbewegung flössen kräftige Ströme europäischer Ideologien[16] ein. Eine bezeichnende Rolle spielte hierbei das «Committee on Europe», aus dem 1940 der Ausschuss der 15 hervorging. Die 15, von denen ein jeder eine Art intellektueller Berühmtheit war, hielten vom 24.-26. Mai 1940 in Atlantic City einen Kongress ab, dessen Manifest unter dem Titel «The City of Man» veröffentlicht wurde. Die Errichtung der Weltdemokratie, die die 15 planten, war ein offen chiliastisches Unternehmen. «In einer Epoche der

Apokalypse fordern wir ein Millenium.» Die 15 vertraten alle möglichen geistigen Traditionen, ausser jenen, die in der «Hauptströmung» des amerikanischen Denkens standen. Unter ihnen befanden sich Ideologen, die den Faschismus schon vorweggenommen hatten und dann bei dessen massenhaftem Auftreten abgefallen waren, wie Thomas Mann («Betrachtungen eines Unpolitischen», «Friedrich und die grosse Koalition») und sein Schwiegersohn Giuseppe Borgese, ein abtrünniger Anhänger d'Annunzios und ehemaliger italienischer Propagandachef im Ersten Weltkrieg, Van Wyck Brooks, der führende amerikanische Literaturhistoriker und Sozialist, Gaetano Salvemini, die italienische «Schwiegermutter der Revolution», Reinhold Niebuhr, der Herausgeber des Organs der amerikanischen Sozialisten «The World Tomorrow» und führende lutherische Theologe, der «nicht nur radikal, sondern auch tief religiös war» und Lewis Mumford, der Prophet des heraufdämmernden, von den Fesseln der neurotischen Stadt befreiten Übermenschen. Für diese Männer war Adolf Hitler ein heilsgeschichtliches Ereignis (wenn auch in säkularisierter Form). Wie der Antichrist am Vorabend der Wiederkehr Christi und der Aufrichtung der endgültigen Gottesherrschaft alle Übel der Welt noch einmal in sich zusammenfasst, so war Adolf Hitler für sie eine Verkörperung alles Bösen, nach dessen Überwindung nicht die Rückkehr zur gestörten alten Ordnung stehen konnte, sondern nur die endgültige Errichtung des (säkularisierten) Reiches Gottes, der City of Man.

Die apokalyptische Deutung der Zeitgeschichte hätte geringe Resonanz gefunden, wenn sie sich auf die Einwandererquartiere von New York und den Kreis der 15 beschränkt hätte. Strebte sie das amerikanische Indigenat an, musste sie aus dem biblischen «Fundamentalismus» des Getreidegürtels aufsteigen. So wurde denn der amerikanische Vizepräsident (1940-44) Henry Agard Wallace (geb. 1888)[17] aus Iowa zum Propheten des «Jahrhunderts des Volkes» gekürt. Wallace, dessen Vater 1924 als republikanischer Landwirtschaftsmini-

ster gestorben war, hatte sich bis 1933 mit Fragen der Saatzucht und der Agrarpreise befasst. Als Roosevelt ihn zum Landwirtschaftsminister ernannte, begann er nach Art des Getreide- und Bibelgürtels die Agrarpreise religiös zu untermauern («Statesmanship and Religion», 1934). Zunächst suchte er das Staatswesen zur Theokratie im Sinne des Alten Testamentes umzuformen. Aber als er auf diese Weise den «New Frontiers» (1934) – Kennedy war nie besonders erfindungsreich – nicht schnell genug näherkam, setzte er sich auf den okkulten Zauberteppich und flog – umgeben von dem Theosophen Milo Perkins, dem russischen mystischen Maler und Weltverbesserer Nicholas Roerich (den er an der Spitze einer Expedition zur Suche widerstandsfähiger Gräser und des wiedergekehrten Christus in die Mongolei entsandte) und der Seherin Zenda – in die geheimen Hintergründe der Welt.

Am 8. Mai 1942 hielt Wallace vor dem Verein Freie Welt in New York eine Rede, die von «PM» [18] zur Gettysburg-Adresse des Liberalismus hochgelobt wurde. «Das Volk auf seinem chiliastischen und revolutionären Marsch zur Manifestation der Würde, die in der menschlichen Seele liegt, hält als an seinem Credo an den vier Freiheiten fest, die Präsident Roosevelt verkündete ... Kein Nazi-Konterrevolutionär kann es aufhalten ... Die Revolution des Volkes ist auf dem Marsch, und der Teufel und alle seine Engel können sie nicht überwinden, denn auf der Seite des Volkes steht der Herr.» Als Wallace in der Rede Hitler siebenmal als den Satan bezeichnete, glaubten die PM-Liberalen, mitten in der Volkstradition des Bibelgürtels zu stehen, wenn sie den «globalen Hinterwäldler» (Macdonald), den Vegetarier und Champion im Bumerangwerfen auf den Prophetenstuhl setzten. Der missglückte Anlauf jedoch, den Wallace auf die amerikanische Präsidentschaft nahm, erwies, dass die Anhängerschaft, die sich um ihn scharte, sich auf eben jene liberalen Kreise beschränkte, die mit seiner Hilfe ins Volk vorstossen wollten.

Der Konflikt, der auf Amerika zuzukommen schien, war Roosevelt[19] wie auf den Leib geschrieben. Er schwankte keinen Moment und war jederzeit fest überzeugt, für die Erhaltung der moralischen Weltordnung zu kämpfen. Seine Überzeugung war umso fester gegründet, als er keineswegs immer dieser moralischen Weltordnung angehangen hatte, wie auch Amerika zeitweise im Sozialdarwinismus seine nationale Philosophie gesehen hatte. Als stellvertretender Marineminister schrieb er 1914 die Erschütterung seines Vorgesetzten Josephus Daniels über den Ausbruch des Ersten Weltkriegs dessen «Glauben an die menschliche Natur, die Zivilisation und ähnlichen idealistischen Unsinn» zu. Er war für frischfröhliche Aggression in Mexiko, Japan und anderswo, empfahl wärmstens den von seinem Onkel Theodore Roosevelt in die Requisitenkammer der amerikanischen Aussenpolitik aufgenommenen «grossen Stock» und war der Mann der «big navy», eine Art amerikanischer Tirpitz. Die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht empfahl er, da diese «gegen Anarchie und Bolschewismus, Klassenhass und Snobismus» stehe und «Disziplin, gute Kameradschaft, Ordnung und einen verstärkten Amerikanismus» herbeiführe.

Die Nachkriegswelle des Wilsonianismus liess ihn stutzen. Die langen Jahre auf dem Krankenlager schenkten ihm einen neuen Glauben, eben jenen Glauben, den er anderthalb Jahrzehnte zuvor verspottet hatte. Er glaubte nun, dass es eine einheitliche, allgemeingültige Moral gebe, nach der sich die Einzelmenschen ebenso wie die Staaten zu richten hätten. Gut sei, wer die Moralgesetze befolge, böse, wer sie in den Wind schlage. Das Verhältnis von Gut und Böse bestimmte sich für Roosevelt nach der Formel «90% : 10%». 90% der Völker waren für den Frieden, 10% für den Krieg. 90% der Journalisten hielten sich an die vom Präsidenten für seine Pressekonferenzen auf gestellten Spielregeln, 10% nicht. 90% der Geschäftsleute folgten dem im Spanischen Bürger-

krieg erlassenen moralischen Embargo, 10% liessen sich vom Gewinnstreben leiten. 90% der Menschen sind gut. Richtig angeleitet, handeln sie gut. Sie zum Fortschritt der Zivilisation zu führen, ist ein pädagogisches Problem, «denn die hervorragendste Aufgabe des Staatsmanns ist zu erziehen». 10% hingegen sind verstockt. Für sie ist der «grosse Stock» da.

Wenn Roosevelt Deutschland, Italien und Japan vorwarf, «vom brutalen Zynismus, von der gottlosen Verachtung des Menschengeschlechtes» beherrscht zu sein, so warf er ihnen die absichtliche Verletzung der allgemein gültigen Moralgesetze vor. Diese absichtliche Verletzung war böse. Und mit dem Bösen gibt es kein Paktieren. Das Kriegsziel stand für Roosevelt fest, noch ehe ein Krieg begonnen hatte. «Wir kämpfen, um die Welt von den alten Übeln, von den alten Krankheiten zu säubern.» Die alten Übel liebten es, die verschiedensten Masken der Kabinettspolitik, des Imperialismus, des Kolonialismus, des Machiavellismus und des Nazismus anzulegen, hinter denen sich jedoch der alt-böse Feind unschwer erkennen liess.

Die Bundesgenossen, die Schulter an Schulter mit den Vereinigten Staaten einer *neuen* Welt entgegenmarschierten, konnten nicht böse sein. Roosevelt hielt sie, auch wenn er an ihnen noch den einen oder anderen Makel erblickte, für erziehbar und beeinflussbar. Man konnte mit Geduld und Gottvertrauen dem Augenblick entgegensehen, in dem Churchill seine Kolonien und Stalin seine kämpferischen Gottlosen fahren lassen werde. Denn im Grunde ihrer Seelen waren die beiden gut und nicht verstockt. Roosevelt war der festen Überzeugung, dass Wandlung durch Annäherung erfolge. Sicher sah er anfangs die moralische Weltordnung in Volk und Regierung von Grossbritannien und USA verkörpert. Die moralische Weltordnung war somit auch eine christliche und angelsächsische. Die Erweiterung der Kriegskoalition durch die Sowjetunion und China war für Roosevelt eine Herausforderung, aus den neuen und weniger christlichen Bundesgenossen Mitträger der moralischen Weltord-

nung zu machen. Roosevelt erkannte sehr wohl die Grenzen, die einer Bevormundung der Sowjetunion gesetzt waren. Als Realpolitiker, der an das Prinzip des *do ut des,* des Gebens und Nehmens, glaubte, entwickelte er Russland gegenüber die Politik des «Noblesse oblige», die das ideale Ziel der Erstellung der *neuen* Weltordnung mit dem realen Prinzip des Interessenausgleichs verband. Roosevelt glaubte durch Konzessionen auf der Ebene der Interessen in Stalin jenes Vertrauen zu erwecken, das ihn auf der Ebene der moralischen Weltordnung zur Zusammenarbeit verpflichten musste. Stalin ging auch auf diese Politik ein. Die Auflösung der Komintern, (Juni 1943) und die Erlaubnis zur Wahl eines Patriarchen der russisch-orthodoxen Kirche (September 1943) gab er, um territorialen Gewinn und Förderung sowjetischer Interessen zu nehmen. Stalin erkannte Roosevelts Grosszügigkeit dankbar an, wenn er bemerkte, dass Roosevelt nur bei grossen Summen lange Finger mache, während Churchill sich um jede Kopeke prügle.

Aus der *einen* Moral angelsächsisch-christlicher Wurzel ging die moralische Einheit der Welt hervor, deren organisatorisches Spiegelbild auf der zwischenstaatlichen Ebene den Namen der Kriegskoalition der Vereinten Nationen (United Nations) übernahm. Roosevelt war überzeugt, dass die Sonderrolle der Vereinigten Staaten darin bestünde, dass ihnen die moralische Führung der Welt zustehe, die durch die wirtschaftliche und militärische nur ergänzt werde. Seien die Vereinigten Staaten nicht die einzige Nation, die keine territorialen Ambitionen und keine alten Feindschaften habe? Würden sich ihnen – und nur ihnen – nicht die übrigen Staaten voller Vertrauen anschliessen, (sofern sie nicht böswillig seien)? Amerika habe als moralischer Führer der *neuen* Welt die Aufgabe, als ehrlicher Makler oder Treuhänder darüber zu wachen, dass die widerstreitenden Interessen so ausgeglichen würden, dass sie im neuen Weltgebäude eine stützende und nicht eine niederreissende Wirkung entfalteten, so wie Roosevelt selbst durch Konzessionen hier, Ermahnungen

dort die widerstreitenden Interessen der Konservativen und Liberalen in den Dienst der Kriegsanstrengungen der USA gestellt hatte. Wenn Amerika sich für die moralische Einheit der Welt verantwortlich fühle, so müsse es sich auch vor Augen führen, dass deren organisatorische Verwirklichung unter den gegebenen Machtverhältnissen nur durch die Zusammenarbeit der vier Grossmächte zu erreichen sei. Die konkrete Vertretung der Moralgesetze forderte – im Gegensatz zur abstrakten – den Zusammenhalt der Grossmächte, für den Opfer zu bringen und Konzessionen zu machen, durchaus moralisch war.

Den Böswilligen (10%) gegenüber war jedoch, was den Grossmächten gegenüber moralisch war, eindeutig unmoralisch. Ihnen gegenüber hätten die vier Grossmächte die Rolle eines «Sheriff» zu übernehmen, der dafür zu sorgen habe, dass kein Staat das Recht in die eigene Faust nehme. Alle Staaten ausser Grossbritannien, den USA, der Sowjetunion und China seien zu entwaffnen. Würde einer der entwaffneten Staaten Ansätze der Böswilligkeit zeigen, so solle er vorerst blockiert werden. Helfe das nicht, so wäre die Bombardierung durch die Luftstreitkräfte der Grossmächte einzuleiten. Über derlei Fragen der Sicherheit hätten die Staatsoberhäupter der vier Grossmächte zu beraten. Fragen untergeordneten Ranges könnten in regionalen Organisationen behandelt werden. Roosevelt versuchte zu erreichen, dass Streitigkeiten niederen Ranges nicht die Weltsicherheit gefährdeten. Dass die durch die «Treuhänderschaft» der «vier Polizisten» begründete Ordnung nicht eine Herrschaft der Grossen über die Kleinen sei, ging nach Roosevelt daraus hervor, dass in den Vereinigten Staaten die Rechte des Bürgers auch nicht durch die Aufrechterhaltung der Ordnung gefährdet würden. Wer jedoch nicht vom amerikanischen Beispiel und dessen moralischen Prämissen ausging, wie etwa General de Gaulle, musste den Eindruck erhalten, dass Roosevelt ein System der permanenten Intervention («un système permanent d'intervention») errichten und völkerrechtlich verbindlich machen wolle.

Die Verschwörung der Deutschen

In der «Schlacht um Amerika» hatte sich eine neue politische Nomenclatur durchgesetzt. Waren die Liberalen der alten Tage die Progressiven der Agrarstaaten gewesen, die den Kampf des alten Amerika der Vorbürgerkriegszeit gegen Wallstreet, europäische Einflüsse und die industrielle Ostküste führten, so speisten sich die neuen Liberalen gerade aus diesen europäischen Einflüssen. Trotz seiner geographischen und ethnischen Wanderung hat der neue Liberalismus Elemente der fortschrittlichen Tradition in sich aufgenommen, und zwar vorwiegend solche, die in den Textbooks für Civil Government mit vornehmem Schweigen übergangen werden.

Der Kernmythus der Fortschrittlichen, der der Verschwörung (conspiracy), wanderte über die Fronten. Die Populisten der 90er Jahre hatten an eine «Verschwörung» der Bankiers geglaubt. Diese hätten sich in den Besitz der Verfügungsgewalt über den Geldumlauf gesetzt, den sie so regelten, dass sie das Land je nach ihrem augenblicklichen Interesse in Inflation oder Deflation stürzen konnten. Das Netz der Geldmächte sei international und hätte sein Zentrum in London. Ihr Symbol sei das (ausländische) Gold, das gegen das (inländische) Silber bevorzugt werde. Die monetäre Verschwörungstheorie der Populisten bediente sich, wie jede Verschwörungstheorie, einer entschlüsselnden Geschichtsschreibung. Einzelne Ereignisse, Zitate oder Dokumente ergeben mit dem Schlüssel des Wissens um die Verschwörung gelesen einen neuen Sinn, aus dem dann die weitestgehenden Folgerungen gezogen werden können. So zeigte z.B. Emery in «Seven Financial Conspiracies Which Have Enslaved the American People», wie ein Agent der Bank von England namens Ernest Seyd anno 1872 mit einer halben Million Dollar nach Amerika reiste. Mit den Dollars bestach er den Kongress, der daraufhin 1873 beschloss, von der Silberwährung abzugehen – alles im Interesse der englischen Inhaber von 4%igen amerikanischen Bürgerkriegsanleihen.

Die Folge davon sei gewesen, dass «Mord, Wahnsinn, Trunkenheit, Selbstmord, Ehescheidungen und alle Arten der Sittenlosigkeit und Verbrechen von diesem Tage an sich in erschreckendem Masse steigerten»[20].

Immer wenn sich die politische Wirklichkeit nicht nach den moralischen Erwartungen richtet und Emotionen das Festhalten um jeden Preis an diesen Erwartungen gebieten, liefert die Verschwörungstheorie einen einleuchtenden Schlüssel für den enttäuschenden Lauf der Dinge. Die radikalen Liberalen der 30er Jahre waren in der amerikanischen Innenpolitik im Kampf gegen Kartelle und Trusts gescheitert. Als die Welle der militärischen Expansion Amerikas sie in sämtliche Erdteile spülte, trugen sie die Bitterkeit der erlittenen Niederlage und deren Erklärung aus Verschwörungen mit sich. Opfer der weltweiten Verschwörungen war jedoch nicht mehr (wie für die Populisten) die amerikanische Bevölkerung, sondern die Weltzivilisation. Das nüchterne Vertreten amerikanischer Interessen war für sie geradezu ein Zeichen für eine verkappte Zusammenarbeit mit den Verschwörern. Ziel einer weltweiten Verschwörung war nicht mehr der «Griff in die Tasche des Bürgers», der noch von der Antitrustbewegung gegeisselt wurde, sondern der «Griff zur Weltmacht», wie ihn die Deutschen ansetzten. Im Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess vertrat die amerikanische Anklage unter Justice Robert Jackson den Anklagepunkt 1 – Gemeinsamer Plan oder Verschwörung. Im Abschnitt IVB der Anklageschrift lesen wir, dass «die Angeklagten und verschiedene andere Persönlichkeiten, die zum einen oder anderen Zeitpunkt Führer, Mitglieder, Förderer oder Anhänger der Nazi-Partei waren ...», fortan mit dem Sammelnamen «Nazi-Verschwörer» bezeichnet würden.

Es ist nicht weiter überraschend, dass die Lehre von der Nazi Verschwörung schnell in den Hintergrund trat. Das völlige Erlöschen des Nationalsozialismus und seiner Partei liess diese auch als lohnende Gegner verschwinden. Umso üppiger wucherten dafür die Verschwörungstheorien, in denen

die Nationalsozialisten nicht als Erzverschwörer agierten, sondern als braune Marionetten, die an Fäden tanzten, welche von hintergründigen Mächten gezogen wurden. Diese Mächte konnten auch nach 1945 aufgespürt und zum Ziel entlarvender und ausschaltender Massnahmen gemacht werden.

Die wichtigsten Verschwörungslehren waren die über die Junker, die Industriellen, den Generalstab, die Geopolitiker und die deutschen Philosophen:

1. «The Junkers»[21] als Verschwörer waren beim Durchschnittsamerikaner besonders populär, da dieser sich unter ihnen durch die Assoziation mit junk – Müll etwas Konkretes vorstellen konnte. Die Junker hätten in Deutschland die Regierungen gestellt, die Verwaltungen kontrolliert, die Weimarer Republik sabotiert, Freikorps gebildet und endlich Hitler in den Sattel gesetzt. In den Samurai, den «Junkern des Ostens», fanden sie ihr gleich kriegerisches Pendant. Wie sehr das Offizierskorps mit den Junkern identifiziert wurde, geht daraus hervor, dass allen deutschen Generälen grundsätzlich ein «von» verliehen wurde. Die «Süddeutsche Zeitung» sprach noch während des Nürnberger Prozesses von «von Paulus», obwohl Hitler Paulus zwar zum Feldmarschall befördert, ihn aber nicht geadelt hatte. Preussen galt als der Junkerstaat, wobei es niemanden interessierte, dass es in der Weimarer Zeit die Hausmacht der Sozialdemokraten gewesen war. Die Verschwörung der Junker sollte durch die Auflösung Preussens (Kontrollratsgesetz Nr. 46: «Der Staat Preussen, der seit jeher Träger des Militarismus und der Reaktion in Deutschland gewesen ist...») und die von den Amerikanern geplante und den Russen durchgeführte Bodenreform beendet werden.

2. Auch die «Verschwörung des deutschen Generalstabs»[22] ist ein Evergreen aus der Kriegspropaganda des Ersten Weltkrieges. Nach dem stellvertretenden amerikanischen Aussenminister und aussenpolitischen Vertrauten Roosevelts Sumner Welles sei der Generalstab «ein nur halb sichtbarer Orden», der sich der langfristigen Vorausplanung von Kriegen weihe,

während die angelsächsische Politik immer nur auf bereits eingetretene Ereignisse reagiert habe und somit dem Generalstab unterlegen gewesen sei. Der Generalstab habe zwar den «Hitlerismus als sein Werkzeug benützt», den Krieg jedoch frühzeitig verloren gegeben und alle Kraft auf die Vorbereitung des Dritten Weltkrieges konzentriert. Der Generalstab habe seine Mittelsmänner im Kriege ausländische Staatsangehörigkeiten annehmen lassen (mehrere hintereinander, um der Entdeckung zu entgehen). Diese würden nach Kriegsende als ausländische Wirtschafts- und Finanzgrössen auftreten und über die umfangreichen Gelder verfügen, die der Generalstab ins Ausland geschafft habe. Der deutsche Generalstab glaube, so nach und nach Gewerkschaften, Banken, Handelskammern und damit (indirekt) die Presse der alliierten Länder in die Hand zu bekommen, um beim nächsten deutschen Losschlagen die Alliierten wirtschaftlich entwaffnet und moralisch unterminiert sich zur sicheren Beute zu machen. Der Generalstab bediene sich des Mittels der «indirekten Komplizenschaft», indem er alliierte Staatsbürger ohne deren Wissen in seine Planung einspanne. Gegen eine direkte Fremdherrschaft, so habe der Generalstab erkannt, wehre sich jedes Volk, aber die indirekte Fremdherrschaft merke es gar nicht. Für Mitteleuropa habe der Generalstab kommunistische Regierungen «des trotzkistischen oder weltrevolutionären Typs» vorgesehen. «Der neue deutsche Kommunismus, der die Idee der Weltrevolution fördert und durch die kalten und skrupellosen Hirne des deutschen Generalstabes gelenkt wird, wird in vielen Teilen der Welt eine Situation vorfinden, die reif für den Pangermanismus ist.»

3. Eine besonders geheimnisvolle Rolle spielte die geographische Religion der Geopolitiker[23], deren Erfinder, Prof. Karl Haushofer, als eigentlicher Hintermann des 3. Reiches galt. «Geopolitik ist ein anderer Name für die preussischen Wünsche, deren militärische Kulmination notwendig ein Weltkrieg ist.» Aber die Geopolitiker bedienten sich besonderer Mittel, um dieses allgemein-deutsche Ziel zu fördern, sie

hätten durch die «Magie des Kartenbildes» die Geister unterbewusst infiltriert. Aus den Schriften der Geopolitiker liessen sich Hinweise auf die langfristigen Planungen des Pangermanismus ans Tageslicht heben. Es ist nicht verwunderlich, dass noch in den 50er Jahren der «Nachweis» geführt wurde, dass ein geopolitisches Zentrum in Madrid ein Bündnis zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion zwecks Errichtung einer gemeinsamen Welthegemonie vorbereite.

4. War die Junker-Verschwörung eine Marotte, die stark von den eifernden Doktrinen des katholischen Pazifisten Friedrich Wilhelm Foerster beeinflusst war, hatten die planenden Verschwörungen des Generalstabs und der Geopolitiker die Nebenwirkung, den Amerikanern politische Planung schmackhaft zu machen, so hatte die weitverbreitete Lehre von der Verschwörung der Industriellen[24] eine sehr brisante innenpolitische Note. Wurden die deutschen Kartelle «entlarvt», so stellte sich unmittelbar die Frage: «Was ist mit den amerikanischen Trusts?» Damit diese Frage auch richtig verstanden wurde, war das Zusammenspiel amerikanischer und deutscher Industrieller eines der Lieblingsthemen der Liberalen vor, während und nach dem Kriege. War in den 30er Jahren argumentiert worden, dass die Industrie um der Rüstungsgewinne willen Amerika in den ersten Weltkrieg verwickelt habe, so wurde in den 40er Jahren mit gleicher Überzeugung behauptet, dass die Industrie aufgrund ihrer Kartellabsprachen das Entstehen des für Kriegszwecke nötigen Produktionsvolumens verhindert habe. Überall dort, wo vor Kriegsbeginn ein Kartell gewesen sei, sei nach Kriegsbeginn eine Produktionslücke aufgetreten.

Die Lehre von der Verschwörung der Kartelle wurde nicht von vagabundierenden Schriftstellern verbreitet, sondern von den beamteten Vertretern der Anti-Trust-Abteilung des Justizministeriums, dem Board of Economic Warfare (das unter dem Vorsitz des amerikanischen Vizepräsidenten Henry A. Wallace stand und sich später über ein Office of Economic Warfare zur Foreign Economic Administration unter Leo T.

Crowley mauserte), und anderen Behörden, in denen die Liberalen ihre Einflusstaschen besassen.

Deutschland, meinten die Kartellfeinde, sei das klassische Land des Kartellismus, da seine Wirtschaft und Gesellschaft durch feudale, vorkapitalistische Züge geprägt seien[25]. Nazismus sei «nichts anderes als wildgewordener Kameralismus» (Borkin, Welsh) oder mit den Worten von Wendell Berge, dem Nachfolger von Thurman Arnold als Leiter der Antitrust-Abteilung des Justizministeriums, «Totalitarismus ist einfach die letzte Erfüllung des Kartellismus, der endgültige, volle Ausdruck der reaktionären Kräfte, die aus besonderen Privilegien entstehen». Die Kartelle, die Balsam für die halbfeudale deutsche Wirtschaft seien, seien Gift für die kapitalistische amerikanische Wirtschaft. Darauf habe der «Meisterplan» der deutschen Industrie beruht, den zwei Beamte mit dem Segen von Thurman Arnold enthüllten.

Die internationalen Kartelle hätten nämlich stets zur Expansion der deutschen und der Einschränkung der amerikanischen Wirtschaft geführt. «Jedes Mal wenn die deutsche Industrie eine neue Entwicklung hervorbrachte, die die finanzielle Sicherheit der demokratischen (d.h. westlichen d. V.) Monopolisten gefährdete, folgte ein industrielles München». Die amerikanischen Monopole arrangierten sich mit den Deutschen, und immer grössere Teile der Weltwirtschaft wurden von der deutschen Industrie abhängig. «Aber die Junker machten einen Fehler, als sie Hitler zum Führer machten.» Dieser konnte nämlich der eisernen Logik ihres Meisterplanes nicht folgen und schlug zu früh los.

Im Glauben, dass das Dritte Reich ein Kind der industriellen Monopole sei, trafen sich Kommunisten und radikalliberale Trustbuster. In den Konsequenzen, die man aus dieser wichtigsten Verschwörungstheorie zog, spiegelt sich darum auch der jeweilige Stand des amerikanisch-sowjetischen Verhältnisses. Die Dekartellisierung, die Industriellenprozesse (Krupp, Flick, IG-Farben) und die Wirtschaftspolitik der Direktive JCS 1067 waren Ölzweige, die der Sowjetunion

entgegengehalten wurden. Der Kalte Krieg hatte für Ölzweige keine Verwendung und damit auch nicht für Dekartellisierung, Prozesse, Demontagen und Einschränkungen der deutschen Produktion.

5. Von geringerer aktueller Bedeutung, wenn auch von recht nachhaltiger Wirkung, war die Lehre von der Verschwörung der deutschen Philosophen[26]. Zur Bewältigung der Gegenwart gehört, dass man politisches Missgeschick auf geistige Fehleinstellungen zurückführt. Schon für die französische Revolution waren die enzyklopädistischen Philosophen oder die bayerischen Illuminaten haftbar gemacht worden. Die Lehre von der Verschwörung des aufklärerischen Ordens der Illuminaten, der vom Ingolstädter Prof. Weisshaupt und dem bekannten Herrn von Knigge gelenkt wurde, war bis nach Neu-England gewandert. Die Welle der Kommunistenfurcht in den USA nach dem Ersten Weltkrieg («The Red Scare») brachte die geistige Ahnenforschung in Mode. Damals wurden als Ahnen der Bolschewiken unter anderen die frühchristlichen Gnostiker ausgegraben, die mittlerweile auch durch die deutschen politologischen Seminare und die Schriften praktischer Politiker spuken. Da der Beitrag der Deutschen zur Philosophiegeschichte nicht gering ist, so war auch die Suche nach deutscher philosophischer Kriminalität besonders ergiebig. Schon im Ersten Weltkrieg hatte der Kriegsbeitrag der alliierten und assoziierten Philosophen in der systematischen Belastung beinahe sämtlicher deutschen Philosophen seit Kant bestanden. John Dewey, Amerikas nationaler Philosoph, war 1915 mit seinem Buch «German Philosophy and German Politics» vorangeschritten. Er brauchte 1942 die Schrift für die Neuauflage kaum mehr zu aktualisieren. Andere dehnten den Radius aus, indem sie Luther oder Leibniz auf die Anklagebank setzten. Neben diesen sass eine bunte Schar alldeutscher und völkischer Autoren der Jahrhundertwende, die in keinem Lexikon zu finden sind. Selbst dem Spezialkenner fällt es schwer, diese Gewährsleute der philosophischen Verschwörung ausfindig zu machen,

zumal ihre Namen meist durch eifriges Tradieren verstümmelt aufgeführt wurden. Die philosophische Verschwörungslehre hatte auch einige Zeitzünder. Mehrere Autoren wurden nicht mehr rechtzeitig fertig und brachten ihre Beiträge mit zehnjähriger Verspätung. Das hatte den Vorteil, dass neue philosophische Kriminelle entlarvt werden konnten, die wie Plato[27] (entlarvt durch Karl Popper) während des Krieges aus Rücksicht auf das von den Deutschen besetzte und zu befreiende griechische Volk nicht in ihrer wahren Gestalt dargestellt werden konnten.

Wenn so viele Verschwörungen zwischen den Grenzpfählen eines Landes ausgebrütet wurden, das kleiner war als Texas, musste der Schluss gezogen werden, dass alle diese Verschwörungen nur Teilaspekte einer grossen Verschwörung seien, die mit dem Volk gegeben war. Das deutsche Volk verschwöre sich seit Jahrhunderten gegen die Zivilisation. Bauer und Junker, Bürger und Fürst waren alle in diese Verschwörung verstrickt. Tief drang Paul Winkler (The Thousand Years Conspiracy, Secret Germany behind the Mask. New York 1943.) in die Geschichte ein. Wo andere den Mann im Braunhemd in Bismarck, Fichte, Turnvater Jahn oder Luther wiedererkannten, entlarvte Winkler Kaiser Friedrich II. von Hohenstaufen als den ersten Nazi. In dem wohl meistgelesenen Buch über Deutschland, Louis Nizers «What to do with Germany?» (Harry S. Truman: «Jeder Amerikaner sollte es lesen») erfährt die deutsche Geschichte folgende bündige Darstellung: «Die Deutschen zerschlugen die lateinische Zivilisation in der Schlacht von Adrianopel 378 ... Sie machten Krieg zu ihrem Beruf. Wo sie hintraten, starb die Kultur ab. Sie plünderten Paris, Arras, Reims, Amiens, Tours, Bordeaux und Dutzende anderer Städte, die in späteren Generationen von ihren kriminellen Nachfahren wiederholt heimgesucht wurden ... Vier Jahrhunderte nach Adrianopel setzte Karl der Grosse die deutsche Tradition fort... Er versuchte, die Welt zu erobern, ein Refrain, der seitdem mit wahnsinniger und zerstörender Ausdauer durch die deutsche

Existenz lief. Er führte jedes Jahr einen Krieg... die Deutschen folgten ihm mit der fanatischen Ergebenheit für die gleichen Prinzipien, die sie anleiteten, in unserer Generation dem Kaiser oder Hitler zu folgen ... Im 12. Jahrhundert war der Führer ein anderer, aber das monotone Programm das gleiche. Da war es Friedrich Barbarossa, der den Frieden erdolchte. Die einzige Frage war, ob Italiener oder Slawen unterjocht werden sollten. Er wählte die Slawen und führte gegen sie mit fürchterlicher Brutalität Krieg. Nach dem Sieg verbot er den Gebrauch der einheimischen slawischen Sprachen und erliess strenge Verordnungen gegen die Juden. Durch das 14. Jahrhundert läuft der rote Faden deutscher Infamie... Die Lehre von der Welteroberung begann organisatorische Formen anzunehmen. Der Hansebund organisierte alle Deutschen in allen anderen Ländern aufgrund der Lehre, dass ihre Loyalität weiter den deutschen Führern galt. Die auslandsdeutsche 5. Kolonne von Hitlers Regime ist nur die erweiterte Kopie eines alten deutschen Kunstgriffs ... Während des dreissigjährigen Krieges war die Brutalität der Deutschen im Kriege unvermindert. Sie überrannten Böhmen und verfolgten das tschechische Volk mit einer Wildheit, die nur von den Legionen der Nazis übertroffen wurde. Tausende von Geiseln wurden erschossen. Folter und Terror, die allgegenwärtigen Begleiter des deutschen Programms, gingen Hand in Hand ... Führer, die die deutsche Kriegslust verkörperten, fehlten nie: der Grosse Kurfürst, der Soldatenkönig, den man als einen der widerlichsten Rüpel, die je lebten, beschrieben hat, Friedrich der Grosse, der jede Freiheit, die unter seinen Gefolgsleuten existierte, zerstörte und Preussen in eine militärische Autokratie umformte, deren einziges Ziel Krieg und Eroberung war.» «Treitschke erklärt in seiner ‚Politik', dass, da die Deutschen nie in der Lage sein werden, die Welt zu verstehen, sie die Welt erobern und nach ihrem Willen umformen müssen, damit sie dem deutschen Denken entspricht. Adam Müller, Novalis, Fichte, Johann Josef Görres spielen alle die gleiche Melodie. Das deutsche Volk horcht

begierig auf diese kriegerische Musik. Sie entfacht seine Gefühle. Es ist durch den Wahnsinn hypnotisiert und folgt ihm mit brutalen Stiefeln... ja, es gibt eine deutsche Verschwörung gegen den Weltfrieden und gegen jeden freien Menschen in jedem beliebigen Lande. Es ist eine Verschwörung, die nach einer Niederlage nie verlöschen wird. Sie ist in das Volk eingesenkt und hält es in allen dunklen Zeiten aufrecht, bis *der* Tag kommt.» («Der Tag» ist der Tag deutscher Weltherrschaft, von dem nach der Meinung der amerikanischen Kriegspublizisten alle Deutschen träumen) – kurz und gut: «Der Nazismus ist keine neue Theorie, die aus den Ungerechtigkeiten des Versailler Vertrags oder aus wirtschaftlicher Not entstanden ist. Er ist ein Ausdruck der deutschen Aspirationen, die in allen Jahrhunderten ihren Ausdruck fanden.» Nizers Buch machte die verworrene deutsche Frage mit einem Schlage klar und durchsichtig. Der Leser Präsident Roosevelt verteilte es an seine Kabinettsmitglieder; General Eisenhower versandte 100'000 Exemplare und liess alle Offiziere seines Stabes Aufsätze über das Buch schreiben[28].

Des Kleinholzmachens war kein Ende. Doch sollte der allzu augenfällige Wuttanz mit der historischen Axt niemand dazu verleiten, Nizers historisches Gemälde der Kriegsspychose zuzuschreiben. Ihm liegt ein festumrissenes Deutschlandbild zugrunde, das ebenso zur Basis wilder Spekulationen wie feinsinniger Analysen werden kann. Ob es vor offenen Mäulern oder verkniffenen Lippen gepredigt wird, mag sich in Wortwahl und Beweisduktus niederschlagen, die Substanz berührt es nicht. Der Stock, aus dem die feurigen Blüten der amerikanischen Kriegspropaganda entsprossen sind, ist nie beseitigt worden. Seit einigen Jahren beginnt er wieder kräftig zu treiben, und der Tag ist abzusehen, an dem er wieder in voller Blüte stehen wird.

Der Grundton, auf den das Deutschlandbild der Kriegspropagandisten gestimmt war, war die Annahme, dass die Deutschen eine negative Sonderrolle in der Weltgeschichte spielen, die sich in ihrer Philosophie, ihrer Politik und ihrem Volks-

Charakter Ausdruck verschaffe. Wenn Deutschland der Träger einer Abirrung vom Hauptstrom der Weltzivilisation ist, dann muss es weltanschauungslogisch auch eine solche Weltzivilisation geben. Der Antigermanismus*[29], der da glaubt, dass der deutsche Charakter negative Besonderheiten besitzt, die ihn zum dauernden Brutbett von Verschwörungen gegen die Zivilisation machen, bedingt weltanschauungslogiseh den Panhumanismus, der eine Formel für die ideologische und organisatorische Zusammenfassung aller Völker in einer Weltgesellschaft oder einem Weltstaat anbietet.

Auf die Diagnose folgte die Therapie. War der Nationalsozialismus nur der zeitgemässe Ausdruck dauernder Aspirationen des deutschen Volkes, so musste dafür gesorgt werden, dass diesem Volk für alle Zeiten die Möglichkeit genommen wurde, den Gang der Weltgeschichte zu beeinflussen – es musste ausgeschaltet werden. Diese Ausschaltung konnte auf verschiedene Weise vorgenommen werden. Unter anderem ist die biologische Ausschaltung des deutschen Volkes vorgeschlagen worden. In seinem noch vor dem amerikanischen Kriegseintritt verfassten Buch «Germany must perish» fordert Theodore N. Kaufman[80] die Sterilisierung aller Deutschen in zeugungsfähigem Alter. Die sterilisierten Deutschen sollten dann auf die Nachbarvölker verteilt werden und bis zu ihrem Tode deren Sprachen sprechen. In einer ähnlichen kanadischen Schrift wird das Programm auf die Formel «No Germany, therefore no more German wars» gebracht. Ein anderer Weg der biologischen Ausschaltung wurde in Harvard ausgearbeitet. Die deutschen Männer sollten als Zwangsarbeiter auf die Nachbarvölker verteilt werden und in ihrer Freizeit diese Völker biologisch auffrischen und mit den martialischen Eigenschaften der Deutschen versehen.

Eine weitere Form der Ausschaltung war die militärische.

* «Antigermanismus» ist kein ganz befriedigender Ausdruck für die zur Weltanschauung gewordene Deutschfeindlichkeit. Aber Antideutschismus wäre eine Missbildung, und auch der vergleichbare Antisemitismus richtet sich ja nicht gegen alle Semiten. Ausserdem ist Pangermanismus ein Terminus für Alldeutschtum und nicht Allgermanentum.

Durch eine vollkommene Entwaffnung, wie sie sämtliche Deutschland-Pläne vorsahen, sollten die Deutschen daran gehindert werden, eine Machtrolle in der Weltpolitik zu spielen. Neben der militärischen Entwaffnung, die keine Gegner fand, spielte die wirtschaftliche Entwaffnung die entscheidende Rolle. Weil die militärische Kraft einer Nation auf ihren wirtschaftlichen Möglichkeiten beruhte, wie die Umwandlung der amerikanischen Friedenswirtschaft in eine ausserordentlich leistungsfähige Kriegswirtschaft gerade bewiesen hatte, sollten alle industriellen Anlagen beseitigt werden, deren Umwandlung für Kriegszwecke möglich sei. Da der Erfindungsgeist jedoch aus Notlagen Vorteile zu ziehen vermag, sei vor allem die deutsche Forschung auszuschalten. Aneignung der deutschen Patente, Fortführung der Wissenschaftler, Verbot oder Kontrolle von Laboratorien und Instituten sowie die Kulturhoheit der Länder waren mögliche Wege zur Ausschaltung der Wissenschaft.

Neben der militärischen war vor allem auch die politische Ausschaltung Deutschlands durch seine Aufteilung in verschiedene Einzelstaaten im Gespräch[31]. In unbestimmter Form waren alle Alliierten für die Teilung Deutschlands eingetreten. Zu konkreten Beschlüssen kam es in der Teilungsfrage jedoch nicht, da über die Form der Teilung keine Einigkeit erzielt werden konnte. Churchill und der amerikanische Aussenminister Hull dachten daran, im Süden des zu teilenden Reiches ein neues lebensfähiges Staatsgebilde entstehen zu lassen, etwa in Gestalt einer Donaukonföderation (Bayern + Österreich + Ungarn mit Südtirol und einem Zugang zur Adria). Stalin dagegen war mehr an einem Machtvakuum im russischen Vorfeld interessiert und hatte zudem für Ungarn ganz andere Pläne. Strittig unter den Befürwortern der Teilung war auch die Frage, wie man ein späteres Wiederzusammenwachsen der Teile verhindern konnte. Für Roosevelt waren Teilungsfragen nur Teilfragen. Er war der staatsmännische Exponent der Position, die sich aus dem Zusammenspiel von Antigermanismus und Panhumanismus ergab. Das si-

cherste Mittel zur Ausschaltung Deutschlands war die Errichtung der Weltgesellschaft, die die Machtmittel dieser Erde bei den verbündeten Grossmächten monopolisierte. Die Niederhaltung Deutschlands war nach Roosevelt eine Funktion des guten Zusammenwirkens der «vier Polizisten.»

Der die Öffentlichkeit in den letzten Kriegsjahren stark beschäftigende Streit, ob man Deutschland einen «harten» oder einen «weichen» Frieden verschreiben sollte, war im Wesentlichen ein Streit der antigermanischen Richtung mit den Vertretern der Lehre von den «zwei Deutschland»[32]. Das Regime der Nazi sei, behaupteten die letzteren, die Diktatur des einen (schlechten) über das andere (gute) Deutschland. Ein Karthago aus Deutschland zu machen, würde dem anderen «guten» Deutschland jede Chance nehmen. Die Sprecher der «Zwei-Deutschland-Theorie», die sich unter der Leitung des Theologen Reinhold Niebuhr in der Organisation «American Friends of German Freedom» (später «Association for a Democratic Germany») vereinten, waren meist emigrierte Sozialisten (auch religiöse Sozialisten) und deren amerikanische Freunde. Sie sahen im alliierten Sieg die Gelegenheit, das andere Deutschland in den Sattel zu setzen, reiten werde es schon können.

Durch Strukturreformen sei das schlechte Deutschland zu entmachten – durch Bodenreform die Junker, durch Besitzreform die Industriellen, durch Universitätsreform die falschen Philosophen, durch Verwaltungsreform die reaktionäre Bürokratie und der deutschnationale Richterstand –, dann werde sich das andere Deutschland schon von selbst in der richtigen Richtung entwickeln. Die Sozialisten, die für das andere Deutschland fochten, hatten dem alten demokratischen Glauben an das Volk noch nicht abgeschworen. Das Volk – die überwiegende Mehrzahl sei gegen Hitler – die Emigranten die freien Sprecher der zeitweise am Sprechen verhinderten Deutschen. Ein Volksaufstand könne jeden Tag den Beweis erbringen, dass dem so sei. Als der 20. Juli einen grösseren Umsturzversuch brachte, war es jedoch – leider – der falsche

Aufstand, und man wartete weiter auf den richtigen. Das Vertrauen auf die Majorität verblich immer mehr, aber der Glaube an die anderen Deutschen (wenn ihre Zahl auch nicht gross sei) blieb. Dorothy Thompson schrieb mit einem Unterton der Verzweiflung: «Nun, und wenn es nur noch zehn Deutsche mit einer einwandfreien Vergangenheit gibt, die mit uns in einem solchen Programm eins sind, dann wollen wir diese zehn Deutschen akzeptieren. Anzunehmen, dass es überhaupt keine Deutschen gibt, denen man trauen kann, hiesse politisch die völlige Niederlage zugestehen.» Das Vertrauen in das Volk war zum Vertrauen in einige geschrumpft.

Der Amerikaner ist ein geselliger Mensch, der sich mit seinesgleichen bei den Rotariern, den Elks oder dem Ku-Klux-Klan vereint. Kein Wunder, dass auch die antigermanischen Eiferer ihre Gesellschaft gründeten. Die Gesellschaft nannte sich «Society for the Prevention of World War III»[33], weil sie meinte, Massnahmen gegen Deutschland anraten zu sollen, die es hinderten, nach den ersten beiden auch noch einen Dritten Weltkrieg zu beginnen. Es sind die gleichen Worte, die auch über dem Morgenthau-Plan stehen. Zum Vorsitzenden wurde der Kriminalschriftsteller Rex Stout, ein «bekannter Epikuräer», gewählt. Stout, 1886 in Indiana in eine Quäker-Familie geboren, durchlief eine amerikanische Karriere in vielerlei Berufen und Beschäftigungen, bis er genügend Geld verdient hatte, um nach Paris überzusiedeln und sich dem psychologischen Roman widmen zu können. Doch die Wirtschaftskrise vernichtete seine Ersparnisse, und er ging mit grossem Erfolg zur Kriminalschriftstellerei über, in der er mit seinem Bier und Orchideen liebenden Nero Wolfe Epoche machte. Das Abkommen von München veranlasste ihn, der gelegentlich in der kommunistischen Zeitschrift «Masses» politisiert hatte, sich ganz der politischen Publizistik zuzuwenden. Er war in zahllosen Organisationen, wie dem «Writers War Board» (der Vereinigung der Kriegspropagandaschriftsteller), dem «Council of Democracy», dem «Freedom House» tätig und galt als einer der einflussreichsten Stimmungsmacher.

Seine Spezialität war die Hasspropaganda, wie etwa aus dem Titel seines bekannten Artikels in der «New York Times» «Wir werden hassen – oder wir werden verlieren» hervorging, der von Ilja Ehrenburgs Beitrag «Hass ist Russlands Munition» sekundiert wurde. Um Rex Stout herum gruppierte sich eine stattliche Zahl von Brüdern und Schwestern im Hasse. Vom Rest der Propagandisten des 1. Weltkrieges, wie dem ehemaligen Botschafter in Berlin Gerard, der seine Erlebnisse unter dem Titel «Face to face with Kaiserism» beschrieben hatte, über die antideutschen Journalisten wie Mowrer und William S. Shirer («They are all guilty – punish them») bis zu solchen Weltverbesserern wie Lewis Mumford, war in den Reihen der Gesellschaft alles versammelt, was im Antigermanismus Rang und Namen hatte.

What to do with Germany?

Die Geschichte der amerikanischen Deutschlandplanung[34] im Zweiten Weltkrieg ist die traurige, wenn auch nicht überraschende Geschichte, wie Sachverstand und politische Verantwortung die Waffen strecken gegenüber dem ideologischen Fanatismus einer kleinen Gruppe, die sich gedeckt vom Sperrfeuer der «öffentlichen Meinung» frei zu entfalten vermag.

Nach einem kurzen Kräftemessen entglitt das politische Steuer den Händen des für die militärischen Aspekte der Deutschlandplanung zuständigen Kriegsministeriums und des für die zivilen Aspekte der Planung zuständigen Aussenministeriums und geriet in den Griff jener Behörden, in denen sich die Liberalen verschanzt hatten, des Finanzministeriums unter Morgenthau, der Verwaltung für Aussenwirtschaft (Foreign Economic Administration) unter Leo T. Crowley und des Amtes für Kriegsnachrichten (Office of War Information) unter Eimer Davis. Vom September 1944 ab war die Deutschlandplanung im Dreibehördenrahmen zwischen Kriegsmini-

sterium, Aussenministerium und Finanzministerium abzusprechen. Das Finanzministerium, das für die Deutschlandplanung im Grunde so wenig zuständig war wie andere nicht beteiligte Ministerien, wurde von Roosevelt in seiner Eigenschaft als Sprecher des liberalen Antigermanismus eingeschaltet. Senat und Repräsentantenhaus waren durch Roosevelts System des persönlichen Regiments bei der amerikanischen Nachkriegsplanung ohne Einfluss. Das Kriegsministerium war in sich gespalten, da sich die Civil Affairs Division (Leiter: General Hilldring) dem liberalen Antigermanismus angeschlossen hatte, während der zuständige stellvertretende Kriegsminister John McCloy eine nicht ganz durchsichtige, vermittelnde Position einnahm. Das Aussenministerium allein konnte dem Ansturm der Antigermanen nicht standhalten, deren durchschlagendstes Argument war, dass sie den neuen Geist der Vereinten Nationen repräsentierten, während das Aussenministerium lediglich das veraltete amerikanische Nationalinteresse vertrat.

Roosevelt entzog die Aussenpolitik dem Einflussbereich des Kongresses, indem er Erklärungen und Protokolle unterzeichnete, Verwaltungsabkommen schloss und so völkerrechtliche Verträge, die der Genehmigung des Kongresses bedurft hätten, vermied. Eine dieser Erklärungen ist die der Vereinten Nationen[35], die am Neujahrstag 1942 von Roosevelt, Churchill, Litwinow und Sung unterzeichnet wurde. Die Unterzeichner stellten fest, dass sie in gemeinsamem Kampf gegen einen wilden und brutalen Feind stünden, dessen vollständige Niederlage für die Bewahrung der Menschenrechte und der Gerechtigkeit grundlegend sei. Sie verpflichteten sich, ihre ganze Kraft in diesem Kampf einzusetzen und keinen Separatfrieden zu schliessen. Im Übrigen beriefen sie sich auf die vielstrapazierte Atlantic-Charta. Als Churchill im Weissen Haus gerade in der Badewanne sass, wurde er von Roosevelt gefragt, ob man die Kriegskoalition nicht die der Vereinten Nationen nennen könne. Churchill brummte seine Zustimmung, die Vereinten Nationen traten ins Leben.

Einen Tag nach der Unterzeichnung im Weissen Haus durch die vier Grossmächte, durften die übrigen neugebackenen Vereinten Nationen ihre Unterschriften im Büro von Adolf Berle im Aussenministerium abliefern. Es war ein wenig ansehnlicher Tross, der sich aus den britischen Dominien, 8 Exilregierungen und 9 mittelamerikanischen Satelliten der Vereinigten Staaten zusammensetzte. Dass der Tag der Vereinten Nationen am 14. Juni, dem Tag der amerikanischen Flagge, begangen wurde, galt als gutes Omen dafür, dass die neue, etwas gemischte Koalition dem amerikanischen Geist entsprechen würde. Man war der Überzeugung, dass eine (entsprechend ausgewählte) amerikanische Tradition in die neue und eine Welt hinüberleiten werde. Für den ersten «Tag der Vereinten Nationen» sprach Roosevelt demnach über den Rundfunk das folgende Gebet: «Gott der Freien, wir geloben heute unser Herz und unser Leben der Sache der gesamten Freien Menschheit. Unsere Erde ist nur ein kleiner Stern im grossen Universum. Aber wir können, so wir wollen, aus ihr einen Planeten machen, der unbelästigt ist vom Kriege, verschont ist von Hunger und Furcht, ungespalten ist durch die sinnlosen Unterscheidungen von Rasse, Hautfarbe und Theorie. Der Geist des Menschen ist erwacht, und die Seele des Menschen ist vorangeschritten. Gib uns das Geschick und den Mut, die Welt von der Unterdrückung und der alten gemeinen Lehre, dass die Starken die Schwachen aufessen müssen, weil sie stark sind, zu säubern. Schenke uns einen gemeinsamen Glauben, dass der Mensch Brot und Frieden, Gerechtigkeit und Rechtschaffenheit, Freiheit und Sicherheit, Gelegenheit und die gleiche Chance, sein Bestes zu tun, nicht nur in unserem Land, sondern in der ganzen Welt, kennenlernen wird. Und in diesem Glauben lasst uns marschieren, auf die saubere Welt zu, die unsere Hände schaffen können. Amen.»

Die Architekten dieser neuen sauberen Welt waren nicht übermässig besorgt, dass die Mitarbeit der Sowjetunion ihr geplantes Gebäude zum Einsturz bringen könnte. Näher und bedenklicher waren für sie die architektonischen Gefahren, die

sich aus dem eigenen Lager erhoben. Eifersüchtig wurden Versuche beobachtet, an eine politische Planung, insbesondere eine Deutschlandplanung, heranzugehen, die nicht vom *neuen* Geist der Vereinten Nationen inspiriert waren. Man war gewappnet, dass von der Diplomatie und der militärischen Führung auf der einen, von der Industrie auf der anderen Seite Quertreibereien zu erwarten seien, und Wachsamkeit war das Gebot der Stunde.

Der Provost Marshall, dem die Militärpolizei unterstand, hatte 1942 in der Universität von Virginia in Charlottesville eine Schule für Militärregierung[36] errichtet. Später wurden einmonatige Kurse in Fort Custer (Michigan) und eine anschliessende Ausbildung an CATS (Civil Affairs Training Schools) an verschiedenen amerikanischen Universitäten eingerichtet. Hier sollten die Spezialisten für die Verwaltung der von den amerikanischen Truppen zu besetzenden Gebiete ausgebildet werden. Die Presse widmete den neuerrichteten Schulen gebührende Aufmerksamkeit, zumal 1942 wenig Erfreuliches von den Kriegsschauplätzen zu berichten war. Eines Tages fragte der liberale Innenminister Ickes Roosevelt nebenbei, ob dieser die Errichtung einer «Gauleiter-Schule» in Charlottesville angeordnet habe. Roosevelt hatte nicht, aber er verstand den Wink. Er kümmerte sich höchstpersönlich um die Art und Weise, wie die Armee der Zivilbevölkerung der zu besetzenden Länder gegenübertreten werde. Im Frühjahr 1943 liess er im Kriegsministerium eine Abteilung für Zivilangelegenheiten errichten, deren Leiter Generalmajor John Hilldring als Stadtkommandant im Rheinland nach dem Ersten Weltkrieg einige unliebsame Erfahrungen gesammelt hatte.

In dieser Zivilabteilung ging es sehr zivil zu. An den Schlüsselstellen sassen neben den die Kompetenzen der Abteilung löwenhaft verteidigenden Rechtsanwälten Männer, die die politischen Visionen des Liberalismus teilten. Unter ihnen war John Boettiger, Roosevelts Schwiegersohn, dessen Frau Anna ständigen Umgang mit ihrem Vater hatte. Die in deutschen Fragen treibende Kraft der Abteilung war der Oberst

David Marcus. Marcus war bis Kriegsbeginn der Leiter der Gefängnisse der Stadt New York und der «starke Mann» der extrem liberalen und Roosevelt persönlich treu ergebenen Stadtverwaltung der «Fusionisten» von New York unter dem Bürgermeister Fiorello H. La Guardia gewesen. Marcus' Tätigkeit ist in Dunkel gehüllt. Die einzige Biographie über ihn ist ein Heldenbuch für Kinder im Alter von 6-10 Jahren. In einem Nachruf in der «Saturday Evening Post» wurde Marcus' Karriere folgendermassen skizziert: «Nach Dienst mit seiner Division im Pazifik wurde er nach Washington zur Dienstleistung im Stab von General Marshall zurückgesandt und dort mit einer Reihe von Sonderaufträgen betraut, die Präsident Roosevelt auf ihn aufmerksam machten. Er begleitete Roosevelt später nach Jalta und Teheran und war mit Truman in Potsdam... Er löste einige der wichtigsten Aufgaben hinter verschlossenen Türen, wobei er häufig direkt an das Weisse Haus berichtete. Er half mit, die Kapitulationsurkunden zu entwerfen, die Italiener und Deutsche unterzeichneten. Er arbeitete das Programm für die Militärregierung in den besetzten Gebieten aus und ging selbst an Ort und Stelle, um zu sehen, dass es auch ausgeführt wurde.» Marcus, der bei Kriegsende die Planungsabteilung der Civil Affairs Division leitete, war in der Nachkriegszeit erst im Stab des Militärgouverneurs in Deutschland, dann im Stab von MacArthur in Japan, ab Juni 1946 wieder in Washington, diesmal als Leiter der Abteilung für Kriegsverbrechen. Im April 1947, als das Ende der liberalen Phase der amerikanischen Politik sich deutlich abzeichnete, trat er aus der Armee aus und eröffnete ein Anwaltsbüro in der Fifth Avenue. Aber auch hier hielt es den ruhelosen Geist nicht lange. Er trat unter einem falschen Namen in die israelische Armee ein und fiel am 11. Juni 1948 vor den Toren Jerusalems.

Die Planung des Vorgehens der Armee bei der Besatzung war Sache der Civil Affairs Division in Washington. Aber das zunehmende Gewicht der zur Invasion bereitgestellten Truppen in England zog einen Teil der Planung an Eisenhowers

SHAEF (Supreme Headquarters Allied Expeditionary Forces). Die Civil Affairs Division war eine rein amerikanische Einrichtung, die Invasionsarmee und die mit ihr Hand in Hand gehende Planung jedoch aus Engländern und Amerikanern gemischt. Anfang 1944 waren die Absolventen der Schulen von Charlottesville und Fort Custer in England eingetroffen. 2'000 künftige Angehörige der Militärregierung wurden in der neuerbauten Kadettenanstalt von Shrivenham zusammengefasst. Sie unterstanden dort militärischer Disziplin und waren bald zermürbt. Sie fanden statt einer auf Befehle wartenden Bevölkerung einen Lagerkommandanten vor, der selbst die Befehle gab und dessen Lebensinhalt Paraden waren. Während die künftigen Militärregierungsanwärter mit ihrem Schicksal haderten, wurde als Abteilung von Eisenhowers SHAEF in London eine mit 150 amerikanischen und britischen Offizieren besetzte German Country Unit gebildet, die sich mit der Ausarbeitung von Richtlinien für die einzelnen Besatzungsaufgaben befassten, die in «Handbüchern» zusammengefasst wurden. Über die Grundsätze der Besatzungspolitik gab es kaum Vorschriften, und einige mehr naive Offiziere gingen sogar so weit, diese aus dem Text der Atlantic-Charta zu entwickeln. Das zusammenfassende «Handbook for Military Government» lag im August 1944 nach drei Umarbeitungen druckfertig vor, als Henry Morgenthau als liberaler Deus ex machina in London erschien, die geleistete Arbeit annullierte und dafür sorgte, dass die Besatzungsplanung an den Pulsschlag des amerikanischen Liberalismus und der antigermanischen Ideologie angeschlossen wurde.

Nicht nur von Seiten des Pentagons, auch von Seiten des State Department witterten die Liberalen Gefahr. Die «gestreiften Hosen» der Diplomaten wurden von ihnen im gleichen Masse als Fremdkörper in der amerikanischen Demokratie angesehen wie der «brass» (Messing der Rangabzeichen) der Generale. Militär und Diplomatie schienen Rudimente des europäischen Zeitalters der Machtpolitik, deren

Aussterben im Zeitalter der friedlichen Harmonie und Gesinnungspolitik man entgegensehen konnte. Die Diplomaten des State Department und die privaten Spezialisten des halbamtlichen «Council of Foreign Relations» in New York hatten noch vor dem amerikanischen Kriegseintritt mit umfangreichen Vorarbeiten für die Nachkriegsplanung begonnen[37]. Die Problematik einer weiteren Ausdehnung der kommunistischen Machtsphäre wurde dabei nicht ausser Acht gelassen. Aus welchen politisch-ideologischen Wetterwinkeln sich der Gewittersturm gegen eine nüchterne aussenpolitische Planung erheben würde, blieb dem Aussenminister Cordell Hull nicht verborgen. Mit gutem Grund rief er ein Advisory Committee on Post-War Foreign Policy ins Leben, das als Vertretung der «Öffentlichkeit» im Februar 1942 die Nachkriegsplanung aus den Händen eines interministeriellen Ausschusses übernahm, der seit Januar 1940 mit den Nachkriegsregelungen befasst gewesen war. Im 4jköpfigen Ausschuss bildeten die 11 Diplomaten eine Minderheit. Neben ihnen waren andere Ministerien, einige Senatoren, aber auch Privatleute an der Nachkriegsplanung beteiligt. Obwohl sich unter den letzteren auch bekannte Interventionisten wie Hamilton Fish-Armstrong («We or they?» «Hitler's Germany») und Anne McCormick von der «New York Times» befanden, genügten die eingeschalteten gemässigten Sachkenner nicht, um die Öffentlichkeit von der ebenso leidenschaftlichen wie unsachgemässen Erörterung der Nachkriegsfragen abzuhalten. Als nach der Landung in Nordafrika, Sizilien und Unteritalien praktische Entscheidungen zu treffen waren, wurde der beratende Ausschuss aufgelöst.

Inzwischen hatte die liberale Öffentlichkeit den «Fall Darlan» [38] zu einem Testfall für die Behandlung aussenpolitischer Fragen aufgebaut. Darlan, ein ehemaliger Minister der Vichy-Regierung, war in Nordafrika zu den Alliierten übergegangen. Diese bedienten sich seiner Dienste. Die Öffentlichkeit sah darin ein Paktieren mit dem Faschismus. Der «Fall Darlan» wurde zwar mit mässiger Eleganz durch die Ermordung

des Generals (am 24. 12. 1942) geregelt, die auf geputschte Öffentlichkeit wollte aber ein für allemal festgelegt wissen, dass mit «Faschisten» nicht verhandelt werden dürfe und dass eine Diplomatie zwischen den Schützengräben unstatthaft sei. Eine traditionelle Aussenpolitik, die sich an Mächten, Einflüssen und Situationen und nicht am Moralgefälle von Gut und Böse orientiert, habe nicht stattzufinden. Der Lärm war laut, der Präsident aufmerksam. Die amerikanische Aussenpolitik legte sich freiwillig an die Kette einer delirierenden öffentlichen Meinung, und die Sowjetrussen wussten die ihnen in den Schoss fallende Chance zu nutzen.

An der Stätte des Wirkens Darlans forderte Roosevelt zum Abschluss der Konferenz von Casablanca vor der Presse am 24. Januar 1943 die bedingungslose Kapitulation Deutschlands, Italiens und Japans. Die Form der Beendigung des Krieges durch bedingungslose Kapitulation[39] ging nach dem Wortlaut der Erklärung Roosevelts aus dem Kriegsziel der totalen Ausschaltung der militärischen Macht der genannten Staaten hervor. Ob Roosevelt die Forderung improvisiert habe (Churchill), ob bereits beim Mittagessen am 23. 1. darüber gesprochen worden sei (Elliott Roosevelt) oder ob schon Monate zuvor die Formel in interministeriellen Besprechungen aufgetaucht sei (Herbert Feis); ob das Ziel der Erklärung war, einen Sonderfrieden zwischen der Sowjetunion und Deutschland zu verhindern oder den Widerstandswillen in den von den Achsenmächten besetzten Ländern zu fördern, ist umstritten. Unumstritten ist die Wirkung der Formel. Niemand behauptet, dass die sowjetische Politik sich durch sie an die Kette legen liess, niemand bestreitet, dass die Gegner Amerikas zum bedingungslosen Kampf aufgeputscht wurden, da weder ein Wechsel der Politik noch einer der Regierungen Aussicht auf einen leidlichen Ausgang eröffnete.

Die Erklärung von Casablanca war eine Erklärung des totalen Krieges bis zum totalen Sieg, die alle Brücken abbrach und das diplomatische Spiel zum Erliegen brachte. Es war eine Festlegung, die Roosevelt der öffentlichen Meinung zu schul-

den glaubte, die im »Fall Darlan« ihre Durchbruchsschlacht gewonnen hatte. Roosevelt band der amerikanischen Diplomatie in einem Augenblick die Hände, wo der kaleidoskopische Wechsel auf dem militärischen und politischen Schauplatz gerade die Manövrierfähigkeit des Staatsschiffes gefordert hätte. Er gab der liberalen Öffentlichkeit zu verstehen, daß sie mit unkontrollierten Haßausbrüchen auf dem rechten Wege sei und stellte sich in Gegensatz zu seinem Vorgänger Lincoln, der im amerikanischen Bürgerkrieg der Partei der »Rachsüchtigen« entgegengetreten war. Der leichte Sieg im »Fall Darlan« führte die liberale Öffentlichkeit zur Überzeugung, daß Stimmungskampagnen das erfolgreichste Druckmittel seien, und die Politiker zur Praxis, »politisch Unmögliches« lieber gleich zu unterlassen.

Was nach der bedingungslosen Kapitulation mit Deutschland zu geschehen habe, interessierte die amerikanische Öffentlichkeit mehr als die Regierung. Diese hielt dafür, daß die Zukunft Deutschlands im Rahmen der Nachkriegsordnung zu sehen sei und diese den Vorrang habe. Ein Kriegsziel, über das ohne weiteres Einigkeit bestand, war die militärische Ausschaltung Deutschlands durch seine vollständige Entwaffnung. Roosevelt und Molotow hatten am 1. 1. 1942 ihr Einvernehmen in diesem Punkte festgestellt. Aus der Entwaffnung, die Roosevelt ja für alle Staaten außer den vier Großmächten vorgesehen hatte, folgte die Vernichtung der politischen Existenz Deutschlands, das sein Schicksal jedoch mit allen anderen Nichtgroßmächten teilte. Der Streit zwischen den Anhängern des »harten« und des »weichen« Friedens ging um die Frage, ob und in welchem Maße auch die zivile Existenz Deutschlands zu vernichten sei.

Roosevelts Nachkriegskonzeption war nicht unbestritten. Seine Vorstellung der Viermächte-Treuhänderschaft über die Welt und die Vorstellung seines Außenministers Hull einer Erneuerung des Völkerbundes zwischen gleichberechtigten Staaten waren nur schwer auf einen Nenner zu bringen. Hull[40] war nach fast 30 Jahren Tätigkeit im Repräsentantenhaus und

Senat der Sprecher jener Südstaaten-Demokraten, die Roosevelt zur Präsidentschaft verhalfen, da ihnen sein Gegenspieler Alfred E. Smith als Katholik, Prohibitionsgegner und Protektor der Neueinwanderer verdächtig war. Hulls Beziehungen zum Kongress waren so beschaffen, dass Roosevelt ihn zwar übergehen, aber nicht absetzen konnte. Er gehörte zu jenen konservativen Interventionisten, die Roosevelts Aussenpolitik unterstützten, ohne ihre Motive recht zu sehen. Wenn der alte Südstaaten-Gentleman auch die Natur von Roosevelts persönlichem Regime nicht begriff, so bekam er doch dessen Auswirkungen zu spüren, wenn Roosevelt das Aussenministerium überging und seine persönlichen Vertreter (Hopkins, Wallace, Welles) umherschickte.

Im Sommer 1943 erzwang Hull den Rücktritt seines Stellvertreters Welles, der über den Kopf des Ministers hinweg Roosevelts private Aussenpolitik gemacht hatte. Als Roosevelt Welles daraufhin als seinen persönlichen Vertreter zur Moskauer Aussenministerkonferenz entsenden wollte, bestieg der greise Hull zum ersten Mal in seinem Leben ein Flugzeug und flog im Oktober 1943 nach Moskau. Hier gewann er die vorläufige sowjetische Unterstützung seines Konzepts einer Weltorganisation, basierend «auf der souveränen Gleichheit aller friedliebenden Staaten», gegen das Treuhänderschafts-Konzept Roosevelts. Hull legte Molotow auch ein Deutschland-Memorandum vor, das zwei Beamte des Aussenministeriums vorbereitet hatten. Molotow berichtete, dass Stalin «begeistert» sei. Im Laufe der Verhandlungen stellte es sich jedoch heraus, dass die Vorschläge des Memorandums (Bedingungslose Kapitulation, Besetzung durch die drei Mächte, restlose Entwaffnung, Auflösung der NSDAP) von den Russen als Minimum-Programm betrachtet wurden. War Hull mit seinem Deutschland-Memorandum zuerst zu den Russen gegangen, um zu zeigen, dass er keine gemeinsame Front mit den Engländern bilde, so bot Eden den Russen die Aufteilung Deutschlands an, um zu zeigen, dass er seinerseits nicht mit den Amerikanern unter einer Decke stecke. So begann das

westlicherseits mangelhaft koordinierte Spiel um das Tranchieren des deutschen Bratens, dessen erste Moskauer Scheiben mit der Abtrennung Ostpreußens auf den sowjetischen Teller und mit der Abtrennung Österreichs und dessen Behandlung als »befreites Gebiet« zwischen die Teller fielen.

Was mit Restdeutschland zu geschehen habe, sollte eine in London tagende Dreimächtekommission ausfindig machen, die European Advisory Commission (Europäischer Beratungsausschuß)[41]. Die Delegationen der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten wurden von den Londoner Botschaftern dieser Länder Gusew und Winant geleitet, während England durch den Diplomaten Sir William Strang vertreten war. Das Ergebnis der 20 offiziellen und 97 inoffiziellen Sitzungen, die die Kommission zwischen Januar 1944 und August 1945 im Lancaster House abhielt, war aus mancherlei Gründen mager. Während Sir William Strang selber an Ort und Stelle dem interministeriellen Ausschuß präsidierte, der ihm die Direktiven gab, waren die beiden anderen Delegationsführer zu weit von den Stellen entfernt, an denen die Entscheidungen getroffen wurden. Moskau war durch die Kriegsführung voll in Anspruch genommen und zögerte seine Anweisungen an Gusew oft monatelang hinaus. In Washington hatte sich die Deutschlandpolitik im verschlungenen Kräftespiel der verschiedenen Strömungen in und außerhalb der Regierung verfangen, und Abwarten war für Roosevelt die innenpolitisch beste Lösung.

Das Ergebnis der anderthalbjährigen Sitzungen waren mehrere Kapitulationsurkunden, die Zoneneinteilung und die Errichtung des Kontrollrats für Deutschland. Die Kapitulationsurkunde sollte eine juristische Fassung der Erklärung von Casablanca sein. Es stellte sich heraus, daß eine Rooseveltsche Erklärung in juristische Terminologie zu fassen, gar nicht so einfach war, da der »neue« Geist schlecht in das »alte« Völkerrecht paßte. Die Engländer als die Fußkranken der neuen Weltordnung wollten eine genaue Abgrenzung der Rechte der Besatzungsmächte, die Amerikaner forderten ein generelles

«Mandate for Change», während die Russen vor allem an der Zerschlagung der deutschen Wehrmacht und der Überführung der gesamten deutschen Armee in die Gefangenschaft interessiert waren. Alles andere würde man schon späterhin regeln. Es kam zu einem Kompromissdokument, das die Zustimmung der vier Regierungen fand, nur dass es, wie sich im Frühjahr 1945 herausstellte, nicht brauchbar war, da es eine deutsche Zivilregierung als Kapitulationsunterzeichner voraussetzte. Man machte sich daher an die Abfassung eines neuen Dokuments, das denn auch prompt vier Tage nach der deutschen Kapitulation fertig wurde. In dieser «Erklärung über die Niederlage Deutschlands und die Übernahme der obersten Gewalt in Deutschland» sollten die vier Oberkommandierenden von sich aus die Kapitulation Deutschlands erklären. Doch die Zeit hatte gedrängt und Eisenhower nicht länger gewartet. Er liess nach Abstimmung mit den Russen eine militärische Kapitulationsurkunde ausarbeiten, der auf Drängen Winants noch ein allgemeiner Ermächtigungsparagraph eingefügt wurde. Eisenhowers Urkunde wurde am 7. und 8. Mai in Reims und Berlin von den Vertretern der Wehrmacht unterzeichnet, während die Erklärung des Londoner Viermächteausschusses (inzwischen war im November 1944 auch der französische Botschafter hinzugekommen) am

Juni 1945 im sowjetischen Hauptquartier in Karlshorst von den vier Oberkommandierenden unterfertigt wurde.

Die anderen Londoner Ergebnisse waren nicht viel glückhafter. In der Zoneneinteilung (September 1944) wurde (unbeabsichtigt) die Magna Charta der Teilung Deutschlands nebst permanenter Berlinkrise erarbeitet, und was aus dem Kontrollrat geworden ist (November 1944), ist allgemein bekannt. Der amerikanische Botschafter in London, John Winant, war kein Karrierediplomat, sondern der zu Roosevelt übergelaufene ehemalige republikanische Gouverneur New Hampshires. Sein britischer Kollege Strang schildert ihn als «eine sich selbst marternde Seele.» Winant war eine zeitgemässe Kopie seines Meisters Roosevelt, mit dem er über den

Marine-Code unter Umgehung des Außenministeriums direkte Verbindung hielt. Er glaubte mit Roosevelt, daß man sich auf menschlicher Basis mit den Russen verständigen müsse. Als Botschafter Murphy ihn darauf hinwies, daß die westlichen Zugangsrechte nach Berlin vertraglich gesichert werden sollten, sagte er, daß das Zonenabkommen nicht umgestoßen werden dürfe, da es nur zustande gekommen sei, weil er und Botschafter Gusew so gute Freunde geworden seien. Er glaubte daran, daß man in Berlin und anderswo sein Geschick in die Hände der Russen legen sollte, diese würden sich durch Annäherung wandeln. Sie würden das ihnen erwiesene Vertrauen und die nach dem Ende des diplomatischen Zeitalters herrschende Arglosigkeit zu schätzen wissen und sich – noblesse oblige – bei dem Aufbau der neuen Weltordnung kooperativ erweisen. Winant überlebte den Zusammenbruch dieser neuen Ordnung nicht. Er setzte 1947 seinem Leben ein Ende.

Die Stunde Morgenthaus

Der Rahmen der so folgereichen, wenn auch zunächst dürftig erscheinenden Londoner Vereinbarungen würde so oder so mit einem Inhalt gefüllt werden. Die Zonen waren festgelegt, wobei der Streit zwischen den Engländern und Amerikanern bis zum September 1944 darum gegangen war, wer die südliche und wer die nördliche Zone in Westdeutschland erhalten sollte. Was in der Zone getan und welche Politik im Kontrollrat verfolgt werden solle, war damit aber noch nicht ausgemacht. Die Londoner Planung der anglo-amerikanischen German Country Unit in Eisenhowers Hauptquartier konnte die Beendigung der Richtungskämpfe in Washington nicht abwarten. Sie brauchte handliche Richtlinien für die einmarschierenden Truppen. Im Sommer 1944 lag ein zusammenfassendes Handbuch über die Besetzung Deutschlands nach

dreimaliger Überarbeitung druckfertig vor. Da traf in London der amerikanische Finanzminister Henry Morgenthau jr. ein[42]. Auf dem Flug nach London hatte ihm (nach Morgenthaus eigener Darstellung) sein engster Mitarbeiter Harry Dexter White[43] ein Memorandum des Aussenministeriums zur Frage deutscher Reparationen als Reiselektüre vorgelegt. Morgenthau schrieb: «Ich lehnte mich zurück, um es zu lesen, erst mit Interesse, dann mit Zweifel, schliesslich mit entschiedenstem Widerspruch.» Und Morgenthau beschloss, sich in die deutsche Frage einzuschalten.

Die Einschaltung Morgenthaus war nicht so zufällig, wie er es darstellte. Er selbst war von Anfang an für einen scharfen Kurs in der Deutschlandpolitik empfänglich gewesen. Das Netz jedoch, auf dem von nun an die unter seinem Namen laufende Endlösung der deutschen Frage vertreten werden sollte, war von Harry Dexter White aufgebaut worden. Ob White ein Agent der Sowjetunion war oder nicht, ist nie eindeutig geklärt worden. Ausser jedem Zweifel steht jedoch, dass White im Ministerium ein Netz von persönlichen Vertrauten und Zuträgern aufbaute, das ihm zur Verfolgung seiner persönlichen Politik diente. Zwei dieser Vertrauten waren Oberst Bernard Bernstein, Leiter der Finanzabteilung der SHAEF Civil Affairs Division, der White über die Planungen in Eisenhowers Hauptquartier, und L. C. Aarons, Finanzberater von Botschafter Winant, der ihn über die Arbeiten der Europäischen Beratungskommission auf dem Laufenden hielt.

Morgenthau will nach einem Besuch bei Eisenhower auf die Idee gekommen sein «Warum sollte man Deutschland nicht überwiegend zu einer Nation von Kleinbauern machen?». Als langjähriger Herausgeber einer landwirtschaftlichen Fachzeitschrift glaubte er zu wissen, «dass Menschen, die dem Boden nahe sind, dazu tendieren, ein ruhiges und friedvolles Leben zu führen.» Doch Morgenthaus Deutschlandpolitik war kaum so plötzlich entstanden, wie er glauben machen wollte. Denn schon fünf Tage nach dem Besuch bei Eisenhower konnten er und Harry Dexter White an einem heissen August-Tag auf

dem Rasen vor einem englischen Landhaus, Winant, dessen Mitarbeiter Penrose und Mosely, sowie dem ungebeten anwesenden Oberst Bernstein, einen detaillierten Deutschlandplan vortragen. Mosely wiedersprach heftig und wies nach, daß das Ergebnis von Morgenthaus Plan die Kontrolle Europas durch die Sowjetunion sein würde. Doch dieses Argument wirkte bei Morgenthau und den Seinen nicht so durchschlagend, wie Mosely meinte. Moselys Einwurf, daß die Vereinigten Staaten nicht zwei Weltkriege geführt hätten, um Deutschland und mit ihm Europa den Sowjetrussen zu unterwerfen, galt ihnen vielmehr als ein Beweis des machtpolitischen Unverständnisses für die sich anbahnende moralische Weltordnung.

Morgenthau informierte sich weiter. Eden zeigte ihm das Protokoll der Teheraner Konferenz (Nov./Dez. 1943) der großen Drei[44], aus dem hervorging, daß Roosevelt an eine deutsche Teilung dachte, während Stalin umfangreiche Reparationen und die Entindustrialisierung Deutschlands befürwortete. Am 17. August flog Morgenthau nach Washington zurück. Er vergewisserte sich erst, was der Außenminister Hull über die Deutschlandfrage dachte. Dieser erzählte, daß er niemals die Protokolle der Teheraner Konferenz gesehen habe, daß man ihm nicht mitteile, was in der Spitzenplanung vorgehe und daß ihm bedeutet worden sei, die Deutschlandplanung sei Sache der Armee, nicht des Außenministeriums. Morgenthau ging dann zu Roosevelt, der sich dahingehend äußerte, man müsse »tough« sein, nicht nur mit den Nazis, sondern auch mit dem deutschen Volke. Nachdem Morgenthau so festgestellt hatte, daß er auf dem erwünschten Wege sei, setzte er einen Ausschuß des Finanzministeriums aus Harry Dexter White, Ansel Luxford und John W. Pehle ein, die einen neuen Deutschlandplan ausarbeiten sollten, der Roosevelts und Stalins Teheraner Anregungen verschmolz.

Als Morgenthau eine Woche später, am 25. August, wieder Roosevelt aufsuchte, zog er das »Handbook for Military Government in Germany«, das wie andere amtliche Dokumente

von Whites Vertrauensmännern Bernstein und Aarons nach Washington gebracht worden war, hervor. Morgenthau hatte einen Auszug der «weichen Stellen» dabei. Roosevelt liess den Kriegsminister Stimson und den stellvertretenden Marineminister Forrestal kommen und bemerkte, dass er gerade über das Handbuch der SHAEF gehört habe. Es wäre zu «weich». Die Deutschen dürften den niedrigsten Lebensstandard eines der von ihnen besetzten Länder nicht überschreiten. Seine Stellungnahme unterstrich er durch ein Memorandum, das mit den Worten «Das sogenannte Handbuch ist ziemlich schlecht» begann. Der Kern der Argumentation Roosevelts war, dass dem deutschen Volk als Ganzem beigebracht werden müsse, dass es sich in eine gesetzlose Konspiration gegen die Würde der modernen Zivilisation eingelassen habe.

Der Ausschuss des Finanzministeriums unter White hatte am 2. September 1944 seinen Plan fertiggestellt und legte ihn den Vertretern des Aussen- und Kriegsministeriums vor. Der Plan unterschied sich nur in einem Punkt von dem späteren Morgenthau-Plan. Das Ruhrgebiet sollte nicht entindustrialisiert, sondern nur von Deutschland abgetrennt werden. Der Morgenthau-Plan war die Grundlage aller weiteren Deutschlandplanung. Wenn der Verfasser der eingehendsten deutschen Untersuchung über die amerikanische Deutschlandplanung schreibt, dass es die Planung eines Aussenseiters sei, der die langjährigen Arbeiten der Fachleute vom Tische fegte, verkennt er die Natur der persönlichen Regierung von Franklin D. Roosevelt. Roosevelts Anordnung an Aussen- und Kriegsminister, dass sie einen «harten» Deutschlandplan ausarbeiten sollten, anderenfalls sie bei der Deutschlandplanung übergangen würden, entspricht eher dem Wesen dieses Regimes. Der Morgenthau-Plan war keine Ausarbeitung eines Aussenseiters, sondern die ausgereifte Deutschland-Konzeption des New-Deal-Liberalismus. Diese Richtung war die der Innenseiter des Roosevelt-Regimes, während etwa das Aussenministerium die Nebenrolle einer traditionellen Fassade vor der revolutionären Aussenpolitik des Regimes spielte.

Ein Kabinettsausschuss unter Harry Hopkins erhielt die Aufgabe, eine Deutschlandpolitik auf der neuen Basis auszuarbeiten. Am 6. September beriet er mit Roosevelt und Morgenthau. Dieser benutzte die Gelegenheit, im Gegensatz zum White-Plan die Zerstörung der Ruhr-Industrie zu fordern. Es bleibt offen, ob der Unterschied zwischen White und Morgenthau darin bestand, dass White der sowjetischen Politik näher stand und das Ruhrgebiet der Sowjetunion erhalten wollte, während Morgenthau den reinen, durch Eingehen auf sowjetische Interessen nicht beeinträchtigten Antigermanismus vertrat. Roosevelt erklärte, dass man das Ruhrgebiet eigentlich für Grossbritannien erhalten müsse. Morgenthau griff einige Tage später das Argument auf und meinte, dass gerade die Zerstörung des Ruhrgebietes die britische Wirtschaft stützen würde, da sie so die deutschen Märkte übernehmen könne. Roosevelt meinte jetzt, es sei das erste Mal, dass jemand behaupte, die Zerstörung der deutschen Wirtschaft nütze Europa. «Alle Wirtschaftler leugnen es. Ich aber stimme zu», soll er laut Morgenthau gesagt haben. Eine Einigkeit der verschiedenen Ministerien war nicht zu erzielen.

Roosevelt fuhr (wie gewöhnlich ohne seinen Aussenminister) nach Quebec, wo er am 12. September Churchill traf. Kaum angekommen, schickte er Morgenthau ein Telegramm, er solle kommen. Morgenthau kam und hatte am 15. September Roosevelts und Churchills Unterschrift auf einem Plan mit 14 Punkten erlangt. Die an Wilsons 14 Punkte erinnernden 14 Punkte des Morgenthau-Planes («Program to prevent Germany from starting a World War III») sehen den baldigen Abzug der amerikanischen und britischen Truppen aus Deutschland und die Durchführung der geplanten Massnahmen durch russische, französische und sonstige kontinentaleuropäische Truppen vor. Deutschland sei nach dem Verlust einiger Gebiete im Osten und Westen in einen süddeutschen und norddeutschen Staat zu teilen. Ein grosser Teil Westdeutschlands, mit dem Ruhrgebiet als Kern, sei einer den Vereinten Nationen zu unterstellenden Zone einzuverleiben, in der

sämtliche industriellen Ausrüstungen zu zerstören oder zu demontieren seien. Der wesentliche Gedanke des Planes ist, dass die Aufrechterhaltung der deutschen Wirtschaft (nach Durchführung der Demontagen) nicht die Aufgabe der Militärregierung, sondern des deutschen Volkes sei. Durch scharfe Restriktionen des Aussenhandels und des Kapitalimportes sei die Wiederrichtung einer für militärische Zwecke verwendbaren Industrie zu unterbinden. Aber das Elend verwalten sollten die Deutschen in eigener Regie. Es ist der Grundgedanke der auf diesem Programm fussenden «Chaos-Schule», dass die Alliierten ihre Sicherungsmassnahmen ergreifen sollten, dass aber die Folgen für die deutsche Bevölkerung sie nichts angingen. Daher sieht der Morgenthau-Plan auch keine Reparationen aus der laufenden Produktion oder durch Geldzahlungen vor, da diese Leistungen ja eine funktionierende Wirtschaft voraussetzen würden. Doch der Morgenthau-Plan hat noch eine andere Seite: die Nichtintervention in die deutsche Wirtschaft (Punkt 8 und 9) soll begleitet werden durch die Intervention in das Bildungswesen, die Presse, den Rundfunk (Punkt 6). Der (negative) Verzicht auf wirtschaftliche Lenkung, der zur völligen Verelendung führen musste, sollte durch die (positive) seelische Lenkung ergänzt werden, die auch noch Elend vergoldet.

Auch für den politischen Aufbau enthält der Morgenthau-Plan einen Vorschlag. Nach Punkt 7 seien, um die Teilung Deutschlands zu erleichtern und dauerhaft zu machen, alle Reichsbehörden aufzulösen und deren Beamte zu entlassen. Die Militärregierung solle mit den Lokalverwaltungen arbeiten. Die Wiedererrichtung von Länderregierungen in den alten Ländern und den preussischen Provinzen sei zu fördern. Nach der Teilung Deutschlands sollten die Länderregierungen in den neuen Teilstaaten je eine Bundesregierung (federal government) errichten, die föderativ gestaltet sein solle.

Der Morgenthau-Plan wurde von Roosevelt und Churchill nicht in einem Zeitpunkt unterzeichnet, der ein ruhiges Ausreifen gestattet hätte. Er fiel vielmehr in die grosse politische

Krise des Zweiten Weltkriegs, die Entscheidungen von dauernder Wirkung herbeiführte. Die Alliierten unter der Führung Eisenhowers standen vor Aachen. Montgomery war der Ansicht, dass bei einem energischen Durchstoss die Besetzung des Ruhrgebietes und evtl, der Durchbruch nach Berlin glücken konnten. Eisenhower bremste ab, und niemand hat je bestritten, dass er ein guter Interpret des in Washington herrschenden Meinungsgleichgewichts war. Die Rote Armee überschwemmte im Osten Teile von Finnland, Polen, Ungarn, Rumänien, Bulgarien und Jugoslawien. Die dramatischen Ereignisse des Auf Standes in Warschau, bei dem die amerikanischen Beobachter zu bemerken begannen, dass die Russen nicht so sehr für den gemeinsamen Sieg, als für die Expansion des auf die militärische Macht der Sowjetunion gestützten Kommunismus kämpften, bahnten einen Stimmungsumschwung an. Der Rausch der Hoffnung auf das Entstehen einer neuen Welt ebbte ab. Die antigermanischen und panhumanistischen Konstrukteure der neuen Welt begannen zu spüren, dass ihre Herrschaft nicht ewig dauern würde. Es war der letzte Zeitpunkt gekommen, wo auf der Flut der Kriegspsychose politische Beute in den Hafen gebracht werden konnte.

Als der Zusammenbruch des Grossdeutschen Reiches täglich erfolgen konnte, gelang es dem Finanzministerium, einen vorläufigen Deutschlandplan im Dreiministerienausschuss durchzusetzen, der den Ideen Morgenthaus folgte. Da Roosevelt und Churchill den Plan des Finanzministeriums in Quebec unterzeichnet hatten, schien den übrigen Ministerien ein weiterer Widerstand sinnlos. Oberst David Marcus von der Civil Affairs Division des Kriegsministeriums setzte den Morgenthau-Plan in eine Direktive für den Oberkommandierenden der amerikanischen Besatzungstruppen um. Die Vertreter des Finanzministeriums stimmten begeistert zu. Am 22. September, nur eine Woche nach der Unterzeichnung (oder Paraphierung) von Quebec, fand unter Leitung von Harry Hopkins eine ganztägige Sitzung im Amtszimmer von McCloy im Pentagon statt. Die Vertreter des Finanzmini-

steriums erklärten, dass der vorliegende Entwurf die Zustimmung Roosevelts habe. Die übrigen Minister gaben ihren Widerstand auf und unterzeichneten. Es war die erste Fassung jener Direktive JCS 1076, die in ihrer sechsten Fassung die Grundlage der amerikanischen Deutschlandpolitik bis zum Sommer 1947 war, die in ergänzter Form im Potsdamer Abkommen der drei Mächte Sowjetunion, Grossbritannien und USA als Basis der gemeinsamen Deutschlandpolitik anerkannt wurde und die für diejenigen, die behaupten, dass das Potsdamer Abkommen noch gültig ist, die Grundlage für den heutigen Status Deutschlands bildet.

Kaum war die Tinte der Unterschriften auf der vorläufigen Direktive getrocknet, ging Morgenthau daran, diese auch den Engländern aufzunötigen. Er war über Whites Gewährsleute Bernstein und Aarons in den Besitz eines britischen Deutschlandplanes vom September 1944 gekommen. Er verfasste eine Entgegnung, in der er den Briten vorschlug, sich ihrerseits der vorläufigen Direktive vom 22. September 1944 anzuschliessen. Er kritisierte vor allem, dass der britische Plan ungenügende Vorkehrungen 1. für die Zerstörung der deutschen Schwerindustrie und Kontrollen gegen eine Reindustrialisierung, 2. territoriale Abtrennungen vom Reich, besonders die des Ruhrgebiets, 3. Teilung Deutschlands, 4. Dezentralisierung, 5. Wiedergutmachung und Reparationen, 6. Aufbau des deutschen Erziehungswesens, 7. Bodenreform, 8. Bestrafung der Kriegsverbrecher enthielt. Er hatte als nahestehenden Adressaten den Berater Churchills Lord Cherwell. Die Engländer überlegten, ob die von Morgenthau geführten Kreditverhandlungen ohne ihre Zustimmung zu seiner Deutschlandpolitik zum Erfolg zu führen seien.

Während Morgenthau versuchte, seinen Plan durch englische Unterstützung zu untermauern, war das Ganze in die Öffentlichkeit gedrungen. Jemand hatte am 21. September dem liberalen Journalisten Drew Pearson, der davon lebte und heute noch lebt, wöchentlich Indiskretionen einem auf Kulissenblicke wartenden Publikum zu bieten, eingeweiht.

Aus dem Morgenthau-Plan wurde das Schlagwort »Ackerbau- und Weideland« herausgepickt und eine eifrige Diskussion begonnen, bei der die Gegner dieses Schlagwortes überwogen. Roosevelt, der vor den Wahlen stand, nahm an, daß die Vertreter maximaler Schärfe in der Deutschlandpolitik auf jeden Fall für ihn stimmen würden, während die Stimmen derjenigen, die von geringeren Haßgefühlen geleitet waren, von beiden Kandidaten umstritten sein würden. Er begann, sich aus der Sache herauszuziehen. Seinem Kriegsminister erklärte er, er wisse nicht, wie seine Unterschrift unter den Morgenthau-Plan gekommen sei, er müsse ohne viel Nachdenken unterzeichnet haben. Morgenthau hatte ihm schon immer dazu gedient, Projekte probeweise zu vertreten, von denen und deren Urheber Roosevelt sich im Ernstfalle distanzieren konnte. Morgenthau, so meinte der Präsident jetzt, »had pulled a boner«. Roosevelt wandte sich allerdings nicht einer anderen Deutschlandpolitik zu, sondern bis auf weiteres keiner. Am 20. Oktober schrieb er an Hull, daß keine Eile in der Deutschlandplanung geboten sei und er es überhaupt nicht für nötig halte, »detaillierte Pläne für ein Land, das wir noch nicht besetzt haben«, zu machen. Und auf die Anfrage des neuen Außenministers Stettinius weigerte er sich Ende November ausdrücklich, den amerikanischen Vertretern im European Advisory Council irgendwelche Anweisungen über die zukünftige Behandlung Deutschlands zukommen zu lassen.

Auch wenn es in der Planungsspitze zu einem vollständigen politischen Stillstand kam, mußte auf den unteren Ebenen doch weiter an der Vorbereitung der Besetzung Deutschlands gearbeitet werden. Die German Country Unit hatte das Verbot ihres Handbuches nicht überlebt. Sie wurde im August 1944 aufgelöst, um Rußland nicht den Verdacht zu liefern, daß England und Amerika in Deutschland gemeinsame Politik machen würden. An Stelle der anglo-amerikanischen Gruppe wurde eine U.S. Group, Control Council for Germany, als amerikanisches Element im künftigen Kontrollrat

zusammengestellt, dem eine ähnliche englische Gruppe zur Seite trat. Nach der Entscheidung von Quebec waren in dieser schwere Kämpfe um die Deutschland-Planung entbrannt, die «Schlacht von Bushy Park» nach dem Sitz der Gruppe genannt wurden. Ein Revirement trat ein, nachdem Bernard Bernstein Leiter der Finanz-Abteilung geworden war.

Einige der alten Deutschland-Spezialisten traten zurück. Andere stellten sich in einer «Revolte der Abteilungsleiter» gegen die vorläufige Direktive vom 22. September, da sie «Chaos, Unzufriedenheit und politischen Radikalismus» zur Folge haben werde. Doch die Anordnung, die Direktive als Befehl zu betrachten, beendete die Revolte. Der Leiter der Wirtschaftsabteilung, Oberst Graeme K. Howard, wurde von den radikalliberalen Kreisen nach allen Regeln der Kunst «abgeschossen», indem belastende Zitate aus einem von ihm veröffentlichten Buch vorgebracht und aus seiner Tätigkeit als Vertreter von General Motors in Deutschland finstere kartellistische Kombinationen abgeleitet wurden. Der Sieg war allerdings nicht besonders ergiebig, da Howards Nachfolger Draper zwar im Auftreten geschmeidiger als sein Vorgänger, aber in der Wirtschaftspolitik auch nicht viel anders eingestellt war.

Bernstein flog im Januar 1945 nach Washington, um die Deutschlandplanung (im Morgenthauschen Sinne) nach dem Stillstand der Winter- und Wahlmonate wieder anzukurbeln. Am 23. März 1945 wurde als letzte Zusammenfassung der amerikanischen Deutschlandpolitik vor Potsdam ein Policy-Memorandum vom interministeriellen Ausschuss mit den Unterschriften von Morgenthau und White (Finanzen), McCloy und Hilldring (Krieg), Grew, Clayton und Matthews (Äusseres) und Coe (Foreign Economic Administration) Roosevelt überreicht, der es mit seiner Unterschrift versah. Das Memorandum, Roosevelts Testament in der Deutschlandpolitik, trägt alle Kennzeichen der Morgenthau-Schule: «Deutschlands rücksichtslose Kriegsführung und der fanatische Widerstand der Nazis haben Deutschlands Wirtschaft zerstört und Chaos und Leiden unvermeidlich gemacht.» Diesem

Chaos solle von der Besatzungsmacht nicht Einhalt geboten werden. Sie solle sich nur mit dem Zweck einmischen, Hungersnöte und solche Epidemien und Unruhen zu verhindern, die die Besatzungsstreitkräfte gefährden würden. Auch die Zahlung von Reparationen sei kein Grund für die Aufrechterhaltung der deutschen Wirtschaft und dürfe keinesfalls als Entschuldigung für die Erhaltung einer Schwerindustrie oder die Gewährung von Krediten an Deutschland verwendet werden. Die Exporte (auch auf Reparationskonto) seien in erster Linie zur Bezahlung von Importen heranzuziehen. (»The first charge of all approved exports for reparations or otherwise shall be a sum necessary to pay for imports«).

Von Jalta nach Potsdam

In Jalta[45] mußte die Entscheidung fallen. Viel Zeit war im Februar 1945 nicht mehr zu verlieren, da der Krieg sich dem Ende zuneigte. Sollte die Kriegskoalition zum Fundament der neuen Weltordnung gemacht werden, dann war der letzte Moment gekommen, abzuschließen. Roosevelt war entschlossen, sein Lebenswerk zu retten. Stalin sparte nicht mit freundlichen Trinksprüchen. Er verlieh Roosevelt nicht zu Unrecht den Ehrentitel eines »Schmieds der Anti-Hitler-Koalition.« Allerdings waren manche seiner Ansprachen etwas abgründig und doppeldeutig, etwa wenn er ausführte, daß erfahrene Diplomaten sich nichts dabei dächten, ihre Verbündeten zu hintergehen. »Da ich aber ein naiver Mensch bin, halte ich es für das Beste, meinen Verbündeten nicht zu hintergehen, auch wenn er ein Dummkopf ist. Unsere Allianz steht möglicherweise so fest, weil wir einander nicht hintergehen; oder steht sie so fest, weil es nicht so leicht ist, uns gegenseitig zu hintergehen?« Roosevelt äußerte, die Atmosphäre bei diesem Essen sei wie in einer Familie gewesen.

Wie bei diesem Trinkspruch verstanden sich die Delega-

tionen auch bei den Verhandlungen gut, da sie von verschiedenen Dingen sprachen. Roosevelt wollte unverzüglich eine Weltordnung errichten, während er über deutsche oder polnische Fragen jedes Abkommen zu vermeiden suchte. Er stand nicht nur vor der Aufgabe, Stalin, sondern auch den amerikanischen Kongress zum Beitritt zur Weltorganisation zu überreden. Er musste darauf achten, dass die Opposition gegen Einzelabmachungen, die er in Jalta traf, nicht einen Widerstand gegen Amerikas Beitritt zur Weltorganisation her vor rief. Stalin wiederum legte Wert darauf, dass seine künftige Politik nicht durch die Weltorganisation präjudiziert wurde. Es ging ihm um die Sicherung seines Herrschaftsbestandes. Die Konferenz von Jalta war ein Erfolg. Roosevelt und Stalin erreichten, was sie wollten – Roosevelt hatte die Hindernisse aus dem Weg geräumt, die der Gründung der Organisation der Vereinten Nationen (UNO) im Wege standen, denn Stalin verzichtete grossmütig auf die von ihm geforderten *16* Sitze in der Vollversammlung der Vereinten Nationen für die 16 Gliedstaaten der Sowjetunion und begnügte sich mit zwei zusätzlichen Sitzen für die Ukraine und Weissrussland, die besondere Verdienste im Kampf mit Deutschland erworben hätten. Er stimmte weiter einer von Alger Hiss ausgearbeiteten Formel zu, nach der die Grossmächte nicht die Diskussion sie betreffender Fragen in der Vollversammlung verhindern konnten, sondern nur gegen sie gerichtete Massnahmen. Als Gegenleistung setzten die Grossmächte Stalin nur die verbalen Schranken einer «Erklärung über das befreite Europa» im Genuss des Besitzes, den er sich angeeignet hatte oder den er sich anzueignen noch vorhatte.

Der heikelste Gegenstand der Jalta-Konferenz, dem alle Sitzungen ausser den ersten beiden gewidmet waren, war nicht die deutsche, sondern die polnische Frage. Diese zehrte an den Nerven des Zukunftsplaners wie des Parteipolitikers Roosevelt. Der Parteipolitiker musste mit der Stimmung der polnischen Minderheit in Amerika, die ihn bisher unterstützt hatte, rechnen. Dem Zukunftsplaner bereitete es Kopfzer-

brechen, daß die Art und Weise, in der die Sowjets mit Rumänien umsprangen, zwar als gerechte Strafe für faschistische Missetaten interpretiert werden konnte, daß aber Polen nicht zu den zu bestrafenden Missetätern zu zählen war. Daß sich die Sowjetunion mehr nach geographischen als nach moralischen Gesichtspunkten richtete, konnte dem Amateurgeographen Roosevelt nicht entgehen. Hopkins erzählte Stalin, daß die polnische Frage an sich nicht wichtig sei, aber für die Zusammenarbeit von Sowjetunion und Vereinigten Staaten Symbolcharakter trage. Für Churchill war die polnische Frage eine Ehrenfrage, da England für die polnische Unabhängigkeit in den Zweiten Weltkrieg gezogen war. Stalin jedoch beharrte darauf, daß es ihm weder um »Symbol« noch um »Ehre« ginge, sondern um Sicherheit. Die Westmächte verstanden sich dazu, eine Erklärung zu unterzeichnen, die die polnische Exilregierung in London in der Versenkung verschwinden ließ und dafür die von den Russen eingesetzte Regierung von Lublin als Basis für eine durch andere »demokratische Kräfte« zu erweiternde Nationalregierung akzeptierte. Zudem erkannten sie die Curzon-Linie als polnische Ostgrenze an (allerdings nicht im Namen der westlichen Regierungen, sondern nur im persönlichen Namen des Regierungschefs.)

Die Deutschlandfrage war, wie Stalin bald feststellte, in Jalta noch nicht spruchreif. Das Verrücken der polnischen Grenzen auf der einen Seite mußte ein Verrücken auf der anderen Seite nach sich ziehen. Mit Ostpreußen war nicht mehr gedient. Nun war Roosevelt bereit, bis zur Oder zu gehen. Stalin nahm dankend, was er bekam – um den Rest würde er das nächste Mal bitten. Stalin legte die alten Aufteilungspläne auf den Konferenztisch. Churchill und Roosevelt trugen jedoch zur Diskussion nur ein schlechtes Gewissen bei. Sie verstanden sich auf die Einsetzung einer geheimen Studienkommission, die aus Eden, Winant und Gusew bestehen und die Aufteilungsfrage studieren sollte. Stalin begnügte sich. Etwas dringlicher wurde er in der Frage der deut-

schen Reparationen. Diese sollten in Demontagen und Lieferungen aus der laufenden Produktion bestehen. Die Demontagen sollten 80% der Schwerindustrie umfassen, die Lieferungen aus der laufenden Produktion sich über io Jahre erstrecken. Nach diesem Zeitpunkt sollten die Alliierten Vertreter in die Leitungen aller grösseren deutschen Unternehmen delegieren. Der Anteil der auf die Sowjetunion entfallenden Reparationen (50% der Gesamtsumme) wurde von Stalin auf 10 Milliarden Dollar beziffert. Die Westmächte konnten sich auch hier nicht festlegen. Sie stimmten der Einsetzung einer Reparationskommission in Moskau zu, die die einzelnen Anteile festlegen sollte. Bei Verhandlungen der Aussenminister verstand sich Stettinius darauf, dass die sowjetische Forderung von 10 Milliarden Dollar für die Kommission in Moskau die Diskussionsbasis bilden sollte. Die Engländer lehnten es jedoch strikt ab, Zahlen zu nennen. Jubilierend verliessen die Amerikaner die Konferenz von Jalta. Hopkins schrieb: «Wir glaubten im Herzen wirklich, ein *neuer* Tag sei angebrochen, der Tag, den wir alle seit Jahren ersehnt und über den wir so viel geredet hatten. Wir waren absolut überzeugt, den ersten grossen Friedenssieg gewonnen zu haben – und wenn ich sage wir, dann meine ich uns alle, die ganze zivilisierte Menschheit.» In der Tat, die weitere Zusammenarbeit mit den Russen war gesichert, zu welchen Bedingungen, war da nicht so wichtig. In Jalta wurden die Weichen gestellt, in Potsdam fuhr der Zug.

Vom 17. Juli bis zum 1. August 1945 fand in dem dem deutschen Kronprinzen gehörenden Schloss Cäcilienhof ohne Einwilligung des Besitzers die Berliner Konferenz[46] statt, die aus 13 Plenarsitzungen, Sitzungen der Aussenminister, Stabschefs und verschiedener Unterausschüsse bestand. Es war ein eigenartiger Triumph Stalins, in der deutschen Hauptstadt als Gastgeber auftreten zu können. Die Positionen von Stalins Verhandlungspartnern waren reichlich derangiert. Die Engländer ersetzten während der Konferenz ihren Verhandlungsführer Churchill durch Clement Attlee, den Führer der

Labour-Party. Truman hatte kurz vor Beginn der Konferenz die Nachricht von der erfolgreichen Explosion einer Atombombe in Alamogordo (Neumexiko) erhalten. Für ihn fiel der Grund der Konzessionsbereitschaft gegenüber der Sowjetunion, durch russische Kriegsbeteiligung gegen Japan amerikanisches Blut zu sparen, fort. Trotzdem nahm er zwischen seinem Außenminister Byrnes und seinem Rußlandberater Davies – beide Roosevelt-Anhänger, der letztere bekanntester Rußlandpropagandist der Vereinigten Staaten und Schwiegervater von Hans Habe – am Konferenztisch Platz und wickelte die aus Jalta und anderen Verhandlungsorten verbliebenen Geschäfte ab. Truman hatte das Zustandekommen der Konferenz nicht billig erkauft. Gegen den Willen Churchills ordnete er den Rückzug der amerikanischen Truppen aus Thüringen, Sachsen, Sachsen-Anhalt an. Churchill klang das wie ein »Totengeläut«. Aber ihm blieb nichts anderes übrig, als in Mecklenburg nachzuziehen. Die höfliche Vorlieferung für die Potsdamer Konferenz war die Freimachung eines Territoriums, auf dem die Russen ihre Deutsche Demokratische Republik errichten lassen konnten. Denn ein Blick auf die Karte zeigt, daß der Frontverlauf vom Juni 1945 die russische Besatzungszone halbiert hätte. Der Eintrittspreis in Potsdam war hoch, der Gewinn der Konferenz kaum lohnend. »Weit bedeutsamer als die Resultate der Konferenz«, schrieb Truman, »waren die Schlußfolgerungen, die sich mir aufgedrängt hatten und mir bei der künftigen Gestaltung unserer Außenpolitik den Weg weisen konnten.« In Potsdam wurde die teuerste diplomatische Nachhilfestunde der Weltgeschichte gegeben.

Das »Potsdamer Abkommen«, das aus dem Protokoll der Potsdamer Konferenz besteht und nicht ratifiziert wurde, behandelt Deutschland in den Abschnitten III (Deutschland – Politische und wirtschaftliche Grundsätze), IV (Reparationen aus Deutschland), V (Die deutsche Kriegs- und Handelsflotte), VI (Stadt Königsberg und das anliegende Gebiet), VII (Kriegsverbrecher), IX (Polen) und XIII (Ordnungsmäßige

Überführung deutscher Bevölkerungsteile). Zum Abschnitt III, der die zukünftige innere Gestaltung Deutschlands festlegte, überreichte Truman auf der Eröffnungssitzung vom 17. Juli einen amerikanischen Entwurf. Dieser Entwurf wurde den Aussenministern zum Studium übergeben. Die Aussenminister setzten zum Studium des wirtschaftlichen Teils B einen Ausschuss von Fachleuten ein, während Stalin am 18. Juli den politischen Teil A annahm und lediglich die Streichung des Satzes beantragte, dass deutschen Beamten eingeschärft werden müsse, dass sie bei mangelndem Wohlverhalten (good behaviour) ihre Stellung verlieren würden.

So glatt der politische Teil A des amerikanischen Deutschlandprogrammes über die Bühne ging, so umstritten war der wirtschaftliche Teil B. Der Grund war darin zu suchen, dass Morgenthau sich zwar anheischig gemacht hatte, den Nachweis zu führen, dass Deutschland vom Ausbau seiner Landwirtschaft leben könne, dass aber selbst Morgenthau nicht auf die Idee gekommen war, dass dies auch nach Abtrennung seiner Agrargebiete jenseits von Oder und Neisse und der Aufnahme der aus diesen und anderen Gebieten Vertriebenen noch möglich wäre. Der wirtschaftliche Teil des Deutschlandplanes war daher eng mit den übrigen Fragen der Reparationen (IV, V), der Gebietsfragen (VI, IX) und Austreibungen (XIII) verknüpft. Die Amerikaner sahen sich mit der Oder-Neisse-Grenze von den Russen vor ein fait accompli gestellt. Sie beharrten jedoch darauf, dass die abgetrennten Gebiete für Reparationsfragen und Fragen der wirtschaftlichen Gesamtbehandlung Deutschlands mit einbezogen würden. In den Grundsätzen der wirtschaftlichen Behandlung Deutschlands waren sich Russen und Amerikaner einig. Die Differenzen im Unterausschuss entstanden, als ein Satz des amerikanischen Reparationsvorschlages wieder aufgenommen wurde, über den sich die Moskauer Reparationskommission nicht geeinigt hatte. Der Satz hiess : «Nach Bezahlung der Reparationen müssen dem deutschen Volk genügend Mittel verbleiben, um ohne auswärtige Hilfe zu existieren. Bei der Ausarbeitung des

wirtschaftlichen Gleichgewichts in Deutschland müssen die Mittel, die für die Bezahlung der durch die Besatzungsmächte genehmigten Importe notwendig sind, bereitgestellt werden, *bevor* Reparationslieferungen aus der laufenden Produktion oder Vorräten gemacht werden.«

Das Wort »bevor«, das eine eindeutige Priorität festlegte, mißfiel den Russen erheblich. So konnten in der 6. Plenarsitzung vom 22. Juli nur jene Paragraphen des Wirtschaftsteils angenommen werden, über die Übereinstimmung herrschte: Art. 11 (Beseitigung der Rüstungskapazität), Art. 12 (Dekartellisierung), Art. 14 (wirtschaftliche Einheit), Art. 15 (Wirtschaftskontrollen), Art. 17 (Sofortmaßnahmen). In diesen Paragraphen spiegelte sich das Wirtschaftsdenken des amerikanischen Liberalismus. Am folgenden Tag stimmten die Russen auch dem Art. 13 zu, der bestimmte, daß die deutsche Wirtschaft sich auf der Landwirtschaft und der Konsumgüterindustrie aufzubauen habe, und erreichten dafür die Streichung des Paragraphen 18, der vorsah, daß sich die deutschen Landstriche aus den gleichen Gebieten versorgen sollten wie vor dem Kriege. Man verabschiedete stattdessen einen neuen Art. 18 (auf Antrag von Byrnes), der den alliierten Zugriff auf deutsche Vermögenswerte auch in neutralen Ländern vorsah, und eine von den amerikanischen Wirtschaftskriegern postulierte interessante Ergänzung des Völkerrechts darstellte. Übrig blieb der umstrittene Art. 19, der den alten Zankapfel der Reparationskommission beinhaltete.

Der Streit um Artikel 19 flammte noch einmal auf, als am 31. Juli der erfolgreiche Abschluß der Konferenz durch Stalins Annahme des Byrnes-Trumanschen »Pakets« gesichert war. In diesem »Paket« gaben die Amerikaner in der Frage der Oder-Neisse-Grenze nach, während die Russen der Aufnahme Italiens in die Vereinten Nationen zustimmten und einen amerikanischen Reparationskompromiß akzeptierten, der vorsah, daß jede Besatzungsmacht die Reparationen aus ihrer eigenen Zone entnehmen solle, wobei Rußland 25 % der Demontagen der Westzonen zuständen (davon 15 % gegen

Gegenlieferungen). Die Engländer versteiften sich noch einmal darauf, dass Exporte in erster Linie zur Bezahlung von Importen dienen sollten. Das amerikanische Protokoll berichtet: «Mr. Stalin erklärte, dass man übereingekommen wäre, den ganzen Paragraphen 19 zu streichen. Der Präsident sagte, dass er es auch so verstanden hätte. Mr. Bevin sagte, dass er nicht zustimme. Mr. Byrnes fragte, warum sie (die Engländer, d. V.) das nicht auf ihre eigene Weise behandeln wollten, da sie ja die Kontrolle in ihrer Zone besässen. Mr. Bevin antwortete, weil das der Vereinbarung zuwiderlaufe (cut across), die deutsche Wirtschaft als Einheit zu behandeln. Man würde damit Deutschland in drei Zonen teilen. Mr. Stalin sagte, dass man für diesen Zweck einen zentralisierten deutschen Verwaltungsapparat benötige. Dieser werde als nächster Punkt der Tagesordnung diskutiert werden.»

Ein russischer Vorschlag wurde angenommen, den Art. 9 der Deutschlandvereinbarungen, der bestimmte, dass bis auf weiteres keine deutsche Zentralregierung errichtet werde, durch den Zusatz zu ergänzen, dass einige Zentralverwaltungen gebildet würden, an deren Spitze unter Leitung des alliierten Kontrollrates deutsche Staatssekretäre stehen sollten. Schliesslich wurde in der 12. Sitzung doch noch der umstrittene Paragraph 19 verabschiedet, der einen Zusatz erhielt, der die russischen Reparationsansprüche vom Grundsatz ausnahm, dass die Exporteinnahmen in erster Linie für die Bezahlung von Importen zu verwenden seien. Alle Streitfragen waren bereinigt, und die letzte Sitzung in den Nachtstunden des 1. August 1945 konnte der Überarbeitung des Protokolls gewidmet werden. «Das deutsche Volk hat begonnen», hiess es darin, «für die schrecklichen Verbrechen zu büssen, die unter der Führung derjenigen begangen wurden, denen es in der Stunde des Erfolges laut applaudiert hat.» «Stalin», so berichtet das Protokoll, «schlug die Worte ‚offen zugestimmt' vor. Mr. Byrnes schlug die Worte ‚blind gehorcht' vor, Mr. Bevin schlug ‚stupid gehorcht' vor. Stalin schlug vor: ‚die es in der Stunde ihrer Erfolge offen gebilligt und denen es

blind gehorcht hatte‹.« Der Präsident und Attlee stimmten zu. Man ging auseinander.

Der maßgebende DDR-Historiker Walter Ulbricht beschäftigte sich in seiner Arbeit »Zur Geschichte der neuesten Zeit« mit der Frage, wie es komme, daß die Grundprinzipien des Potsdamer Abkommens und das Aktionsprogramm der kommunistischen Partei Deutschlands miteinander übereinstimmten. Er kam zum Forschungsergebnis: »Diese Übereinstimmung ergab sich gesetzmäßig aus einer einfachen Tatsache: Die Stalinsche Konzeption der Nachkriegsentwicklung in Deutschland beruhte auf einer wissenschaftlichen, marxistischen Analyse und einer tiefen Kenntnis des in Deutschland geschichtlich Notwendigen. Von der wissenschaftlichen Analyse der geschichtlichen Entwicklung ausgehend erkannte das Potsdamer Abkommen ...« Nun sind fast alle Bestimmungen des Abschnittes III des Potsdamer Abkommens von den Amerikanern ausgearbeitet und vorgeschlagen worden. Stalins wissenschaftliche Analysen schlugen sich mehr in den Reparationsforderungen und bei der Aufteilung der deutschen Flotte nieder. Daraus wäre der Schluß zu ziehen, daß die amerikanischen Väter der einzelnen Bestimmungen des Abkommens von marxistischen Analysen ausgingen oder auf anderem Wege zu gleichen Resultaten wie Stalin gelangt waren.

Die einheitliche Linie, die vom Morgenthau-Plan über die Direktive JCS 1067 zum Potsdamer Abkommen führt, geht aus der folgenden Gegenüberstellung hervor.

	Morgenthau-Plan	Direktive JCS 1067	Potsdamer Abkommen
Ziel	Deutschland zu hindern, einen Dritten Weltkrieg zu beginnen (to prevent Germany from starting a World War III) – (Überschrift).	Deutschland zu hindern, je wieder eine Gefahr für den Weltfrieden zu werden (to prevent Gemany from ever again becoming a threat to the peace of the world). – (4c)	Sicherzustellen, dass Deutschland nie wieder seine Nachbarn oder den Weltfrieden bedroht (to assure that Germany never again will threaten her neighbours or the peace of the world). – (III Einleitung)
Entwaffnung	Vollständige Entwaffnung der deutschen Armee und des deutschen Volkes (unter Einschluss der Entfernung und Zerstörung allen Kriegsmaterials). – (1)	Auflösung aller militärischen und paramilitärischen Einheiten, Entwaffnung und Kontrolle des militärischen Personals, Beschlagnahme oder Zerstörung aller Waffen. – (7)	Völlige und endgültige Auflösung aller militärischen und paramilitärischen Einheiten «um für alle Zeiten die Wiedergeburt und Reorganisation des deutschen Militarismus und Nazismus zu verhindern». Beschlagnahme und Zerstörung aller Waffen. – (III 3 I a)
Rüstungs-industrie	Totale Zerstörung der Kriegsindustrie. – (1)	Verbot der Waffenproduktion oder des Waffenimports, Demontage oder Zerstörung der Produktionsanlagen. – (30)	Verbot der Waffenproduktion, Demontage oder Zerstörung aller Produktionsanlagen. – (III 11)
industrielle Abrüstung	Zerstörung und Entfernung anderer Anlagen, die für die militärische Stärke grundlegend sind. – (1)	Verbot der Produktion von Flugzeugen, Handelsschiffen, synthetischem Gummi und Benzin, Aluminium, Magnesium und anderen	Verbot der Produktion von Flugzeugen und Handelsschiffen. Strikte Kontrolle und Einschränkung der Produktion von Metallen, Chemie-

	Morgenthau-Plan	Direktive JCS 1067	Potsdamer Abkommen
		noch zu bestimmenden Produktionszweigen. Demontage oder Zerstörung der Produktionsanlagen. – (30)	erzeugnissen, Maschinen und anderer für die Kriegswirtschaft notwendiger Produkte. Demontage oder Zerstörung der Produktionsanlagen. – (III 11)
Reparationen	Keine Reparationen durch Zahlungen und Entnahmen aus der laufenden Produktion, dafür: Rückgabe geplünderten Eigentums aus den besetzten Gebieten Gebietsverluste und Übertragung des industriellen Eigentums in den abgetretenen Gebieten Demontagen in Restdeutschland deutsche Zwangsarbeit im Ausland Beschlagnahme des gesamten deutschen Auslandsbesitzes. – (5)	Durchführung des Reparationsprogramms gemäss den alliierten Abmachungen. – (43)	Demontagen in allen Besatzungszonen. (IV)
Erziehung	Alle Schulen und Universitäten sind zu schliessen (will be closed), bis eine alliierte Erziehungskommission ein Reorganisationspro-	Alle Erziehungseinrichtungen sind zu schliessen (will be closed). Die Erziehung soll kontrolliert und ein Umerziehungsprogramm (reorienta-	Die deutsche Erziehung soll kontrolliert werden, «um die Nazi- und militaristischen Doktrinen völlig zu eliminieren und die erfolg-

	gramm formuliert hat. Volksschulen sind wiederzueröffnen, sobald geeignete Lehrer und Schulbücher vorhanden sind. – (6a)	tion) in Gang gebracht werden, «um die Nazi- und militärischen Doktrinen völlig zu eliminieren und die Entwicklung demokratischer Ideen zu ermutigen». Volks-, Mittel- und Berufsschulen sind nach Entlassung der Nazilehrer wiederzueröffnen. (14)	reiche Entwicklung demokratischer Ideen zu ermöglichen». (III 7)
Informationsmittel	Alle deutschen Sender, Zeitungen, Zeitschriften sollen stillgelegt werden, bis ausreichende Kontrollen eingerichtet und ein geeignetes Programm ausgearbeitet ist. – (6b)	Die Kontrolle der Medien der öffentlichen Information soll möglichst nach einer einheitlichen Kontrollratspolitik erfolgen. Amerikanische Richtlinien gesondert. (10)	Vorbehältlich der Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der militärischen Sicherheit ist die Freiheit der Rede, der Presse und der Religion gestattet. (III 10)
Verwaltungsaufbau	Alle Reichsbeamten sind zu entlassen, mit den Lokalbehörden ist zu arbeiten. Länderregierungen sind wieder zu errichten und in den preussischen Provinzen neu einzurichten. Nach der Teilung Deutschlands sollen die Länderregierungen angeregt werden, in jedem Teilstaat eine Bundesregierung zu errichten. Die neuen Bundesstaaten sollen die Form eines Staatenbundes (confe-	Autonomie für die regionalen, lokalen und städtischen Verwaltungsbehörden. Der Kontrollrat kann ein Minimum an Verwaltungsbehörden oder zentraler Kontrolle für die folgenden Gegenstände errichten a) Eisenbahnen, Nachrichtenverbindungen und Energie, b) Finanzen und Aussenpolitik, c) Produktion und Verteilung von wesentlichen Gebrauchsgütern. (3c)	Die politische Struktur soll dezentralisiert und die lokale Verantwortung entwickelt werden. Im Augenblick soll keine deutsche Zentralregierung errichtet werden, jedoch einige deutsche zentrale Verwaltungsbehörden unter der Leitung von Statssekretären. (III 9)

	Morgenthau-Plan	Direktive JCS 1067	Potsdamer Abkommen
	deration of States) erhalten und föderalistisch aufgebaut sein. – (7)		
Wirtschafts-kontrollen	Die Militärregierung soll keine Verantwortung für Preiskontrollen, Rationierung, Arbeitslosigkeit, Produktion, Wiederaufbau usw. über-übernehmen	Wirtschaftskontrollen sollen nur zum Zweck der «industriellen Abrüstung», für die Bedürfnisse der Besatzungstruppen und zur Sicherung der Produktion «von Gütern und Dienstleistungen, die nötig sind, um das Verhungern und solche Epidemien und Unruhen, die die Sicherheit dieser Truppen gefährden würden, zu verhindern». Keine Massnahme darf in Ausführung des Reparationsprogrammes oder aus sonstigen Gründen getroffen werden, die dazu führen würde, Lebensbedingungen in Deutschland oder Ihrer Zone zu schaffen, die besser sind als in irgendeiner benachbarten Vereinten Nation. – (5)	Wirtschaftskontrollen sollen nur zu folgenden Zwecken erfolgen: «Industrielle Abrüstung», Reparationen, Im- und Export, Produktion für die Besatzungsstreitkräfte und DP's und zur Aufrechterhaltung eines Lebensstandards, der den durchschnittlichen europäischen Lebenstandard nicht überschreiten darf. (HI 15)
	oder irgendwelche Massnahmen treffen, um die deutsche Wirtschaft am Leben zu erhalten oder zu stärken. -(8)	Keine Schritte zur wirtschaftlichen Erholung (rehabilitation) Deutschlands oder zur Aufrechterhaltung	Schritte sollen unternommen werden um die Transportmittel zu repa-

oder Stärkung der deutschen Wirtschaft. – (16)

Rieren die Kohlenproduktion zu vergrössern die landwirtschaftliche Produktion auf den höchsten Stand zu bringen dringende Reparaturen an Häusern und Versorgungseinrichtungen durchzuführen. (III 17)

Verantwortung

Die Verantwortung für die Erhaltung der deutschen Wirtschaft und des deutschen Volkes trägt das deutsche Volk, das sich der Möglichkeiten zu bedienen hat, die unter den gegebenen Umständen vorhanden sind. (8)

Die deutschen Behörden sollen angewiesen werden, die durch den Zonenkommandanten oder den Kontrollrat erlassenen Massnahmen zu verkünden und zu verwalten. «Auf diese Weise soll dem deutschen Volk eingeschärft werden, dass die Verantwortung für die Kontrollen und für ihren Zusammenbruch Sache des deutschen Volkes und seiner Behörden ist.» – (5)

Um die wirtschaftlichen Kontrollen des Kontrollrats durchzuführen, soll ein deutscher Verwaltungsapparat geschaffen werden, und die deutschen Behörden sollen veranlasst werden, die Kontrollen zu verkünden und auszuführen. «Auf diese Weise soll dem deutschen Volk eingeschärft werden, dass die Verantwortung für die Kontrollen und für jeden Zusammenbruch Sache des deutschen Volkes ist.» (III 16)

Aussenhandel

Für wenigstens 20 Jahre soll die deutsche Wirtschaft, und der Aussenhandel kontrolliert und der Kapitalimport schärfstens einge-

Die deutsche Industrie und alle wirtschaftlichen und finanziellen internationalen Transaktionen sollen kontrolliert werden, einschliess-

	Morgenthau-Plan	Direktive JCS 1067	Potsdamer Abkommen
	schränkt werden, um das Neuentstehen von Schlüsselindustrien zu verhindern. – (9)		lich Im- und Exporten, um Deutschland an der Entwicklung eines Kriegspotentials zu hindern. – (III 15 d)
Grossgrund-besitz	Der Grossgrundbesitz soll zerschlagen und unter den Bauern aufgeteilt werden. Das Erbhofrecht wird auf gehoben. – (10)	Der Grossgrundbesitz soll zur Unterbringung und Ansiedlung Deutscher und Anderer und zur Erhöhung der landwirtschaftlichen Erzeugung verwendet werden. – (28)	
Kriegs-verbrechen	Bestrafung von Kriegsverbrechern – (11)	Kriegsverbrecher sind zu verhaften, alle Personen, die die Durchführung der Ziele der Besatzung gefährden würden, sind zu verhaften und durch halb-gerichtliche (semi-judicial) Verfahren abzuurteilen. Bestimmte Kategorien sind automatisât zu verhaften. – (8)	«Die drei Regierungen bekräftigen ihre Absicht, diese Verbrecher einer schnellen und sicheren Justiz zu unterwerfen.» – (VII)

Zu einer Auseinandersetzung über die Gültigkeit des Potsdamer Abkommens führte der Prozess vor dem Bundesverfassungsgericht über das am 17.8.1956 verkündete Verbot der Kommunistischen Partei Deutschlands[47]. Die KPD war wegen «Verstosses gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung» (Art. 21 des Grundgesetzes) verboten worden. Die Vertreter der KPD, vor allem der Ostberliner Professor Kröger, vertraten die Ansicht, dass dem Potsdamer Abkommen eine normative Kraft innewohne, die gegenüber dem Begriff «freiheitlich demokratische Ordnung» den Vorrang habe, zumal dessen Bestandteil «demokratisch» im Potsdamer Abkommen inhaltlich festgelegt sei. Das Potsdamer Abkommen sei ein völkerrechtlicher Vertrag, in dem allgemeine Regeln des Völkerrechts enthalten seien, die nach Art. 25 GG unmittelbar geltendes Recht sind. Das Potsdamer Abkommen sei nicht nur ein völkerrechtliches Abkommen der Unterzeichnermächte, sondern gleichzeitig deren «höchst autoritativer Aufruf an das deutsche Volk zu einem bestimmten Verhalten, zu einer bestimmten künftigen Gestaltung seines politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens.» Da die KPD sich im Geiste des Potsdamer Abkommens betätige, wäre ihr Verbot ein Verstoss gegen das Abkommen und unwirksam. Die Bundesregierung entgegnete durch Professor Kaufmann, dass es sich in Potsdam um ein Verwaltungsabkommen der Besatzungsmächte gehandelt habe, das nur für diese verpflichtende Wirkungen habe und keinesfalls das deutsche Volk als «Normenadressat» habe.

Das Bundesverfassungsgericht beschritt im Urteil einen mittleren Weg: «Mangels einer Einigung der Alliierten aber galt die allgemeine Regel des Potsdamer Abkommens, wonach die höchste Regierungsgewalt in Deutschland den Oberbefehlshabern der Streitkräfte, jedem in seiner Besatzungszone, übertragen ist. Auch wenn man also der Ansicht der KPD über die rechtliche Verbindlichkeit des Potsdamer Abkommens für das deutsche Volk folgen wollte, wären nach dieser Bestimmung für das deutsche Volk bei der Ausgestaltung seiner

Staatsordnung nur etwaige Entscheidungen der zuständigen Zonenbefehlshaber dafür maßgebend gewesen, was über die Festlegung des Potsdamer Abkommens hinaus als demokratisch zu gelten habe.« Demokratisch ist, was die Zonenbefehlshaber als demokratisch bezeichnen.

Über das, »was als demokratisch zu gelten habe«, waren Amerikas Deutsche nur anfangs im Zweifel gelassen worden. Der Militärgouverneur General McNarney ordnete im Juni 1946 an, daß in Amerikas Deutschland demokratisch sei, was die 7 Bedingungen erfülle:

1. Es muß anerkannt werden, daß alle politische Macht ihren Ursprung im Volke hat und dessen Kontrolle unterworfen ist.

2. Diejenigen, die politische Macht ausüben, sind verpflichtet, ihr Mandat zu erneuern, indem sie ihr Programm und ihre Führung Volkswahlen unterwerfen.

3. Volkswahlen müssen in einem Wettbewerbssystem durchgeführt werden, in dem nicht weniger als zwei effektiv konkurrierende politische Parteien ihr Programm und ihre Kandidaten dem öffentlichen Urteil unterstellen.

4. Politische Parteien müssen in ihrem Charakter demokratisch und als freiwillige Vereinigungen von Bürgern erkennbar sein, die vom Regierungsapparat klar unterschieden sind und mit diesem nicht identifiziert werden.

5. Die Grundrechte des Individuums, einschließlich des Rechtes auf freie Rede, des Rechtes auf freies religiöses Bekenntnis, des Rechts auf freie Versammlung und die Freiheit der politischen Verbindung müssen anerkannt und garantiert sein.

6. Die Kontrolle über die Mittel der öffentlichen Meinung, wie Radio und Presse, muß verteilt und freigehalten sein von der Beherrschung durch die Regierung.

7. Die Herrschaft des Gesetzes muß als der größte Schutz des Individuums gegen einen willkürlichen Ausdruck der Regierungsmacht und gegen eine willkürliche Herrschaft von Agenturen der Regierungskontrolle anerkannt sein.

Die Anordnung McNarneys hat Amerikas Deutsche bis heute von der Last der Überlegung, was demokratisch ist und was nicht, befreit. Sie bot ihnen Schutz davor, die Verfügung über ihre Angelegenheiten an ihre Regierung zu verlieren. Sie beschwor aber auch die Gefahr herauf, dass diese Verfügung in letzter Instanz jenen zufiel, die im permanenten Streit zwischen Volk und Regierung als Schiedsrichter amteten. Beides - Schutz und Gefahr – liess sich mit den nationalen Interessen der Vereinigten Staaten, deren Beachtung von ihrem Proconsul billigerweise zu erwarten war, wohl zur Deckung bringen. Politologische Schriftgelehrsamkeit hingegen war vonnöten, um aus ihnen ex post facto die prästabilierte Harmonie von Besatzungsgenerals- und Volkswillen abzuleiten[48].

Die Charakterwäsche

> I would sooner speak of reforming than re-educating the Germans. Re-education smacks of a desk and a schoolmaster. The Germans have got to become reformed characters — that is of more importance than their book-learning.
>
> The Rt. Hon. Lord Vansittart

Im psychologischen Zeitalter

Die amerikanische Führungsschicht war durch die Weltwirtschaftskrise diskreditiert worden. Ihre Ideologie, daß im Ansammeln großer Vermögen der Pioniergeist der »frontier« weiterlebe, wurde verhöhnt. Die neuen Männer hielten sich jedoch nur provisorisch an der Macht. Ihr Versuch, an Stelle der alten individualistischen, neue soziale und altruistische Werte zu setzen, glückte nicht. Die alten Werte waren niedergerissen, aber die neuen lebten nur von der Verneinung. Mißtrauen und Furcht zersetzten in einem schleichenden Bürgerkrieg die amerikanische Gesellschaft. Doch der Mensch kann für die Dauer nicht in Mißtrauen und Furcht leben. Er sucht nach dem festen Grund, der ihm Halt und Gewißheit gibt. Der moderne Mensch findet diesen Grund im Glauben an die Wissenschaft. Roosevelt wußte dies, als er sich mit einem wissenschaftlichen Braintrust umgab, der seiner Politik das Prestige wissenschaftlichen Vorgehens verleihen sollte. Roosevelts Braintruster waren Nationalökonomen. Die Technokraten hoben noch Naturwissenschaft und Ingenieurskunde auf den Thron – da brach sich eine neue Wissenschaft in schnellem Siegeszug Bahn. Der Mensch glaubt meist an eine Wissenschaft, die stellvertretend für alle anderen seinen Wissenschaftsglauben befriedigt. Im 16. Jahrhundert war es die Philologie, im 17. die Mathematik, im 18. die Ökonomie, im 19. die Naturwissenschaften – jetzt wurde die Psychologie zur exemplarischen Wissenschaft.

Zwischen Hauptgang und Nachtisch war die Psychoanalyse nach Amerika gekommen. 1905 hatte der junge amerikanische Psychiater A. A. Brill die Lütticher Weltausstellung besucht. An der table d'hôtel kam er mit seinem Tischnachbarn, einem österreichischen Artillerieleutnant, ins Gespräch. Man fand aneinander Gefallen und setzte die Reise gemeinsam fort. Beim Abschied fragte der Leutnant, ob man sich nicht einmal wiedersehen werde, ob Brill nicht einmal nach Wien käme, um sich den Dr. Freud anzuschauen. Wer das denn sei? Nun, Freud müsse schon irgendwie bedeutend sein, meinte der Artillerieleutnant, sonst besässe er nicht so viele Feinde. Wenig später arbeitete Brill an der Burghölzli-Klinik in Zürich, wo Eugen Bleuler und sein Assistent C. G. Jung gerade begonnen hatten, die Psychoanalyse klinisch zu erproben. Brill schloss sich der neuen Lehre an und eröffnete in den Vereinigten Staaten die erste psychoanalytische Privatpraxis. Ein Anfang war gemacht.

Die Psychoanalyse war in Wien konzipiert, in Zürich klinisch erprobt worden; in den Vereinigten Staaten setzte sie sich in Herz und Hirn von Millionen fest. Wenn eine einzelne Geistesströmung für die amerikanische Kultur repräsentativ ist, so ist es die psychoanalytische. In Europa wurde die Psychoanalyse nach einigen Ausbruchsversuchen in den (deshalb?) «Goldenen Zwanziger Jahren» von den Psychiatern unter festen Verschluss genommen. In Amerika hat sie längst alle Zunftschranken durchbrochen und sich in Wissenschaft (z.B. Soziologie, Kulturanthropologie, Pädagogik, Politologie) und Leben als erste Kulturmacht etabliert[1]. Wenn kürzlich eine UNESCO-Schrift lehrte: «Die Psychoanalyse ist nicht nur eine Therapie für Menschen, die an seelischen Störungen leiden, sondern auch eine umfassende allgemeine Theorie der Persönlichkeit, die sich auf den gesunden und kranken Geist gleichermassen anwenden lässt» (Marie Jahoda), so gilt dergleichen in Amerika als Selbstverständlichkeit. Der Psychoanalytiker schaut der amerikanischen Mutter über die Schulter (Child Guidance Clinics), er wird alarmiert,

wenn bei einem Kind schulische Leistung und I. Q. (durch Test festgestellter Intelligenz-Quotient) voneinander abweichen, er regelt den sexuellen Haushalt der Teenager und die Berufswahl der Twens.

Zehntausende von Social Workers sorgen als Laien-Psychoanalytiker für die Verbreitung der neuen Doktrin in den einkommensschwachen Volksschichten. Spitzenverdiener legen sich dagegen auf die Couch eines Mitglieds der exklusiven American Psychoanalytical Society (mit Jahreseinkommen von DM 400’000 und darüber). Auf dem Broadway wird kaum ein Stück aufgeführt, das nicht die eine oder andere psychoanalytische Doktrin verarbeitet Und die Autoren können sicher sein, dass das Publikum weiss, worum es sich handelt.

Die Psychoanalyse hätte in Amerika kaum mit so viel Begeisterung rechnen können, wäre der Boden nicht durch eine Bewegung vorbereitet worden, die das Interesse für geistige Krankheit und geistige Gesundheit in die weitesten Kreise trug. Die Mental-Health-Bewegung (früher Mental Hygiene - Psychohygiene) wurde von einem Juta-Studenten namens Clifford Beers gegründet. Beers war in verschiedenen staatlichen Irrenanstalten interniert gewesen. Nach einer jahrelangen tiefen Depression geriet er in einen euphorischen Zustand und brachte seine begeisterten Ideen zu Papier. «Gewöhnliches Schreibpapier genügte nicht mehr, die Flut seiner leidenschaftlichen Gedanken aufzunehmen. Breite Rollen Einschlagpapier wurden in sein Zimmer gebracht.» Er fasste den Plan einer Reform der Irrenanstalten. Wie die ansteckenden Krankheiten durch Vorbeugung (Impfung) bekämpft worden seien, so müsse man auch den Geisteskrankheiten vorbeugen. Für diese Vorbeugung prägte Beers’ Berater, der Common-Sense-Psychiater Adolf Meyer, den Namen Psychohygiene (Mental Hygiene). Beers veröffentlichte 1908 seine Autobiographie «A Mind That Found Itself» (1945 erschien die 25. Auflage), der Eisenbahnmagnat Henry Phipps gab das Geld, und die «Connecticut Society for Mental Hygiene» nahm

1909 ihre Arbeit auf. Die Bewegung setzte sich in Amerika allmählich durch und wurde im Kielwasser der amerikanischen Expansion nach 1941 über den ganzen Erdball verbreitet. 1947 verabschiedete der Kongress einen Mental Health Act, der der Bewegung staatliche Anerkennung und die Verfügung über umfangreiche Gelder sicherte. In diesem und dem folgenden Jahr fanden grosse internationale Kongresse in Paris und London statt. 1948 wurde die «World Federation for Mental Health», in der Gesellschaften aus 42 Ländern zusammengefasst wurden, gegründet. Die UNESCO-Ideologie speist sich nicht zuletzt aus der Mental-Health-Bewegung. Die Mental-Health-Bewegung, die in der Medizin eine ähnliche Rolle spielt wie «Reader's Digest» auf dem Zeitschriftenmarkt, sieht laut *Encyclopedia Americana* die geistige Gesundheit in einer «gesunden Einstellung des Individuums gegenüber sich selbst und der Umgebung, in der es lebt, so dass es ein Maximum der Selbsterfüllung erreicht».

Das psychoanalytische Zeitalter begann in Pearl Harbour. «Während der Depression», heisst es in einer 1964 zusammengestellten Anthologie über Psychoanalyse und gegenwärtige amerikanische Kultur, «glaubten wir nicht, aus irgendeiner Form der Psychoanalyse ernstliche soziale Folgerungen ziehen zu müssen. Wir taten sie als Spielzeug reicher Leute ab.» Der Aufstieg der Psychoanalyse von einem Luxusartikel der High Society zur bestimmenden Sozialmacht hinterliess in der Lehre Freuds ihre Spuren. Diese passte sich nicht nur der menschlichen Szenerie der Vereinigten Staaten dynamisch an, sondern nahm auch den sozial-missionarischen Geist der Mental-Health-Bewegung in sich auf. So kam es, dass die heute tonangebende Schule der Neo-Freudianer[3] sich zum Altmeister aus der Berggasse bestenfalls so verhält, wie die Junghegelianer zu Hegel und schlimmstenfalls wie die SPD zu Karl Marx.

Nicht nur die amerikanische Umwelt, auch die unverhüllt politischen Aspirationen der Neo-Freudianer waren Freud fremd. Seine Lehre wurde darum solange umgemodelt, bis sie

diesen Aspirationen dienlich war. Was Freud vor allem vorgeworfen wurde, war, daß er als unwandelbare biologische Triebe angesehen habe, was unter bestimmten kulturellen Bedingungen veränderlich sei. Von den Neo-Freudianern wurde zwischen einem Kern allen Menschen gemeinsamer Bedürfnisse, etwa Hunger, und den übrigen von der kulturellen Umwelt abhängigen Trieben unterschieden. »Jene Triebe«, so lehrte Erich Fromm[4], »welche die Unterschiede im Charakter der Menschen ausmachen, wie Liebe, Haß, Machtgier, Unterwürfigkeitsdrang, Sinnenfreude und Sinnenfurcht, sind dem Gesellschaftsprozeß unterworfen und resultieren aus ihm.« Und was im Rahmen des Gesellschaftsprozesses veränderlich ist, kann somit auch verändert werden, sofern es nur gelingt, diesen Gesellschaftsprozeß zu beeinflussen.

Unter den Wortführern der neofreudianischen Richtung, die in Amerika die Stationen der Entwicklung des Dritten Reiches mit zunehmender Zusammenarbeit und öffentlicher Einflußnahme beantworteten, waren Erich Fromm (geb. 1900), der wandlungsreiche Modephilosoph, Karen Horney (1885–1952), die Mutter der Schauspielerin Brigitte Horney und bekannte Popularisatorin psychoanalytischen Gedankenguts, und Harry Stack Sullivan (1892–1949), der in psychiatrischen Fachkreisen angesehene Praktiker und Organisator. Die neofreudianische Gruppe begann um 1936 mit der kulturanthropologischen Schule des Ethnologen Franz Boas (1858–1942) – vor allem Edward Sapir (1884–1939), Ruth Benedict (1887 bis 1948) und Margaret Mead (geb. 1901) – zusammenzuarbeiten[5].

Die Kulturanthropologen hatten die »Verschiedenheit und die Gleichheit der kulturellen Umwelt und deren Konsequenzen für das menschliche Verhalten« zu ihrem Thema gemacht. Sie sprachen vom »culture and personality approach« (Margaret Mead), der die Wechselwirkung von Kultur und Persönlichkeit untersuchte. Aus dem ethnologischen Material, das sich beim Studium primitiver Stämme ansammelte, versuchten sie, »auf den Geist einer Kultur, ihre Konfiguration,

d.h. ihre Gestalt» (Franz Boas) zu schliessen und umgekehrt das ethnologische Material von der Gestalt her zu deuten. Bei den Stämmen verschiedener Naturvölker suchten die Kulturanthropologen nach kontrastierenden Eigenschaften, um zu beweisen, dass diese Eigenschaften nicht aus der Rasse, sondern aus der kulturellen Umwelt zu erklären waren und sich mit dem «kulturellen Wechsel» (cultural change) auch änderten. So fand Margaret Mead bei den Papua in Neuguinea, dass die Arapesh ihr Ideal im milden und umgänglichen Mann, die Mundugumor im heftigen und aggressiven Mann sahen. Bei den Tschambuli hingegen dominierten die Frauen und machten die Männer von sich emotionell abhängig. Die Arapesh lehnten Aggression, Wettbewerb und starke Gefühlsäusserungen ab; sie straften ihre Kinder nie. Die Mundugumor hingegen sahen alle männlichen Stammesgenossen als Feinde an und befreundeten sich nur mit dem anderen Geschlecht.

Ähnliche Studien betrieb Ruth Benedict bei amerikanischen Indianerstämmen. Der Zuhi in Neumexiko versuche jedes Rennen zu verlieren und habe eine höllische Angst, ein Amt zu übernehmen. Wenn ein solches zu vergeben sei, dann müsse ein Zuni mit Gewalt zur Übernahme gezwungen werden. Diese Erkenntnisse waren geeignet, aus ihnen einen praktischen Nutzen zu ziehen. Was lag näher, als aus den kriegerischen Deutschen Arapesh und Zuni zu machen, da die menschliche Natur ja wandelbar ist? In der Tat wandten sich die Kulturanthropologen mit Kriegsbeginn von den Primitiven ab und im amtlichen Auftrag den modernen Nationen zu, wobei Ruth Benedict die Japaner und Margaret Mead die Europäer vornahm, während die Amerikaner selbst Gegenstand der Bemühungen von Geoffrey Gorer wurden, der als Engländer den Auftrag hatte, durch Interventionspropaganda die Kriegsbeteiligung der Amerikaner herbeizuführen.

Das Zusammenfliessen von Kulturanthropologie, neofreudianischer Psychiatrie und der Psychohygiene führte zu «einer neuen Bewegung für die Integration der Wissenschaften, die sich mit den menschlichen Beziehungen befassen»

(Margaret Mead). Als die Hauptakteure dieser Bewegung nennt Mead den Psychohygieniker Lawrence Frank (geb. 1890), den Kulturanthropologen Edward Sapir und den Psychiater Harry Stack Sullivan. Die Bewegung wurde durch die Gründung der «Washington School of Psychiatry» institutionalisiert. Diese stand unter der Leitung des Neo-Freudianers Harry Stack Sullivan (1892-1949). Sullivan war Präsident einer nach William Allanson White (1870-1939), dem Vorsitzenden des ersten Kongresses für Psychohygiene, benannten Stiftung. Nach langjähriger psychiatrischer Praxis an staatlichen Anstalten hatte er sich als einer der 4-5 meistverdienenden Psychiater in New York niedergelassen, um dort seinen Lebensabend mit Forschungen zu verbringen. «Aber der Tod eines seiner Mitarbeiter und das Abkommen von München (über den Anschluss des Sudetenlandes an das Deutsche Reich, d. V.) änderten seine Pläne. Nach den Ereignissen vom September 1938 schien es Dr. Sullivan klar, dass Forschung weniger wesentlich war als die Formulierung einer praktischen Psychiatrie für den nationalen Ernstfall (d.h. den Krieg d. V.), der nicht mehr vermeidbar war. Er kehrte nach dem Süden zurück.» In Washington gründete er die auf gelbes Papier gedruckte Zeitschrift «Psychiatrie – Zeitschrift für die Biologie und Pathologie zwischenmenschlicher Beziehungen» und trat mit seiner «Washington School of Psychiatry» in eine enge Arbeitsgemeinschaft mit den Instanzen, die die psychologische Kriegsführung (im Sinne der Propaganda und im Sinne der Änderung der Psychologie der Besiegten) vorbereiteten. Aus der psychoanalytischen Theorie wurde in wenigen Jahren eine politische Praxis eigener Art. Die Frage stellt sich, ob die folgenreiche Politisierung der Psychoanalyse nur eine wissenschaftsinterne Entwicklung ist oder ob politische Motive den Anstoss gaben.

Die Psychoanalyse wird politisiert

Die Politisierung der Psychoanalyse kam nicht von ungefähr, sondern aus Frankfurt am Main[6]. Dort hatte 1930 Max Horkheimer das Institut für Sozialforschung übernommen. Das Institut war auf sozialdemokratisches Betreiben nach dem Ersten Weltkrieg gegründet und dem Herausgeber des «Archivs für Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung», Carl Grünberg, unterstellt worden. Das Institut ist in seiner Frühzeit weniger durch wissenschaftliche Arbeiten als durch die Tätigkeit des posthumen «Helden der Sowjetunion» und russischen Meisterspions Richard Sorge bekannt geworden. Horkheimer löste es nach Eintreten der Wirtschaftskrise vom musealen Sozialismus und machte es mit seiner sozialphilosophischen Fragestellung im Dreieck Marx-Hegel-Freud zu dem unter den Studenten als «Marxburg» bekannten Magneten der linksintellektuellen Jugend.

Die jungen Dozenten und Assistenten, die sich um das Institut scharten, sollten später beinahe alle bekannt werden. Es waren Friedrich Pollock (1894-1964), Theodor Adorno (geb. 1903) Herbert Marcuse (geb. 1898), Erich Fromm (geb. 1900) und Leo Löwenthal (geb. 1900), denen auch Walter Benjamin nahe stand. Der Ausdruck Sozialforschung wies darauf hin, dass das Objekt der Untersuchungen des Instituts zwar die Gesellschaft war, der Umfang der Untersuchungen jedoch nicht durch die Grenzen der Fachsoziologie eingeschränkt werden sollte. Die letzten Jahre des Dahinsiechens der Weimarer Republik gaben die erregende Kulisse für das Entstehen der «kritischen Theorie», die den «historischen Verlauf der gegenwärtigen Epoche begreifen» sollte. Bildeten die Kommunisten den willensmässigen, die Sozialdemokraten den gefühlsmässigen Flügel der Revolution von links, so standen die Sozialforscher im verstandesmässigen Zentrum. Das

Scheitern der linken Revolution war nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass die Flügel miteinander verstritten waren und das Zentrum so in der Luft hing. 1933 wurde das Frankfurter Institut wegen «staatsfeindlicher Umtriebe» geschlossen. Doch Horkheimer hatte vorgebaut. Die «Zeitschrift für Sozialforschung» siedelte mit ihrem 2. Jahrgang nach Paris über, das Institut wurde in New York an der Columbia Universität weitergeführt.

Bereits im Vorwort der «Zeitschrift für Sozialforschung» wurde die Förderung der Sozialpsychologie versprochen, die zum ersten Male die Psychoanalyse in ein sozialpsychologisches System einbauen sollte. Vor allem Erich Fromm, ein gebürtiger Frankfurter, der 1929 vom Berliner Institut für Psychoanalyse nach Frankfurt zurückkehrte, förderte die Synthese von Marx und Freud. Seine Aufsätze in der «Zeitschrift für Sozialforschung» und sein Beitrag zu dem in Frankfurt vorbereiteten, aber erst 1935 in Paris gedruckten Band «Studien über Autorität und Familie» gelten als die «Gründungsdokumente» der amerikanischen neo-freudianischen Schule.

Während die musealen Marxisten sich damit begnügten, aus den unerquicklichen Vorgängen der 30er Jahre Bestätigungen ihrer Dogmen herauszulesen, waren die jungen Sozialforscher bemüht, ein wissenschaftliches Fazit der gleichen Ereignisse zu ziehen. Hatte man auf der Linken bislang geglaubt (und glaubten gewisse Partei-Emigranten noch immer), dass das Volk gegen die privilegierten Klassen stehe und Recht und Wahrheit gegen Macht und Herrschaftsideologie verteidige, so zogen die Sozialforscher aus den «faschistoiden» Entwicklungen der Zeit die Konsequenz, dass auf das Volk (auch in Gestalt des Proletariats) kein Verlass mehr sei. «Auch die Situation des Proletariats bildet in dieser Gesellschaft keine Garantie der richtigen Erkenntnis», formulierte Max Horkheimer. «Die richtige Gesamtverfassung der Menschheit» wäre nicht durch die Befreiung des Proletariats von seinen Ketten, sondern durch die Reform der gesamten Gesellschaft, einschliesslich des Proletariats, zu erreichen. In einem ge-

waltigen Wurf sollte nicht nur die Gesellschaft reformiert werden, sondern Marx und Freud gleich mit. In der intellektuellen Retorte wurde nach und nach die Aufgabe bewältigt, ein in der fortschrittlich-radikalen Tradition stehen- des politisches System unter Weglassung des Volkes zu konstruieren.

Die neo-freudianischen und verwandten Schulen mussten Freud wie Marx zum konservativen alten Eisen werfen, da der eine in den Trieben, der andere im Proletariat einen vorgegebenen, nicht zu verändernden Faktor hinnahm. Im Besitz einer gesellschaftsgeschichtlichen Gesamtschau rechnete man beiden die Erkenntnisgrenzen ihres gesellschaftlichen Standortes vor. Freud habe die an seinen adligen und grossbürgerlichen Patienten gewonnenen Ergebnisse zu Unrecht verallgemeinert. Marx habe den Menschen noch als rationales Wesen gesehen. Er habe die Kräfte des Unbewussten noch nicht gekannt, sonst hätte er nicht die Arbeiterklasse einfach als Erben der Kapitalistenklasse eingesetzt. Marx sah nicht, «dass eine bessere Gesellschaft nicht ins Leben gerufen werden konnte von Menschen, die sich nicht einem moralischen Wechsel in sich selbst unterzogen haben». Die Gesellschaft sei krank, da die Einzelnen krank seien. Die Gesellschaft müsse man kurieren, indem man die Einzelnen kuriere. Der Psychoanalytiker ist in letzter Instanz derjenige, in dessen Händen die Verantwortung für den gesellschaftlichen Wechsel liegt. Er bilde um sich herum gesunde Zellen, die die gesunde Gesellschaft von morgen ankündigten.

Was dem roten Frankfurt recht war, war dem roten Wien[7] billig. Auch hier scheiterten die revolutionären Entwürfe, die in der Rathausmehrheit der einzigen sozialistischen Millionenstadt, deren Gemeindebauten, Schulreformen, Sportanlagen und Volksbildungseinrichtungen «eine Teil Verwirklichung des Sozialismus im Schosse der bürgerlichen Gesellschaft» gesehen hatten. Von der Wiener «Karl-Marx-Hof-Mystik» legen die Gedichte Stephen Spenders ein lyrisches Zeugnis ab. Der Oberschicht suchte man mit einer «Hauspersonalabgabe» das

Leben zu verdriessen, die mit einer progressiven Abgabeberechnung bei dem meistbetroffenen Haushalt die Summe von 316‘555 Schilling pro Jahr erreichte. Einer der heute führenden amerikanischen Soziologen, Paul F. Lazarsfeld, berichtete über seinen Wiener Werdegang: «Am Anfang der Zwanziger Jahre waren wir überzeugt, dass die Reformen der Gemeinde Wien auf sozial- und schulpolitischem Gebiet den Beginn einer *neuen* Zeit bedeuteten. Doch am Ende dieses Jahrzehnts war es schon klar, dass die Entwicklung eine ganz andere und von unserem Standpunkt aus bedenkliche Richtung genommen hatte.» Da hätte man begonnen, sich für alles zu interessieren, «was die Enttäuschung unserer Hoffnungen erklären konnte». Damals sei das Wort umgegangen, dass die heraufziehende Revolution Nationalökonomen gebraucht habe, dass die siegreiche Revolution sich auf Ingenieure stütze und die gescheiterte Revolution Sozialpsychologen hervorbringe.

Auch in Wien fand eine Verschmelzung von Soziologie und Psychologie statt, einerseits im Werk des Psychoanalytikers Wilhelm Reich, andererseits im Umkreis des Psychologenehepaares Karl und Charlotte Bühler. Wilhelm Reich (geb. 1897)[8] war in Wien Freuds erster Assistent (1922-1928) gewesen. Sein Versuch, die Psychoanalyse mit kommunistischen klassenkämpferischen Parolen zu verschmelzen, hatte ihn jedoch Freud entfremdet, der schon bei Mussolinis «Marsch auf Rom» auf den Vorwurf, weder rot noch schwarz zu sein, geantwortet hatte: «Nein, man sollte fleischfarben sein.» In den Jahren der deutschen Krise entwickelte Reich seine eigene «sex-ökonomische» Lehre, die sich zunehmend, insbesondere nach seiner Übersiedlung nach Amerika, aus den marxistischen Eierschalen löste. Reich berief sich auf einen Artikel von Willi-(am) Schlamm, der nach dem Saarplebiszit von 1935 geschrieben hatte: «In Wirklichkeit ist die Epoche vorbei, in der es schien, als ob die Volksmassen aus eigener Kraft sich erheben würden, geleitet durch die Vernunft und die Einsicht in ihre Lage. In Wirklichkeit haben die Massen keine gesellschaftsformende Funktion mehr. Sie haben sich als völlig manipulier-

bar, dumpf und fähig zur Anpassung an jede Art von Macht oder Infamie erwiesen.» Schlamms Standpunkt sei zwar steril, da er weder die Herkunft der Situation noch deren Änderung einbeziehe, aber Reich selbst habe immer wieder die Erfahrung machen müssen, dass «die demokratischen Politiker, insbesondere die sozialdemokratischen und kommunistischen, nicht das geringste Verständnis dafür hatten, dass die Massen infolge jahrhundertelanger Unterdrückung unfähig zur Freiheit sind.» Um die Änderung dieser Situation bewirken zu können, müsse man ihre Ursache kennen: «Was die Masse unfähig zur Freiheit macht, ist die Unterdrückung des genitalen Liebeslebens in Kindern, Heranwachsenden und Erwachsenen.» «Sexuelle Unterdrückung ändert die Struktur des ökonomisch unterdrückten Individuums so, dass es gegen seine Interessen handelt.»

Reich ordnete die politischen Hauptströmungen den drei Schichten des menschlichen Charakters zu. Die oberste Schicht sei die Schicht der Kooperation, der Vernunft, der Rücksichtnahme; die unterste Schicht sei die der schöpferischen Triebe, denen alle geistigen und künstlerischen Leistungen entsprängen; die unterste Schicht könne sich jedoch nicht mit der obersten durchdringen, da sie durch eine mittlere Schicht abgeleitet werde, in der alle Egoismen, Sadismen, Selbstsucht und Brutalität zu Hause seien. Der obersten Schicht sei der Liberalismus zuzuordnen, der untersten die revolutionäre Linke, der mittleren der Faschismus. Denn man könne die Zeitgeschichte nicht begreifen, wenn man den Faschismus für ein politische Idee halte, die mit politischen Mitteln an die Macht dränge. «Der Faschismus ist nur der politisch organisierte Ausdruck der durchschnittlichen menschlichen Charakterstruktur.» In diesem charakterologischen Sinn ist ‚Faschismus' die grundlegende emotionelle Haltung des Menschen in der autoritären Gesellschaft, die die Gesellschaft der Gegenwart überhaupt sei. Es sei daher widersinnig, den Faschismus aus dem deutschen oder japanischen Volkscharakter abzuleiten. Seine charakter-analytischen Erfahrungen

hätten Reich gezeigt, «dass es heute nicht ein einziges Individuum gibt, das nicht Elemente faschistischen Fühlens und Wollens in sich trägt». «Der Faschismus als politische Bewegung unterscheidet sich von anderen reaktionären Parteien dadurch, dass er von den Massen des Volkes unterstützt wird.» «Faschismus ist auf einer Religiosität aufgebaut, die aus einer sexuellen Perversion stammt; er ändert den masochistischen Charakter der alten patriarchalischen Religionen in eine sadistische Religion.» «Der Faschist ist der Unteroffizierstyp in der grossen Armee unserer kranken Zivilisation.»

Wer den Faschismus bekämpfen wolle, müsse davon ausgehen, dass die «zentrale reaktionäre Keimzelle» die Familie sei. «Da die autoritäre Gesellschaft sich in der Struktur des Massenindividuums durch die autoritäre Familie reproduziert, folgt, dass die politische Reaktion die autoritäre Familie als Basis des Staates, der Kultur und Zivilisation verteidigt». Kern der autoritären Familie sei eine Mutter-Fixierung. «Die Mutter ist die Heimat des Kindes und die Familie die Nation en miniature.» Daher seien «metaphysisches, individualistisches und familiäres Verhalten nur verschiedene Aspekte ein und desselben Prozesses der Sex-Negation. Realistisches, nicht metaphysisches Denken auf der anderen Seite geht Hand in Hand mit der Lockerung der Familienbande und zum mindesten Indifferenz gegenüber asketischen sexuellen Ideologien». Die autoritäre Familie lösche die Frau und die Kinder als Geschlechtswesen aus, indem sie die Frau in der Mutter-Funktion aufgehen lasse und die Sexualität der Kinder unterdrücke. Demgegenüber sei die sexualkulturelle Revolution auch das politische Heilmittel. Durch «sex-ökonomische Massen-Hygiene» sei eine kollektive Atmosphäre sexueller Bejahung zu schaffen, die eine neue sexökonomische Moral zur Folge habe.

Der autoritäre Charakter

Der Erfolg der Psychoanalyse beim Publikum beruhte nicht zuletzt auf den Reizen des Spiels mit analytischen Charakterlehren. Seit Freuds erster einschlägiger Studie «Charakter und Analerotik» (1908) wurden die Charaktere aus den Entwicklungsstufen der frühkindlichen Sexualität abgeleitet. Freuds Schüler Karl Abraham etwa unterschied zwischen oralen, analen, phallischen, urethralen und genitalen Charakteren. Erich Fromm machte mit der Politisierung der Charakterlehre Epoche. Die gesellschaftsgeschichtliche Gesamtschau lehrte ihn, dass sich der Mensch zunehmend auf die Freiheit hin entwickle. Die primären Bindungen, wie sie das Kind an die Mutter, den Wilden an die Natur und Sippe, den mittelalterlichen Menschen an Kirche, Stand und Zunft bänden, gingen zunehmend verloren. Der Mensch würde freier aber auch einsamer. Der Einsamkeit versuche er in die sekundären Bindungen zu entfliehen. Er strebe die Symbiose, das Zusammenleben mit einem anderen an. Nehme diese Symbiose die masochistische Form an, so führe sie zur Unterordnung, zum Versuch des Individuums, «Teil eines grösseren, mächtigeren Ganzen ausserhalb des eigenen Ichs zu werden, in ihm unterzutauchen und darin aufzugehen. Diese Macht kann ein Mensch, eine Institution, kann Gott, Volk, Gewissen oder eine Zwangsidee sein.» Nehme die Symbiose die sadistische Form an, so führe sie zum Versuch, sich etwas unterzuordnen. «Das Streben nach Macht ist die charakteristischste Äusserung des Sadismus.» Sadistische und masochistische Züge gehören jedoch zusammen als «aktiver und passiver Pol des symbiotischen Komplexes.» Hätten diese Züge bei einer Person das Übergewicht, so könne man von einem sado-masochistischen Charakter sprechen.

Da jedoch Sadismus und Masochismus gemeinhin als be-

stimmte sexuelle Perversionen und nicht als Charakterzüge (moralischer Sadismus und moralischer Masochismus) verstanden werden, sei es angezeigt, den sado-masochistischen Charakter in den «autoritären Charakter» umzutaufen.
Schliesslich sei ein sado-masochistischer Charakter immer durch seine positive Einstellung zur Autorität zu erkennen. Er bewundere die Autorität und sei bestrebt, sich ihr zu unterwerfen. Gleichzeitig wolle er jedoch selber Autorität sein und andere sich gefügig machen.

Die Lehre vom autoritären Charakter bot den Schlüssel zur «Psychologie des Nazismus», wie umgekehrt die Suche nach einer Erklärung für diese Psychologie zum Entstehen der Lehre geführt hatte. Fromm lehrte, ökonomische und psychologische Ursachen seien bei der Entstehung des Nationalsozialismus verbunden gewesen wie Kette und Schuss. Das deutsche Kleinbürgertum habe schon immer einen sado-masochistischen Charakter gehabt, der durch «Verehrung des Starken, Hass auf den Schwachen, Engherzigkeit, Kleinlichkeit, Feindseligkeit, Sparsamkeit bis zum Geiz (sowohl mit Gefühlen wie mit Geld)» gekennzeichnet sei. Solange Thron und Altar jedoch noch unerschüttert waren, «genügte die Unterwerfung und Untertänigkeit unter die vorhandenen Autoritäten für seinen masochistischen Bedarf». Der Sturz der alten Ordnung 1918 habe es seelisch, die Inflation ökonomisch entwurzelt. Aber «anstatt seine wirtschaftliche und soziale Lage klar ins Auge zu fassen, begann der Mittelstand, sein Schicksal in dem der Nation zu spiegeln». Er projizierte seine eigene Inferiorität auf die Nation und begann den Kampf gegen Versailles. Die Funktion der autoritären Ideologie und Praxis (besonders des Nationalsozialismus) sei mit der Funktion neurotischer Symptome zu vergleichen. Diese erwüchsen aus untragbaren psychologischen Bedingungen und böten zugleich eine Lösung, die das Weiterleben ermögliche. Sie liessen jedoch die Bedingungen unverändert, die die Neurose hervorriefen. Allein der Dynamismus der menschlichen Natur suche nach immer neuen, zufriedenstellenden Lö-

sungen. «Die Einsamkeit und Machtlosigkeit des Individuums, seine Suche nach Verwirklichung der in ihm und um ihn harrenden Möglichkeiten, die gesteigerten Produktionsmöglichkeiten der Industrie und des Bodens sind Triebkräfte, die die Grundlage eines ständig ansteigenden Verlangens nach Glück und Freiheit bilden. Autoritäre Systeme können die Grundbedingungen nicht aufheben, die das Drängen nach Freiheit immer wieder von Neuem erzeugen.»

Als der American Jewish Congress[9] die Lehre vom autoritären Charakter übernahm, wuchs dieser beträchtliche Resonanz zu. Im Mai 1944 hatte der American Jewish Congress eine Tagung einberufen, die eine wissenschaftliche Erklärung für das Phänomen des religiösen und rassischen Vorurteils ausarbeiten sollte. Aus der Tagung entstand eine Abteilung des American Jewish Congress für wissenschaftliche Forschung, deren Leitung Max Horkheimer übertragen wurde. Als erstes Resultat der sich auf das emigrierte Frankfurter Institut stützenden Forschungsabteilung wurden 5 Bände «Studies in Prejudice»[10] herausgebracht, aus denen vor allem die zweibändige Arbeit von Theodor W. Adorno, Else Frenkel-Brunswik, Daniel J. Levinson. R. Nevitt Sanford über die «autoritäre Persönlichkeit» herausragt. Auf die Frage, warum in der Arbeit die persönlichen und psychologischen Aspekte des Vorurteils betont würden und nicht die sozialen, gab das Vorwort folgende Antwort: «Unser Ziel ist nicht nur, das Vorurteil zu beschreiben, sondern es zu erklären, um bei seiner Ausrottung zu helfen. Ausrottung meint Umerziehung, die wissenschaftlich geplant wird und auf der Grundlage des auf dem Wege der wissenschaftlichen Untersuchung erreichten Verständnisses steht. Erziehung in einem strikten Sinn ist aber der Natur nach persönlich und psychologisch.»

Ziel der mit grossem statistischen Aufwand betriebenen Untersuchung war die Aufdeckung «potentiell faschistischer Individuen». Ziel war weniger, eine psychologische Formel für jene Haltung zu finden, die zu einem offenen Bekenntnis

zum Faschismus führt, als die «unbewussten seelischen Bedingungen, unter denen die Massen für eine Politik gewonnen werden können, die ihren eigenen vernünftigen Interessen widerspricht», zu untersuchen. Jene Individuen, die auf eine faschistische Propaganda ansprächen, hätten zahlreiche Charakteristika gemeinsam, die ein «Syndrom» bildeten, wenn auch typische Variationen des gemeinsamen Musters unterschieden werden könnten. Mit einer F-Skala wurden die antidemokratischen Tendenzen messbar gemacht. Das zitierte «Syndrom» ist die «Autoritäre Persönlichkeit», der die nicht-autoritäre gegenübergestellt werden könnte. Der autoritären Persönlichkeit sei «blinde, verbissene, insgeheim aufmuckende Anerkennung alles dessen, was ist» zuzuschreiben. «Konventionelle Werte, wie äusserlich korrektes Benehmen, Erfolg, Fleiss, Tüchtigkeit, physische Sauberkeit, Gesundheit und konformistisches unkritisches Verhalten» verbergen «eine tiefe Schwäche des eigenen Ichs, das sich den Anforderungen der Selbstbestimmung angesichts der übermächtigen sozialen Kräfte und Einrichtungen nicht mehr gewachsen fühlt.»

In ihrer Jugend werden die autoritären Persönlichkeiten häufig «durch einen strengen Vater oder durch Mangel an Liebe überhaupt gebrochen und wiederholen, um überhaupt seelisch weiterleben zu können, ihrerseits, was ihnen selbst einmal widerfuhr». So klar der autoritäre Charakter beschrieben ist, so unklar ist der nicht-autoritäre Charakter, der schillert wie die grosse Koalition der Alliierten des Zweiten Weltkrieges. Der nicht-autoritäre Charakter ist – gleich der alliierten Koalition – durch die Negation gekennzeichnet. «Wirklich freie Menschen wären demnach bloss die, welche vorweg den Prozessen und Einflüssen Widerstand leisten, die zum Vorurteil prädisponieren.» Durch stetige Anstrengungen müsse man sich aus dem Sumpf des Vorurteils in die lichten Höhen der Vorurteilslosigkeit erheben und andere durch «sachlich aufklärende Broschüren, die Mitwirkung von Funk und Film, die Bearbeitung der wissenschaftlichen Resultate für den Schulgebrauch nachziehen.» Wo die Frankfurter Ge-

schichte zu machen begannen, konnten die Wiener nicht Zurückbleiben. Auf die Frankfurter Untersuchungen über den «autoritären Charakter» folgte unverzüglich eine Wiener Untersuchung über «Reichweite und Methode der Arbeit über die autoritäre Persönlichkeit».

Wie die Lehre von der deutschen Verschwörung zur Praxis der (biologischen, militärischen, wirtschaftlichen oder politischen) Ausschaltung Deutschlands führte, so führte die Lehre von der «autoritären Persönlichkeit» zur Praxis der Umerziehung der Deutschen. Kurt Lewin (1890-1947)[u], ein ehemals Berliner Gestaltpsychologe und Gründer und Haupt der tonangebenden sozialpsychologischen Schule in Amerika, hat den Prozess der Umerziehung folgendermassen dargestellt: Man müsse, wenn man den einen oder anderen Aspekt einer Kultur ändern wolle, beachten, dass alle Aspekte einer Kultur miteinander verbunden seien. «Um stabil zu sein, muss ein Kulturwechsel mehr oder weniger alle Aspekte des nationalen Lebens durchdringen», denn die «dynamischen Beziehungen zwischen den verschiedenen Aspekten der Kultur einer Nation – wie Erziehung, Sitten, politisches Verhalten, religiöse Anschauungen – führen dazu, dass jede Abweichung von der bestehenden Kultur bald wieder in die bisherige Strömung zurückgebogen wird».

Man habe entdeckt, dass das Denken innerhalb einer Gruppe mit der Form der Machtverteilung in dieser Gruppe Zusammenhänge. «Um einen Wechsel herbeizuführen, muss das Gleichgewicht der Kräfte, die die soziale Selbstregulierung aufrechterhalten, geändert werden.» Nach dem Ersten Weltkrieg hätte man das übersehen und eine unblutige Revolution gemacht, die alsbald den reaktionären Kräften ein Comeback ermöglicht habe. Daher sei die «restlose Zerstörung» der Kräfte, die das alte Gleichgewicht aufrechterhielten, die erste Aufgabe der Umerziehung. Wer Mord und Totschlag ablehne, weil er «Chaos» vermeiden wolle, der werde die Wiederherstellung des alten Gleichgewichts mitverschulden. Doch «Hand in Hand mit der Zerstörung der Kräfte, die das alte

Gleichgewicht aufrechterhielten, muss die Einrichtung (oder Befreiung) der Kräfte zu einem neuen Gleichgewicht einhergehen». Es komme dann darauf an, das neue Gleichgewicht durch Selbstregulierung permanent zu machen. Die Phase der Umerziehung (re-education) müsse in der Phase der Selbstumerziehung (seif re-education) fortgesetzt werden.

Der gesamte Umerziehungsprozess durchlaufe demnach drei Phasen. Erst müsse die «fluidity» (Flüssigkeit der Verhältnisse) hergestellt werden, die den Wechsel erst ermögliche. Dann müsse der Wechsel selbst durchgeführt werden. Schliesslich müsse das neue Gleichgewicht durch Selbstregulierung permanent gemacht werden. Für die erste Phase lagen Pläne vor, wie der von James Warburg, dass alliierte Truppen einen Ring um Deutschland legen, eine künstliche Inflation in Gang setzen und abwarten sollten, bis durch Mord und Totschlag die «Fluidität» hergestellt sei. Die Kernthese der Morgenthau-Schule, dass die Alliierten keine Verantwortung für die deutsche Wirtschaft übernehmen dürften, wird erst durch die Fluiditätslehre voll verständlich.

Wie aber soll der Wechsel selbst durchgeführt werden? Hier glaubt Lewin, dass ein «Wechsel der Methoden der Führung wahrscheinlich der schnellste Weg ist, die kulturelle Atmosphäre in der Gruppe zu ändern, da Status und Macht des Führers oder der Führungsgruppe diese zum Schlüssel der Ideologie und Organisation der Gruppe machen». Sozialpsychologische Experimente mit amerikanischen Schulkindern hätten ergeben, dass es autokratische und demokratische Führungsmethoden gäbe. Unter demokratischen Führungsmethoden habe man sich vorzustellen, dass diese die Geführten einbezögen und sich mehr auf Diskussion als auf Befehl stützten. Man dürfe demokratische Führung jedoch nicht mit einem laissez-faire verwechseln. Da demokratische Führung nur funktioniere, wenn Führer und Geführte je ihre Rolle spielten, «muss der demokratische Führer die Macht haben und diese zur aktiven Umerziehung verwenden», bis das neue Gleichgewicht hergestellt ist und jeder die erwünschte Rolle spielt.

Woher aber solle man die neue Führungsschicht nehmen? Die Reaktionäre («Gestapo und Junker») würde man liquidieren. Die laissez-faire-Demokraten von Weimar seien völlig unbrauchbar. Aber sozialpsychologische Experimente hätten ja gezeigt, dass sich autokratische Führer innerhalb kürzester Frist in demokratische verwandeln liessen. Der bevorstehende deutsche Zusammenbruch werde einen guten Teil der autokratischen Führungsschicht zum Verzweifeln bringen, sie zur Unzufriedenheit mit dem alten Gleichgewicht führen und ihre Abkehr bewirken. Das wäre der richtige Augenblick und auch die richtige Gruppe, denn «es ist leichter, autokratische Führer zu demokratischen zu machen als laissez-faire-Demokraten und saturierte Halbdemokraten». Auf diese Weise sei es möglich, «durch die Ausbildung demokratischer Führer und Führer von Führern eine Pyramide entstehen zu lassen, die grosse Massen schnell erreicht». Wer dagegen seine Hoffnung auf die Erziehung setze, die eine neue Generation mit neuen Ideen heranbilde, übersehe, dass die Atmosphäre der Erziehung ein Spiegel der allgemeinen sozialen Atmosphäre sei. Man könne die Zöglinge nicht auf die Dauer isolieren. Der chancenreichste Weg der Umerziehung sei, nicht den Einzelnen durch Überzeugung oder die Massen durch Propaganda zu beeinflussen, sondern das Individuum dort zu erfassen, wo es am leichtesten zu formen sei, nämlich «das Individuum als Mitglied der Gruppe».

Wo die Psychologie ihren Kriegsbeitrag leistete, konnte die Psychiatrie nicht Zurückbleiben. 1943 vertrat der New Yorker Professor Richard M. Brickner unter dem Titel «Ist Deutschland unheilbar?» den psychiatrischen Gesichtspunkt. Margaret Mead warnt im Vorwort der Schrift, dass die «Intoleranz» gegenüber einer psychiatrischen Behandlung politischer Fragen «ebenso durch und durch unangebracht ist, wie antibritische und antirussische Gefühle beim totalen Einsatz der Vereinten Nationen». Der Schlüssel zur deutschen Frage, meint Brickner, liege nicht im Büro der politischen Experten, sondern im Sprechzimmer des Arztes. Deutschland sei ein

Patient. Es leide an Paranoia, der Wahnkrankheit. Das heisse nicht, dass jeder Deutsche paranoid sei, sondern nur, dass die vorherrschende Richtung paranoid sei und den nicht-paranoiden Zeitgenossen zwinge, sich anzupassen. Aus der Diagnose folge die Therapie. Man müsse sich auf Sumner Welles Vorschlag stützen, einen unbegrenzten Zeitraum verstreichen zu lassen, ohne einen Friedensvertrag zu unterzeichnen. In diesem Zeitraum könne der Patient Deutschland einer Behandlung unterzogen werden. Der geeignetste Zeitpunkt für den Beginn der Behandlung sei der Tag nach dem Zusammenbruch, da dann die deutsche Seele am empfänglichsten sei. Ausgangspunkt der Behandlung seien die nicht-paranoiden Individuen, die zu Trägern nicht-paranoider Werte gemacht werden müssten. Sie müssten gestützt werden, und dann sollten nach und nach alle Randgruppen in ihren Bereich hineingezogen werden. Man müsse darauf achten, dass die Träger nicht-paranoider Werte nicht mit unerquicklichen Erlebnissen identifiziert würden. Der stützende Eingriff von aussen sei daher unumgänglich. Um sich zu entwickeln, brauche der «saubere» Sektor eine künstlich regulierte Atmosphäre, wie das zu früh geborene Kind den Brutkasten.

Die Theorie der Umerziehung (re-education) steht der Theorie der Ausschaltung gegenüber. Während die Ausschaltungstheorien einen gleichartigen deutschen Volkscharakter annehmen, der nicht geändert, aber durch geeignete Massnahmen (biologische, militärische, wirtschaftliche und psychologische Entwaffnung) gehindert werden könne, Schaden zu stiften, nimmt die Umerziehungstheorie die Möglichkeit einer Änderung an. Daraus folgt auch, dass der deutsche Volkscharakter nicht den anderen Volkscharakteren gegenübersteht, sondern wie jene böse und gute Elemente in sich trägt. Die Umerziehungslehre steht etwa in der Mitte zwischen den Lehren der Strukturreform und der Ausschaltung. Mit den Strukturreformern glauben die Umerzieher nicht an die ewige Sonderrolle der Deutschen, mit den Antigermanen glauben sie, dass eine Änderung der Institutionen nicht aus-

reichend ist, da die Institutionen sich dem zugrundeliegenden Volkscharakter immer wieder anpassen würden.

Psychologische Kriegsführung

Das Laboratorium für die projektierten Charakterwäschen wurde in der Kongressbibliothek in Washington[12] erstellt. Roosevelt hatte 1939 gegen den Widerstand der Berufsbibliothekare und konservativen Politiker den Dichter Archibald McLeish (geb. 1892) zum Leiter der Kongressbibliothek ernannt. McLeish war in den hochkapitalistischen Zwanziger Jahren voller Ekel nach Paris emigriert, um mit der einsetzenden Wirtschaftskrise nach Amerika zurückzukehren. Roosevelt machte ihn zu seinem getarnten Propagandaminister. Als Leiter der Kongressbibliothek stand er einem Office of Facts und Figures vor, das weniger Fakten und Zahlen als politische Stellungnahmen verbreitete. Als 1943 aus dem noch bescheidenen Amt das Office of War Information (OWI) unter Eimer Davis hervorging, wurde McLeish dessen stellvertretender Leiter. 1944 schied er aus der Kongressbibliothek aus und trat in das Aussenministerium als Abteilungsleiter für Öffentlichkeit und kulturelle Beziehungen ein. Seine Aufgabe war es, die Idee der Vereinten Nationen populär zu machen. Er war bei der Gründung der UNESCO an zentraler Stelle tätig. Doch das Ende der Roosevelt-Epoche wurde auch zum Ende der Karriere des Archibald McLeish. Er ging 1949 nach Harvard als Professor für – Rhetorik.

Unter McLeish wurde der politische Theoretiker der Neo-Freudianer, Harold D. Lasswell, mit der Leitung eines «projects» unter dem Titel «War Communications» beauftragt. Das Ziel des von der Rockefeller-Stiftung finanzierten Projekts war die «Rekrutierung und Ausbildung von Personal für die Propaganda-, Informations- und Nachrichtenstellen, Beratung in Fragen der Strategie, Taktik und Organisation,

Beschreibung und Analyse bestimmter Phasen der Kriegsführung». Die Zahl der ausgebildeten Propagandisten war etwa 300. Harold D. Lasswell (geb. 1902) war ein Pfarrerssohn aus Illinois, der über die Propagandatechnik im Ersten Weltkrieg doktoriert hatte. Er war gleichermassen unter den Einfluss der Psychoanalyse wie des Marxismus geraten, wobei seine Leitsterne nicht Hegel, Marx und Freud (wie in Frankfurt) sondern Whitehead (der mathematische Logiker), Marx und Freud waren. Er war der Politologe der «Washington School of Psychiatry». Seine Arbeiten beschäftigten sich meist mit der Verbindung von Persönlichkeitstypen und Politik. Er kam zur Konstruktion einer «demokratischen Persönlichkeit» und forderte, dass die sozialen Institutionen dahingehend verbessert würden, dass sie der Entwicklung solcher demokratischen Persönlichkeiten dienlich sein sollten.

Die Führung eines psychologischen Krieges war jedoch nicht allein Lasswell's Idee. Es gab nicht weniger als 9 Ämter in Washington, die sich unabhängig voneinander mit den gleichen Aufgaben befassten. So hatte Roosevelt im Juli 1941 einen Coordinator of Information (COI) eingesetzt, Oberst William Donovan. Der «wilde Bill» hatte sich gerade in Jugoslawien durch Anstachelung zum Widerstand gegen die Deutschen bewährt. Die Dienststelle der COI beschäftigte sich unter Aufgebot einer grossen Zahl von Wissenschaftlern mit den gedruckten Nachrichten und der Meinungsanalyse. Eine ähnliche Aufgabe auf dem Rundfunksektor hatte der Foreign Information Service (FIS) unter Robert Sherwood, der zwei Jahre lang mit dem COI um die Kontrolle des Rundfunks rang. Im Sommer 1942 rief Roosevelt das zentralisierte Kriegsnachrichtenamt (Office of War Information – OWI) ins Leben, dem die gesamte «weisse» (offene) Propaganda unterstehen sollte. Dem COI wurde der Auslandsnachrichtendienst genommen, seine Dienststelle jedoch als «Amt für strategische Dienste» (Office of Strategie Services – OSS) reorganisiert, das nunmehr die «schwarze» (geheime) Propaganda übernehmen sollte. Der OSS ist durch die Tätigkeit von Allen

Dulles in der Schweiz bekannt geworden. Zwischen OWI und OSS gab es nicht nur den Unterschied zwischen «weiss» und «schwarz», sondern auch den erheblicheren zwischen demokratisch und republikanisch. Es ist kein Wunder, dass zwischen beiden einer jener Washingtoner Behördenkriege ausbrach, der mehr Energien kostete als die Auseinandersetzung mit Deutschen und Japanern.

Die Auslandspropaganda war der Preis, um den OWI und OSS im Schweisse ihres Angesichts rangen. Zwischen den Kampfhähnen stand die Armee, die im Sommer 1941 ein eigenes Amt für psychologische Kriegsführung geschaffen hatte, das vom Psychologen Guthrie beeinflusst war. Nach Kriegsbeginn war aus ihm eine umfangreiche Abteilung hervorgewachsen, die teils wieder vom OWI aufgesogen, teils dem militärischen Nachrichtendienst unterstellt wurde. Wie viele Washingtoner Kompetenzstreitigkeiten fand auch die um die psychologische Kriegsführung keine Lösung, und die Oberbefehlshaber der einzelnen Kriegsschauplätze konnten entscheiden, wer bei ihnen psychologisch kriegführte. Unter Eisenhowers diplomatischem Regiment wurde für Europa die Zusammenarbeit von OWI und OSS hergestellt und in einer «Psychological Warfare Division» in London institutionalisiert.

Chef der psychologischen Kriegsführung unter Eisenhower war der General Robert A. McClure, Eisenhowers Propagandaberater. Trotz des militärischen Kopfes bestand General McClures Abteilung in Rumpf und Gliedern aus Zivilisten. Deutsche Emigranten wurden nur in untergeordneten Stellungen verwendet, da sie zum «tenderhearted appeal to the German public» geneigt hätten. Es mag überraschen, dass die psychologische Kriegsführung unter Eisenhower nicht durch Psychologen betrieben wurde. Lerner schrieb über die zentrale Nachrichtenabteilung, deren Leiter Oberstleutnant Murray I. Gurfein ehemaliger Herausgeber des «Harvard Law Journal» und wohl Frankfurter-Schüler war, dass sich in ihrem Vernehmungsteam nicht ein Psychiater befand. «Dagegen um-

fasste es Historiker und Sozialwissenschaftler, darunter recht bekannte, in Mengen.» Die Psychiatrie wurde vom britischen Direktorat für Armeepsychiatrie ausgeborgt. Der britische Armeepsychiater, Oberstleutnant H. V. Dicks, und seine Mitarbeiter arbeiteten die nötigen Fragebogen und Richtlinien aus.

Da es Aufgabe der psychologischen Kriegsführung ist, die Kampfmoral des Gegners zu schwächen und in seinen Reihen Uneinigkeit zu stiften, liess sich der antigermanische Slogan «alle Deutschen sind gleich» als Arbeitshypothese nicht verwenden. Vielmehr mussten die Deutschen, um einen Teil von ihnen gegen den anderen auszuspielen, in Kategorien unterteilt werden. Die grundlegende Einteilung, die von Dicks und dem amerikanischen Soziologen Edward A. Shils ausgearbeitet wurde, war die nach dem Grade des Nazismus. Die Deutschen (soweit sie in der deutschen Armee dienten) liessen sich in fünf Gruppen unterbringen: 1. die hartgesottenen Nazis (10%), 2. die gemässigten, Vorbehalte machenden Nazis (25%), 3. die unpolitischen Deutschen (40%), 4. die passiven Antinazis (15%), 5. die aktiven Antinazis (10%). Bei der ersten Gruppe wurde zwischen den idealistischen Eiferern, den Schlägern, die mehr dem Verein als der Sache zugetan waren, und den versteckten Fanatikern, die in einer mit den nationalsozialistischen Vorstellungen zusammenfallenden Phantasiewelt lebten, unterschieden. Die zweite Gruppe machten die Pseudo-Zweifler, die trotz Verurteilung der Auswüchse des Nationalsozialismus (Grausamkeiten, Antisemitismus) sich an eine «autoritäre Haltung» klammerten, die Idealisten, die einem anderen, aber vom Nationalsozialismus nicht weit entfernten Ziel zustrebten, und die Zyniker aus. Die Gruppe der Unpolitischen setzte sich aus der Landbevölkerung, den kleinen Beamten und den Berufssoldaten zusammen, die sich vor allem um Familie und Haus kümmerten. In der vierten Gruppe der passiven Antinazis wurden die enttäuschten Idealisten, die älteren Leute, die noch der guten alten Zeit nachtrauerten, die ganz Jungen, die «Edelweiss-Banden» bildeten, sowie die

Opportunisten, «die den 20. Juli aus Kastensolidarität unterstützten», eingereiht. Die Gruppe der aktiven Antinazis schliesslich umfasste die nationalistischen Konservativen, die Sympathien für die Engländer als «Herrenvolk» empfanden, aber von der «Demokratie» nicht viel hielten, die Anhänger des Zentrums, die sich im politischen Leben konservativen Anstand wünschten, und die «Demokraten», die sich aus den Resten der Arbeiterbewegung und einer kleinen Zahl von Intellektuellen zusammensetzten, die ihren «gemässigt liberalen und sozialistischen Vorstellungen treugeblieben waren». Hinzu kamen die Kommunisten, die hauptsächlich mit dem Überleben beschäftigt seien, und die religiösen Antinazis.

Der Einmarsch in Deutschland hätte eigentlich das Ende der psychologischen Kriegsführung bringen müssen, denn wenn der militärische Krieg beendet war, dann musste auch der psychologische aufhören. Doch die Psycho-Krieger waren (wie die Wirtschaftskrieger) der Ansicht, dass der psychologische Krieg (wie der wirtschaftliche) nie zuende geht. Die Abteilung für psychologische Kriegsführung wurde in Abteilung für Informationskontrolle umgetauft und nahm (weitterhin unter General McClure) ihren Sitz in Bad Homburg, von wo sie im Frühjahr 1946 nach Berlin, dem Sitz des Militärgouverneurs, verlagert wurde. Die Abteilung für Informationskontrolle war eine der Abteilungen der Militärregierung und für den gesamten Bereich der Kultur und des Nachrichtenwesens (mit Ausnahme der Erziehung und Religion) zuständig. Die Übernahme der psychologischen Kriegsführung in den Apparat der Militärregierung ging nicht ohne Reibungen vor sich, da General McClure der Meinung war, dass die Militärregierung den Deutschen sagen solle, was sie zu tun hätten, während der stellvertretende Militärgouverneur General Clay der Meinung war, dass die Militärregierung den Deutschen sagen solle, was sie nicht zu tun hätten, und ihnen das übrige selbst überlassen könne. General Clay hielt dafür, dass Demokratie sich auf der freien Initiative unter Beschränkung der Staatstätigkeit aufbaue. Die Eingriffe der Militärre-

gierung sollten die Hindernisse, die einer freien Initiative im Wege stünden, beiseiteräumen. General McClure hingegen sah in der demokratischen eine inhaltlich umrissene Denkweise, die auf bestimmten Persönlichkeitszügen aufbauend durch die Militärregierung durch zweckentsprechende Eingriffe herstellbar war.

Der Lizenzträger

Der Versuch, durch die Besatzung eine Änderung des deutschen Volkscharakters zu bewirken, bediente sich des Lizenzsystems[18]. Während in der sowjetisch besetzten Zone die Verschiebung der Machtverhältnisse zwischen den sozialen Gruppen («Klassen») einen Wechsel in allen Aspekten des Lebens bewirken sollte, glaubte die neo-freudianisch orientierte amerikanische Politik, das gleiche Ziel durch die Besetzung bestimmter Führungspositionen mit ausgewählten Persönlichkeiten erreichen zu können. Wurden damit in Mitteldeutschland Parteien und «Massenorganisationen» als Ausdruck bestimmter Klassen zu Trägern der neuen Ordnung, so lag in Westdeutschland das Schwergewicht auf Einzelpersönlichkeiten, den Lizenzträgern. Beide Systeme hatten ihre Vorteile und Nachteile. Verursachte das kollektive östliche System eine Sinnesänderung grosser Massen der Bevölkerung, eine Sinnesänderung, die jedoch vor allem auf der Anerkennung geänderter Machtverhältnisse beruhte und daher verhältnismässig oberflächlich blieb, so bewirkte das individuelle westliche System zwar nur die Sinnesänderung einzelner, ausschlaggebender Gruppen, dafür aber eine Sinnesänderung, die in die Tiefe drang und «unter die Haut» ging. Die Charakterwäsche war überall dort erfolgreich, wo ein Einzelner – als Zeitungsherausgeber, Verleger, Filmunternehmer – eine weittragende Wirkung ausüben konnte, und dort erfolglos, wo – in der Schule, in der Parteipolitik, in der Wirtschaft, der Bundes-

wehr – das Zusammenwirken vieler erforderlich gewesen wäre. Zwar könnte dagegen eingewendet werden, dass beim Rundfunk nicht nur einzelne Persönlichkeiten lizenziert, sondern ganze, von den Amerikanern zusammengestellte «teams» als «Paket» in die bundesrepublikanischen publizistischen Machtpositionen eingebracht wurden, aber auch hier handelt es sich um wenige hundert Persönlichkeiten. Der Anwendung neo-freudianischer Sozialtechnik waren und sind numerisch enge Grenzen gesetzt.

Die von Morgenthau vorgeschlagene Unterbrechung aller Kommunikationsmedien schlug sich im SHAEF-Gesetz 1919 vom 24. 11. 1944 nieder, das in allen drei Westzonen durch das Militärregierungsgesetz 191 (abgeändert am 12. 5. 1945) ersetzt wurde. Das Gesetz verbot die Herstellung von Drucksachen und Filmen, das Aufführen von Musik, das Betreiben von Schaubühnen, Rundfunkstationen usw. Die Nachrichten-Kontrollvorschrift Nr. i vom gleichen 12. Mai 1945 erlaubte aufgrund schriftlicher Zulassungen der Militärregierung:

a) das Veröffentlichen von Zeitungen, Magazinen, Zeitschriften, Büchern, Plakaten, Broschüren, Musikalien und sonstigen Veröffentlichungen;
b) den Betrieb von Nachrichtendiensten, Nachrichten- und Bildagenturen, Rundfunk- und Fernsehstationen oder -einrichtungen, von Drahtsendern, Niederfrequenzübertragungsanlagen;
c) die Herstellung von Filmen, Schallplatten und sonstigen Tonaufnahmen, ferner die Vorbereitung und Veranstaltung von Schauspielen, Konzerten, Opern, Jahrmärkten, Zirkusunternehmungen, Karnevalen oder anderen Aufführungen, bei denen Schauspieler oder Musiker mitwirken.

Für die genannten Tätigkeiten wurden Zulassungen mit einem einheitlichen Text erteilt. Für diese Zulassungen setzte sich der amerikanische Sprachgebrauch (licence) durch, man sagte Lizenz. Der in der Zulassungsurkunde Zulassungsinhaber genannte Begünstigte wurde allgemein als «Lizenzträger» be-

zeichnet. Vielleicht dachte man daran, dass an die Stelle der Hoheitsträger des Dritten Reiches die Lizenzträger der Besatzungsmacht getreten waren, so wie an Stelle der staatlichen Hoheit die besatzungsrechtliche Erlaubnis getreten war.

Die rechtliche Stellung der Lizenzträger war eine juristische Ausgestaltung des neofreudianischen Programms. Nach § 2d der Zulassungsurkunde sollten die Lizenzträger von anderen Personen oder Gruppen unabhängig sein. Es war ihnen also untersagt, als Platzhalter sozialer Gruppen, wie z.B. der Gewerkschaften oder Parteien aufzutreten. Sie sollten aber auch gegenüber finanziellen Interessen unabhängig sein. Die Betriebsanweisung für die Presse Nr. 1 vom Sommer 1945 bestimmte, dass alle Einnahmen, die nach Abzug der Miete, Gebühren für Nachrichtendienste und besondere Zahlungen für requiriertes Material übrigblieben, persönliches Eigentum der Lizenzträger seien. Diese waren verpflichtet, die Unternehmen nach besten Geschäftsgrundsätzen zu betreiben. Die Lizenzträger wurden also selbständige Unternehmer. Sie unterschieden sich jedoch von anderen Unternehmern durch ihre unbedingte Abhängigkeit von den Offizieren der Nachrichtenkontrolle. § 3 der Zulassungsurkunde bestimmte, dass die Lizenz ohne Kündigungsfrist und ohne Untersuchung rückgängig gemacht werden konnte. «Diese Zulassung wird für keine bestimmte Zeitfrist erteilt und stellt kein Eigentumsrecht dar.»

Die Lizenz prämiierte also ein über einige Jahre durchgehaltenes Wohlverhalten, das sich nach den verschiedenen Wendungen der amerikanischen Politik richten musste. Die Lizenzurkunde war ein Wertpapier, das bei Nichtwohlverhalten nichts, bei Wohlverhalten bis zur Aufhebung des Lizenzzwanges mehrere Millionen DM wert war. Die Aufhebung des Lizenzzwanges machte den Lizenzträger, der bis dahin das Wohlwollen der Nachrichtenkontrolloffiziere nicht verscherzt hatte, zum freien Anteilseigner. Er konnte seine Anteilsrechte verkaufen oder sie weiterbehalten.

Die finanzielle Sicherung der Lizenzträger war eine der vordringlichsten Sorgen der Militärregierung. Langfristige

Kredite und Zuschüsse in verschiedenen Formen, die mit der Aufhebung des Lizenzzwanges und der Errichtung der Bundesrepublik keineswegs eingestellt wurden, sollten die Lizenzträger krisenfest machen. Die Wünsche der Lizenzträger waren jedoch anderer Art. Sie wollten die unter amerikanischer Treuhandverwaltung stehenden Druckereien, in denen sie ihre Zeitungen druckten, um einen geringen Reichsmark-Betrag erwerben. Doch die Druckereien unterstanden nicht der Informationskontroll-Abteilung, sondern der Wirtschaftsabteilung der Militärregierung, und aus dem Plan wurde nichts. Die Lizenzträger mussten sich mit einem 15jährigen Pachtvertrag begnügen, der sie verpflichtete, jährlich 1% bis 3% ihrer Einnahmen für den Druckereibesitzer auf ein Sperrkonto zu überweisen. Nach Aufhebung des Lizenzzwanges kam es meist zu Verträgen zwischen den Lizenzträgern und den Druckereibesitzern, die den Druckereibesitzern wieder zu ihrem Eigentum verhalfen und den Lizenzträgern die Bewahrung ihrer publizistischen Positionen auch unter rechtsstaatlichen Verhältnissen garantierten. Der missglückte Griff nach den Druckereien hatte für die Lizenzträger den ungewollten Vorteil, dass sie in den 50er Jahren nicht als isolierte Kaste den organisierten Angriffen der von ihnen wirtschaftlich Geschädigten gegenüberstanden.

Wenn die Institution der Lizenzträger auch ein Ausdruck des Strebens nach Charakterreform ist, so waren bei der Auswahl der Lizenzträger Einflüsse der Strukturreformer und des Antigermanismus zu bemerken. Die Informationskontrollabteilung der Militärregierung war anfänglich in zwei Distrikt-Nachrichtengruppen (District Information Services Command), die 6871 (Hessen, Württemberg, Bremen) für den westlichen und die 6870 (Bayern) für den östlichen Militärdistrikt aufgeteilt. Von den beiden Gruppen war die westliche stark kommunistisch infiltriert. Beide Gruppen hatten sich jedoch nach dem Handbuch für die Kontrolle der deutschen Nachrichteneinrichtungen (Manual for the Control of German Information Services) zu richten. Dieses Handbuch

schloss folgende Gruppen vom Lizenzempfang aus: Pg's und Personen, die Nazismus oder Militarismus unterstützt hatten, wozu etwa (laut Industriellenverschwörungstheorie) leitende Männer der Wirtschaft gezählt wurden, ehemalige Offiziere, Besitzer von Druckereien, ehemalige Zeitungsverleger, Journalisten, die nach 1935 als Redakteure oder Mitarbeiter in der deutschen Presse tätig waren, «reaktionäre Antinazis» (darunter seien zu verstehen «Grossgrundbesitzer mit klingenden aristokratischen Namen und dem Adelsprädikat ,von' oder auch ,von und zu', wie der zählebige preussische oder süddeutsche Tory, dem die Nazis immer nur ,Pöbel', aber wert waren, es auf einen Versuch ankommen zu lassen; der respektable Mann, der angelockt worden war durch die Möglichkeit, Macht und Ruhm zu gewinnen, solange die Nazis Erfolg hatten, sie aber ablehnte, als sie dann versagten und zu den Unterstützern des Attentats auf Hitler vom 20. Juli 1944 gehörte; der pro-westliche noch mehr als der pro-östliche Sektor der deutschen konservativen Meinung ...» In der Tat war unter den Lizenzträgern nur ein einziger im weitesten Sinne dem nationalen Lager der Weimarer Zeit zuzuzählen, der Lizenzträger Joseph E. Drexel («Nürnberger Nachrichten»), der als Nationalbolschewist eben dem genannten pro-östlichen Sektor der deutschen konservativen Meinung angehörte. Alle übrigen gehörten entweder der sozialistischen oder liberalen Linken an, oder (das war die Alternative der ersten Nachkriegszeit) der klerikal-föderativen Richtung (Naumann, Kapfinger, Schoeningh).

Es war jedoch nicht nur die politische Vergangenheit und Gruppenzugehörigkeit für die Lizenzerteilung massgebend. Auch auf die politische Gegenwartseinstellung wurde geachtet. Die loyale Zusammenarbeit mit den «demokratischen» Kräften, vor allem den Sozialdemokraten und Kommunisten, war unabdingbare Voraussetzung für die Lizenzerteilung. Derjenige, der sich 1946 weigerte, mit den Kommunisten zusammenzuarbeiten, kam ebenso wenig für eine Lizenz infrage, wie derjenige, der 1948 darauf beharrte, mit den Kommuni-

sten zusammenzuarbeiten. Doch das Gedächtnis ist ja im 20. Jahrhundert die variabelste aller Grössen geworden. Immerhin führten die zahlreichen Gründe für eine Lizenzverweigerung dazu, dass es als eine Meisterleistung eines Informationskontrolloffiziers galt, wenn er einen «bürgerlichen» Lizenzträger auftreiben konnte, der mit seinen sozialistischen und kommunistischen Kollegen zusammen das gewünschte Bild der publizistischen Volksfront abrundete. Für Bayern wird in dem Roman des ehemaligen Offiziers der Informationskontrolle David Davidson (The Steeper Cliff) die aufzehrende Suche nach einem bürgerlichen Kandidaten geschildert. In Württemberg musste man auf einen als «demokratisch unzuverlässig» geltenden Mann wie Dr. Theodor Heuss zurückgreifen, weil einfach kein bürgerlicher Vertreter da war, der neben Dr. Agricola (KPD) und Hermann Knorr (SPD) als Lizenzträger fungieren konnte. Heuss hatte mutig versucht, eine Lanze für die im Dritten Reich tätigen Journalisten zu brechen, indem er die Besatzungsoffiziere bat, «das nur zu begreifliche Ressentiment der in die Emigration gezwungenen Journalisten nicht zum Massstab der Bewertung zu machen.»

Für Bayern, das bereits in den ersten Gemeindewahlen Anfang 1946 seinen CSU-Charakter offenbart hatte, ergab sich im Sommer 1947 folgendes Bild der Lizenzträger:

16 SPD
5 CSU (dazu 7, die als der SPD, 10, die als
2 FDP der CSU nahestehend bezeichnet
1 KPD wurden, und 3 Parteilose).

Hier war der Chef der Pressekontrolle A. Gerecke den Kommunisten gegenüber abweisend, was ihm mehrfach Zusammenstösse mit seinen Vorgesetzten eintrug. Es gelang ihm, die Forderungen der KPD auf einen Lizenzträger für die «Süddeutsche Zeitung» abzulehnen, obwohl der Leiter der Press Control Section, A. Egglestone, darauf bestand. Der westliche Distrikt war dagegen linksradikal ausgerichtet. Nach dem Scheitern ihrer Bemühungen gründeten die dortigen Presseoffiziere Cedric Belfrage und Aronson in New York das philo-

kommunistische Wochenblatt «National Guardian». 1954 wurde Belfrage aus Amerika ausgewiesen und wandte sich nach einigen Umwegen nach Cuba, von wo aus er mit wechselndem Erfolg den Imperialismus bekämpft.

Die Couch-Elite formiert sich

Die Auskundschaftung künftiger Lizenzträger wurde dafür bestellten «vetters» überlassen, die auf Grund von Fragebögen und persönlichen Interviews die Eignung der Antragsteller zu prüfen hatten. Der Umfang der Lizenzierungstätigkeit (vom Zirkusdirektor zum Zeitungsherausgeber) und die relativ geringe Zeit, die auf den Antragsteller verwendet werden konnte, liess es wünschenswert erscheinen, die getroffene Auswahl noch einmal gründlich zu durchleuchten. Diese Tätigkeit wurde dem ICD Screening Center[14] in Bad Orb übertragen. Gründer des Screening Center war der New Yorker Psychiater David Mardochai Levy, einer der führenden amerikanischen Psychoanalytiker. Levy war im Sommer 1945 auf Einladung der ICD in Deutschland eingetroffen und hatte sich an der Schule des OSS in Bad Orb niedergelassen, wo deutsche Hilfswillige für den amerikanischen Nachrichtendienst ausgebildet wurden, denen vor allem die Nachprüfung von Angaben in Fragebögen oblag. Im Oktober 1945 kam es dann zur Errichtung des Screening Center in Bad Orb, das später dem Hauptquartier der Informationskontrolle in Bad Homburg angeschlossen wurde.

Der Stab des Screening Center bestand aus einem nachrichtendienstlichen Spezialisten für Nationalsozialismus (Mr. Ernest Rott), einem Psychologen und einem Psychiater (David Mardochai Levy, später Bertram Schaffner). Der politische Spezialist liess die künftigen Lizenzträger zwei Aufsätze mit dem Thema «Meine Gefühle in der Nazizeit» und «Die Kollektivschuld des deutschen Volkes» verfassen. Dann wurde

der Lizenzkandidat von Mr. Ernest Rott interviewt, der über das Dritte Reich genau Bescheid zu wissen glaubte. Einem Theaterdirektor, der zwei Nazistücke aufgeführt hatte, habe er nachgewiesen, dass dieser nicht unter Zwang gehandelt habe, da er an einem Göring-Theater, wo solche Verpflichtungen nicht bestanden hätten, beschäftigt war und nicht an einem Goebbels-Theater. Der Theaterdirektor war somit lizenzunwürdig. Die Lizenzkandidaten mussten weiter 40 halbe Sätze vollenden, was ermöglichte, sie je nach dem Ergebnis in 7 Stufen von «ausserordentlich demokratisch» über «unverbindlich» bis «ausserordentlich undemokratisch» einzustufen. Auch der Psychologe hatte Arbeit. Der künftige Lizenzträger musste sich zunächst einem Intelligenztest unterwerfen. Wenn er nämlich ausserordentlich unintelligent war, so konnte man bei Nichtbeantwortung theoretischer Fragen auf Unvermögen (und nicht Verstocktheit) schliessen. Ein Rorschach-Test ergänzte das Persönlichkeitsbild.

Schliesslich hatte sich der Lizenzkandidat einem psychiatrischen Tiefeninterview zu unterziehen, das «sich mit der Familie und der sozialen Umwelt des Kandidaten befasst und versucht, die Faktoren festzustellen, die seine politische und soziale Haltung beeinflusst und seine Persönlichkeit entwickelt haben. Die Motive für sein Handeln werden untersucht und festgestellt, wieviel Freiheit ihm gegeben werden kann und ob er als positive und kompromisslose Kraft vertrauenswürdig ist.» Des Weiteren hatte der Psychiater festzustellen, ob der Lizenzkandidat im politischen Interview die Wahrheit gesagt hatte und ob die Eigenschaften des Kandidaten der ihm zu übertragenden Aufgabe entsprachen. Schliesslich besprach der Stab den Kandidaten, und der Leiter schrieb einen Bericht, in dem der Kandidat in die Klasse Weiss A (einwandfreier Antinazi, der von den Nazis verfolgt wurde), Weiss B (Antinazi, der keinen aktiven Widerstand leistete), Grau – tragbar (Nichtnazi, der sich durch Konzessionen an die Nazis kompromittierte), Grau – nicht tragbar (Nichtnazi, der von den Nazis profitierte und mit ihnen zusammenarbeitete), Schwarz

(Nichtmitglied der NSDAP, das trotzdem an deren Grundsätze glaubte und für offizielle Nazi-Organisationen arbeitete).

Der Arbeit des Screening Centers und der Auswahl der Lizenzträger lag ein Programm zugrunde. Vor allem war man gegen die Entnazifizierung, da diese die logische Voraussetzung hatte, dass die Mitglieder der NSDAP eine kleine und unterscheidbare Gruppe waren, deren Entfernung das politische Leben demokratisieren würde. Dies sei gefährlich, da damit der «organische Zusammenhang zwischen Nazismus und Germanismus verkannt» werde. Wesentlich wäre, dass Persönlichkeit und Charakterstruktur den Deutschen vom Nichtdeutschen unterscheide. Der einzelne Deutsche nehme die deutsche Charakterstruktur an, die ihn in seinem Vaterland akzeptabel mache, aber gleichzeitig zum «misfit» gegenüber den anderen Nationen. Die deutschen Regierungen hätten genau dem deutschen Charakter entsprochen, aber zugleich im Widerspruch zum Denken der anderen Nationen gestanden. Die Aufgabe der Umerziehung liege darin, «dass die nichtdeutsche Gesellschaft den Versuch macht, den Charakter eines Abweichers oder Nichtkonformisten zum Wohl der Mehrheit der Männer und Frauen, die ausserhalb Deutschlands leben, umzuformen», wie Schaffner sich ausdrückte. Oder «Die Änderung der deutschen Psychologie ist die Hauptaufgabe der Militärregierung», wie Levy sich ausdrückte.

Die Lizenzkandidaten waren alle von den «vetters» ausgesucht, formell also nicht oder kaum belastet. Wenn sie trotzdem in schwarze bis weisse Kategorien eingestuft wurden, so spielte nicht nur der nachträglich entdeckte Makel eine Rolle, sondern die Einsicht: «Antinazis sind auch Deutsche». Das heisst, auch der politisch Unbelastete konnte psychologisch belastet sein, sofern er eben einen deutschen Charakter besass. Unter den politisch Unbelasteten mussten als Träger des Änderungsprozesses die psychologisch Unbelasteten herausgefunden werden, das heisst diejenigen, deren Charakterstruktur sie in Deutschland isoliert und damit der (angeblichen) Cha-

rakterstruktur der nichtdeutschen Umwelt angepasst habe.

Der «reaktionäre Antinazi» war als möglicher Lizenzträger ausgeschlossen, aber der erwünschte Linksliberale galt als recht gespaltene Erscheinung. Er war es vor allem, der demokratische politische Ansichten mit einer autoritären oder deutschen Einstellung zur Familie verband. Aber gerade in der Einstellung zur Familie sei der Hebel anzusetzen, denn in der Familie bildete sich jener Charakter, der sich in der Politik so verhängnisvoll auswirkte. Adolf Hitler hätte nichts weiter zu tun brauchen, als die deutsche Familienordnung auf den Staat zu übertragen, zum Behagen der Deutschen. Die deutsche Familie sei durch die Autorität des Vaters bestimmt. Dieser sei allmächtig, allwissend und allgegenwärtig. Er zwinge die Familie, auch unkluge Entscheidungen zu akzeptieren, nur um als Hüter der abstrakten Autorität diese zu bewahren. Die deutsche Frau wäre ein Echo des Mannes. Sie habe die vorwiegend männlichen Werte akzeptiert und fürchte jeden Wechsel, der sie zwinge, mit dem Mann zu konkurrieren, statt ihm zu dienen. «Vom Kind gar wird erwartet, dass es den Eltern gegenüber abhängig, unterwürfig und exhibitionistisch ist, indem es seine Unterwürfigkeit durch Händeschütteln, Hackenschlagen und ‚korrektes' Benehmen exhibiert.» Diese erzwungene Passivität des deutschen Kindes sei der Faktor, «der die Aggressivität, Härte und sogar Grausamkeit des deutschen Erwachsenen» hervorbringe. Disziplin, Ordnung, Sauberkeit und Männlichkeit seien die vier Prinzipien der deutschen Erziehung, auf denen dann auch der deutsche Staat errichtet wurde. Falls ein Kind diese Grundprinzipien nicht erlernt habe, sei es für die Gesellschaft nicht geeignet gewesen. Es wäre unglücklich geworden und in passive Opposition oder aktiven Widerstand zum Elternhaus zunächst, zu Staat und Gesellschaft später gegangen.

Da aber die Eigenschaften, die zur Unangepasstheit in der deutschen Gesellschaft führten, die Angepasstheit in der Weltgesellschaft bedeuteten, musste es die Aufgabe des Screening Centers sein, diese Unangepassten zu suchen. Schaffner bringt

im Anhang zu seinem Buch je einen Musterfall aus den fünf Klassen. In der obersten Klasse Weiss A ist folgende Lebensgeschichte für ihn mustergültig: Der Lizenzkandidat war ein uneheliches Kind einer protestantischen Mutter, die künstlerisch interessiert war. Sein Vater war ein preussischer Offizier, der Zeitungsartikel gegen den Militarismus schrieb. Das Kind war völlig isoliert, las philosophische Bücher und stotterte. Er wurde vor dem ersten Weltkrieg Journalist und hielt sich drei Jahre in England und Frankreich auf. Die englische Demokratie fand er sehr gut, die französische weniger repräsentativ, da die Franzosen ihm zu selbstbezogen waren. Im ersten Weltkrieg war er wegen seines angegriffenen Nervenzustandes militärdienstuntauglich. Nach Kriegsende war er Mitbegründer der Deutschen Demokratischen Partei. Dann heiratete er eine Frau, mit der er sich über soziale Fragen unterhielt, aber keine Kinder hatte. 1939 wurde er aus der Schrifttumskammer ausgeschlossen, 1944 zur Organisation Todt eingezogen. Während der Untersuchung wartete er auf eine Lizenz für eine liberale Zeitschrift und schrieb einen Roman. Er lehnte CDU und KPD als totalitär ab und stand der SPD nahe. Er sah eine zukünftige Gefahr im Nationalismus und war scharfer Antimilitarist. Er zweifelte daran, dass die Deutschen lernen würden, einander zu tolerieren und einen modernen Staat zu bilden.

Der Preis ging in diesem Fall an die Lebensgeschichte, die den gewünschten linksliberalen Einschlag hatte, während als negativ gewisse «blinde Stellen» für den Autoritarismus in der Familie in der Beurteilung genannt wurden. Er hatte nämlich im Ergänzungstest ergänzt: die Revolte des jungen Mannes gegen seinen Vater gezeigt... ‚ein Fehlen von Charakter’; und eine Mutter, die dazwischen tritt, wenn der Vater das Kind straft... «ist vielleicht zu weichherzige Das war natürlich falsch. Die richtige Ergänzung hätte lauten müssen: ‚die richtige Art von Mutter’... «demokratisch gesinnt’... «eine Gegnerin der äussersten Härte». Beim ersten Satz hätte es heissen müssen: ... «ein Zeichen der beginnenden

Unabhängigkeit»... ‚das Ergebnis der Ausschau nach neuen Wegen, um es besser zu machen als die Vorfahren» usw. In einer Tabelle führt Schaffner den Anteil der Lizenzkandidaten, die gegen ihre Eltern revoltierten, nach Beurteilungsklassen auf:

Schwarz	0%
Grau – untragbar	15%
Grau – tragbar	25%
Weiss B	30%
Weiss A	45%

Es muss hinzugefügt werden, dass unter den Lizenzkandidaten eine grosse Zahl von Männern waren, die einer sozialistischen Familientradition entstammten, so dass eine Revolte gegen das Elternhaus sie aus der gewünschten Richtung hinausgedrängt hätte.

Pädagogen am Werk

Die Re-education (Umerziehung)[15] des deutschen (und japanischen) Volkes trug einen Januskopf. Nach rückwärts zeigte er die mürrischen Züge der Sozialpsychologie, jenem Versuch wissenschaftlicher Bewältigung gescheiterter Hoffnungen, nach vorne erglänzte er im rotwangigen Optimismus der Pädagogik und verkündete: «Das einzige und beste Werkzeug, um noch im gegenwärtigen Geschlecht in Deutschland die Demokratie zu erreichen, ist die Erziehung.» Für die Sozialpsychologen war Re-education der Terminus für den mühsamen Versuch der Resozialisierung von Alkoholikern, Drogensüchtigen, Gestrandeten aller Art-für die Pädagogen bedeutete er die Fortsetzung der Erziehung eines Kindes, das eine Zeit lang in die Hand schlechter Lehrer geraten war. Für den misstrauischen und empfindlichen Sozialpsychologen war die Gefahr eines Rückfalls immer gegeben, für den optimistischen Pädagogen konnte nichts schief gehen, da der Zögling doch jetzt in den einzig richtigen Händen war.

In der weltweiten Verbreitung des pädagogischen Optimismus sahen viele Amerikaner den wichtigsten Kriegsbeitrag der USA. So hatte sich schon vor dem amerikanischen Kriegsbeitritt die Pädagogik mit einem Manifest von Ann Arbor als gestaltende Kraft für die Errichtung der Nachkriegsordnung empfohlen. Auch während des Krieges wurden die Pädagogen nicht müde, in Tagungen, Rundtischgesprächen und Vorlesungen die Probleme einer Re-education auszuloten. Weniger Geschick zeigten sie bei den Positionskämpfen um die Einflussverteilung in der zukünftigen Militärregierung. Die Erziehung wurde Aufgabe einer Unterabteilung, an deren Spitze zwei Hauptleute standen. Pädagogik war in den ersten Besatzungsmonaten wenig gefragt. Auch auf dem Erziehungssektor hatte zunächst der Viermächte-Kontrollrat das Wort. In seiner Direktive Nr. 54 legte er fest, dass in ganz Deutschland das gleiche Erziehungssystem gelten solle. Alle Schulen sollten zur demokratischen Lebensform erziehen. Was unter dieser zu verstehen war, blieb allerdings der Vorstellungskraft der Zonenbefehlshaber überlassen. Diese fanden heraus, dass die demokratische Lebensform die Lebensform just ihres Landes sei. Übertrüge man diese Lebensform auf Deutschland, dann habe man auch dort die demokratische Lebensform eingeführt. Nur die Franzosen hüteten sich, den Pariser Zentralismus auf Deutschland zu übertragen, für das sie eine extrem föderalistische Entwicklung bevorzugten, und priesen lieber die Hochleistungen französischer Kultur und Zivilisation an. Auch die Amerikaner befanden sich in einigen Schwierigkeiten, da sie hin- und herschwankten, ob sie die amerikanischen Zustände, wie sie sich geschichtlich entwickelt hatten, auf Deutschland übertragen oder ob sie von der sich in ihren Vorstellungen anbahnenden künftigen Weltordnung ausgehen sollten. Immerhin hatte die Harvard-Universität 1945 ein Manifest erlassen, das in den Worten gipfelte: «Alle Nationen bedürfen der Re-education.» Die Amerikaner waren nicht ausgenommen worden.

Was auf dem Gebiet der deutschen Erziehung zu geschehen

habe, sollte von einer 10köpfigen Erziehungskommission ermittelt werden, die im Sommer 1946 unter George F. Zook Deutschland bereiste. Die Kommission berichtete am 20. September 1946 an Clay, «wie Deutschland am besten durch Erziehungsmassnahmen in den Kreis der demokratischen Nationen der Welt eingereiht werden könnte». Für Pädagogen eröffnete sich in Deutschland ein weites Feld. «Da sich keine Ideologie selbst verwirklicht oder auch nur erklärt, muss die Demokratie, unser positiver Beitrag, bis ins Einzelne gelehrt werden, damit die Deutschen nicht unabsichtlich – wie es die Nazis absichtlich taten – von dem gesteckten Ziel abkommen.» Doch dürfte man nicht bei der Belehrung, «dem unfruchtbaren Tal der dürren Gebeine», stehen bleiben, sondern vielmehr «als wesentlichen Beitrag zur Überwindung der selbstverschuldeten gegenwärtigen Lage Deutschlands die Methoden demokratischer Lebensführung empfehlen». Denn der «Begriff Demokratie enthält Forderungen für den Marktplatz ebenso wie für den Altar und das Heim». «So müssen wir auch die Erwachsenen erziehen, um zu verhindern, dass das Heim, die Kirche und der Marktplatz die Früchte systematischer Erziehung vergiften und ihr Ergebnis verderben.» Wie aber werden Erwachsene erzogen? Indem ihnen beigebracht wird, dass «die Politik der demokratische Kampfplatz der Erwachsenen ist, dass sie die unmittelbare und dauernde Voraussetzung einer Erziehung zur demokratischen Lebensform darstellt.» «Diese Schule der sittlichen Toleranz und der bürgerlichen Weisheit für alle Deutschen haben wir bereits errichtet ... Von den ersten Wahlen in den Gemeinden hat sich die staatsbürgerliche Kunst der geordneten Mitwirkung aufwärts bewegt.»

Die Reform der Erwachsenen durch Wahlurne, kontrollierte politische Diskussionen und Bürgerversammlungen hatte also schon Fortschritte gemacht. Was aber sollte in den Schulen geschehen? Diese hätten zunächst die Trennung von Volksschulbildung und höherer Schulbildung zu beseitigen, da hierdurch bei einer kleinen Grupppe ein Überlegenheitsge-

fühl, bei der Mehrzahl ein Minderwertigkeitsgefühl erzeugt worden sei, das «jene Unterwürfigkeit und jenen Mangel an Selbstbestimmung möglich machte, auf denen das autoritäre Führerprinzip gedieh». Als erster Schritt sei eine gemeinsame Grundschule in 6 Klassen vorzusehen. Desgleichen dürfe die Ausbildung der Volksschullehrer nicht von der der Lehrer an Höheren Schulen getrennt werden. Den Fächern, «die mit akademischer Tradition überlastet und lebensfremd sind», sei der Krieg anzusagen. «Klassenausschüssen, Diskussionsgruppen, Schulbeiräten, Schülervereinigungen, Vorhaben im Dienste der Gemeinschaft» die Tür zu öffnen. Vor allem sei der sozialwissenschaftliche Unterricht als «wichtigste Änderung, die in allen deutschen Schulen notwendig ist», nach Inhalt und Form grundsätzlich umzugestalten. «Dann werden die Sozialwissenschaften (Geschichte, Geographie, Staats- und Heimatkunde) vielleicht den Hauptbeitrag zur Entwicklung demokratischen Bürgersinns leisten.»

Nach dem Besuch der Erziehungsmission konnte die Unterabteilung Erziehung nicht mehr das bisherige Schattendasein führen. Man stellte sie ans Licht, indem man an ihre Spitze einen «grossen Namen» setzte, H. B. Wells, den Präsidenten der Universität von Indiana, der sich auf die Verwendung von New Deal-Geldern so gut verstand, dass er mit ihrer Hilfe aus einer hinterwäldlerischen Bildungsstätte eine der modernsten Universitäten Amerikas gemacht hatte. Aus der Unterabteilung Erziehung wurde eine Abteilung, und ein grosser Stab ging daran, gewaltige Reformschlachten (auf dem Papier) zu schlagen. Als Wells 1948 nach Amerika zurückfuhr, liess sein Nachfolger Alonzo G. Grace das ganze Reformprogramm kurzerhand in der Schublade verschwinden. Auf einer Konferenz in Berchtesgaden verkündete Grace die Abkehr von der Politik seines Vorgängers und die neue Ära in der Umerziehung. Sein Programm enthielt u.a. Punkt 1: «Die wahre Reform des deutschen Volkes wird von innen kommen. Sie wird geistig und moralisch sein. Die Schultypen sind von geringerer Bedeutung für die Zukunft Deutschlands

und der Welt als das, was gelehrt wird, wie gelehrt wird und durch wen gelehrt wird.» Punkt 6: «Wir müssen nicht Schuld daran tragen, dass wir versuchen, in Deutschland, inmitten einer Umgebung, die von Verwirrung und Unsicherheit erfüllt ist, ein Ideal zu verwirklichen, das anderswo nicht vollendet wurde.» Punkt 8: «Keine Besatzungsarmee hat oder wird je erfolgreich ein pädagogisches oder kulturelles Schema einem besiegten Volke auferlegen. Militärregierung wird als Militärregierung angesehen werden, ganz gleich, wie hoch die Motive derer sind, die ein besiegtes, erobertes und besetztes Deutschland ‚umerziehen und neu orientieren' sollen. Es wird daher das Ziel der Militärregierung sein:

a) Die privaten Organisationen, die zur Erreichung des gemeinsamen Zieles einen Beitrag zu leisten vermögen, in Kontakt mit dem deutschen Volk zu bringen.
b) Ein wirksames Deutschland-Programm der UNESCO zu ermutigen.
c) Als demokratisch bekannte Elemente in der deutschen Bevölkerung zu identifizieren und zu ermutigen.
d) Die Entwicklung oder Wiederrichtung von Institutionen und Organisationen in Deutschland, die zur Erfüllung unserer Mission beitragen können, zu unterstützen.»

Die Erklärung von Berchtesgaden war nicht nur für die Entwicklung auf dem Erziehungssektor charakteristisch. Auch auf anderen Gebieten gingen die Amerikaner davon ab, den Deutschen Reformen aufzuerlegen, und gingen dazu über, in die bestehende deutsche Gesellschaft Männer, Institutionen und Ideen einzubauen, die die Ziele der Militärregierung verwirklichen würden, ohne dass der amerikanische Einfluss auf den ersten Blick erkennbar war. Ein schönes Beispiel bietet das neuerdings an allen deutschen Universitäten gelehrte Fach «Politische Wissenschaften». Dieses Fach hat zwei Väter: die sozialdemokratische hessische Regierung und die amerikanische Militärregierung. Die hessische Regierung, die schon frühzeitig an den ihr unterstehenden Universitäten Lehraufträge an Männer ihrer Couleur vergeben hatte, berief im

September 1949 eine Tagung auf das Jagdschloss Waldleiningen im Odenwald[16] ein, auf der über die Einführung der Politischen Wissenschaften auch auf den nichthessischen Universitäten beraten werden sollte. Das Protokoll dieser Tagung stimmt ironisch. Die anwesenden deutschen Professoren versuchten in alter Gelehrtentradition zu erörtern, ob die Politischen Wissenschaften Wissenschaftscharakter trügen und methodisch entsprechend ausgebaut seien. Die als «Berater» anwesenden Amerikaner unter dem Vorsitzenden des Verbandes der Politischen Wissenschaftler erklärten, dass die Politische Wissenschaft in ihrem Lande deshalb eine Wissenschaft sei, weil sie über so und so viele Lehrstühle, Zeitschriften und Institute verfüge. Der Vertreter der Militärregierung Prof. Kurt Loewenstein meinte kurzerhand, dass man einem geschenkten Gaul nicht in das Maul schauen solle und die Amerikaner für die Finanzierung der neuen Wissenschaft und Stellung von Lehrpersonen schon Sorge tragen würden. Er führte selber später den Erfolg der Tagung und die Errichtung des neuen Faches auf seine Erzählung des folgenden Witzes zurück: Ein Irrer kam zum Professor Specht. Dieser fragte ihn, wie er heisse. Antwort: Schneider. Was er von Beruf sei: Schuster. Ob es ihm nicht seltsam vorkomme, wenn er Schuster sei und Schneider heisse. Antwort: Der Professor hiesse ja auch Specht und sei ein Gimpel. Wer bei der Errichtung des Faches Politische Wissenschaften die Gimpel waren, hat Prof. Loewenstein nicht näher ausgeführt.

Nach dem Gesetz, wonach sie angetreten, entwickelte sich die Politische Wissenschaft fort. Zunächst wurden sämtliche verfügbaren Lehrstühle mit ehemaligen Amerika-Emigranten besetzt, die bei ihrer Rückkehr nach Deutschland meist weder ihre amerikanische Staatsangehörigkeit noch ihre amerikanischen Lehrstühle aufgaben. In Süddeutschland wurden auf diese Weise etwa die Lehrstühle in Heidelberg (Friedrich), Freiburg (Bergsträsser), München (Voegelin), Stuttgart (Golo Mann) besetzt. Später rückten dann deren (meist in Amerika ausgebildete) Schüler nach. In einem Nachruf der Akademie

für Politische Bildung (Tutzing) auf den Inhaber des Freiburger Lehrstuhls lesen wir: «Sein gedrucktes wissenschaftliches Oeuvre seit seiner Rückkehr ist schmal. Für das akademische Bewusstsein, für das deutsche in besonderem Masse, ist aber der wissenschaftliche Erweis das Buch ... Der Professor ... hat die darin enthaltene Bestreitung seines Gelehrtentums selbst sehr ernst genommen. In der von ihm vollzogenen und mehrmals wiederholten Güterabwägung waren jedoch andere Gesichtspunkte gewichtiger... Vordringlich war es ihm, der Politischen Wissenschaft nach dem Abbrechen der in der 1. Republik begonnenen Bemühungen die Dignität der klassischen Universitätsdisziplinen und also ihren Einbau in das alte Gefüge der deutschen Universität zu verschaffen. Das ist durch keine noch so hervorragende wissenschaftliche Leistung eines Einzelnen zu erreichen, sondern, unter den Bedingungen eines Neubeginns, nur, indem an einigen Universitäten eine grosse Zahl von Studenten gesammelt, intensiv gefördert und zur Promotion und Habilitation geführt werden.»

Das Fach Politische Wissenschaft hat bisher nichts hervorgebracht, was in der Geschichte der politischen Ideen, in die sich so mancher deutsche Nationalökonom, Jurist oder Historiker eingezeichnet hat, festgehalten zu werden verdient. Die verbissene Wut, mit der die Politologen gegen Carl Schmitt polemisieren, scheint nicht zuletzt daraus zu resultieren, dass diesem der Platz in der Geschichte der politischen Theorien sicher ist, um den sie sich vergeblich bewerben. Der Fernsehschirm verhilft eben doch nur zu Stundenruhm. Da es ein Gesetz zu sein scheint, dass wissenschaftliche Leistung und politischer Einfluss sich umgekehrt proportional verhalten, ist den Politologen ein beträchtlicher Einfluss sicher. Wenn voller Optimismus erklärt werden kann: «Die Existenz der deutschen Demokratie wird von der Sozialwirksamkeit der politischen Bildung abhängen» (F. M. Schmölz), dann zeigt sich, dass die Politische Wissenschaft (bei nichtakademischen Adressaten Politische Bildung geheissen) j'enes Medium der Charakterwäsche ist, das zur Zeit mit die besten Resultate zeitigt.

Entscheidung nicht in Deutschland

«Entscheidung in Deutschland»
(Titel der Memoiren von
General Lucius D. Clay)

Nach Appomattox und Reims

Als Franklin D. Roosevelt in Casablanca seiner journalistischen Suite die Forderung nach bedingungsloser Kapitulation der Achsenmächte vortrug, berief er sich auf das Beispiel von «Old-Unconditional-Surrender» Grant und dessen Entgegennahme der Kapitulation von Appomattox Courthouse am 9. April 1865. Weder war die Kapitulation von Appomattox bedingungslos gewesen, noch stammte aus ihr der Spitzname General Grants, aber Roosevelt war eben ein gleich guter Geograph wie schlechter Historiker. Der zufällige Ursprung eines Spitznamens ist dabei weniger wichtig, als das bezeichnende Wiederauftauchen von Reminiszenzen an den amerikanischen Bürgerkrieg. Der Mensch versucht in kritischen Stunden die unbekannte Gegenwart im Lichte der bekannten Geschichte zu deuten. Wie die Nationalsozialisten die letzte Kriegsphase im Lichte des Untergangs der Nibelungen in Etzels brennender Halle sahen, so erinnerten sich die Amerikaner jener zentralen Auseinandersetzung ihrer Geschichte, die nach der Kapitulation des Südens im unblutigen Bürgerkrieg der Historiker fortgesetzt wurde und als der Vereinigten Staaten unbewältigte Vergangenheit bis in die Gegenwart mitgeschleppt wird, wenn die amerikanischen Politiker sich in jeder konservativen Phase als Staatenrechtler und in jeder liberalen Phase als Sklavenbefreier drapieren.

Nichts lag da für den durchschnittlichen Amerikaner näher, als das Kriegsende von 1945 mit dem von 1865 und die mili-

tärische Besetzung Deutschlands mit der der Südstaaten zu vergleichen. Schon das äussere Bild war verblüffend ähnlich: Hier wie dort zerstörte Städte, verwüstete Landstriche, gesprengte Brücken, darniederliegende Industrien; auf den Strassen ziellos umherwandernde Flüchtlinge, entlassene Soldaten, befreite Sklaven; die Schulen geschlossen; weder Polizei noch Gerichte vorhanden, um dem umsichgreifenden Faustrechte Einhalt zu gebieten; Besatzungstruppen, die sich nicht gerade durch Disziplin auszeichneten; Negerregimenter; Militärregierungen, die nach Verdächtigen fahndeten, um sie einzusperren, und nach Willfährigen, um aus ihnen Verwaltungen, Parlamente, Regierungen zu bilden.

Die Epoche der Reconstruction (Wiederaufbau) des Südens erhielt ihren Namen durch eine Proklamation, die Präsident Lincoln bereits Ende 1863 erlassen hatte, die «Proklamation der Amnestie und des Wiederaufbaus». Die Amnestie sollte jenen Rebellen gewährt werden, die bereit waren, eine Loyalitätserklärung zu unterzeichnen. Ausgenommen von ihr waren bestimmte Kategorien der Südstaatenoffiziere und -beamten. Der Wiederaufbau bestand darin, dass, sobald 10% der Wahlberechtigten von 1860 die Erklärung unterzeichnet hatten, von diesen Parlamenten und Regierungen gewählt werden durften, die die abgefallenen Staaten wieder in die Union zurückführen konnten. Bereits 1864 wurden in Tennessee, Louisiana und Arkansas solche Regierungen gebildet. Aber Lincoln hatte seine Rekonstruktionsrechnung ohne den Kongress gemacht. Dieser sah in den 10%-Parlamenten einen Verstoss gegen das Majoritätsprinzip, das das Kernstück der Demokratie sei. Der Kongress steuerte zudem auf eine Kraftprobe zu, die entscheiden sollte, ob der Exekutive oder der Legislative, dem Präsidenten oder dem Kongress der Vorrang gebühre. Man muss dem demokratischen Credo Lincolns auf dem Schlachtfeld von Gettysburg («Regierung des Volkes, durch das Volk, für das Volk») zum vollen Verständnis die Worte «und nicht durch den Kongress» hinzufügen. Nach der Ermordung Lincolns gab es niemanden mehr, der dem auf

den Wogen der öffentlichen Meinung reitenden Flügel der Republikaner (genannt die «Jakobiner», die «Radikalen», die «Rachsüchtigen») Widerstand leisten konnte. Nach den Wahlen von 1866 gab es in beiden Häusern des Kongresses rachsüchtige Zweidrittel-Mehrheiten. Das hiess: Rekonstruktion durch einen Kongressausschuss. Indem die Republikaner das Wahlrecht den Negern verliehen und den ehemaligen Konföderierten entzogen, versuchten sie im Süden republikanische Mehrheiten zu erzielen. Das Instrument dieser Politik war die Militärregierung. Der Süden wurde in fünf Militärbezirke eingeteilt, deren kommandierende Generäle die Beamten ein- und absetzen konnten, und in denen die «Freedman's Bureaus» – halb karitative, halb terroristische Negerwohlfahrtsorganisationen – ein massgebendes Wort sprachen. Nur durch die Verleihung des Wahlrechts an die Neger und die Ratifizierung des 14. (die Neger begünstigenden und die ehemaligen Konföderierten diskriminierenden) Zusatzes zur amerikanischen Verfassung war die Wiederaufnahme in die Union für die Südstaaten möglich.

Die Rekonstruktion durch den Kongress war der Versuch, mit der Vergangenheit des Südens zu brechen und, wie der liberale britische Philosoph Mill vorschlug, dort «neue Gemeinwesen zu gründen, in denen die Bevölkerung, die durch schlechte Einrichtungen verdorben wurde, durch ein Zusammenleben mit schwarzen Bürgern und weissen Einwanderern aus dem Norden eines Besseren belehrt wird». Bis 1870 waren in allen Südstaaten solche Gemeinwesen entstanden und radikalen Regierungen unterstellt worden. Elf Kategorien von ehemaligen Konföderierten, darunter alle Besitzer von Vermögen über 20'000 Dollar, waren ihrer politischen Rechte entkleidet worden. Der Besitz südstaatlicher Erinnerungsstücke (Uniformteile, Knöpfe, Fahnen usw.) war strafbar. Die Regierungen gerieten in die Hände von Glücksrittern, die aus dem Norden kommend aus der Niederlage des Südens ihren persönlichen Aufstieg zimmerten. Sie wurden nach den Stofftaschen, in denen bei ihrer Einreise ihr gesamtes Hab und Gut

Platz gehabt hatte «Carpetbaggers» genannt. Mit ihnen arbeiten die «Scalawags» – Südstaatler aus den ärmsten Bevölkerungsschichten – zusammen. Die (anfängliche) völlige Besitzlosigkeit der neuen Herren – in Alabama zahlten alle Parlamentarier zusammen nicht einmal ioo Dollar Steuern – schlug sich in konfiskatorischen Vermögenssteuern nieder, die die ehemalige südstaatliche Oberschicht nach ihrer politischen Entrechtung wirtschaftlich enteigneten. In South-Carolina tagte ein Parlament, das eine einfache Mehrheit von Negern und eine qualifizierte Mehrheit von Analphabeten besass. Die Verfassung von Virginia begann mit den Worten: «Wir, Carpetbaggers und Scalawags vom Ohio, aus Vermont und Connecticut, Maine (also alles Nordstaaten) und Afrika.»

In den neuen Verfassungen paarten sich fortschrittliche Bestimmungen und freiheitliche Vokabeln mit diskriminierenden Ausnahmegesetzen gegen die ehemaligen Konföderierten. Diese hatten ihre Niederlage auf dem Schlachtfeld durchaus akzeptiert. Auch sie strebten eine Wiedereingliederung des Südens in die Union an. Aber sie wollten diese Wiedereingliederung nicht als Resultat eines völligen Umsturzes der politischen und sozialen Verhältnisse des Südens. Nachdem ihnen ein Vertreten ihrer Ansichten unmöglich gemacht wurde und die Staatseinrichtungen von den unter den Bajonetten der Besatzungsmacht tagenden Carpetbaggers und Scalawags usurpiert worden waren, schafften sie sich in Geheimbünden wie dem Ku Klux Klan und den Rittern der weissen Kamelie ein Ventil. Die «Rachsüchtigen» des Nordens antworteten mit einer Hasskampagne. Als Benjamin Butler im Repräsentantenhaus seine Argumente durch Vorzeigen des blutigen Hemdes eines ermordeten Carpetbaggers unterstrich, entstand für eine bestimmte Propaganda der plastische Ausdruck «das blutige Hemd schwenken».

Doch jede Flutwelle überschreitet einmal ihren Höhepunkt. Schon 1869 hatte sich als erster Staat Tennessee von dem Carpetbagger-Regime befreit. 1872 liess der Kongress etwa 100’000 Südstaatler, die durch den 14. Zusatz zur amerika-

nischen Verfassung entrechtet worden war, zu öffentlichen Ämtern wieder zu. 1874 siegten in den Kongress wählen die Demokraten. Die Folge war, dass 1877 die Besatzungstruppen aus dem Süden abgezogen wurden, womit auch die beiden letzten Carpetbagger-Regierungen in South Carolina und Louisiana zusammenbrachen.

Der nachdenkliche Amerikaner musste nach 1945 die Parallele ziehen. Die «Rachsüchtigen» waren nicht mit der Wiedereingliederung des Südens in die Union zufrieden gewesen, sondern hatten unter den Bajonetten der Besatzungsmacht eine Revolutionierung der Verhältnisse angestrebt. Sie beriefen sich darauf, dass die Rebellen nicht nur zeitweilig die Union verlassen, sondern sich dem Bösen ergeben hätten. Der politische Aufbau musste daher ein völliger Neubau sein. Die Militärregierung sollte diesen Neubau überwachen. Doch auf den Spitzen der Bajonette sitzt es sich auf die Dauer nicht bequem. So erfolgte die endgültige Wiedereingliederung des Südens in die Union unter Opferung der revolutionierenden Gruppen und ihrer Kreuzzugsideen. Auch wer heute auf seinem Schreibtisch die konföderierte Flagge stehen hat, die in die Flagge verschiedener Südstaaten aufgenommen wurde, ist ein guter Amerikaner. Von der Gesetzgebung der Rekonstruktionsära blieb manches übrig, von den Gesetzgebern nichts. Aber trotz einer gewissen Restauration der führenden Schicht der Vorbürgerkriegszeit hatte der Süden seine alte Stellung für immer verloren. Der Schwerpunkt der Macht in den Vereinigten Staaten hatte sich für dauernd verlagert.

Auch Deutschland wurde des Abfalls bezichtigt. Es war allerdings nicht von einem Staatsverband abgefallen, dem es angehört hatte, sondern von einer moralischen Weltordnung, die ad hoc konstruiert wurde. Mit Rebellen gegen diese Weltordnung konnte es so wenig ein Paktieren geben wie mit den Rebellen gegen die Union. Eine Militärregierung sollte die Auflösung des bisherigen Verwaltungsaufbaus und die Neubildung eines den alliierten Prinzipien entsprechenden Neubaus überwachen. Nach einer Frist der Bewährung sollte ein

Wiedereintritt in die Völkerfamilie möglich sein. Aber die Erfahrungen der Rekonstruktions-Ära zeigten auch, dass die Regierungen der «Rachsüchtigen» auf die Dauer nicht lebensfähig waren. So wurden die Vorgänge, die in der Bundesrepublik als «Restauration» bezeichnet werden – die teilweise Wiederherstellung der «vorweltbürgerkrieglichen» Schichten in Industrie, lokalem Houoratiorentum, Armee und Verwaltung – zwar von den aus europäischen revolutionären Traditionen gespeisten Neueinwanderern mit «Verrat»sgeschrei begrüsst, aber von den Amerikanern, die in amerikanischen Schulen Geschichte gelernt hatten, als natürlicher Rückschlag auf einen doktrinären Neubau begriffen, als Rückschlag, der in sich selbst noch keine Katastrophe war, sofern man staatspolitische Interessen über die gesinnungspolitischen stellte. Nur eine teilweise Restauration der Zustände, wie sie vor den Eingriffen der Militärregierung bestanden, konnte in Westdeutschland jene Stabilität bewirken, die Deutschland in eine Union der westlichen Völker hineinführen werde. Aber wie der Amerikanische Bürgerkrieg den politischen Schwerpunkt in den Vereinigten Staaten verlagert hatte, so hatte auch der Zweite Weltkrieg eine in absehbarer Zeit unaufhebbare Gewichtsverlagerung im Weltmassstab verursacht.

Die Schlacht von Aachen

General Eisenhower versuchte zu verhindern, dass der amerikanischen Armee die Verantwortung für die Besatzung Deutschlands übertragen wurde. Er wusste warum. Denn war die mit den amerikanischen Truppen marschierende öffentliche Meinung bei den normalen Aufgaben der Armee eher lästig als hinderlich gewesen, da die Journalisten sich weniger für strategische Fragen als für menschliche Vorfälle interessierten, die sie patriotisch aufmachen konnten, so war bei den Besatzungsaufgaben die Lage eine andere. Wer, meinten die

Journalisten, hatte mehr über die Besatzung zu sagen als sie, die seit Jahr und Tag Aufsätze über das Thema «What to do with Germany?» schrieben? Bestimmt nicht die Generäle, die noch nie etwas über die Abgründe der deutschen Psyche und der aus ihr erwachsenden tausendjährigen Aggression gelesen hatten. Die Journalisten glaubten, die wahren Spezialisten der deutschen Frage zu sein. Clay schrieb, er wäre über den Rücktritt Eisenhowers Ende 1945 als dessen Freund froh gewesen, da dieser damit von der «beinahe unlösbaren Aufgabe, Deutschland zur Zufriedenheit der öffentlichen Meinung zuhause zu regieren», befreit gewesen sei. Manch ein General, der dem feindlichen Feuer standgehalten hatte, brach unter dem Feuer der Presse zusammen. Die meisten liessen es nicht so weit kommen. Ein Stirnrunzeln von «PM» genügte, um manchen schlachterprobten Krieger in die Knie zu zwingen. Clay selbst gelang es, durch leichte Zugänglichkeit, spannend aufgezogene Pressekonferenzen und Überordnung der Amtsmeinung über seine persönliche einen Teil der Journalisten, der nicht gerade dem rabiat antigermanischen Flügel angehörte, auf seine Seite zu ziehen h Immerhin hat die amerikanische Besatzung ein Phänomen hervorgebracht, das in der Weltgeschichte neu war. Wir kennen Parlamentsheere und Königsheere, Parteiheere und Glaubensheere. In Indien unterstand die Armee einer Handelsgesellschaft, der Ostindischen Kompanie. Die amerikanische Armee bot das Schauspiel eines Presseheeres. Raymond Daniell, Drew Middleton, Victor Bernstein hatten in ihr mehr zu sagen als mancher General[2].

Die öffentliche Meinung hatte den Primat in der Deutschlandpolitik nicht geschenkt erhalten. Sie hatte ihn sich in der «Schlacht von Aachen»[3] erkämpft. In jenem September 1944, als Montgomery glaubte, bis in das Herz Deutschlands durchstossen zu können, waren die Alliierten bis vor Aachen gelangt. Nach einer sechswöchigen Belagerung war Aachen am 21. Oktober 1944 in amerikanische Hände gefallen.

Die gesamte deutsche Bevölkerung war zuvor evakuiert worden. In Aachen und den benachbarten Ortschaften waren nur die-

jenigen verblieben, die sich dem Evakuierungsbefehl widersetzten und unter den Trümmern versteckt hielten. Sie kamen nach den Schrecken der Belagerung aus ihren Schlupfwinkeln hervor. Andere befanden sich in Auffanglagern in der Nähe Aachens. Die Amerikaner setzten für die verbliebene Bevölkerung eine Verwaltung ein, an deren Spitze am 30. Oktober 1944 der Bürgermeister Oppenhoff gestellt wurde. Damit war die erste deutsche Behörde gebildet. Ein Team der psychologischen Kriegsführung wurde in Bewegung gesetzt, das prüfen sollte, ob die Stadtverwaltung von Aachen auch demokratischen Grundsätzen entsprach.

Was die Psychokrieger Saul K. Padover (Professor der politischen Wissenschaften) und Paul R. Sweet (Professor der Geschichte, später amerikanischer Botschaftsrat in Bonn) vorfanden, erschreckte sie zutiefst. Hinter der Stadtverwaltung stand der schwarze Schatten des Bischofs von Aachen, dessen Anwalt Oppenhoff gewesen war. Seine Mitarbeiter gehörten jenem Bürgertum an, das (laut Padover) Hitler den Weg gebahnt hatte. «Die artikulierten Wachhunde unter den Liberalen, die Sozialdemokraten und Kommunisten», waren nur durch einen Herrn Carl in der Stadtverwaltung vertreten. Mehrere Männer der Stadtverwaltung waren während des Krieges in der Rüstungsindustrie tätig gewesen. Aus dem Geschäftsleben hätten sie «eine antidemokratische Managerkonzeption von Regierung und Wirtschaft» mitgebracht. «Sie planen für die Zukunft einen autoritären bürokratischen Staat mit einer paternalistischen Kleinindustrie, die auf einem hierarchischen Facharbeiter- und Handwerkersystem beruht.» Sie würden (im Winter 1944/45 und im völlig zerstörten Aachen!) anordnen, statt demokratisch zu diskutieren. Zudem versuchte Oppenhoff zwei Kategorien von ehemaligen Parteigenossen in der Stadtverwaltung zu halten, nämlich solche, die 1933 überzeugt waren, aber später sich abkehrten, und solche, die aus Berufsgründen und ohne innere Überzeugung in die Partei eingetreten waren. Doch warnten die Psychokrieger, die «Gefahr, die die Gegenwart der PG’s in der

Verwaltung von Aachen bildet, zu unterstreichen. Damit wird die Aufmerksamkeit von den Nicht-PG's abgelenkt. Die politische Grundfrage mit den weitestreichenden Konsequenzen ist die, dass Oppenhoff und seine Gehilfen einen politischen Autoritarismus repräsentieren, der darauf abzielt, dem deutschen Volk die Chancen zu nehmen, die General Eisenhower, Präsident Roosevelt und Premierminister Churchill ihm versprochen haben».

Das Memorandum der Psychokrieger wurde auf Eisenhowers Schreibtisch gelegt. Zugleich wurde der hinter den Linien wartende liberale Journalist Max Lerner («PM») angeregt, eine Kampagne in der amerikanischen Presse zu starten. Das Zusammenspiel des liberalen Sonderbundes in und ausserhalb der Armee wurde Eisenhower drohend vor Augen gestellt: «Die Stimmung in Amerika, die die ,harte' Politik fordert, alle Deutschen am Kragen zu packen, die den brutalen Nazi-Krieg gewünscht haben, lässt der Militärregierung auch nicht die Hoffnung eines Widerstandes. Eine ärgerliche öffentliche Meinung zu Hause würde zweifellos Umwälzungen in einer diskreditierten G 5 (für Militärregierung zuständige Generalstabsabteilung d. V.) erzwingen.» Eisenhower befahl, gegen den amerikanischen Stadtkommandanten von Aachen und Bürgermeister Oppenhoff durchzugreifen. Aber, wie sooft: Die Extreme berühren sich nicht nur, sondern sie kommen einander auch zuvor. Bürgermeister Oppenhoff wurde, bevor er von den Amerikanern abgesetzt werden konnte, von einem durch die amerikanischen Linien durchgesickerten Werwolf-Kommando erschossen.

In dem umfangreichen Band über die alliierte psychologische Kriegsführung unter Eisenhower, den Daniel Lerner unter dem Titel «Sykewar» verfasst hat, wird gezeigt, dass nicht jeder Amerikaner als Psychokrieger verwendet werden kann. Am wenigsten geeignet seien die «typischen» Amerikaner. Prädestiniert dagegen seien Intellektuelle (im Jargon: Angehörige Symbole manipulierender Berufe), die in ihrem Lebenslauf mit Europa Kontakt gehabt hatten und bestimmte

«liberale» Persönlichkeits-Charakteristika aufwiesen. Lerner veröffentlichte 3 typische Lebensläufe vorbildlicher Psychokrieger. Einer war der bekannte Labourabgeordnete Crossman, ein weiterer Saul Padover.

Padover wurde 1905 in einem österreichischen Dorf geboren. Der Vater war in Amerika ansässig. Seine Mutter weigerte sich, dorthin zu folgen, da nur Bankrotteure und Kriminelle nach Amerika auswanderten, sie aber in dem Hause wohnen wolle, das ihre Vorfahren seit Generationen besässen. Die Kriegsjahre verbrachte Padover in Wien auf der Schule, wo er aber weiter keinen militaristischen Schaden an seiner Seele genommen habe. Als der Krieg zuende war, war Österreich ein Scherbenhaufen, und Padovers Mutter zog nunmehr zu ihrem Mann nach Amerika, und zwar nach Detroit. «Detroit machte mich zu einem Amerikaner. Es war eine harte Schule. Ich ging dort durch alle Stadien – jede einzelne qualvoll – der Umformung und Anpassung an ein rauhes, aufregendes, rohes, wundervolles neues Land. Aber ich wurde nicht ganz Amerikaner. Ich war nicht der typische Amerikaner.» Das habe sich schon darin gezeigt, dass er nicht nach Erfolg in Gestalt von Dollars, sondern nach Ideen gestrebt hätte. Auf dem College hätte er zu den «intellektuellen Rebellen» gezählt, deren Rebellion in dem Besuch der illegalen Kneipen (Prohibitionszeit) und der Lektüre von Menckens «American Mercury» bestanden habe. Er wollte Geschichte in Yale studieren, das er aber fluchtartig verliess, da es reaktionär und provinziell gewesen sei. In Chicago habe er die einzige amerikanische Universität gefunden, an der es wirklich auf Ideen ankam. «Es gab endlose Debatten.» Seine Lehrer waren William E. Dodd (später Roosevelts Botschafter in Berlin) und Harold D. Lasswell (der «Vater» der psychologischen Kriegsführung). Bei seinem Studium stiess Padover auf Jefferson. «Es war Jefferson, der meine Konversion zur Religion der Humanität verursachte». Ein Guggenheim-Stipendium führte Padover zum Studium der Dritten Republik nach Paris, wo er der heraufziehenden Kriegswolken ge-

wahr wurde und beschloss, in die Politik zu gehen. Fünf Jahre war er in der Verwaltung als Referent des liberalen Innenministers Ickes tätig. Dann ging er zur Psychologischen Kriegsführung.

Padovers Lebenslauf ist eine Addition von Merkmalen, die bei den Trägern der liberalen Deutschlandpolitik immer wiederkehren. Die begehrte Vaterlosigkeit («für alle praktischen Zwecke war ich vaterlos»), verschiedene Formen der Opposition gegen den American Way of Life (Mencken, Intellektualismus), Verbindung mit den Trägern des New Deal (Ickes), Verbindung mit Europa (aber nicht als Europäer) und schliesslich «Humanität als Religion». Dass diese Vertreter der liberalen Deutschlandpolitik sich in der Besatzung stärker einnisten konnten als in der amerikanischen Verwaltung unter Truman, hatte praktische Gründe. Der amerikanische (durchschnittliche) Geschäftsmann oder Rechtsanwalt in Deutschland hatte keinen dringenderen Wunsch, als zu seiner Firma oder Praxis in den Staaten zurückzukehren. Für die liberalen Randexistenzen der amerikanischen Gesellschaft schufen jedoch die labilen und willkürlich manipulierbaren Verhältnisse in Deutschland jenes Klima, in dem sie, die sonst zur Nichtkonformität verurteilt waren, sich einmal konform fühlen durften. Es gibt nicht nur eine Sehnsucht der deutschen Intellektuellen nach den «Jahren der Okkupation», sondern auch eine Sehnsucht der amerikanischen Intellektuellen.

Das Viermächtegespann zieht an

In der Besatzungspolitik nach dem amerikanischen Bürgerkrieg durchkreuzte der von den Republikanern beherrschte Kongress die gemässigt-staatsmännische Politik des Präsidenten Lincoln. In der Besatzungspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg setzte der von den Republikanern beherrschte Kongress dem radikal-weltverbessernden Programm des Präsidenten

Roosevelt ein Ende. Beide Präsidenten starben, ehe sie das Scheitern ihrer Politik und deren späteres Wiedererstehen erleben konnten. Roosevelt war es jedoch gelungen, ein fait accompli zu schaffen, ehe der amerikanische Kongress die Möglichkeit bekam, sich mit der Lage in der amerikanischen Besatzungszone in Deutschland zu befassen. Das fait accompli bestand in der Einrichtung einer Viermächteverwaltung für Deutschland. Die Errichtung der viergeteilten Stadt Berlin, die umgeben war von der sowjetischen Besatzungszone und in der die Zugangsrechte der westlichen Staaten schriftlich nicht festgelegt waren, war als diplomatisch-politische Konstruktion ein erbärmliches Machwerk; als Symbol einer neuen Weltordnung, die durch das einhellige Zusammenwirken der «Vier Polizisten» entstehen sollte, jedoch von hohem, wenn auch gewöhnlichen Sterblichen schwer zugänglichem Rang. Im Status Berlins hat Roosevelt ein Erbe hinterlassen, das, wie das Spandauer Gefängnis, die Jahre des Scheiterns seiner Politik überlebte und seit Chruschtschows Berlin-Ultimatum vom November 1958 zum Kristallisationspunkt einer Renaissance Rooseveltschen Denkens zu werden droht.

Die Besatzungspolitik in Deutschland sollte der Mikrokosmos sein, der den Makrokosmos des alliierten Zusammenwirkens widerspiegelte. Die Regierungschefs der drei – und nach Stalins Willen einzigen – Mächte waren in Potsdam zusammengekommen, um einstimmige Beschlüsse zu fassen. Sie hatten einen ständigen Aussenministerrat geschaffen, der sie zwischen ihren Zusammenkünften, deren nächste in New York geplant war, vertreten und einstimmige Beschlüsse fassen sollte. Es war schon beinahe selbstverständlich, dass ein Kontrollrat[4] für Deutschland geschaffen wurde, in dem die Oberbefehlshaber der in Deutschland stationierten Steitkräfte die Richtlinien für die Besatzungspolitik einstimmig verabschieden würden. Das Veto jeder einzelnen Besatzungsmacht - die Teilnahme der Franzosen am Kontrollrat war eine Stalin von den Engländern abgerungene Konzession – war so sehr ein Ergebnis der Roosevelt-Stalin'schen Konzeption

der neuen Weltordnung, dass niemand über seine Konsequenzen nachdachte. Erst die Praxis des Kontrollrats liess aus dem Kontrollrat-Statut das Veto als des Pudels Kern hervortreten und Deutschlands Teilung die Quintessenz unserer unbewältigten Gegenwart werden.

Am 30. Juli 1945 trat der Kontrollrat zur konstituierenden Sitzung in Berlin zusammen. Am 10. August 1945 verabschiedete er sein Organisationsstatut und kam von da an dreimal monatlich unter dem turnusmässig wechselnden Vorsitz eines der vier Oberkommandierenden zusammen. Die Russen waren äusserst kooperativ und zuvorkommend. Sie liessen nicht nur den Kontrollrat seinen Sitz im amerikanischen Sektor im Gebäude des ehemaligen Reichskammergerichts in der Elsholtzstrasse nehmen, sie schlugen auch als ersten Vorsitzenden General Eisenhower vor (so wie Stalin Roosevelt den Vorsitz in Jalta übertragen hatte) und billigten das von dem amerikanischen Oberstleutnant und Harvard-Professor Robert Bowie ausgearbeitete Organisationsstatut. Der Kontrollrat vereinigte die Oberkommandierenden, der Koordinierungsausschuss deren (die Arbeit machende) Stellvertreter, über 175 weitere Direktorate (für die verschiedenen Verwaltungsgebiete), Ausschüsse, Unterausschüsse und Arbeitsgemeinschaften die interalliierten Bürokraten, denen Deutschland auf Gedeih und Verderb ausgeliefert war.

Der Kontrollrat glich in den ersten Monaten weniger einer Verwaltungsbehörde als einem Areopag, auf dem die siegreichen Feldherren des zweiten Weltkrieges sich niedergelassen hatten, um die ihnen gebührenden Huldigungen gemeinsam entgegenzunehmen. Marschall Schukow, General Eisenhower, Feldmarschall Montgomery of Alamein – der französische General Koenig musste sich in dieser erlauchten Gesellschaft so wenig am Platze fühlen wie anderweits Könige in der Nachkriegsordnung. Die Feldherren waren über tagespolitische Zänkereien oder gar die Kümmernisse der regierten Bevölkerung hoch erhaben. Sachliche Differenzen untereinander konnten ihren Siegesruhm nur schmälern. Schwerer wogen

allerdings die Eifersüchteleien in Prestigefragen. Als Montgomery auf einem Bankett zu Ehren Marschall Schukows einen Trinkspruch ausbrachte, der Schukows Sieg bei Stalingrad und Montgomerys Sieg bei Alamein als die Entscheidungsschlachten des Zweiten Weltkrieges feierte, musste Sir Yvonne Kirkpatrick die brenzlig gewordene Situation retten, indem er auf das Genie und die Taten General Eisenhowers verwies. Die gemeinsame Siegesparade der Vier Mächte nach der Kapitulation Japans, die Besuche Eisenhowers in Moskau, Schukows im Westen, waren die Höhepunkte einer Ära herzlicher Verbundenheit, die mit den Versetzungen Eisenhowers und Schukows im November 1945, Montgomerys im Februar 1946 unwiderruflich zuende ging. Wodka und Whisky flössen in Strömen, und am 6. Januar 1946 tanzte der Kontrollrat in Berlin auf dem grossen Viermächte-Ball, während die Leichen unter den Trümmern der ehemaligen Reichshauptstadt noch nicht geborgen waren. General Clay erinnert sich in seinen Memoiren sehnsüchtig der Zeiten, wo «wir uns nach dem Diner (in Moskau) in Stalins wohlausgestattetem Kinoraum versammelten und unseren Freund Marschall Schukow in der «Schlacht um Berlin' sahen, während wir selbst in Klubsesseln sassen und Champagner schlürften oder von den köstlichen Früchten assen, die auf den Tischen neben den Sitzen bereitgestellt waren.»

Die Entscheidungslast der Feldherren im Kontrollrat war so gering wie ihr Interesse an Deutschland. Die Regierungschefs hatten ja selbst in Potsdam die Direktiven für die gemeinsame Verwaltung Deutschlands gegeben, die nunmehr nur noch in Gesetzesform zu giessen war. Doch bald stellte sich heraus, dass der Kontrollrat von Anfang an einen Konstruktionsfehler hatte. Drei der vertretenen Mächte beriefen sich nämlich auf gemeinsame Richtlinen, so verschieden sie sie auch im Einzelnen interpretierten. Für die vierte Macht – Frankreich – hatten diese Richtlinien keinerlei Gültigkeit. General de Gaulle hatte schon anlässlich des Beitritts Frankreichs zur Europäischen Beratungskommission erklärt, dass

Frankreich Beschlüsse von Konferenzen, auf denen es nicht vertreten sei, nicht anerkennen werde. Die Warnung wurde überhört. Weder in Jalta noch in Potsdam war Frankreich gebeten. In Berlin sass es jedoch mit seinem Veto am Konferenztisch des Kontrollrats. Die Russen meinten zwar, dass es den Amerikanern leicht sein sollte, die Franzosen durch Einstellen der Lebensmittellieferungen gefügig zu machen, aber die Amerikaner wussten, dass Frankreich am Rand des Kommunismus stand, und hielten es für unklug, es noch über diesen Rand hinauszustossen. Frankreich legte gegen alle Massnahmen, die auf die Errichtung deutscher Zentralbehörden abzielten, sein Veto ein. Es glaubte in ihm eines der wenigen ihm verfügbaren Faustpfänder zu besitzen, das ihm ermöglichen sollte, seine Interessen an Saar, Rhein und Ruhr mit Erfolg zu vertreten.

Das Veto Frankreichs bewirkte, dass die den Potsdamer Beschlüssen zugrundeliegende, den Geist Morgenthaus atmende Direktive JCS 1067 von der Potsdamer Zutat der deutschen, die Wirtschaftsressorts unter alliierter Aufsicht verwaltenden Staatssekretariate befreit wurde. Die umfangreiche Gesetzgebung des Kontrollrats trug einen überwiegend negativen Charakter, indem etwa die Ausrottung der Überreste des Nationalsozialismus durch die Aufhebung zahlreicher Gesetze (nicht jedoch der Wirtschaftsgesetzgebung) intendiert wurde, indem Steuern und Postgebühren erhöht, der Sport entmilitarisiert und die wissenschaftliche Forschung unter Überwachung gestellt wurden. Einer von Morgenthau nicht vorgesehenen Besatzungsfolge rückte das Gesetz zur Bekämpfung von Geschlechtskrankheiten auf den Leib.

Nicht der politische, sondern der wirtschaftliche Status Deutschlands[5] war das zentrale Problem der ersten Nachkriegszeit. Die Festlegung des Industrieniveaus sollte ihn definieren. War einmal das zukünftige Produktionsvolumen der deutschen Wirtschaft festgelegt, so konnten jene industriellen Anlagen, die zur Erreichung dieses Produktionsvolumens nicht nötig waren, demontiert und der in Jalta geschaf-

fenen Interalliierten Reparationsagentur zur Verteilung an Deutschlands Kriegsgegner zur Verfügung gestellt werden. Die Verhandlungen des zuständigen Ausschusses des Direktorates Wirtschaft sind im Gegensatz zu den anderen Sparten der Tätigkeit des Kontrollrats bekannt geworden, da Ratchford und Ross in ihrem 1949 erschienenen Buche «Berlin Reparations Assignment» über sie berichtet haben. Ausgangspunkt der Verhandlungen war (wie meist) ein amerikanischer Vorschlag, den der Professor Calvin B. Hoover (Duke Universität) ausgearbeitet hatte. Ausgehend von der Potsdamer Formel, dass der deutsche Lebensstandard nicht über dem europäischen Durchschnitt (ohne England und Russland) liegen dürfe, legte Hoover ihn auf 74% des durchschnittlichen deutschen Lebensstandards der Jahre 1930-1938 fest. Er entsprach beinahe genau dem deutschen Lebensstandard des Jahres der tiefsten Wirtschaftskrise 1932. Die Russen stimmten diesem Vorschlag zu, wünschten aber, dass jeder einzelne Industriezweig unter dem europäischen Durchschnitt liegen solle und dass für Industrien, die Deutschland durch die alliierten Sicherheitsbestimmungen ganz verboten worden waren, kein Ausgleich gewährt werden dürfe.

Nachdem man sich über die Grundforderungen geeinigt hatte, ging man an die Festlegung der einzelnen Produktionsziffern. Einstimmigkeit war Voraussetzung und die Aushandlung jeder einzelnen Ziffer daher notwendig. Jede Besatzungsmacht nannte eine Zahl, und man einigte sich in der Mitte zwischen der niedrigeren russischen Zahl und den etwas höheren Ziffern der drei Westmächte. Beispielsweise wollten die Engländer die Stahlproduktion auf 9 Millionen Tonnen begrenzt wissen, die Amerikaner auf 7,8, die Franzosen auf 7 und die Russen auf 5 Millionen Tonnen. Bestimmte, besonders wohlmeinende Kreise in Amerika hatten aber nachträglich an Clay die korrigierende Weisung ergehen lassen, dass 3,5 Millionen Tonnen für Deutschland genügend seien. Clay nahm somit das Mittel der früheren und späteren amerikanischen Zahl und schlug 5,5 Millionen Tonnen vor. Als man

entdeckte, dass man eine falsche Bevölkerungszahl zugrundegelegt hatte, korrigierte man die Ziffer auf 5,8 Millionen und einigte sich auf sie. Auf ähnliche Weise wurde Punkt für Punkt der Industrieplan ausgehandelt, der am 26.3.1946 vom Kontrollrat verabschiedet wurde. Produktionsanlagen für Waffen, Flugzeuge und Schiffe, sowie 14 weitere Produktionszweige (z.B. synthetisches Benzin, Kugellager, bestimmte Werkzeugmaschinen, schwere Traktoren) verfielen der Totaldemontage, die übrigen Industriezweige wurden beschränkt (z.B. Stahl auf 39%, Chemische Grundstoffe auf 40% der Produktion von 1936). Unbeschränkt hergestellt werden durften Möbel, Fensterglas, Flaschen, Keramik, Fahrräder, Motorräder bis 60 ccm und Kali. Alles in allem kam man auf eine Produktion von 50-55% des Jahres 1938.

Für das Jahr 1949 waren Exporte in Höhe von 3 Milliarden Mark (nach Preisen des Jahres 1936) eingeplant und Importe in einer niedrigeren Höhe, die zur Hälfte aus Lebensmitteln bestehen und erlauben würden, dass «nachdem die gesamte, vom Alliierten Kontrollrat genehmigte Einfuhr bezahlt sein wird, ein beliebiger Teil dieser Summe, die für die Bezahlung von Lebens- und Futtermitteln nicht benötigt wird, zur Bezahlung der Besatzungskosten und solcher Hilfsleistungen wie Transport, Versicherung usw. verwandt wird.» Feinheiten, wie der Verlust der Ostgebiete, die Desorganisation der Produktion durch Krieg und Nachkrieg (Schwarzer Markt) und der fehlende Anreiz für wirtschaftliche Tätigkeiten, wurden im Industrieplan beiseitegelassen.

Das Viermächte-Gespann zieht auseinander

Der Industrieplan war die Übertragung des Potsdamer Abkommens in Produktionsziffern und Prozentzahlen. In ein Zahlenwerk übersetzt, stellte sich vor aller Augen der Widerspruch zwischen jenen Artikeln des Potsdamer Abkommens heraus, die die industrielle Entwaffnung und die Befriedigung der Reparationswünsche der Alliierten beinhalteten und jenem Artikel 19, der besagte, dass dem deutschen Volke genügend Mittel zu belassen seien, um ohne eine Hilfe von aussen existieren zu können. Sicher rechnete der Industrieplan für 1949 (auf dem Papier) einen nicht unbeträchtlichen Ausfuhrüberschuss heraus, aber die Wirklichkeit der westlichen Zonen sprach eine andere Sprache. Bis April 1946 waren 1 Million Tonnen Lebensmittel in die britische, 1/2 Millionen Tonnen in die amerikanische Zone geschafft worden. Es war überdeutlich, dass Deutschland selbst zum Verhungern auf Importe angewiesen war. Die katastrophale Ernährungslage wirkte sich auf den Bergbau, dieser auf die Stahlindustrie (2 Millionen Tonnen statt der erlaubten 5,8), diese wieder über die Kunstdüngerherstellung auf die Landwirtschaft und auf die übrigen Industriezweige aus. Das Defizit hatten, wie sich nunmehr herausstellte, die britischen und amerikanischen Steuerzahler zu tragen. Das Verhungern und Verkommen der deutschen Bevölkerung kam ihnen teurer zu stehen als deutsches Wohlleben. Rache war nicht nur süss, sondern auch ausserordentlich kostspielig.

Bei einer näheren Betrachtung der Lage bemerkten die Amerikaner, dass die Russen (und Franzosen) der laufenden Produktion Waren entnahmen, deren Export – sollte die deutsche Wirtschaft einheitlich behandelt werden – die Lebensmittelimporte hätten bezahlen müssen. Die Russen hatten herausgefunden, dass die deutschen Maschinen dem wirt-

schaftlichen Aufbau der Sowjetunion bessere Dienste leisteten, wenn sie an Ort und Stelle für die sowjetische Wirtschaft produzierten, als wenn sie irgendwo in der Sowjetunion an Abstellgleisen verrosteten. So hatten die Russen verschiedene deutsche Fabriken im Dezember 1945 in sowjetischen Besitz übernommen und im Sommer 1946 in die Rechtsform der Sowjet-AG's überführt. Die einheitliche Behandlung der Im- und Exporte für alle vier Zonen sollte das Preisrätsel (ohne Lösung) werden, an der der Kontrollrat scheiterte.

An dieser Aufgabe versuchte sich der amerikanische Aussenminister Byrnes[6], der kurz vor der Potsdamer Konferenz von Truman ernannt worden war. Byrnes verfügte zwar über keinerlei aussenpolitische Erfahrungen, war aber im Verlaufe einer 35 jährigen Tätigkeit im Kongress zu einem Talleyrand der Wandelgänge herangereift, der glaubte, er könne auch auf die Russen die im Umgang mit den Republikanern bewährten Mittelchen anwenden. Nach Jalta war er sehr, nach Potsdam noch gemässigt optimistisch. Auf der ersten Sitzung des in Potsdam errichteten Aussenministerrates in London versuchte er, seine Kunst unter Beweis zu stellen. Er strebte den Kompromiss an, dass die in Ost- und Südosteuropa zu bildenden Regierungen der Sowjetunion gegenüber freundlich gesinnt sein sollten, wobei die Vereinigten Staaten antisowjetische Bestrebungen nicht unterstützen würden, dass aber andererseits diese Regierungen auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Völker ihre innere Ordnung selbst beschliessen könnten. Molotow hörte schwer. So machte sich Byrnes im Dezember 1945 nach Moskau auf, wo der angestrebte Kompromiss dann die Form annahm, dass die Völker Ost- und Südosteuropas auf Gedeih und Verderb den Sowjets ausgeliefert wurden, in deren Hand sie (nach Byrnes) ohnehin schon waren, während Stalin die nominelle Beteiligung bürgerlich-demokratischer Politiker an den von ihm kontrollierten Regierungen gestattete. Dieser «Kompromiss» rief sowohl bei Truman, wie bei den Republikanern und jenem Flügel der Demokraten, der weniger bereit war, den Russen um des

lieben Friedens willen im Bedarfsfalle auch Texas abzutreten, eine entschiedene Missstimmung hervor.

In Zukunft erschien Byrnes nur noch eingerahmt von den Senatoren Tom Connally (Demokrat) und Arthur Vandenberg (Republikaner) zu internationalen Konferenzen. Der letztere war dadurch wichtig geworden, dass die bevorstehenden Friedensverträge mit den ehemaligen Achsenmächten die Stimmen der Republikaner erforderten, sofern sie nicht – wie der Versailler Vertrag – am Widerspruch des Senates scheitern sollten. Die damit notwendig gewordene «Zweiparteilichkeit» der Aussenpolitik gab ihr einen stärker konservativen Zug, der zur langsamen Abkehr von den Roosevelt'schen Konstruktionen führte.

Die deutsche Frage, die seit Potsdam geruht hatte, fand, als sie in der Ende April 1946 beginnenden Sitzung des Aussenministerrates in Paris wiederaufgenommen wurde, einen amerikanischen Aussenminister vor, der in seiner Ostpolitik ein gebranntes Kind war. Byrnes drängte darauf, dass die Deutschland verbliebenen Hilfsquellen gemeinsam genützt werden sollten und die Exportfrage gelöst werden müsste. Ein Ausschuss sollte den wirtschaftlichen Wiederzusammenschluss Deutschlands innerhalb von 90 Tagen vorbereiten. Molotow dagegen bestand auf einem umgekehrten Vorgehen. Erst solle man die Reparationsfrage lösen und der Sowjetunion die ihr in Jalta versprochenen 10 Milliarden Dollar zukommen lassen, dann könne man die Wirtschaftseinheit wiederherstellen. Im Kontrollrat erläuterten die Russen, dass der Ausgleich von Importen und Exporten bis zur Abwicklung der Reparationen eine Zonenangelegenheit sei. Das Potsdamer Abkommen habe gefordert, «gegebenenfalls die verschiedenen örtlichen Bedingungen zu berücksichtigen.»

Als die Standpunkte nicht mehr auf einen Nenner zu bringen waren und das Vetorecht einen Beschluss des Kontrollrats verhinderte, kündigte General Clay am 8. April 1946 an, dass die Amerikaner bis zur Herstellung der Wirtschaftseinheit die Reparationslieferungen einstellen würden. In dem Streit um

die Reparationen stellte sich heraus, dass die Besatzungsmächte von grundverschiedenen Konzeptionen der Deutschlandpolitik ausgingen. Russland erstrebte die schnelle Stärkung der Sowjetwirtschaft und erwartete von Deutschland einen maximalen Beitrag zu diesem Ziel. Die Amerikaner sahen in Deutschland ein alliiertes Kondominium minderen Rechts und minderen Lebensniveaus, in das sie nichts hineinstecken wollten. Byrnes baute noch an einer goldenen Brücke, indem er für einen mit Stalin vorbesprochenen und im Februar den Alliierten vorgeschlagenen 25-Jahrespakt der vier Mächte zur Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands warb. Molotow wollte den Pakt einerseits auf 40 Jahre verlängert wissen, fand ihn andererseits aber unzureichend, da er weder der 10 Milliarden Dollar Erwähnung tat, noch die «Demokratisierung» Deutschlands in den Einzelheiten festlege. Über die Demokratisierung liess Byrnes mit sich reden, aber in der Reparationsfrage konnte und wollte er keine Konzessionen machen, für die letztlich der amerikanische Steuerzahler geradezustehen hatte.

Am 10. Juli 1946 ging Molotow in Paris zum Angriff über. Er unterzog die verschiedenen amerikanischen Deutschlandpläne einer ätzenden Kritik. Die Umwandlung Deutschlands in ein Weideland (Morgenthau), die Auslöschung des deutschen Staates (Shirer), die Abtrennung des Ruhrgebietes (White), wie die Pläne der Aufgliederung Deutschlands in Teilstaaten (Hull) und deren Ausläufer im «Föderalismus» (Clay) wurden den Amerikanern vorgerechnet. Über den Aufbau des Staates zu entscheiden, sei ebenso Sache der deutschen Bevölkerung wie über die Abtrennung von Gebieten. Die deutsche Friedensproduktion sei (gegenüber dem Industrieplan) rigoros heraufzusetzen. Eine deutsche Regierung sei zu gründen, der die beiden Aufgaben zufallen sollten, «die Reste des Faschismus in Deutschland auszurotten und die Verpflichtungen Deutschlands gegenüber den Alliierten zu erfüllen.» Habe sich die Regierung an diesen Aufgaben bewährt, dann sei an den Abschluss eines Friedensvertrages zu denken.

Hatten die Vereinigten Staaten durch ein peinliches und dem Roosevelt'schen System nicht entsprechendes Herumreiten auf dem Selbstbestimmungsrecht der Völker die russischen Nerven strapaziert, so gingen auch die Russen jetzt nicht mehr nervenschonend vor. Die Missstimmung wuchs, und Byrnes erklärte, dass die Vereinigten Staaten sich weigerten, die Verantwortung für das durch die Zonenteilung Deutschlands entstandene «Chaos» zu übernehmen. Er forderte die übrigen Besatzungsmächte auf, ihre Zonen mit der amerikanischen zusammenzuschliessen. Da die Aufforderung an die verschiedenen Regierungen und nicht an den Kontrollrat gerichtet war, konnte keine Nation ein Veto einlegen. Nur die Briten erklärten sich zur Annahme des amerikanischen Vorschlages bereit.

Am 5. September 1946 wurden die ersten Abkommen über die Verschmelzung der beiden Zonen unterzeichnet, am folgenden Tage hielt Byrnes in Stuttgart eine in Paris beschlossene Rede. Nach ihr war die politische Ausschaltung Deutschlands noch immer der Kern der amerikanischen Deutschlandpolitik. Jene Potsdamer Beschlüsse, die sich auf die Entmilitarisierung Deutschlands und die von ihm zu erbringenden Reparationen bezogen, seien zur Gänze durchzuführen. Aber zugleich sei auf Grund des Potsdamer Abkommens Deutschland genügend Industriekapazität zu belassen, dass es ohne ausländische Hilfe den durchschnittlichen Lebensstandard aufrechterhalten könne. Byrnes forderte: «Deutschland muss die Möglichkeit erhalten, Güter auszuführen, damit es genug einführen kann, um seine Wirtschaft auf eigene Füsse zu stellen.» Byrnes hatte bestimmte Konsequenzen der Politik von Potsdam negiert, ohne deren Prämissen anzugreifen. Die politische Handlungsunfähigkeit Deutschlands glaubte Byrnes mit seiner wirtschaftlichen Lebensfähigkeit irgendwie verknüpfen zu können.

Der institutionelle Aufbau des Vereinigten Wirtschaftsgebietes[7] (Bizone) war ein Ausdruck dieser Deutschlandpolitik. Die fünf Zentralämter, die errichtet wurden, wurden auf Bielefeld, Frankfurt und Stuttgart verteilt, um die Gründung

eines Regierungssitzes zu vermeiden. Sie waren Exekutivausschüssen unterstellt, die aus den Ressortministern der 8 Länder bestanden. Die Ausführung ihrer Beschlüsse blieb den einzelnen Ländern überlassen, die damit die einzigen handlungsfähigen politischen Einheiten bildeten. Die amerikanische Direktive vom 30. September 1946 bestimmte, dass die Macht in erster Linie an die Staaten (nicht Länder!) übertragen werden solle und nur in zweiter Linie und in einzelnen und engbegrenzten Fragen an eine Bundesregierung. Die Regierung sollte soweit dezentralisiert sein, wie es sich mit den Bedingungen des modernen wirtschaftlichen Lebens vereinbaren lasse. Die Direktive sprach zwar von einem Bundesstaat, meinte jedoch einen Staatenbund. Allerdings stand der maximal dezentralisierten deutschen Verwaltung eine maximal zentralisierte Militärregierung gegenüber, die alle Entscheidungen im Berliner Stab von General Clay fällte. Die praktische Durchführbarkeit des «föderativen» Aufbaus brauchte sich daher keiner Bewährungsprobe zu unterziehen.

Byrnes hatte in seiner Stuttgarter Rede das Kunststück fertig gebracht, die einander heftig widersprechenden Formeln der beiden einander unversöhnlich gegenüberstehenden Schulen der amerikanischen Deutschlandpolitik schlecht und recht miteinander zu verknüpfen. Neben der ständigen Wiederholung der antigermanischen Parole, dass die bestehenden Zustände in Deutschland nur die Folge von dessen Aggressionen seien, flocht er auch den Kernsatz der Gegenrichtung «Deutschland ist ein Teil Europas» in seine Rede ein. Die inneramerikanische Explosion blieb nicht aus. Der amerikanische Handelsminister und ehemalige Vizepräsident Henry A. Wallace, der schon längst die Politik Trumans missbilligte, da es seiner Ansicht nach die Hauptaufgabe der amerikanischen Aussenpolitik sein müsste, das russische Misstrauen zu zerstreuen, hielt am 12. September 1946 im Madison Square Garden eine Rede, die Truman öffentlich, aber «versehentlich» gebilligt hatte. Wallace griff, wie gewohnt, die «Get-Tough-with-Russia» – Politik in scharfen Worten an

und meinte, man müsste hart nur gegen England sein, das wieder zur imperialistischen Balance-of-Power-Politik zurückkehren wolle. Er schürte die entstandene Erregung noch durch ein Memorandum, das die zweiparteiliche Aussenpolitik angriff, die zu viel «dem als harten Realismus maskierten Isolationismus» konzidiere. Byrnes protestierte und Truman war gezwungen, Wallace zu entlassen. Er schrieb seiner Mutter: «Seit Chicago hat mich nichts mehr so wütend gemacht. Also rief ich ihn heute vormittag an und sagte ihm, ich könne ihn nicht mehr brauchen, und er nahm es so nett auf, dass ich's am liebsten rückgängig gemacht hätte. Jetzt bin ich ihn also los, und alle Querköpfe haben Wutanfälle.» Der Nachfolger des Propheten des «Jahrhunderts des Volkes» wurde der Multimillionär W. Averell Harriman, der als Botschafter in Moskau einer der ersten war, der schwere Bedenken gegen Roosevelts Russland-Politik geäussert hatte.

Clay schaltet gleich

Erst im Herbst 1949 ist die dem Kriegsministerium unterstellte Militärregierung durch zwei Nachfolgeorganisationen abgelöst worden. Deren eine war die dem deutschen Bundestag verantwortliche Bundesregierung, die andere die dem amerikanischen Aussenministerium unterstellte Hohe Kommission. Und doch war die Militärregierung nicht eine Regierung durch die amerikanische Armee. Vielmehr waren zwar in der Person des amerikanischen Oberbefehlshabers in Deutschland und Militärgouverneurs (General Eisenhower, ab Dezember 1945 General McNarney, ab 1947 General Clay) Militärregierung und Armeeoberkommando in einer Person vereinigt, aber auf allen übrigen Ebenen getrennt. Die Errichtung der Militärregierung, die als von der Armee unabhängige Institution gedacht zunehmend Zivilisten beschäftigen sollte, war das Werk des stellv. Militärgouverneurs General Clay,

dem im Gegensatz zum Militärgouverneur selber keine Truppen unterstanden.

Bei dem amerikanischen Einmarsch in Deutschland war es noch anders gewesen. Die Detachments für Militärregierung, die die einmarschierenden Truppen begleiteten, waren den Truppenkommandeuren unterstellt gewesen. Die Militärregierung unterstand der Generalstabsabteilung G 5 des angloamerikanischen Oberkommandos in Europa SHAEF (Supreme Headquarters Allied Expeditionary Forces) unter Eisenhower und nach dessen Auflösung im Juli 1945 der amerikanischen Nachfolgeorganisation USFET (U.S. Forces European Theatre) in Frankfurt (später Heidelberg). So hatten auch für die regionalen Militärregierungen die regionalen amerikanischen Befehlshaber und ihre G 5-Abteilungen die Verantwortung, vor allem die Armeebefehlshaber General Patton (3. Armee – Bayern) und General Patch, später General Keyes (1. Armee – Baden-Württemberg, Hessen.) Der Unterschied zwischen der Militärregierung durch die Armee und der Militärregierung durch eine eigene Organisation war ein Unterschied in der Zielsetzung. Die Armee sah die Aufgabe der Militärregierung in der Gewährleistung der Sicherheit der Truppen durch Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung, der Instandsetzung der Versorgungsbetriebe, der Verhinderung von Hunger und Seuchen in der Zivilbevölkerung. Die politische Militärregierung, die von der Armee getrennt war, sah ihre Aufgabe in der Zerstörung einer alten und der Schaffung einer neuen politischen Ordnung. Die letztere Aufgabe mit ihren ideologischen Motivationen wurde von den Militärs, wie Eisenhowers Generalstabschef Bedell Smith, oft nicht begriffen. Clay dagegen schrieb: «Ich zweifelte nicht daran, dass die Armee imstande war, wirksam zu verwalten. Wir wollten aber mehr erreichen. Unser Versuch galt der Schaffung einer deutschen zivilen Regierung auf demokratischer Grundlage.» Vor der Berliner Blockade hätte er geschrieben: – der Durchführung der politischen Grundsätze der Direktive JCS 1067 und der Potsdamer Beschlüsse.

Frühjahr und Sommer 1945 (bis zur Einsetzung der Länderdirektoren der Militärregierung im September) werden gerne als Interregnum bezeichnet. Doch gerade im Interregnum sind Entscheidungen gefallen, die später, als die Besatzung dem Kreislauf der amerikanischen öffentlichen Meinung angeschlossen worden war, nicht mehr rückgängig gemacht werden konnten. Eine dieser Entscheidungen war, dass die «antifaschistischen Ausschüsse», die in verschiedenen Orten in den turbulenten Tagen des Einmarsches der Amerikaner die Verwaltung usurpiert hatten, beseitigt wurden. Diese Keimzellen einer deutschen Revolution, die stark unter kommunistischen Einflüssen standen, waren der amerikanischen Armee aus Italien, wo die Beziehung von amerikanischen Truppen und italienischer Resistenza nicht die besten waren, in ihrer Zusammensetzung geläufig. Als auch in Deutschland wieder die bekannten Gesichter auftauchten, machte die Armee nicht viel Federlesens. Auch Organisationen wie die FAB (Freiheitsaktion Bayern) wurde an der Ausübung von Verwaltungsfunktionen gehindert.

Ein andere, sehr wesentliche Entscheidung betraf die ehemaligen Fremdarbeiter (DP's – Displaced Persons), Kriegsgefangenen und entlassenen KZ'ler. Die offiziöse Geschichte der Militärregierung in Hessen schreibt zu dieser Frage: «Die Horden der DP's waren wie hungrige Tiere, die plötzlich aus den Käfigen befreit waren. Halbwahnsinnig durch ihre neugewonnene Freiheit und besessen von der Idee, dass ein Verfolgter des Nationalsozialismus gewesen zu sein, eine carte blanche bedeute, um nach Belieben zu morden, zu rauben, zu stehlen und zu vergewaltigen, führten sie eine wahre Terrorherrschaft über die deutsche Bevölkerung in den besetzten Gebieten.» Die erste und dringendste Aufgabe einer Militärregierung, die Ruhe und Ordnung wiederherstellen wollte, war die Verhinderung des durch die DP's und die KZ'ler geübten Faustrechtes. Aber auch damit wurde vom ideologischen Kurs der liberalen Deutschlandpolitik abgewichen, der vorschrieb, zwischen den befreiten Opfern des Faschis-

mus, die ihrem Unmut verständlich Luft machten, und den deutschen Faschisten, die nur ernteten, was sie gesät hatten, moralische Unterschiede zu machen. Die Armee hingegen war gewohnt, eine Ordnung herzustellen, der sich alle zu fügen hatten.

Die eigene, von der Armee getrennte Militärregierung war zugleich die der öffentlichen Meinung entsprechende Militärregierung. Meinung und Berliner Militärregierung unter Clay setzten sich gemeinsam gegen die Armee durch. Ihr Sieg war die Absetzung des Generals Patton. Schon im Sommer 1945 war in der liberalen «New Republic» ein Artikel von Philipp Löwenfeld erschienen, der als «Bavarian Scandal» die «Nazi»-Regierung Schäffer angriff. Die Regierung Schäffer war schon im Mai 1945 in Bayern eingesetzt worden und bestand mit Ausnahme des sozialdemokratischen Arbeitsministers Rosshaupter aus Konservativen. Auf den Artikel hin setzte die Psychologische Kriegsführung einen Spähtrupp unter Arthur Kahn, der später in einem in Warschau erschienenen Buch Bericht erstattete, nach Bayern in Bewegung. Die Psychokrieger fanden in München unter der Schirmherrschaft von Kardinal Faulhaber ein klerikal-konservativ-reaktionäres Regime am Ruder, das keinesfalls gründlich entnazifiziert war. Die Armee hatte aber erklärt, dass die Entnazifizierung abgeschlossen sei. Der Meinungssturm brach los und richtete sich vor allem gegen General Patton.

«Old-blood-and-guts» George S. Patton war einer der bekanntesten amerikanischen Kriegshelden. Der Haudegen, der Olympiateilnehmer und Weltmeister im Schiessen gewesen war, hatte für die feinen Stimmungswellen, die der Bürogeneral und «Politician» Eisenhower so wohl einzukalkulieren wusste, kein Verständnis. Er übte an der auf Touren kommenden Entnazifizierung in einer Versammlung der amerikanischen Offiziere in Frankfurt Kritik. Er hatte die Lehren von Aachen augenscheinlich nicht begriffen. Er war abschussreif. Die Presse liess das Fallbeil sausen. In einer Pressekonferenz wurde Patton gefragt, ob das Verhältnis von

Nazis und Antinazis nicht so sei wie das von Demokraten und Republikanern. Als er mit ja antwortete, wurde er von Eisenhower als Kommandeur der 3. Armee abgesetzt und zum Kommandeur einer (nicht existierenden) 5. Armee ohne Militärregierungsaufgaben ernannt. Bald danach kam er bei einem Autounfall ums Leben. Am Ende der unter dem Titel «War as I Knew It» veröffentlichten Aufzeichnungen Pattons finden wir folgende Notiz: «Die Pressekonferenz am 22. September 1945. Diese Pressekonferenz kostete mich das Kommando der 3. Armee, oder vielmehr einer Gruppe von Soldaten, meistens jungen Rekruten, die damals diesen historischen Namen für sich beanspruchten. Aber ich war bewusst direkt, da ich glaubte, dass es allmählich Zeit wurde, dass man erfuhr, was vor sich ging. Meine Sprache war nicht besonders diplomatisch, aber ich habe noch nicht herausgefunden, wo diplomatische Sprache eine erfolgreiche Regierung hervorbringt. Der einzige Punkt, über den ich damals nicht sprechen konnte und auch heute nicht sprechen kann, ist, dass mein Hauptinteresse bei der Herstellung der Ordnung in Deutschland war, zu verhindern, dass Deutschland kommunistisch würde. Ich fürchte, dass unsere törichte und ungemein kurzsichtige Deutschlandpolitik die Deutschen dazu bringen wird, sich mit den Russen zu vereinigen und dadurch einen kommunistischen Staat in ganz Westeuropa zu schaffen.»

Wenn Patton fiel, so musste Schäffer folgen. Der Entnazifizierungsberater von Clay, Professor Dorn, benutzte die Abwesenheit von Clays politischem Berater Murphy, um Schäffer zu entlassen und den sozialdemokratischen Emigranten Wilhelm Hoegner zum bayerischen Ministerpräsidenten zu ernennen, der «ein Kabinett der entschlossenen Abkehr vom Nationalsozialismus» und der Entnazifizierung zusammenstellte. Nach Hoegner war lediglich der damalige «linke Demokrat» Ludwig Erhard ein Fremdkörper in diesem Kabinett, da er Hoegner trotz seines Widerstrebens von einem amerikanischen Oberst als Wirtschaftsminister aufgedrängt wurde. In dem Intrigenspiel um Patton und seine Regierung

kamen New Yorker Parteifehden zum Austrag. Pattons politischer Berater war Oberst Keegan gewesen, der die Protektion des demokratischen Parteiapparates von New York unter Flynn (Autobiographie: I am the Boss) genoss. Flynn wie Keegan waren irisch-katholisch. Der Todfeind der demokratischen Tammany Hall war die amtierende Stadtverwaltung unter La Guardia, deren starker Mann Oberst Marcus in der Abteilung Zivilangelegenheiten des Kriegsministeriums das entscheidende Wort sprach. Der Sturz Pattons und Schaeffers war der Sieg einer New Yorker Fraktion über die andere.

Mit der Beseitigung Pattons konnte der Aufbau einer eigenständigen Militärregierung beginnen. Im September 1945 wurden drei Länder: Bayern, Württemberg-Baden und Grosshessen geschaffen. Jedes Land unterstand einem Direktor der Militärregierung. Im Oktober wurde die Stabsabteilung G 5 von den Militärregierungsaufgaben entbunden und ihr Personal der OMGUS (Office of Military Government) in Berlin überwiesen. Von da an wurden die Aufgaben der Militärregierung nach und nach von der der Armee unterstellten Militärregierung in Frankfurt auf die eigenständige Militärregierung in Berlin übertragen. Zunächst hatten die Berliner die Finanzen, die Wirtschaft, die Reparationen, die Wiedergutmachung und den Arbeitseinsatz unter sich. Im Dezember kamen das Nachrichten- und Transportwesen hinzu. Im März 1946 wurde die Militärregierungsabteilung in Frankfurt aufgelöst und die Länderdirektoren direkt Berlin unterstellt. Der Armee unterstanden noch die DP's, die Militärtribunale (Dachau), und die Sicherheitsmassnahmen. Auf die Besatzungspolitik konnte die amerikanische Armee keinen Einfluss mehr nehmen[8].

Chaos – Strukturreform – Charakterreform

Nach der Ausschaltung der Armee aus der Deutschlandpolitik waren alle Zufälligkeiten, die aus der Einstellung einzelner Kommandeure entsprangen, beseitigt. Die Besatzungspolitik konnte einheitlich – und in ständiger Berührung mit der amerikanischen Tagesmeinung – durchgeführt werden.
Clay und OMGUS waren eine grosse Clearingstelle, in der die verschiedenen Auffassungen in der deutschen Frage bereinigt, mit einander verknüpft und in eine gesetzgeberische und verwaltende Tätigkeit überführt wurden. Reformer und Konservative waren in OMGUS gleich vertreten. Unter den Reformern lassen sich drei Gruppen unterscheiden.

Die erste Gruppe wurde allgemein mit Morgenthau in Verbindung gebracht. Mit mehr Recht könnte sie nach Harry Dexter White genannt werden, der die Gedanken, die dem Morgenthauplan zugrunde lagen, ausgearbeitet hatte. Der Grundgedanke war, dass für ein schwaches Deutschland in einem starken Europa gesorgt werden müsse. Die industrielle Ausschaltung Deutschlands würde dessen Nachbarn nicht hemmen, sondern fördern. Von der deutschen wirtschaftlichen Dominanz befreit, würden diese wirtschaftlich aufblühen und die ausgefallene deutsche Produktion schnell wettmachen. Die Demontage der deutschen Industrie und ihre Wiederaufstellung in den Nachbarländern werde diesen Prozess fördern. Was aus Deutschland werden sollte, war den Vertretern dieser Schule gleichgültig. Ihr Ziel war die Stärkung der Nachbarn Deutschlands.

Die Massnahmen, die sie befürworteten, waren negativer Natur und führten zur Zerrüttung der deutschen Wirtschaft, zur Zerrüttung der deutschen Finanzen und zur Zerrüttung der deutschen Gesellschaft. Die Argumente, mit der diese Massnahmen begründet wurden, waren stets Hinweise auf die

deutsche Gefahr oder auf die deutsche Schuld. Die Schwäche der Richtung war das Fehlen einer Antwort auf die Frage nach der zukünftigen Rolle Deutschlands, was die Gegner veranlasste, zu behaupten, sie wolle Deutschland in ein Chaos stürzen. In der Armeesprache wurde die Gruppe die der «Morgen thauboys», «Termiten», «Chaosboys» genannt. «Morgenthau» war ein Hinweis auf den höchstgestellten Vertreter der Richtung, «Termiten» war ein Hinweis auf die New-Deal-Vergangenheit der Gruppe und «Chaos» zitierte das Schlagwort der Gegner. Der Hauptvertreter der Gruppe war Eisenhowers Finanzberater Bernard Bernstein, ehemaliger Leiter der Rechtsabteilung des Finanzministeriums. Du Bois berichtet von ihm: «Kurz bevor die Alliierten in Deutschland einmarschierten, sammelte er unter seinem Kommando eine Gruppe von Infanteristen, die früher im Finanzministerium angestellt waren, um nach den Geschäftspapieren und der Geschichte jeder wichtigen Firma auf dem Kontinent zu suchen.» Die «Geschichte» spielte insofern eine Rolle, als für diese Gruppe das kriminelle Verhalten der Wirtschaftsführer eine fixe, aus der amerikanischen Geschichte zu erklärende Idee war. Im November 1945 wurde Bernstein nach einer Auseinandersetzung, die sich auf die gegen die Schweiz zwecks Auslieferung dortiger deutscher Vermögenswerte zu treffenden Massnahmen bezog, entlassen. Auch der Leiter der Dekartellisierungsabteilung Russel Nixon ging. Ein grosser Teil der anderen Morgenthauboys folgte. Stark waren die Einflüsse dieser Richtung nach wie vor in der Dekartellisierungsabteilung und in der Rechtsabteilung der Militärregierung.

Die zweite Gruppe war die der Strukturreformer. Sie wollte nicht die konsequente Schwächung Deutschlands, sondern die soziale Umwälzung. Diese Politik war in amerikanischen Denktraditionen weniger verankert als die Richtung der «Chaosboys». Schon in der Kriegspropaganda war die «Zwei-Deutschland-Theorie» vornehmlich von deutschen Immigranten und einheimischen, aber doch europäisch orientierten Sozialisten vertreten worden. Auch jetzt waren die

Anhänger dieser Gruppe vornehmlich auf die Durchsetzung der Pläne der Sozialisten Deutschlands angewiesen, denen sie bestenfalls Schützenhilfe leisten konnten. Stärker vertreten waren sie in der Abteilung für Arbeitseinsatz, der anfangs unter der Leitung von David A. Morse stand. Morse, ein stellvertretender Arbeitsminister, war schon Chef der Abteilung für Arbeitseinsatz in Italien gewesen. Als Anhänger der CIO und des Zusammenschlusses mit dem kommunistisch geführten Weltgewerkschaftsbund wurde er von der AFL scharf angegriffen. Er stellte eine Reihe weit links gerichteter Männer wie Wheeler, Snyder, Courtney in der Abteilung für Arbeitseinsatz an. Auch in der Erziehungsabteilung waren die auf Strukturreform gerichteten Bestrebungen stark vertreten, vor allem durch Absolventen von Dewey's Columbia Teachers School. Das Feld für die Strukturreform war ein weites: Bodenreform, Reform der Betriebsverfassung, Schulreform, Universitätsreform, Entnazifizierung, Verwaltungsreform. Doch den einzelnen Reformversuchen fehlte untereinander (im Gegensatz zur Sowjetzone) der Zusammenhang.

In der biographischen Skizze über den Strukturreformer Franz Neumann, den Verfasser der einschlägigen Deutung des Dritten Reiches «Behemoth», lesen wir: «Während seiner Tätigkeit in der amerikanischen Nachrichtenorganisation OSS und später dem Aussenministerium (1942-1946) wandte Neumann seine in seinen Studien gewonnenen Einsichten auf die Analyse und Vorausnahme der deutschen Entwicklung an. Er widmete seine grössten Anstrengungen den Plänen für eine Demokratisierung Deutschlands, die die Fehler der Weimarer Republik vermeiden sollte. Er versuchte nachzuweisen, dass die Denazifizierung mehr als eine Säuberung des Personals und eine Abschaffung der Nazi-Gesetzgebung sein müsste – dass sie dem Faschismus an die Wurzeln gehen müsse, indem sie die wirtschaftlichen Grundlagen der antidemokratischen Politik der deutschen Industrie beseitigen müsse. Neumann sah, dass die Anstrengungen, dieses Ziel zu erreichen, scheiterten, aber er arbeitete weiter, um die

wahrhaft demokratischen Kräfte in Deutschland in dem engen Feld, das für ihn noch frei war, zu stärken. Als amerikanischer Verbindungsmann zur Freien Universität in Berlin trug er erheblich bei zum Entstehen des Instituts für Politische Wissenschaft in Berlin». Diese Lebensskizze zeigt sehr schön den Übergang von der Strukturreform zur Charakter- und Gesinnungsreform (der dritten Reformrichtung), wie sie auch für die Erziehungsabteilung der Militärregierung charakteristisch ist. Diese dritte Reformrichtung in der Besatzungspolitik ist gesondert behandelt worden (2. Kapitel). Ihre stärkste Position hatte sie in der Abteilung für Informationskontrolle. Ihr Instrument war die Lizenzierung und die Kontrolle der politischen Begriffsbildung. Ihre Stunde kam, nachdem man erkannt hatte, dass die Strukturreform den Russen in die Hände spielte, aber der Verzicht auf jede Reform den «Kreuzzug in Europa» (Eisenhower) nachträglich seines Sinns beraubt hätte.

Die Charakterreformer hatten nichts anderes im Sinne als den langfristigen Umbau des deutschen Charakters. So klar für sie die langfristigen Perspektiven hervortraten, so unentschlossen waren sie bei den kurzfristigen Massnahmen. Einerseits war für die Entwicklung des gewünschten Charakters ein gewisser Wohlstand erwünscht, andererseits musst sichergestellt werden, dass eine Erholung Deutschlands nicht seine Remilitarisierung bedeutete. Ein den Chaos-Boys nahestehender Beobachter (Ambruster) schrieb über einen der Charakterreformer, Saul K. Padover: «Professor Padover legte in einer World-Peaceways-Sendung am 16. 12. 1945 dar, dass wir die deutsche Gesinnung ummodeln müssten (und gab zu, dass dies Jahrzehnte dauern würde). Er schloss mit einer Warnung, dass es gefährlich sei, wenn wir die I.G. Farben bestrafen und ihre Fabriken zerstören würden. Mit der Zerstörung von Fabriken ist nichts zu erreichen, schloss der Professor. Dann reiste er eilends ab, um seinen Dienstgeschäften in Deutschland nachzugehen. Einige Monate später, nachdem er Zeuge der verstohlenen Wiederbelebung des deutschen

Kriegspotentials unter der Maske einer Friedenswirtschaft geworden war, wechselte er seine Ansichten. Am 9.9.1946 wies er glänzend die Notwendigkeit nach, das Reich seiner industriellen Macht zu berauben, um, wie er sagte, aus ihm einen wehrlosen Riesen, der niemanden ängstigt, zu machen»®.

G.I. und Top Brass

Die ersten Nachkriegsjahre waren nicht, wie man angenommen hatte, die Jahre des allgemeinen Vertrauens und der gegenseitigen Liebe, sondern die Jahre der Vorhänge. Ein Eiserner Vorhang trennte – laut Churchill – den sowjetischen Machtbereich von der übrigen Welt ab, ein Bambusvorhang wurde um China gezogen, ein seidener Vorhang um die französische Besatzungszone. Die amerikanische Zone – so wurde gesagt – sei von der übrigen Welt durch einen Messingvorhang (brass-curtain) getrennt. Brass ist der amerikanische Ausdruck für höhere miliärische Ränge. Die Militärregierung, die teilweise aus Zivilisten bestand, fügte sich in mancher Beziehung in die Kommiss-Tradition ein. Militärischen Ursprungs war das Rang-Bewusstsein. Jede Zuteilung, jedes Transportmittel, jede Unterkunft war genau nach Rang abgestuft. Wer sich als Zivilist in der amerikanischen Zone bewegen wollte, bekam einen entsprechenden Rang zugeteilt, war equivalent to ... Auch die Zuständigkeiten wurden eifersüchtig bewacht, und ein guter Teil der Geschichte der Militärregierung ist ein Kampf um Kompetenzen. Schon in England wurde von den künftigen Offizieren der Militärregierung um die Abgrenzung der Ressorts leidenschaftlich gekämpft.

Die Loslösung der Militärregierung von der Armee brachte ein Interesse amerikanischer Politiker für Stellen in Deutschland mit sich. Die nach Deutschland kommenden waren sogenannte «lahme Enten», Politiker, deren Karriere hinter

ihnen lag. Ein Beispiel war Murray D. Van Wagoner, der ehemalige Gouverneur von Michigan. Er wurde zum Direktor der Militärregierung für Bayern ernannt. In Württemberg war Charles M. La Folette, ein Mitglied der progressiven La Folette-Dynastie, die auch nicht mehr in Mode war, Direktor. Die ehemaligen Politiker spezialisierten sich auf den Genuss der landschaftlichen Szenerien, die Jagd und das Pokerspiel. Neben ihnen nahmen einige Berufs-Offiziere und Mitglieder der für die Aufgaben der Militärregierung eigens ausgebildeten Gruppen (Dr. James Newman von Hessen und Professor Dawson von Württemberg) die Spitzenpositionen ein.

In den mittleren Rängen, die einen entscheidenden Einfluss auf die Militärregierung ausübten, war die Gruppe der Professoren für Politische Wissenschaften über jede Gebühr vertreten. Sie war der eigentliche Träger der Reformbestrebungen: Pollock, der Koordinator der Länderregierungen und Vater des Stuttgarter Länderrates, Litchfield, Dorn, der Entnazifizierungsberater Clays, Friedrich und zahllose andere Professoren experimentierten am deutschen Modell. Da die amerikanischen Politiker die einzige Bevölkerungsgruppe bilden, die sich in den Vereinigten Staaten weigert, sich auf die Couch des Psychoanalytikers zu legen und die Literatur der Politischen Wissenschaften zu lesen, war es für die Politischen Wissenschaftler eine einmalige Gelegenheit, praktisch zu erproben, was sie theoretisch lehrten. Auch bei ihnen war die Auswahl keine besonders positive, da nur solche Professoren in Deutschland blieben, die in den Staaten keine begehrenswerte Stelle erwartete. An Eifer stachen sie jedoch aus den übrigen Offizieren hervor, die den Verlockungen des Besatzungslebens mit Wein, Weib und Schwarzhandel selten allzu viel Widerstand leisten konnten.

Wenn die Offiziere als Umerzieher nicht immer geeignet waren, so war der Einfall, dem einfachen G.I. eine erzieherische Mission zu übertragen, nur noch verwunderlich. Die Tagträume, die zu ihm führten, wurden in einer Broschüre «Occu-

pation», die um die Jahreswende 1945/46 von «Männern, die Deutschland kennen» herausgegeben und an alle amerikanischen Soldaten verteilt wurde, erläutert. «Während des heissen Krieges machten wir gute Fortschritte in Richtung auf die Ausrottung der bösen Kräfte – wir töteten Nazis. Aber viele Nazis entkamen den Bomben und Kugeln und tauchten eilends unter. Die Besatzungstruppen haben sich bereits dieser unveränderten (unreconstructed) Deutschen angenommen. Tausende gefährliche Nazis wurden zusammengetrieben, klassifiziert und eingesperrt. Aber der Job ist noch nicht zuende. Tief in der deutschen Seele, im psychologischen ‚Untergrund' schwelen die Feuer des Hasses, der Gier und der Gewalt». So habe sich der G.I. einzuschärfen, dass der Krieg in zwei Teile zerfalle: den Krieg der Erorberung und den Krieg der Ideen. Ersterer sei mit der deutschen Kapitulation abgeschlossen, letzterer im vollen Gange. Der Soldat müsste daher mit Ideen als Waffe genauso umgehen, wie mit Kanonen, Flugzeugen und Tanks. Dem G.I. musste eingeschärft werden, dass er sich nicht durch den Augenschein täuschen lassen dürfe. «Wenn du denkst, dass diese Deutschen sauber aussehen, anständig und harmlos – dann ERINNERE DICH.
Es sind die, die den Krieg unterstützten und die Arbeit taten... Bevor du realisierst, dass der Nazismus nicht das Produkt einiger aussergewöhnlicher Individuen war, sondern tiefe Wurzeln in der deutschen Zivilisation hatte, wirst du nicht imstande sein, die wahre Bedeutung dessen zu erfassen, was du siehst. Die wahre Bedrohung der Weltsicherheit liegt in der Seele des deutschen Volkes... Zentralheizung ist typisch für Deutschland, so war Buchenwald, wo Massenmorde mit typischer deutscher Gründlichkeit ausgeführt wurden. Deutsche Sauberkeit ist typisch – so sehr, dass sie aus menschlichen Körpern Seife machten. Nazi-Kunst gab der Welt Lampenschirme aus tätowierter menschlicher Haut».

Daher müsste sich der G.I. vor der deutschen Propaganda hüten, die verkleidet aufträte, aber zehnmal subtiler sei als während des Krieges. Es sei Nazipropaganda, wenn die Putz-

frau behaupte, dass sie nie der Nazikampagne zwecks Erzeugung unehelicher Kinder zugestimmt habe, denn woher kämen dann die vielen unehelichen Kinder? Es sei Nazipropaganda, wenn ein Kaufmann sage, dass er froh sei, in der amerikanischen Zone zu leben, da die Russen alles kaputt gemacht hätten. Das zeige, dass die Russen einen guten Job täten, nur die Deutschen dies nicht mochten. Der G. I. dürfe sich nicht beeindrucken lassen, sondern müsse immer die Grundfakten im Kopf behalten: «Das Deutschland der Nebel und schuppigen Drachen, der Räusche der Grausamkeit und des Blutes ist das gleiche Deutschland, das zwischen 1871 und 1914 eine industrielle Entwicklung durchmachte, die zu den grössten technischen Errungenschaften der modernen Welt zählt. Diese alarmierende Verbindung von romantischem Bösewicht und fähigem Geschäftsmann, von sentimentalem Musikliebhaber und brutalem Unterdrücker hat Deutschland schon seit Langem charakterisiert. Der Deutsche ist in Deutschland stets die Beute dieser wahnsinnigen Täuschung, aus der du schliessen kannst, dass die deutsche nationale Tradition (die die Seelen der Kinder formt, die in Deutschland aufwachsen) minderwertiger ist, in höchstem Grade und unleugbar minderwertiger ist, als die irgendeines anderen Volkes in der modernen westlichen Welt.»

Es war ein Versuch, den einfachen amerikanischen Soldaten mit der antigermanischen liberalen Ideologie zu impfen. Wahrscheinlich hatte er seinen Ursprung im Kriegspropagandaamt (OWI). Um jedoch die G. I.'s vor der Nazipropaganda der Putzfrau zu sichern, wurde die Non-Fraternisation-Gesetzgebung eingeführt. Durch sie wurde es verboten, mit Deutschen ausser in dienstlichen Angelegenheiten zu sprechen. Allmählich wurde die Gesetzgebung gelockert, bis nach dem 1. Oktober 1945 nurmehr das Heiratsverbot und das Verbot, mit Deutschen unter dem gleichen Dach zu wohnen, übrigblieb. Die Gesetzgebung musste an zwei Klippen scheitern: dem Schwarzhandel und den Mädchen. Der Umgang mit letzteren hiess (nach der Nonfraternization) in der Armee-

sprache «to frat», die Mädchen selbst «fraternazis.» Auch der Schwarzhandel war ein Fieber, das alle Ränge der amerikanischen Armee erfasst hatte. Die Gewinne, die durch den Verkauf von Lebensmitteln und Zigaretten und den Einkauf von Schmuck und Kunstgegenständen gemacht wurden, waren für viele Amerikaner das Geschäft ihres Lebens. Selbst in Clay's Hauptquartier musste schliesslich eine Anordnung erlassen werden, dass während der Dienststunden Gespräche über die Schwarzhandelstageskurse verboten seien. Die mannigfachen Berührungen mit der deutschen Bevölkerung führten dazu, dass die antigermanischen Lehren der Propaganda des OWI vergessen wurden, bis die Soldaten schliesslich fragten, mit welchem Recht diejenigen, die gehasst hatten, ohne zu kämpfen, diejenigen belehrten, die gekämpft hatten, ohne zu hassen.

Entnazifizierung mit Strick

Die beiden Aufgaben, die Molotow in Paris für die zukünftige deutsche Regierung gestellt hatte, die Ausrottung der Reste des Faschismus und die Erfüllung der Verpflichtungen gegenüber den Alliierten, waren auch die Ziele der amerikanischen Politik. Die Ausrottung der Reste des Faschismus sollte durch eine Beseitigung nationalsozialistischer Symbole, Gesetze und Literatur, sowie durch die Aburteilung von Personen und Personengruppen, die als Träger der nationalsozialistischen Politik betrachtet wurden, bewerkstelligt werden.

Die Aburteilung nahm die beiden Formen der Kriegsverbrecher (Naziverbrecher, NS-Verbrecher) – Prozesse[10] und der Entnazifizierung an. Anlässlich des Besuches des amerikanischen Aussenministers Hull in Moskau (1943) wurde vereinbart, dass Verbrechen, die an einem bestimmten Ort stattgehabt hatten, an diesem abgeurteilt werden sollten (Ausliefe-

rung) und solche, die keinen bestimmten Ort hatten, von einem internationalen (interalliierten) Gericht zu ahnden seien. Der einzige solche Prozess war der Nürnberger Hauptkriegsverbrecher-Prozess vom 20.11.1945 - 1.10.1946. Durch das Kontrollratgesetz Nr. 10 vom 20.12.1945 wurden die einzelnen Besatzungsmächte angewiesen, ihrerseits Prozesse nach dem für den Hauptkriegsverbrecher-Prozess geschaffenen Recht durchzuführen. Die Amerikaner führten in Nürnberg zwölf laufend numerierte Verfahren (Fall I – XII) durch, die der nach dem Kontrollratgesetz handelnden Militärregierung unterstanden. Daneben verwalteten die Amerikaner in Dachau eine Reihe weiterer Prozesse, die der amerikanischen Armee unterstanden.

Die Kriegsverbrecherprozesse stützten sich auf eine Reihe alliierter Deklarationen. Schon vor Kriegseintritt hatte Roosevelt eine Deklaration gegen die Hinrichtung von Geiseln erlassen. Churchill unterstützte diese Deklaration und nannte die Vergeltung für solche Vergehen gegen das Kriegsrecht ein erstrangiges Kriegsziel. Im Januar 1942 tagten Vertreter von 9 Exilregierungen in London in Anwesenheit des damaligen amerikanischen Botschafters (und späteren Nürnberger Richters) Biddle und forderten die Aburteilung von Kriegsverbrechen noch mit dem Argument, dass «um Racheakte der Bevölkerung als Reaktion gegen die Gewaltakte zu vermeiden und um den Gerechtigkeitssinn der zivilisierten Welt zu befriedigen», ordnungsgemässe Verfahren notwendig seien. 1943 kam es dann zur Moskauer Deklaration, die von Stalin, Roosevelt und Churchill unterzeichnet wurde und festlegte, wer Kriegsverbrechen ahnden würde, aber nicht wie Kriegsverbrechen geahndet würden. Hull setzte sich für ein summarisches Verfahren ein, das «die prompte Erledigung von Welt-Gangstern, die schlimmer waren als eine Million toller Hunde», garantieren sollte. Hitler, Mussolini, Tojo und ihre «Erzkomplizen» sollten nach einem kurzen standrechtlichen Verfahren hingerichtet werden. Ein Prozess würde ihnen nur noch eine Propagandamöglichkeit geben. Auch von englischer

Seite wurde noch bis zum Sommer 1945 vertreten, dass die Achsenführer – in Analogie zum Verfahren gegen Napoleon – durch eine gemeinsame politische Entscheidung (joint decision) der Alliierten gerichtet würden und nicht nach einem juristischen Verfahren.

Doch schon Ende 1943 hatte die Sowjetunion durch ein Militärgericht der 4. Ukrainischen Front einen Musterprozess, den Charkower Prozess «über die von den deutsch-faschistischen Eindringlingen in der Stadt Charkow und Umgebung während der zeitweisen Okkupation verübten Greueltaten» durchgeführt. Der Prozess endete mit dem öffentlichen Aufhängen der Angeklagten. Nach Vorbesprechungen auf der Gründungskonferenz der Vereinten Nationen traten gleichzeitig mit der Potsdamer Konferenz Vertreter der vier Besatzungsmächte in London zusammen und verabschiedeten am 8. August 1945 ein «Abkommen über die Verfolgung und Bestrafung der Hauptkriegsverbrecher der europäischen Achse», in dem ein «Statut des Internationalen Gerichtshofes» enthalten war. In den Londoner Verhandlungen wurde ein neues Recht geschaffen, und zwar von Männern, die gleichzeitig in Nürnberg Hauptankläger waren (Maxwell-Fyfe und Jackson).

Das neue Recht war eine interessante Mischung sowjetischer und angelsächsischer Rechtsauffassungen. Die Sowjets traten dafür ein, dass die verbrecherische Tätigkeit der Angeklagten schon erwiesen sei und nur noch das Ausmass der Beteiligung jedes Einzelnen zu beurteilen bliebe. Es sollten die Verbrechen der Deutschen verfolgt werden und nicht Verbrechen allgemein, die andere auch begehen konnten. Hier setzte sich die amerikanische Auffassung durch, dass für Nürnberg ein neues Recht zu schaffen sei, das künftig auch auf andere als deutsche Verbrechen angewendet werden könnte. Ein weiterer amerikanischer Rechtsbeitrag bestand darin, den ursprünglichen Kern einer Anklage wegen Vergehen gegen das Kriegsrecht und die Kriegsbräuche durch die Anklage von Verbrechen gegen die «Menschlichkeit» zu erweitern. Vor allem sollten

aber auch Verbrechen gegen den Frieden geahndet werden. Der Angriffskrieg (aggressive war) wurde für verbrecherisch erklärt. Der Begriff eines Verbrechens gegen den Frieden wurde von Jackson aus einer Arbeit des sowjetischen Professors Trainin «Verantwortlichkeit des Hitlerismus im strafrechtlichen Sinn» übernommen und konnte eine nachträgliche Rechtfertigung des neutralitätsrechtlich keinesfalls zulässigen Verhaltens der USA vor Kriegseintritt liefern. Nicht unbeeinflusst von der sowjetischen Rechtsauffassung steuerte Jackson auf das Recht eines neuen Zeitalters zu, wobei er feststellte, man dürfe nicht gestatten, «dass die Rechtslage kompliziert wird durch Legalismen, die im Zeitalter des Imperialismus entwickelt worden sind, um Kriege respektabel zu machen».

Das Londoner Abkommen führte vier Gruppen von Verbrechen auf:

1. Verschwörung gegen den Frieden
2. Verbrechen gegen den Frieden
3. Kriegsverbrechen
4. Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Sinn und Ziel des in London geschaffenen und in Nürnberg praktizierten Rechtes wird deutlich, wenn man sich vor Augen führt, dass es sich um New-Deal-Recht handelt. Sowohl der amerikanische Richter in Nürnberg (Biddle) wie der Hauptkläger und Schöpfer des Londoner Abkommens (Jackson) waren führende New-Deal-Juristen.

Der Lebenslauf von Robert Houghwout Jackson ist das Muster einer New-Deal- Karriere. Jackson (1892-1954) war ein junger demokratischer Anwalt im Staat New York. Mit Roosevelts Übernahme der Präsidentschaft ging er in den Staatsdienst. Zunächst war er in der Rechtsabteilung von Morgenthau's Finanzministerium, wo er gegen die Vertreter des abtretenden republikanischen Regimes schauprozessartig aufgezogene Verfolgungen einleitete. Sein Hauptopfer war der langjährige Finanzminister mehrerer republikanischer Regierungen, der Multimillionär und Stifter der Washingtoner National Gal-

lerie Andrew Mellon. Dann wendete er sich gegen die amerikanischen Finanzkrise, die in den Ivar-Kreuger-Skandal verwickelt waren. Vom Finanzministerium ging er in die Antitrust-Abteilung des Justizministeriums, die Hochburg der liberalen Jungtürken, als deren Leiter. Von dort holte ihn Roosevelt, damit er als Justizminister die juristische Rechtfertigung der Interventionspolitik lieferte. Jackson war massgeblich an der wertenden Unterscheidung der Kriegsparteien als Angreifer und Angegriffene beteiligt. Später machte ihn Roosevelt zum Mitglied des Obersten Gerichtshofes. Dann kamen die Tage von Nürnberg, wo ihn das Schicksal der anderen New-Deal-Grössen ereilte. Er erwachte eines Morgens und merkte, dass er ein Mann von Gestern war. Die zunehmende Kritik in Amerika an der Beteiligung eines Richters des Obersten Gerichtshofes an der fragwürdigen Nürnberger Viermächtejustiz führte zu seiner Abberufung und Ersetzung durch den minder prominenten, radikal-liberalen Telford Taylor.

Zu den Neuschöpfungen des Londoner Abkommens gehörte der Begriff der verbrecherischen Organisation. Das Gericht konnte eine Organisation für verbrecherisch erklären, worauf jeder Staat, der das Londoner Abkommen unterzeichnete, das Recht besass, Mitglieder der betreffenden Organisation vor Gericht zu stellen und mit allen Strafen (einschliesslich Todesstrafe) zu belegen, wobei das zu bestrafende Verbrechen die Mitgliedschaft in der verbrecherischen Organisation sein sollte. Das Gericht erklärte: «Eine kriminelle Organisation ist analog einer kriminellen Verschwörung, insofern das Wesen beider die Zusammenarbeit zu kriminellen Zwecken ist.» Zu verbrecherischen Organisationen wurden das Führungskorps der NSDAP von den Mitgliedern der Reichsleitung bis herunter zu den Mitgliedern der Ortsgruppenleitungen, SD und SS erklärt. Die Organisations verbrechen waren Verbrechen einer Verschwörung, daher wurde nicht die blosse Mitgliedschaft in einer verbrecherischen Organisation für strafbar erklärt, sondern der freiwillige Eintritt und das Verbleiben in ihr bei

Wissen um den verbrecherischen Zweck. Diesen Zweck, nicht jedoch einzelne Vergehen gekannt zu haben, stellte ein Verbrechen dar. Das Gesetz Nr. io des Kontrollrates schränkte den Begriff der Teilnahme an der Verschwörung etwas ein und nannte neben Tätern und Gehilfen auch Zustimmende und mit der Planung oder Ausführung der Verbrechen irgendwie Verbundene als Teilnehmer.

Neben den Organisationsverbrechen waren die «Verbrechen gegen den Frieden» zu verfolgen. Aufschlussreich wirkt schon die Liste der wegen Verbrechen gegen den Frieden Angeklagten. Es waren alle Angeklagten des Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozesses, 12 Direktoren der Firma Krupp, 23 Direktoren der IG Farben, 17 Diplomaten, 14 Mitglieder des Oberkommandos der Wehrmacht und Hermann Röchling (in der französischen Zone). Industrielle, Generalstäbler und Diplomaten hatten sich gegen den Frieden verschworen, ganz wie es der New-Deal-Mythologie entsprach. Es ist klar, dass sich Urteile über Verbrechen gegen den Frieden auf erschöpfende historische Untersuchungen der Ursachen des Krieges hätte stützen müssen, Untersuchungen, die methodologische Schwierigkeiten ohne Zahl aufgeworfen hätten. Aus der verschwörungstheoretischen Literatur hatte die amerikanische Anklage, die in Nürnberg für die Verbrechen gegen den Frieden zuständig war, jedoch die entschlüsselnde Geschichtsschreibung mitgebracht. Einzelne Ereignisse wurden im Lichte der grossen Pläne und Absichten der Verschwörer gesehen und dienten zugleich als Beweis für deren Absichten und Verschwörungen. Methodische Vorfragen entfielen. Die Anklage entwickelte eine Verschwörungsgeschichte, in der die einzelne Handlung eines Angeklagten dann einen Stellenwert besass.

Wenn der französische Richter die Verknüpfung von Angriffskrieg und verbrecherischer Verschwörung eine «interessante, aber etwas romanhafte Konstruktion» nannte, so übersah er die ideologische Tradition des neuen, von Jackson vertretenen Rechtes. Es war keine ad hoc-Konstruktion, sondern ein juristischer Niederschlag des Glaubens an eine Welt

machtfreier Harmonie und der verbrecherischen Verschwörung gegen das Entstehen dieser Welt. Die Differenz zwischen der New-Deal-Jurisprudenz und der sowjetischen Jurisprudenz lag darin, dass die New Dealer das neue Recht auch dem amerikanischen Staate überordnen, während die sowjetischen Juristen es an den Grenzen des sowjetischen Machtbereichs zum Stehen bringen wollten. Die Richter der Nürnberger Verfahren entschlossen sich zu einem Kompromiss zwischen herkömmlichem und neuem Recht. So wurden die Direktoren von IG-Farben nicht wegen eines Angriffskrieges, sondern wegen Sklaven-Arbeit und wegen Plünderung verurteilt, und auch im Hauptkriegsverbrecherprozess wurde kein Urteil wegen Verschwörung allein, sondern nur im Zusammenhang mit anderen Anklagepunkten gefällt.

Einen interessanten Blick hinter die Kulissen der Nürnberger Justiz gibt der Bericht des Hauptklägers des Nürnberger IG-Farben-Prozesses (1948), Josiah E. Du Bois «Generals in Grey Suits. The Directors of the International I. G. Farben Cartel; their conspiracy and trial in Nuremberg». Du Bois war ein Beamter der Rechtsabteilung des Finanzministeriums, dessen Vorgesetzter Bernard Bernstein ihn auf die IG-Farben angesetzt hatte, um die Beschlagnahme von IG-Farben-Vermögen in Nord- und Südamerika zu erwirken. Er war Mitglied der Reparationsmission von Edward Pauley gewesen, deren Ziel es war, die Wirtschaft der ehemals besetzten Länder durch jene Industrien wiederaufzubauen, die der Kriegswirtschaft der Achsenmächte gedient hatten. Vor seiner Abreise nach Deutschland im Januar 1947 holte er sich die Rückendeckung von Bernard Bernstein und David Marcus, der damals die Kriegsverbrechenabteilung im Armeeministerium leitete. Marcus erklärte ihm, sein Ministerium sei gegen eine Anklage wegen Führung eines Angriffskrieges gegen IG-Farben, wenn er jedoch in Nürnberg eine solche Anklage erhebe, werde Marcus dafür sorgen, dass in Amerika niemand dazwischentrete.

In Berlin machte Du Bois seinen Antrittsbesuch bei Clay.

«Wir kamen bald in ein Gespräch über das Thema, über das ich seit 1944 predigte. Deutschland wieder als industrielles Herz Europas aufzubauen, besonders wenn es von jenen Industriellen kontrolliert würde, die dazu beigetragen hatten, Europa in den Krieg zu stürzen, würde uns unsere besten europäischen Freunde entfremden. Clay antwortete, das Problem sei, Deutschland industriell stark genug zu machen, um eine gesunde Wirtschaft zu unterhalten, aber nicht zu gestatten, dass diese Wirtschaft den deutschen Kreisen, die immer noch fanatisch militaristisch gesinnt seien, diene.» Du Bois erklärte, dass bislang noch wenig getan worden sei, um die Furcht der europäischen Völker davor, dass Deutschland wieder beherrschende Militärmacht werde, zu zerstreuen. Der IG-Farben-Prozess solle eben jene Garantie geben, dass die Amerikaner gegen die Wiedererrichtung der Macht der aggressiven Industriellen stünden. Clay meinte, er stimme damit überein, habe aber einige Fragen, die zum gegebenen Zeitpunkt geklärt werden müssten. Vor allem aber sei er dagegen, dass Generäle wegen Verbrechen gegen den Frieden angeklagt würden. «Wenn wir den nächsten Krieg verlieren, wäre es ein Präzedenzfall, um amerikanische Generäle vor Gericht zu ziehen.» «Nur wenn diese amerikanischen Generäle sich verschwören, um einen Angriff auf wehrlose Nachbarn zu unternehmen», antwortete Du Bois.

In Nürnberg traf Du Bois auf die Amerikanerin Belle Mayer (im Briefkopf der antigermanischen «Society for the Prevention of World War III» als Belle Mayer Zeck aufgeführt). Sie hatte unter Du Bois im Finanzministerium gearbeitet. «Sie war es, die General Telford Taylor vorgeschlagen hatte, dass ich die Anklage im IG-Farben-Prozess übernehmen solle.» Auch die übrigen Vertreter der Anklage entpuppten sich als radikale Liberale bis auf einen Tschechen, von dem niemand wusste, wie er nach Nürnberg kam, Jan Charmatz. «Er trinkt nicht, er raucht nicht, er wird nicht intim, er redet ausschliesslich über die Arbeit. Ohne ihn wäre die Anklage wegen Angriffskrieges nicht möglich.» Die Richter dagegen

standen nicht auf der Höhe der Anklage. Sie stammten aus der amerikanischen Provinz, und es war eine Sisyphusarbeit, ihnen den ideologischen Kontext der Anklage erläutern zu müssen, da ja das liberale Denkgebäude nie ganz Allgemeingut des amerikanischen Volkes geworden war. Am n. April 1949 wurde das letzte Urteil in Nürnberg im Wilhelmstrassen-Prozess gegen die Angehörigen des Auswärtigen Amtes gesprochen. Es war höchste Zeit, da sich die Hohe Kommission Gedanken machen musste, wie sie die Verurteilten wieder los werden könne. 1951 wurde von McCloy eine weitgehende Amnestie erlassen. Seither schläft das Nürnberger Recht, wie das Potsdamer Abkommen, einen Dornröschenschlaf und harrt des Tages, da ein roter Prinz kommen wird, um es wachzuküssen.

Entnazifizierung ohne Strick

Am 5. März 1946 wurde im Münchner Rathaus von den Ministerpräsidenten der drei Länder der amerikanischen Besatzungszone das «Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus» unterzeichnet. Die Stätte, an der diese «geschichtliche Sitzung» (Wilhelm Hoegner) stattfand, war dergleichen gewohnt. Von 1397 – 1403 hatten hier Unruhen geherrscht, die Herrschaft der Geschlechter war gebrochen, zahlreiche Patrizier waren aus der Stadt vertrieben worden. Ihr Hab und Gut wurde verschleudert. Einer der Entwichenen, Jörg Kazmair, verfasste einen Bericht über die turbulenten Jahre. Die Unruhestifter werden darin in die drei Kategorien «die ersten Bösen», «die danach Bösen» und die «Kläffer und Ja-Herren» eingeteilt. Die Zeiten hatten sich gewandelt. 1946 wurden nach Art. 4 «zur gerechten Beurteilung der Verantwortung und zur Heranziehung zu Sühnemassnahmen folgende Gruppen gebildet:

1. Hauptschuldige

2. Belastete
3. Minderbelastete
4. Mitläufer
5. Entlastete.»

Aus drei Kategorien waren fünf geworden.

Wilhelm Hoegner wachte eifersüchtig über den bayerischen Primat bei der Entnazifizierung. Zum ersten Mal war der Länder rat (zum stillen Vergnügen der Schwaben) ausserhalb Stuttgarts zusammengetreten. Aus Bayern waren die Anregungen für das Gesetz gekommen. Die Regierung Hoegner selber war zu Entnazifizierungszwecken gebildet worden. Die führenden Männer konnten darauf hinweisen, dass sie schon vor 20 Jahren einen Entnazifizierungsversuch gemacht hatten. Hoegner hatte nach dem Hitlerputsch 1923 einen Untersuchungsausschuss im Bayerischen Landtag beantragt. Der Justizminister Ehard war der Staatsanwalt im Hitler-Prozess gewesen. Der Polizeioffizier, der an der Feldherrnhalle den Feuerbefehl gegeben hatte, wurde Chef der Bayerischen Landespolizei. Antihitlerischer ging es nicht als in Bayern. Und doch stammte der eigentliche Vater des Entnazifizierungsgesetzes ausgerechnet aus – Berlin. Der amerikanische Oberstleutnant Fritz Oppenheimer, ein ehemaliger Berliner Rechtsanwalt war derjenige, der dafür sorgte, dass auch dieses deutsche Gesetz so entstand, wie deutsche Gesetze damals eben zustande kamen, zumal das Gesetz auf dem Kontrollratsrecht im Gesetz Nr. 24 vom 12. 1. 1946 fusste.

Während in Italien die ordentlichen Gerichte entfaschistizierten (ein Richter unterzeichnete in einer einzigen Woche Todesurteile erst von Faschisten gegen Partisanen, dann von Partisanen gegen Faschisten), wurde jetzt in Deutschland eine eigenständige politische Justiz mit prozessähnlichem Verfahren eingeführt. Es hiess daher auch nicht Gericht, sondern Spruchkammer; nicht Angeklagter, sondern Betroffener; nicht Strafe, sondern Sühne; Ermittler hiess derjenige, der herumging, um die Nachbarn über den Betroffenen auszuhorchen. Die Vorsitzenden der Spruchkammern brauchten auch nicht Juristen zu

sein, nur die Vorsitzenden der Berufungskammern. An der Spitze des Entnazifizierungsapparates standen Befreiungsminister, die in der amerikanischen Zone der SPD (nur in dem auf seine Sonderstellung bedachten Bayern der KPD) angehörten. Das Säuberungsgesetz der Länder unterschied sich von den vorhergehenden amerikanischen Entnazifizierungen dadurch, dass bei der Einstufung der Betroffenen nicht die formale Belastung durch die Mitgliedschaft in dieser oder jener Organisation massgebend sein sollte, sondern das Gesamtbild des Betroffenen einer gesinnungspolitischen Wertung unterzogen werden sollte. Die Entnazifizierung wurde, da die hauptberuflichen Nationalsozialisten in Lagern festgehalten wurden, zum Nürnberg des kleinen Mannes. Was als grosser Fall aufgezogen wurde, war Nürnberger Nachlese: es waren die Verfahren gegen die Freigesprochenen von Nürnberg und die Frauen der Verurteilten.

Zur Entnazifizierung haben sich alle Strömungen der liberalen Deutschlandpolitik in Amerika bekannt. Die Vertreter der antigermanischen Richtung, die in Deutschland eine «Chaos-Politik» förderten, sahen in der Entnazifizierung ein Mittel, möglichst grosse Teile der deutschen Bevölkerung unter Anklage zu stellen und insbesondere die geistig und wirtschaftlich führenden Schichten zu lähmen. Die Vertreter der «Zwei-Deutschland»-Lehre, die die Strukturreform befürworteten, sahen in der Entnazifizierung ein Mittel, die Gegner dieser Reformen, die Vertreter des «reaktionären» Deutschland auszuschalten. Die Anhänger der Charakterreform schliesslich sahen in ihr einen vorläufigen Damm, der die zarten Pflanzen der neuen Gesinnung in ihrem Keimen und Spriessen sichern sollte, damit sie nicht von den alten Gesinnungen fortgeschwemmt würden. Alle liberalen Strömungen sind in die Entnazifizierungsgesetzgebung eingegangen.

In den von den verschiedenen Gruppen der German Country Unit in London verfassten Handbüchern für die verschiedenen Zweige der Militärregierung befanden sich jeweils Bestimmungen über die Verwendung und Nichtverwendung

deutscher Beamter und Angestellter. Eimer Plischke, Professor der Politischen Wissenschaften, unterzog sich der Aufgabe, diese Bestimmungen zu koordinieren. Er gilt auch als Erfinder des Ausdruckes De-Nazification (Entnazifizierung).
Die praktischen Massnahmen für die einzelnen Verwaltungszweige wurden ergänzt durch die ideologischen Grundsatzerklärungen der Krimkonferenz, die die Zerstörung des deut-schen Militarismus und Nazismus forderte, sowie die gleichlaufenden Bestimmungen der Direktive JCS 1067 und des Potsdamer Abkommens.

Im Rahmen der Militärregierung durch die Armee sollten Denazifizierungsmassnahmen die militärische Sicherheit fördern. Die Amerikaner rechneten nach Kriegsende mit umfangreichen Widerstandsbewegungen, die von «Nazis» getragen würden. Die durch den «automatischen Arrest» herbeigeführte Inhaftierung bestimmter Gruppen sollte solchen Widerstandsbewegungen vorbeugen. Eine Folge der Betrachtung der Entnazifizierung als Sicherungsmassnahme war, dass die Entnazifizierung in der Militärregierung der Abteilung öffentliche Sicherheit unterstellt war. Die Furcht vor Verschwörungen ist (auch bei den Engländern) nie erloschen, wie die Verhaftungsaktionen von der «Operation Selection Board» im Februar 1947 bis zur Aktion Naumann 1953 erwiesen. Hinzu kam die laufende Aufdeckung neuer Werwolfaktionen durch mehr den Sensationen als der Wahrheit zugewandten Journalisten, unter denen sich Erika Mann durch eine besonders blühende Phantasie hervortat. Ziel dieser Berichterstattung über immer neue Nazi-Verschwörungen war es, die Militärregierung zu drastischen Repressalien zu veranlassen. General Clay berichtete in seinen Memoiren, wie im August 1945 ein Begleiter des stellvertretenden amerikanischen Kriegsministers Me Cloy mitten im amerikanischen Hauptquartier durch einen Schuss am Bein verletzt wurde. Mitten in die Beratung über die anzuordnenden Repressalien kam die Meldung, dass ein Leutnant zugegeben habe, beim Pistolenreinigen den Schuss abgegeben zu haben. «Der Vor-

fall», meinte Clay, «war mir eine Lehre ..., ich war von da an nicht mehr gewillt, Berichte über deutschen Widerstand und deutsche Herausforderungen entgegenzunehmen, ehe sie untersucht und bestätigt waren.»

Die aus Sicherheitserwägungen durchgeführte Entnazifizierung verlor ihre Dringlichkeit, als die amerikanischen Truppen bemerkten, dass von nationalsozialistischer Seite kein Widerstand mehr zu erwarten war. Die Armeekommandanten meldeten im Sommer und Herbst 1945 mehrmals, dass die Entnazifizierung nunmehr abgeschlossen sei. In der Tat war, wenn man als «Nazi» diejenigen bezeichnen wollte, die den Partei- und Staatsapparat gebildet hatten, die Entnazifizierung insofern abgeschlossen, als sich dieser Personenkreis in automatischem Arrest befand. Doch die Armee hatte den Stellenwert der Entnazifizierung in der liberalen Deutschlandpolitik verkannt. Bernard Bernstein kurbelte sie durch zwei Denkschriften erneut an. Die Entnazifizierung durch Verhaftung der 13‘199‘778 Nazis durchzuführen, war technisch unmöglich. Andere Wege mussten gefunden werden.

Die Direktive JCS 1067 unterwarf der Entnazifizierung alle mehr als nur nominellen Mitglieder der NSDAP, dazu die aktiven Anhänger des Nazismus oder Militarismus und alle anderen den Zielen der Alliierten feindlichen Personen. Mehr als nominelles Mitglied war derjenige, der Amtsträger der Partei, einer ihrer Gliederungen oder militaristischer Organisationen war. Anhänger war, wer sich zu den Lehren des Nazismus und Militarismus bekannt oder die Partei unterstützt hatte. Die Liste der Verdächtigen wurde im CROWCASS (Central Register of War Criminals and Security Suspects) erfasst. Die Definitionen hatten weniger tatsächliche Mitgliedschaft als Gesinnungsmerkmale zum Anlass der Entnazifizierung gemacht. Sie hatten die Entnazifizierung zudem zu einem willkürlich zu handhabenden Mittel gegen jeden beliebigen Deutschen gemacht, zumal natürlich jeder denkende Deutsche (mit ganz verschwindenden Ausnahmen) den damaligen Zielen der Alliierten feindlich sein musste.

Die Amerikaner zogen aus dieser Situation auch die Konsequenz, indem sie die gesamte Bevölkerung (mit Ausnahme der Kinder) entnazifizierten. Ein 133 Fragen umfassender Fragebogen wurde in 13 Millionen Exemplaren ausgegeben. Wer eine wichtige Stelle bekleiden wollte, dessen Fragebogen musste überprüft worden sein. Das Gesetz Nr. 8 bestimmte, dass niemand, dessen Fragebogen nicht überprüft war, einen privaten Betrieb leiten oder dessen Eigentümer sein dürfe. Bis zum Frühjahr 1946 hatten die Beamten der Abteilung für öffentliche Sicherheit etwa 1,6 Millionen Fragebögen bearbeitet und 300'000 Personen von allen ausser untergeordneten Tätigkeiten ausgeschlossen.

Die Denazification hatte zwei Nachteile. Das amerikanische Personal war nicht in der Lage, die grosse Zahl eintreffender Fragebögen zu bearbeiten, und die Entscheidungen waren Verwaltungsmassnahmen. So schuf Clay, um einerseits die personelle Basis der Entnazifizierungsbehörden zu verbreitern und andererseits die Entnazifizierung in eine gesetzliche Bahn zu lenken, eine deutsche Entnazifizierung. Der Kontrollrat hatte in seiner Direktive Nr. 24 die Entfernung von 99 Kategorien Belasteter aus leitenden Stellungen vorgeschrieben. Wer darüber hinaus ein Übriges tun wollte, durfte. Die Amerikaner liessen das Befreiungsgesetz ausarbeiten, dessen prozessuales Verfahren und dessen Sühnemassnahmen (Geldbusse, Amtsenthebung, Berufsausschluss, Pensions Verlust, Wahlrechtsbeschränkung, Arbeitslager bis zu 10 Jahren) anscheinend als so vorbildlich empfunden wurden, dass der Kontrollrat das amerikanische Gesetz durch seine Direktive Nr. 38 vom 12. 10. 1946 für alle Zonen vorschrieb. Das Jahr 1947 war in allen Zonen das Jahr der regsten Entnazifizierung. Als jedoch die Russen am 27. Februar 1948 als erste die Entnazifizierung als beendet erklärten, erlahmte auch in den übrigen Zonen der Schwung. Der Bundestag verabschiedete am 15. Oktober 1950 Empfehlungen an die Länder, eine einheitliche Abschlussgesetzgebung zu erlassen. Die Länder taten nichts dergleichen. Die Entnazifizierung versandete mit der Auflösung der Befreiungsmini-

sterien, Spruchkammern, Berufungskammern und Kassationshöfe. 1951 meldete die Presse, dass die Genealogen die Erhaltung der Entnazifizierungsakten forderten, da in ihnen für künftige Generationen wichtige familiengeschichtliche Aufschlüsse enthalten seien. Im gleichen Jahr wurde gemeldet, dass der ehemalige Vorsitzende der Hauptspruchkammer München, der die Prominentenprozesse durchgeführt hatte, gemäss der «Verordnung der bevorzugten Unterbringung der Spruchkammermitglieder» als Kassierer an der Eintrittskartenkasse der Bayerischen Staatstheater angestellt wurde.

Der Schlussstrich

James F. Byrnes war ein Aussenminister des Übergangs gewesen. Dem Roosevelt'schen System verhaftet, das in seinen Konsequenzen ihm die Probleme stellte, deren Lösung ihm nicht gelang, flüchtete er zunehmend in den rhetorischen Part des Roosevelt'schen Systems. Den Geist der Atlantic- und San Francisco-Charten beschwor er gegen die sowjetische Realität. Die Russen gewannen den Eindruck, dass mit Byrnes kein Geschäft zu machen sei. Noch in seiner Amtszeit kam es zum Umschwung, der den Schlussstrich unter die Roosevelt-Epoche setzte, ein Umschwung, der von der Legislative ausgehen sollte.

Im November 1946 waren Kongress wählen. Die Bostoner Werbefirma Harry M. Frost hatte den Republikanern den Slogan «Had enough?» (Langt's jetzt?) verkauft. Die Wähler dachten nach und kamen zum Resultat, dass es ihnen lange. Zum ersten Mal seit Roosevelts Amtsantritt hatten beide Häuser des Kongresses republikanische Mehrheiten. Neue Gesichter, wie der später berühmt gewordene Joseph McCarthy, tauchten im Capitol auf. Die Ausschüsse begannen unter neuen Vorsitzenden zu arbeiten. John Taber, der Vorsitzende des mächtigen Bewilligungsausschusses, verkündete, er werde mit dem Fleischerbeil an die Regierungshälse herangehen. Eine

stabile Majorität von konservativen Republikanern und Süd-staaten-Demokraten sorgte dafür, dass zum ersten Mal seit 1932 der Weg zurück zur Normalität gesucht wurde. Die Ein-kommensteuern wurden ermässigt, das Taft-Hartley-Gesetz beschnitt die Macht der in der Roosevelt-Ära gemästeten Ge-werkschaften, der Applaus der Kommunisten galt nicht mehr als bestes Entree. Auch in der Aussenpolitik wurde das System Roosevelts nicht mehr geflickt, sondern verworfen.

Präsident Truman trat mit dem republikanischen Wahl-sieg aus dem Schatten seines Vorgängers. Für eine demokra-tische Verwaltung mit einer republikanischen Kongressmehr-heit gab es in der Amtszeit seines Vorgängers kein Vorbild. Er suchte mit der Lage fertig zu werden, indem er unter weitgehender Aufrechterhaltung von Roosevelts innenpoli-tischen Reformen sich völlig von dessen Aussen- und Personal-politik löste. Die liberalen Gefolgsleute Roosevelts waren einer nach dem anderen aus Trumans Kabinett ausgeschieden. Miss Perkins (Arbeit) war schon im Frühjahr 1945 zurückge-treten, Biddle (Justiz) folgte im Juni. Morgenthau (Finanzen) war vor Potsdam zu Truman gegangen und hatte ihn ersucht, ihn in die amerikanische Delegation für die Konferenz aufzu-nehmen. Er wollte dabei sein, wenn die Eier, die er gelegt hatte, ausgebrütet würden. Als er dabei mit seiner Demission drohte, will Truman nur gesagt haben: «Schön, wenn das Ihre Auffassung ist, nehme ich hiermit Ihre Demission an.» Im Februar 1946 war Ickes (Inneres) an der Reihe, der von Tru-man als Querulant bezeichnet wurde. Zum Weiterquerulieren liess sich Ickes zum Vorsitzenden des Verbandes der radikal-liberalen, sowjetfreundlichen Intellektuellen (ICCASP) wählen. Auch Wallace glaubte nach seinem Rücktritt als Herausgeber der liberalen Zeitschrift «New Republic» mit Tinte und Feder den Geist Roosevelts beschwören zu müssen.

Anfang 1947 wurde auch im State Departement ein Strich unter die Vergangenheit gezogen. Das Geschwader der ge-streiften Hosen wurde einem Fünfsterne-General, George C. Marshall[11] unterstellt. Neues Ansehen und neue Aktivität

begann die Ränge der Diplomaten zu beleben. Marshall setzte einen «Policy Planning Staff» ein, der sich nicht mit Tagesfragen befassen, sondern vielmehr die amerikanische Politik für einen Zeitraum von 10-25 Jahren im Voraus planen sollte. Die grossen Linien der amerikanischen Politik, die unter Roosevelt im Hirn eines Mannes versiegelt lagen und unter Byrnes gänzlich gefehlt hatten, sollten jetzt von einem Team durchdacht und mitteilbar gemacht werden. Ein Raum mit Bücherwänden, aber ohne Telephon nahm die Planer unter ihrem Chef George Kennan auf, der sich schon in der amerikanischen Botschaft in Moskau unter Harriman Gedanken über die zukünftige Rolle der Sowjetunion gemacht hatte. Die Vorausschau der weiteren Entwicklung der Sowjetunion verschmolz Kennan mit der Forderung der Rückkehr zur Berufs-Diplomatie und dem Verzicht auf Kreuzzugsideen.

Im telephonlosen Raum des State Department wurde zwischen dem 29. April und dem 23. Mai 1947 die Containment-Politik entworfen. Das Eindämmen der sowjetischen Expansion habe vom Grundsatz auszugehen, dass diese sich sozialer Krisen bediene. Ziel der amerikanischen Politik habe es zu sein, gesunde und stabile Gesellschaften zu schaffen. Die Voraussetzung für die Stabilität sei ein bestimmter Grad der industriellen Entwicklung. Westeuropa und Japan seien Gebiete, deren Stabilisierung möglich sei und deren industrielles Potential keinesfalls der Sowjetunion zugute kommen dürfe. China etwa könne sich selbst überlassen bleiben. An seine Industrialisierung sei auf Jahre hinaus nicht zu denken. Wenn die Sowjetunion China übernehmen würde, so würde sie daran keine Freude haben, denn China sei ein Fass ohne Boden.

Als General Marshall am 5. Juni 1947 den Doktorhut von Harvard verliehen bekam, hielt er eine Rede, in der er die neue Politik der Stabilisierung verkündete und die amerikanische Hilfe für die Länder zusagte, die sich selbst helfen würden. Die amerikanische Politik richte sich gegen kein Land, sondern gegen Hunger, Armut, Verzweiflung und Chaos, woraus natürlich geschlossen werden konnte, dass sie sich doch

gegen Länder richte – und zwar jene, die Chaos ausserhalb ihrer Grenzen als Beitrag zu ihrer eigenen Sicherheit betrachteten. Und vom Chaos war Europa nicht weit entfernt. Im Mai hatte Churchill formuliert: «Was ist Europa heute? Es ist ein Müllhaufen, ein Beinhaus, die Brutstätte von Pestilenz und Hass.» Weder England noch Frankreich hatten Zeit zu verlieren. Ernest Bevin und Georges Bidault griffen zu. «Das ist der Wendepunkt» meinte Bevin mit Recht.

Der Marshall-Plan zeigte den Ausweg aus einer Krise, die nicht nur auf Europa, sondern auch auf Amerika (1946 war das Jahr der grössten Streikwelle) lastete. Der Marshall-Plan einigte die konservativen und liberalen Amerikaner. Die Konservativen stimmten zu, weil sie eine energische antikommunistische Politik am Werk sahen, die Liberalen, weil der Marshall-Plan keine Waffenhilfen (wie die im März verkündete Truman-Doktrin der wirtschaftlichen und militärischen Hilfe für Griechenland und die Türkei) vorsah. Mit grossem Geschick steuerte Senator Vandenberg das Hilfsprogramm durch die Scylla der liberalen («Marshall-Plan = Martial-Plan») und der konservativen («Global New Deal») Opposition. In der Person des Senators Vandenberg verkörperte sich die Abkehr der Konservativen vom Isolationismus, die durch den Marshall-Plan herbeigeführt wurde. Aber auch den Liberalen erlaubte ihre Zustimmung zum Marshall-Plan, sich in leidlichem Anstand aus einer Situation zu befreien, die für sie höchst bedenklich geworden war. Die Liberalen hatten sich seit 1933 an der Macht gewähnt. Die zunehmende Distanzierung Trumans von den «professionellen Liberalen» und der republikanische Wahlsieg von 1946 hatten sie in die Ecke gedrängt. Die verschiedenen Organisationen, die zur Unterstützung Roosevelts gegründet worden waren und in denen Kommunisten ihre Rolle gespielt hatten, versteiften sich immer mehr auf eine Kritik der Aussenpolitik Trumans. Die sowjetfreundlichen Argumente gewannen an Boden. Als die Liberalen nach dem republikanischen Wahlsieg übereinander herzufallen begannen, war dies ihre Ret-

tung, da sie sich so trotz eines zeitweisen Verblassens ihres Einflusses von der Identifikation mit dem Kommunismus befreien konnten, die für sie vielleicht tödlich geworden wäre.

Die Wurzeln jener Bewegung, der die Distanzierung des Liberalismus von den Kommunisten gelang, sind in der «Schlacht um Amerika» zu suchen. Damals hatte sich der interventionistische Flügel der Amerikanischen Sozialistischen Partei abgespalten und sich unter James Loeb jr. zu einer «Union for Democratic Action» zusammengeschlossen. Diese Splittergruppe galt in den Kriegsjahren als Paria der Linken, da sie jede Zusammenarbeit mit den Kommunisten ablehnte. In den ersten Januartagen 1947 gingen nun aus ihr unter dem Protektorat von Mrs. Roosevelt in einem Washingtoner Hotel die «Americans for Democratic Action (ADA)»[12] hervor, deren Ziel «ein Wiederaufbau der liberalen Bewegung, frei vom Totalitarismus der Linken und Rechten» war. Die ADA stellte sich jenen Liberalen entgegen, die aus Opposition gegen die Politik Präsident Trumans die Demokratische Partei verliessen. Ihr Ziel war es, die liberale Kontrolle über die Demokratische Partei wiederzugewinnen. Nach Jahren geduldiger Aufbauarbeit konnte unter Präsident Kennedy die ADA eine massgebende Rolle spielen und unter Präsident Johnson in Gestalt von Hubert Humphrey einen ihrer Sprecher als Vizepräsidenten der USA stellen.

Anfangs jedoch vertrat die ADA nur eine Minorität der Liberalen. In der letzten Dezemberwoche 1946 hatten sich die grossen liberalen Verbände zu den «Progressive Citizens of America» zusammengeschlossen. Liberal wurde damals zur Bezeichnung für die nicht sowjetfreundlichen Liberalen, progressiv für ihre sowjetfreundlichen ehemaligen Kampfgenossen. Die Progressiven gerieten unter jene Räder, die fast den gesamten Liberalismus zermalmt hätten. Die Vollstreckung des Roosevelt'schen Testaments und die Bereinigung aller Differenzen mit der Sowjetunion waren die Parolen, mit denen der ehemalige Vizepräsident Henry Wallace eine dritte Partei gründete. 1948 stellte sich die Progressive Partei[13] unter

Wallace zur Wahl und gewann kaum mehr als 1 Million Stimmen. Als mit dem Koreakrieg Wallace, der die progressive Opposition gegen den Krieg nicht teilte, sich auf die Seite Trumans stellte, lösten sich die Progressiven in splitterartige Sekten auf, die dem allgemeinen Konsensus trotzend ausharrten und erst 1964 im Kampf gegen Goldwater und 1965 in der Opposition gegen Johnsons Vietnampolitik erneut ins politische Rampenlicht traten. Da die Progressiven sich auch verpflichtet fühlten, die Deutschlandpolitik von Morgenthau, White und verwandten Seelen zu verfechten, wurde es für realistisch in der Nähe der Macht sich bewegende Geister im Laufe der Jahre 1947-1949 immer schwerer, die gängigen antigermanischen Thesen zu vertreten, da deren Anhänger fürchten mussten, als pro-russisch etikettiert zu werden.

Die Spaltung der Liberalen und die zunehmende Isolierung ihres sowjetfreundlichen Flügels wirkten sich auch im Hauptquartier des amerikanischen Prokonsuls in Deutschland aus. Nicht mehr «PM», «Nation» und «New Republic» wurden beachtet, sondern «Wallstreet Journal». An der Spitze einer von Truman geschickten Mission zur Untersuchung der wirtschaftlichen Situation in Deutschland traf das Symbol der alten Ordnung, Roosevelts Vorgänger Herbert Hoover, in Deutschland ein. Hoover hatte Deutschland schon im April 1946 in einer Mission berührt, die die Welternährungssituation untersuchen sollte. Im Februar 1947 kam er zum Ergebnis: «Es gibt nur einen Weg zur Erholung Europas, den der Produktion. Die gesamte europäische Wirtschaft ist mit der deutschen Wirtschaft durch den Austausch von Rohmaterialien und Fertigwaren verbunden. Die europäische Produktion kann ohne die Restauration des deutschen Beitrags zu dieser Produktion nicht wiedererstehen.» In einem Bericht an Truman setzte er hinzu: «Wir können die Militärregierung über Deutschland nach dem Lehrsatz des Alten Testamentes ‚Auge um Auge, Zahn um Zahn' führen, oder wir können uns nach den Geboten des Neuen Testamentes richten. Der Unterschied wird der des Verlustes von Millionen von Menschenleben, des

Schadens für ganz Europa und der Zerstörung jeder Hoffnung auf Frieden sein. Ich empfehle die Methode des Neuen Testamentes.»

Die Wiederkehr Roosevelts

«Mehr als jeden anderen Mannes ist das
Amerika von heute dasjenige Franklin
D. Roosevelts.»
Lyndon B. Johnson am 12.4.65,
dem 20. Jahrestag von Roosevelts Tod.

Bundesrepublik im Abstieg

Harry S. Truman (1945-1952) war unter den Nachfolgern Roosevelts der einzige, dessen Stern nicht im Kometenschweif des Schmiedes der amerikanisch-sowjetischen Allianz aufging. Der Vizepräsident Truman wurde vom revoltierenden demokratischen Parteiapparat Roosevelt 1944 für seine vierte Präsidentschaft aufgenötigt. Roosevelt liess seinen Schützling Wallace zugunsten Trumans fallen, um nicht durch die Unzufriedenheit seiner Partei an der Verfolgung der grossen Pläne, mit denen er stand und fiel, gehindert zu werden. Er stellte Truman nach der Präsidentenwahl unverzüglich kalt. Dwight D. Eisenhower (1953-1960) war noch 1941 ein unbekannter Oberstleutnant – zwei Jahre später wurde er zum Oberkommandierenden der Alliierten Expeditionsstreitkräfte in Europa ernannt. Er hatte in wenigen Monaten durch eine Blitzkarriere zahlreiche rangältere Generäle überrundet. Ob die Version stimmt, dass Eisenhower anlässlich einer Hoteleröffnung in seiner Garnison Roosevelts Tochter Anna Boettiger kennengelernt und deren Protektion erworben habe, oder nicht, eines ist unbestreitbar: wenn es einen amerikanischen General gegeben hat, der als Roosevelt-General bezeichnet werden konnte, war es Eisenhower. John F. Kennedy (1961-1963) wurde (als Ersatz für seinen gefallenen Bruder) von seinem Vater Joseph Kennedy zum Kandidaten der Familie für die Präsidentschaft bestimmt. Er hätte niemals kandidieren können, wenn sein Vater nicht in der Demokra-

tischen Partei eine Schlüsselstellung eingenommen hätte, die er der Tatsache verdankte, dass er einer der wenigen Geschäftsleute gewesen war, die Roosevelt von Anfang an unterstützt hatten. Der Grund hierfür war, dass Roosevelt nicht nur das Regime der Industriellen beendete, sondern auch die Prohibition. Da Kennedy jedoch grössere Mengen Whisky als Apothekenware nach Amerika importiert hatte, war Roosevelts Wahl (und die Aufhebung der Prohibition) für ihn ein lohnendes Geschäft. Lyndon B. Johnson (1963-) war ein weisser (d.h. liberaler) Rabe unter den reaktionären, aber für die Demokratische Partei wichtigen Südstaatlern. So erhielt er jede Protektion, die Roosevelt zu vergeben in der Lage war. In der Lebensgeschichte aller Nachfolger Trumans spukt der Geist des verblichenen Roosevelts, der sich in ihrer Deutschlandpolitik stets aufs Neue zu manifestieren droht.

In Roosevelts Weltsystem war Deutschland der Platz eines alliierten Kondominiums minderen Rechtes und minderen Lebensstandards zugewiesen worden. Dreimal täglich Suppe sei genügend, damit die Deutschen Leib und Seele zusammenhielten. Die dem Aufstieg auf einen steilen Berg, dem Berg der Läuterung Dantes?, vergleichbaren Anstrengungen der Vergangenheitsbewältigung und moralischen Prüfung unter alliierter Aufsicht würden so beschwerlich, dass die Deutschen zu erschöpft sein würden, um noch ein Gewehr zu tragen. Der Friede beruhe auf dem Zusammenwirken der drei (oder vier oder fünf) Grossmächte. Die anglo-amerikanisch-sowjetische Kriegsallianz bilde auch das Fundament der Friedensordnung, da sie in Krieg und Frieden die gleichen moralischen Prinzipien verkörpere. Als Roosevelt nicht lange nach dem Antritt seiner vierten Präsidentschaft starb, zerfiel die innenpolitische Kräftegruppierung, die seine Politik getragen hatte und die durch Roosevelt persönlich zusammengehalten worden war. Aus dem System der Roosevelt'schen Weltpolitik herausgelöst, ergaben deren einzelne Elemente keinen Sinn mehr. Sie wurden Stück für Stück in Zweifel gezogen. Auch Roosevelts Deutschlandpolitik musste einer Revision unterzogen

werden. Die Isolierung Deutschlands und die Verhängung von Strafe und Bewährung für Verfehlungen gegen jene Moral, die in Politik und Privatleben ein und dieselbe sei, musste jenen, die in der Politik etwas anderes als einfach eine Unterabteilung der Moral sahen, als eine allzu kostspielige Rache erscheinen. Da sich nach Roosevelts Tod die Massstäbe geändert hatten, schienen die alten Berechnungen nicht zu stimmen.

Und doch war Roosevelts System nicht endgültig begraben. 15 Jahre nach seinem Tode war durch die waffentechnische Entwicklung eine Situation heraufbeschworen worden, in der das Zusammenwirken der gleichen drei (oder vier oder fünf) Grossmächte, die sich gemäss Roosevelts System nach Entwaffnung der übrigen Staaten in die Weltherrschaft teilen sollten, sich wegen der Gefahr der atomaren Selbstvernichtung beinahe von selbst wiederaufdrängte. Die gleichen Grossmächte begannen – diesmal in ihrer Eigenschaft als Atommächte – den Abstand, den sie in Jalta durch ihren Löwenanteil bei dem Kriegseinsatz gerechtfertigt hatten, gegenüber der Restwelt wiederherzustellen. Dass die machtpolitischen, richtungspolitischen und intellektuellen Bestandteile von Roosevelts System zusammenhingen, erwies sich, als mit dem neuen Konzert der Gross- und Atommächte auch die lange versunken geglaubten Begleitideen der alliierten Kriegskoalition wiederauftauchten, nicht zuletzt ihre Ideen über Deutschland.

Wirkte sich das neue Klima, das in vielem das alte aus den Tagen Roosevelts war, rund um den Globus in einer Linksverschiebung – apertura a sinistra – aus, so glich sich die politische Stimmung in Deutschland eher den Bildern abstrakter Maler an. Die Erklärung ist nicht weit zu suchen. Hatte das Roosevelt'sche System für jede andere Nation Vorteile und Nachteile bereitgehalten, so sah es für Deutschland (und Japan) von allen Vorteilen ab. Wollte man trotzdem mit dabei sein, waren vielfache Lautstärke und beinahe surrealistische Argumentationen von Nöten. Als mit 20-jähriger Verspätung der Chorus der deutschen «Spätsieger» in das Konzert der alliierten Kriegspropaganda einfiel, klang

es wie bei Stockhausen. In unterschwelliger Dialektik verbanden sich nationale Räusche und nationaler Ekel. Ein Gefühlssturm erhob sich, der die deutsche Politik von Neuem in eine Flut von Aversionen, Erwartungen und Verblendungen stürzte, sie vom nüchternen Grund des Möglichen losriss und sie das Gebot der Selbsterhaltung zugunsten des Triumphs des Moralischen verachten lehrte. Die Bundesrepublik, das Land, das aus der Flut des Roosevelt'schen Moralismus aufgetaucht war, drohte wieder – und mit Lust – in der gleichen Flut zu versinken.

Die Nachkriegsgeschichte[1] wird heute zum Problem. In Westdeutschland hat man sich über Fahrtrichtung und Stationen der Nachkriegsgeschichte bewusst wenig Gedanken gemacht, da man einer geschichtlichen Einordnung (die ja auch den eigenen Sitzplatz mitumfassen müsste) auszuweichen bestrebt war. Die «Zeitgeschichte», über die man soviel redete, blieb Geschichte des «Dritten Reiches». Die Grausamkeiten der Nationalsozialisten waren das Alibi, das einem 20 Jahre später das Nachdenken ersparen sollte. Was gefolgt war, interessierte nicht, es hatte keinen volkspädagogischen Nutzwert. Die Periodisierung der Nachkriegsgeschichte wurde bei uns vom Volksmund vorgenommen. Er spricht von der Zeit vor und nach der Währung. Der Stichtag der Währungsreform vom 21. Juni 1948 ist in der Tat ein einprägsames Datum, da er alle Westdeutschen gleichmässig erreichte. Das Kriegsende hingegen hatte sich in eine Reihe militärischer, lokaler und höchstpersönlicher Kapitulationen (deren eine Alfred Andersch in den «Kirschen der Freiheit» schilderte) aufgelöst, hinter denen der 8. Mai 1945 zurücktrat. Der 21. Juni 1948 ist das einzige einprägsame Datum der Nachkriegsgeschichte geblieben.

So überdeutlich die Währungsreform ins Auge fällt, so sehr ist sie ein Glied in einer Kette von Ereignissen, die von der Schaffung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes (1946), der Errichtung der Frankfurter Institutionen und Parlamente (1947), dem Auftrag zur Errichtung der Bundesrepublik

(1948), der Aufnahme der Arbeit von Bundesregierung und Bundestag (1949), zur Revision des Besatzungsstatutes (1951), dem Ende der Besatzung (1955), dem Beitritt der Bundesregierung zur NATO (1956) und der Unterzeichnung der Römischen Verträge (1957) führt. Alle diese Ereignisse können auf einer ansteigenden Linie, die aus der Entmachtung und Diskriminierung zur Selbstbehauptung, Souveränität und Gleichberechtigung, aus der Fremdherrschaft zur Selbstherrschaft führt, eingezeichnet werden.

Auf diese ansteigende Linie der deutschen Politik fiel der Schatten der Teilung Deutschlands, ein Schatten, der nicht durch irgendwelche deutschen Politiker in Ost oder West, sondern durch die vom Kontrollrat am 30.6.1946 angeordnete Schliessung der Zonengrenzen in die deutsche Geschichte eingezeichnet wurde. Den westdeutschen Politikern der Nachkriegsjahre ging es mit Recht um die Wiedererlangung des Grundrechts des Staates – der Souveränität – ohne die keine Politik, sondern nur Auftragsverwaltung durch schwächliche Protektoratsregierungen möglich ist. Es waren zwei Wege denkbar, auf denen man zur Souveränität gelangen konnte. Den einen schlugen Konrad Adenauer und in der SPD Ernst Reuter ein. Es war der Weg der kleinen und der grossen Schritte. Adenauer und Reuter gingen davon aus, dass die Souveränität in der Hand der Alliierten lag. Durch Ausnützen günstiger Momente und erhebliche Konzessionen für den Augenblick versuchten sie, sie Stück für Stück wiederzugewinnen. Der andere Weg war der Kurt Schumachers. Er ging davon aus, dass die Souveränität nach wie vor beim deutschen Volk lag und nur zeitweise von den Alliierten usurpiert worden war. Sie sei von den Alliierten einzufordern als ein Recht, an dem nicht herumgehandelt werden dürfe. Auf beiden Wegen war die deutsche Teilung ein Mittel, um später zur Souveränität des ganzen Deutschland zu kommen. Die Wiedervereinigung bildete den imaginären Schlusspunkt in Verlängerung des eingeschlagenen Weges. Für Adenauer und Reuter sollten sich der Souveränitätszuwachs und die Stärkung der

Bundesrepublik in einer wachsenden Handlungsfreiheit auszahlen, die unter Ausnutzung der gegebenen, schnell wechselnden Situationen auch einmal der deutschen Politik die Chance geben würde, ihr Ziel mit Erfolg zu vertreten. Für Schumacher war die deutsche Einheit ein unverlierbares staatliches Grundrecht, das solange von den Alliierten einzufordern war, bis diese vom rechtswidrigen Vorenthalten der Einheit Abstand nahmen. Der Status quo der Kontrollratsherrschaft – das war allen klar – würde sich nie zur deutschen Selbstherrschaft, sondern nur zu einer anderen Form der interalliierten oder internationalen Fremdherrschaft weiterentwickeln. Nicht Adenauer oder Schumacher, Kapitalismus oder Sozialismus, bildeten die Alternativen der deutschen Nachkriegspolitik, sondern Adenauer-Schumacher auf der einen Seite und jene Länder-, Partei- oder Gesinnungspolitiker auf der anderen Seite, die sich 1946 im Status quo der Fremdherrschaft einzurichten wünschten (und ihn 1964 von Neuem preisen). Wer allerdings der Meinung war (und ist), dass Deutschland das Recht auf Souveränität verwirkte und sich von den moralischen Brosamen zu nähren hat, die von alliierten Tischen fallen, dass es auf Bewährung zu leben und zuvörderst seine Schuld zu bewältigen hat, der muss den Weg der ersten Nachkriegsjahre als Irrweg verdammen.

Konnten die markanten Ereignisse in der Geschichte der Bundesrepublik bis etwa 1956 in eine ansteigende Kurve eingetragen werden, die auf volle Souveränität, auf Selbstbestimmung und Gleichberechtigung hinstrebte, so fehlen seit 1957 entsprechende Daten. Die Kurve scheint ihren Anstieg abzubrechen, sich zu wenden und in einer absteigenden Linie ihre Bahn fortzusetzen. Andere Ereignissse und andere Daten treten hervor, die Verzichte auf Souveränität, auf Selbstbestimmung und Gleichberechtigung einschliessen und die auf ein Wiedereinlenken in ein weltpolitisches System, wie es Franklin Delano Roosevelt vorschwebte, hindeuten.

Bei der Rückkehr in die Ära Roosevelt stellte sich heraus, dass eine Reihe völkerrechtlicher, staatsrechtlicher und poli-

tisch-gesinnungsmässiger Ausformungen dieser Ära durch den Ost-West-Konflikt zwar überlagert, aber nicht beiseitigt worden waren. Überall sind – jahrelang nicht beachtet – Relikte des Ausnahmerechtes gegen die Besiegten des Zweiten Weltkrieges (und dessen Ausdeutungen in Gesinnungen) vorhanden. Sie brauchen nur reaktiviert zu werden. Die Sowjetunion hat diese Relikte die ganze Nachkriegszeit hindurch weiterentwickelt und zur konsequenten Basis ihrer Deutschlandpolitik gemacht. Sie kann daher der westlichen, aus sich ständig wandelndem Stückwerk bestehenden Deutschlandpolitik eine östliche Deutschlandpolitik entgegenstellen, die durch die durchdachte Verknüpfung ihrer Teilstücke weit über die russischen Grenzen hinaus werbend wirkt. Die Antikommunisten haben diese Deutschlandpolitik zurückgewiesen, weil sie den kommunistischen Stempel trug, die Liberalen haben sie verspottet, weil ihr Sprachgewand nicht den von ihnen gesetzten stilistischen Massstäben genügte. Nach der Herkunft und dem Zusammenhang hat keiner von beiden gefragt.

Das heute noch gültige Ausnahmerecht gegen die Besiegten des Zweiten Weltkrieges beginnt mit der Charta der Vereinten Nationen. Nach Art. 53 und Art. 107[2] sollen die Bestimmungen der Charta nicht auf Massnahmen anwendbar sein, die von den Siegermächten des Zweiten Weltkriegs gegen die Besiegten getroffen werden. So konnte anlässlich der Berliner Blockade 1948 gegen einen Antrag der Vereinigten Staaten auf Aufnahme der Berlinfrage in die Tagesordnung der Vereinten Nationen von der Sowjetunion mit Berufung auf Art. 107 der UNO-Satzung eingewandt werden, dass die Zuständigkeit der Vereinten Nationen dort zuende gehe, wo Massnahmen gegen ehemalige Feindstaaten des Zweiten Weltkrieges getroffen würden.

Als ein CDU-Abgeordneter im Sommer 1964 davon erfuhr und im Bundestag anfragte, was es mit diesen Artikeln auf sich habe und was die Bundesregierung unternommen habe, um sie beseitigen zu lassen, antwortete Staatssekretär Prof. Dr. Carstens im Namen der Bundesregierung, dass die deut-

sche Diplomatie sich nicht gedrängt gefühlt habe, etwas zu unternehmen, da die Artikel durch die Umstände überholt seien und nicht mehr angewandt würden. Verwunderlich, warum sie dann nicht beseitigt werden können. Worauf der Staatssekretär anspielte, ist, dass sich die westlichen Allierten im Friedensvertrag mit Japan 1951 verpflichtet haben, sich auch Japan gegenüber von den Grundsätzen des Art. 2 der UNO-Satzung, der die Gleichberechtigung der Staaten festlegt, leiten zu lassen. Die drei Westmächte gaben später bei der Londoner Konferenz am 3.10.1954 eine ähnliche Versicherung gegenüber der Bundesrepublik zu Protokoll. Nur haben weder die Westmächte gegenüber den südosteuropäischen Verbündeten der Sowjetunion, noch Russland und China gegenüber Deutschland und Japan eine solche Verzichterklärung abgegeben. Die Bestimmungen, die ein dauerndes Ausnahmerecht gegenüber den Besiegten festlegen, sind nur im Gedächtnis deutscher Diplomaten beseitigt. Die Sowjetunion hat die Ausnahmebestimmungen gegen die Besiegten des Zweiten Weltkriegs stets gepflegt und sorgsam aufrechterhalten. Der Art. y 3 der UNO-Satzung hat das Ziel, «die Wiederaufnahme der Angriffspolitik der Besiegten zu verhindern». Wenn die Sowjetunion durch Zitieren dieser Bestimmung den von ihr 1955 geschlossenen Warschauer Pakt, einen Militärpakt, der sie mit den Staaten ihres Einflussbereiches verbindet, mit der UNO-Satzung in Übereinstimmung brachte, so handelte es sich nicht, wie vielfach angenommen, um eine polemische Formel, die die aus der Bundesrepublik drohenden Gefahren an die Wand malen sollte, um so die Bündnispartner leichter vor den eigenen Wagen zu spannen, sondern um eine Berufung auf eine internationale Ordnung, der die Vereinigten Staaten einmal zugestimmt hatten und von der abzurücken der Sowjetunion nicht zum Vorteil gereicht.

«Wiederaufnahme der Angriffspolitik» ist ein Urteil, das über Massnahmen einer Wiederbewaffnung, bestimmte Waffenausrüstungen deutscher Truppen, über Paktbeitritte und blosse Gesinnungsäusserungen gleichermassen gefällt werden kann.

Es ist die Schwäche des Adenauerschen Weges der schrittweisen Wiedergewinnung der Souveränität, dass das politische System der Ausnahmebestimmungen gegen die Besiegten des Zweiten Weltkriegs dadurch «überholt» wurde, dass man es durch stillschweigendes Einverständnis mit den westlichen Bündnispartnern für überholt gelten liess. Einverständnis setzt beiderseitiges Wohlwollen voraus. Lockert sich das Wohlwollen, muss es durch Geschenke wiedererworben werden. Adenauer unterscheidet sich vom Reiter über den Bodensee dadurch, dass er nicht ganz ans Ufer gelangt ist.

Auch in einer ganzen Reihe weiterer Verträge, die von kommunistischen Staaten geschlossen wurden, wird die Berufung auf die UNO-Satzung mit Bestimmungen gegen die Bundesrepublik logisch gekoppelt. Der polnisch-sowjetische Vertrag vom 8. April 1965, der den von 1945 nach 20jähriger Laufzeit ersetzte und Polen und die Sowjetunion zu einer gemeinsamen Deutschlandpolitik verpflichtet, bezieht sich in seiner Präambel auf die UNO-Satzung und darauf, «dass der westdeutsche Militarismus die Sicherheit in Europa bedroht». In Art. 5 verpflichten sich die beiden vertragschliessenden Parteien, «alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel anzuwenden, um die Gefahr einer Aggression von Seiten der westdeutschen Kräfte des Militarismus und der Revanche oder von Seiten irgendeines Staates, der mit diesen Kräften ein Bündnis abschliessen würde, zu beseitigen». Die Sowjetunion und Polen berufen sich auf das politische System von 1945, das sie nie verlassen haben. Die Amerikaner beginnen zu entdecken, dass dieses System für sie auch erhebliche Vorteile brachte. De Gaulle ruft immer wieder zur Abkehr von Jalta und zur Errichtung eines neuen Gleichgewichtes auf. Nur die deutsche Politik nimmt die grossen Tendenzen der Zeit, auch dort wo sie der Hauptbetroffene ist, nicht zur Kenntnis. Es ist eine Berufskrankheit der Juristen, die Augenblickslage in allen ihren Details scharf zu erfassen, ohne dabei die grossen Tendenzen zu sehen, die in sie hineingeführt haben und wieder aus ihr herausführen. Das für die Bundesverwaltung charak-

terische «Juristenmonopol» lässt die Bundesrepublik im Abstieg immer weiter voranschreiten, ohne dass sie dessen gewahr wird.

Die starke Festung Singapur

Voller Stolz und Vertrauen blickte das britische Weltreich auf die unbezwingbare Festung Singapur. Schwere Geschütze beherrschten den Hafen und den Sandstrand der Insel, um jeden landenden Feind zurückzuschlagen. Nach dem Ausbruch der britisch-japanischen Feindseligkeiten 1941 konnte das britische Oberkommando verkünden, dass die Festung Singapur auf alle Eventualitäten vorbereitet sei. Am 31. Januar 1942 erschienen japanische Truppen vor der Festung, am 15. Februar kapitulierte der britische Oberbefehlshaber Generalleutnant Percival vor Generalleutnant Yamashita und ging an der Spitze von 130’000 britischen Soldaten in die japanische Gefangenschaft. Was war geschehen? Die Japaner waren nicht – wie vorgesehen – am Sandstrand gelandet, sondern durch die Dschungel Malayas vorgerückt, hatten an der unbefestigten Nordseite der Insel den nur wenige hundert Meter breiten Meeresarm überschritten und die Verteidigungsstellungen der Briten von hinten aufgerollt. Es stellte sich heraus, dass die Festung Singapur gar keine Festung war, sondern lediglich ein Hafenschutz. Premierminister Churchill sagte: «Ich hätte es wissen müssen. Meine Berater hätten es wissen müssen. Man hätte es mir sagen müssen. Ich hätte fragen müssen.»

Die starke Festung Singapur der deutschen Rechtsordnung heisst «Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland». Die Väter des Grundgesetzes in Herrenchiemsee und Bonn standen noch unter dem Eindruck von Adolf Hitlers Machtergreifung. Sie versuchten, eine konstitutionelle Festung zu erbauen, die einer Wiederholung dieser Machtergreifung trotzen konnte. Die Machtergreifung Adolf Hitlers war nach den

Vorstellungen der ersten Nachkriegsjahre durch ein Zusammentreffen verfassungstechnischer Schwächen des Weimarer Verfassungswerkes, des «antidemokratischen» Verhaltens bestimmter Gruppen und des irregeleiteten Volks willens verursacht worden. Die verfassungstechnischen Schwächen von Weimar sollten eliminiert werden, indem die Regierung durch das konstruktive Misstrauensvotum gestärkt wurde, das ihren Sturz nur nach der Erstellung einer neuen Majorität zuliess (Art. 67); indem der Bundespräsident entmachtet und ihm vor allem das nach der Weimarer Verfassung zustehende Notverordnungsrecht genommen wurde; indem einige kleinere verfassungstechnische Verbesserungen vorgenommen wurden, wie die, dass die Majorität des Bundestages ein Wahlgesetz beschliessen konnte, das durch seine 5%-Klausel ihr lästige Konkurrenz vom Hals schaffen sollte.

Gegen das «antidemokratische» Verhalten bestimmter Gruppen wurde fortifiziert, indem bestimmte Grundrechte bei Missbrauch verwirkt (Art. 18) und bestimmte Parteien verfassungswidrig sein sollten (Art. 21). Gegen den irregeleiteten Volkswillen wurden die stärksten Bastionen errichtet: kein Volksbegehren, kein Volksentscheid, (mit Ausnahme der Frage der territorialen Neugliederung der Länder nach Art. 29), keine Wahl des Bundespräsidenten durch das Volk, nicht einmal die Möglichkeit der Meinungsäusserung des Volkes zum Grundgesetz selber. Es ist anzunehmen, dass die Festung Grundgesetz jedem Angriff standhält – sollte der Feind sich aus der vorgesehenen Richtung nähern. Doch das Grundgesetz hat auch eine Nordseite. So gut formuliert die Grundrechte sind, die das Individuum vor den Eingriffen des Staates schützen sollen, so schwach entwickelt sind die Grundrechte, die diesem Staat selber zukommen: das Recht auf Selbsterhaltung, innere und äussere Souveränität, das Recht auf Verteidigung, freie Entwicklung usw. Das hat natürlich seinen Grund. Das Grundgesetz ist nicht aus einer Souveränitätserklärung des deutschen Volkes entstanden, sondern durch eine schrittweise Ablösung von Besatzungsrechten durch de-

ren freiwillige Übertragung an deutsche Instanzen. Als das Grundgesetz in Kraft trat, wurde die Bundesrepublik nach aussen durch die drei westalliierten Hohen Kommissare vertreten, die auch nach innen durch ihre Verfügung über den Notstand das letzte Wort sprachen. Seither hat die Bundesrepublik Schritte auf die Souveränität hin getan, die mit Verpflichtungen, sich «mit der Gemeinschaft der freien Nationen völlig zu verbinden» (Art. 3 des Deutschlandvertrages), gekoppelt waren. Auch die Verfügung über den Notstand soll den deutschen Instanzen übertragen werden, sobald die gesetzlichen Grundlagen geschaffen sind, die die deutschen Behörden instand setzen «einer ernstlichen Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu begegnen» (Art. 5). Diese gesetzlichen Grundlagen sind nur durch die Zweidrittelmehrheiten von Bundestag und Bundesrat zu erstellen, die bisher nicht zusammenkamen. Das Verhalten gegenüber der Notstandsgesetzgebung zeigt, was man bei uns von den Grundrechten des Staates hält.

Ist die Nordseite des Grundgesetzes der mangelnde Selbsterhaltungswille des Staates? Von einer Wiedergewinnung und energischen Behauptung der Souveränität ist im Grundgesetz nicht die Rede, dagegen viel vom Verzicht auf Hoheitsrechte. Der Bund kann durch Gesetz Hoheitsrechte auf zwischenstaatliche Einrichtungen übertragen (Art. 24). Er kann sich zur Wahrung des Friedens einem System kollektiver Sicherheit einordnen und dabei in eine Beschränkung seiner Hoheitsrechte einwilligen, um eine friedliche und dauerhafte Ordnung in Europa und zwischen den Völkern der Welt herbeizuführen und zu sichern (Art. 24). Nach Art. 25 gehen die allgemeinen Regeln des Völkerrechts allem anderen Recht vor. Nach Art. 26 sind Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, verfassungswidrig.

Sicherlich, alle diese Artikel lassen sich im Rahmen eines westlichen Bündnisses interpretieren, sowie in den 50er Jahren dem Grundgesetz der Rang «einer grundsätzlichen Stellung-

nahme in einem über die ganze Welt reichenden Gegensätze» (Ulrich Scheuner), nämlich dem zwischen «totalitären Staatsregimen» auf der einen, «demokratischen Ländern» auf der anderen Seite zugeschrieben wurde. Aber sie lassen sich eben nicht nur im Rahmen eines westlichen Bündnisses auslegen, sondern auch im Rahmen einer durch die Siegerkoalition auferlegten «Friedensordnung», ja sogar im Rahmen eines russisch dominierten Systems. Was Handlungen, die das friedliche Zusammenleben der Völker stören (Art. 26) sind, darüber haben die Russen sehr bestimmte Vorstellungen. Es ist kein Zufall, dass eben jene Kommunisten, deren Partei aufgrund des Grundgesetzes verboten wurde, beinahe nur lobende Worte für das Verfassungswerk finden.

Carlo Schmid stellte fest: «Unser Grundgesetz verzichtet darauf, die Souveränität zu stabilisieren wie einen rocher de bronze, er macht im Gegenteil die Abtretung von Hoheitsrechten an internationale Organe leichter als irgendeine andere Verfassung der Welt.» Schmid gab als Grund an: «Unser Volk beweist, dass es entschlossen ist, mit einer Tradition, die nicht nur eine deutsche, sondern eine europäische Tradition gewesen ist, zu brechen, die in einer ungehemmten Entfaltung der Macht des Nationalstaates den eigentlichen Beweger der Geschichte sah.» An die Stelle des Nationalstaates konnte ein westliches Bündnissystem treten, aber nicht nur ein westliches Bündnissystem.

Es ist weniger dem Text des Grundgesetzes zu danken, dass sich die Bundesrepublik in den 50er Jahren einer rechtsstaatlichen Entwicklung erfreute, die dem Einzelnen den Spielraum zum Aufbau einer normalen beruflichen Existenz und dem ganzen Volk den maximalen Genuss der Früchte der Leistungsgemeinschaft aller bot, als einer Reihe von Begleitumständen. Die Absicht, ein Provisorium zu schaffen, in dem ein Staatsfragment organisiert werden sollte, das sowohl in territorialer Hinsicht wie nach seinem substantiellen Gehalt offen blieb, schlug sich auch in einer fragmentarischen Verfassung nieder. «Wesentliche Lebensordnungen, die heute in

jeder echten Verfassung normiert zu werden pflegen, blieben ungeregelt» (Carlo Schmid). Gott sei Dank, denn durch das Missverständnis über seine Dauer, wurde das Grundgesetz klüger als seine Verfasser. Es legte der Gedankenfülle der Verfassungsväter Zügel an und verzichtete darauf, die Feldherren aus dem Geschichtsunterricht zu streichen (wie in Hessen), die Verwertung der Waldesfrüchte und den Naturgenuss zu regeln oder gar die Verteidigung der Landesgrenzen dem Völkerrecht zu überweisen (wie in Bayern).

Die aussenpolitische Abhängigkeit von den Alliierten, die mit der Verfügung über den Notstand der oberste Schiedsrichter in innenpolitischen Auseinandersetzungen blieben, die Entschärfung der ideologischen Formationen von rechts und links, die unter der Besatzung gleichermassen zur Aussichtslosigkeit verurteilt waren, und die durch die Identifikation von Parlamentsmehrheit und stärkster Schutzmacht herbeigeführte Unantastbarkeit des Regierungsblocks verstärkte die im Grundgesetz definierte Ordnung derartig, dass über ihre Tragfähigkeit nach Wegfall des westlichen Korsetts schwer Voraussagen gemacht werden konnten.

Der Rechtsstaat, wie ihn das Grundgesetz vorschreibt, trat im Bewusstsein der Verfassungsväter in schroffen Gegensatz zum «Unrechtsstaat» der 30er Jahre. Der Rechtsstaat, wie er sich in den 50er Jahren herausbildete, steht jedoch vor allem im Gegensatz zum Ausnahmerechtsstaat, wie er sich in Gestalt eines antifaschistischen Gesinnungsstaates in den ersten Nachkriegsjahren mancherorts herausbildete und wie er in kyrillischen Lettern zwischen Elbe und Oder ausbuchstabiert wurde. Die Länderverfassungen von Hessen bis Sachsen hatten zahlreiche diskriminierende Artikel enthalten, in denen bestimmte Gesinnungen zur Vorschrift gemacht, andere Gesinnungen untersagt wurden. Zwar ist es nicht so, dass das antifaschistische Verfassungsdenken in der «Juristenverfassung» des Grundgesetzes ganz ohne Spuren geblieben wäre, aber das Grundgesetz stand doch an der Wasserscheide vom Ausnahmerechtsstaat zum Rechtsstaat, die zur staatlichen Neutra-

lisierung der Gesinnungen und dem Aufhören der Verfolgungen von Gesinnungsgruppen überleitet. Zwar bestimmte der Art. 139 noch das Fortdauern der Entnazifizierungsvorschriften, aber sonst stellte das Grundgesetz doch die Rechtsgleichheit wieder her und sah von Gesinnungsvorschriften ab.

Das Volk galt im demokratischen Zeitalter, dem Zeitalter eines Mazzini etwa, als Basis der Verfassung. Da es die Verfassung schuf, konnte es sie auch wieder umstossen. Es waren aus dem Volke aufsteigende Bewegungen, die die Rechtsordnungen umformten und denen die Politiker ihre Existenz verdankten. Ein guter Politiker hatte sein Ohr an den «grassroots», wo sich nicht nur die Volksmeinung bildete, sondern sich mit ihr entschied, ob der Politiker aufsteigen oder fallen sollte. Der Politiker fällte die Entscheidungen, aber mit ständigem Blick auf das Volk. Er folgte der Stimme des Volkes, wie der Heilige der Stimme Gottes. Die Demokratie hat sich im Weltmassstab durchgesetzt, aber sie hat sich fast zu Tode gesiegt. An die Stelle des Glaubens an das Volk ist allenthalben die Überzeugung von der Notwendigkeit seiner Lenkung getreten. Die politischen Systeme unserer Tage unterscheiden sich dadurch voneinander, welche Mittel sie zur Lenkung des Volkes einsetzen. Auch in der Bundesrepublik ist das Volk nicht nur durch das Grundgesetz «mediatisiert» (Werner Weber), sondern durch die Beherrscher der Massenmedien als unzurechnungsfähig unter Kuratel gestellt worden. Die letzte Instanz, die im demokratischen Zeitalter das Volk war, ist heute eine autonome öffentliche Meinung und vor allem die «Weltöffentlichkeit».

Das Verhältnis zur Schutzmacht Amerika bewirkte in den 50er Jahren, dass die Bundesrepublik vor den Nachstellungen der Weltöffentlichkeit geschützt blieb. Die Amerikaner bedeuteten, dass Angriffe gegen die Bundesrepublik, seien sie propagandistischer oder militärischer Natur, Angriffe auf sie selber seien. Mit der Bundesrepublik legte sich darum nur an, wer sich mit Amerika anlegen wollte. Kennedy und sein intellektueller Stab begannen zu differenzieren. Nicht jeder

propagandistische Angriff gegen die Bundesrepublik war fürderhin auch ein Angriff gegen Amerika. Die Nordseite der starken Festung Singapur wurde für propagandistisches Feuer freigegeben.

Die freien 50er Jahre

Die 50er Jahre, in denen die Schutzmacht Amerika die Bundesrepublik wirklich schützte, waren nicht nur fette Jahre, sie waren auch freie Jahre. Freiheit entsteht durch Teilung der Gewalten. Wo mehrere Gewalten miteinander konkurrieren, da besteht die Möglichkeit einer freien Existenz zwischen ihnen. Die Teilung der Gewalten ist in der Bundesrepublik durch die Besatzungsgeschichte bestimmt worden. Die verschiedenen, miteinander nicht zu vereinbarenden Phasen der Besatzungsgeschichte haben sich institutionalisiert und sind miteinander in Konkurrenz getreten. Die Besatzung hat in ihrer ersten Phase den Deutschen den Auftrag gegeben, ihre Gesinnung zu wandeln, in ihrer zweiten Phase den Deutschen den Auftrag gegeben, einen stabilen Staat und eine leistungsfähige Wirtschaft aufzubauen. Der Gesinnungsauftrag von 1945 hat sich in den Organen der öffentlichen Meinung (Presse, Rundfunk, Fernsehen) institutionalisiert, der Stabilisierungsauftrag von 1950 in der Bundes- (mehr als in der Länder)verwaltung, in Wirtschaft, Rechtsprechung und Bundeswehr. Die öffentliche Meinung, die den Gesinnungsauftrag von 1945 erfüllte, war ohne Macht; die Verwaltung, die den Stabilisierungsauftrag von 1950 erfüllte, war ohne Stimme. Beide standen in einer Konkurrenz, die die Freiheit der 50er Jahre begründete. Wenn Rudolf Augstein in seiner Rede vor dem Rhein-Ruhr-Club sagte, dass die Presse heute für die Demokratie eine ähnliche grosse Bedeutung habe, wie die verfassungsmässigen Körperschaften, so hatte er für die 50er Jahre völlig recht, da die veröffentlichte Meinung damals die eine

Gewalt bildete, der der Regierungsapparat und die sich in CDU-Majoritäten niederschlagende unartikulierte Mehrheitsmeinung als andere Gewalt gegenüberstand. Die Konkurrenz der beiden Gewalten gab der Freiheit in den 50er Jahren jeden wünschenswerten Spielraum.

Aus der freiheitgründenden Konkurrenz der beiden Gewalten wurde jedoch, als die weltpolitischen Schatten der 60er Jahre auf die freien und fetten 50er fielen, ein Konflikt der beiden Gewalten. Konrad Adenauer unternahm das Wagnis, der Verwaltung eine Stimme zu geben. Er scheiterte bei dem – von Vornherein nicht aussichtsreichen – Versuch, ein zweites, von der Regierung kontrolliertes Fernsehprogramm zu schaffen. Sein Versuch war die Entfesselung eines meinungspolitischen Krieges, der bis zur Entscheidung durchgefochten wurde. Die jahrelange Vendetta, die gegen Franz Josef Strauss geführt wird, hat ihren Grund nicht zuletzt darin, dass die Meinungsmagnaten der Überzeugung sind, dass auch er, wie sich in den Auseinandersetzungen um das Komittee «Rettet die Freiheit» zu zeigen schien, der Verwaltung eine Stimme geben wollte. Aus der Erklärung eines Meinungsmagnaten, dass er Strauss so hasse, weil dieser Männer wie Schlamm und Ziesel protegiere, spricht die Sorge um die Gewaltenteilung in der Bundesrepublik. Würde sich die veröffentlichte Meinung nämlich in einen konservativen und liberalen Flügel aufspalten, so könnte sie nicht mehr als Gewalt auftreten.

Die Konservativen mussten, koste es was immer es wolle, unartikuliert bleiben. Dass Konrad Adenauers Prosa etwas anderes war als ein geistiges Armutszeugnis, merkten die (allerdings mehr doktrinären als aufgeweckten) Intellektuellen allerdings erst post festum. Der Höhepunkt des Krieges zwischen den zwei Gewalten in der Bundesrepublik war die «Spiegel-Krise» im Herbst 1962. Sie endete mit dem eindeutigen Sieg der Meinung und der eindeutigen Niederlage der Verwaltung. Nicht nur, dass der Meinungsgegner Franz Josef Strauss als Verteidigungsminister gestürzt wurde, auch der zum Meinungsgegner gewordene Konrad Adenauer musste sich jetzt

dazu bequemen, für seinen Rücktritt einen Termin festzusetzen. Durch das bevorstehende Ende seiner Regierungszeit wurde sein Aktionsradius so beschnitten, dass das letzte Jahr seiner Regierung nicht das glücklichste wurde.

Der Versuch der Verwaltung, in das Territorium der Meinung einzudringen, war gescheitert. Die durch den Meinungskrieg entfesselten Leidenschaften waren jedoch so gross, dass die Meinung sich aus den Positionen, die sie tief im Territorium der Verwaltung erobert hatte, nicht mehr zurückziehen konnte, ohne das Gesicht zu verlieren. Die Demarkationslinie, die durch die Kapitulation der Verwaltung in der Spiegelkrise gezogen worden war, unterwarf soviel Verwaltungsterritorium der Meinung, dass sie ihre Rolle als politische Opposition und geistige Regierung im Rahmen der Gewaltenteilung nicht mehr weiter zu spielen vermochte. Sah die Meinung durch Strauss und Adenauer die Gefahr drohen, als Gewalt auszuscheiden, so wurde sie durch die Spiegelkrise zur alleinigen Gewalt. So oder so wurde das Zweigewaltensystem zerstört. Die Meinung war gezwungen, nicht nur ein geistiges, sondern auch ein politisches Regiment zu führen. Sie musste dabei ihr oppositionelles Prestige riskieren. Sie wusste, dass am Ende des von ihr eingeschlagenen Weges nur mehr die Wahl zwischen ihrer eigenen Gesinnungsdiktatur und dem Gesinnungsdebakel stand.

Im Herst 1963 wurde das Kabinett Erhard gebildet. Erhard gab statt einer Regierungserklärung eine Diskussionserklärung ab. Die veröffentlichte Meinung erhob ihn daraufhin durch Akklamation zum Volkskanzler. Da jedoch das Volk seine Stimme der autonomen öffentlichen Meinung abgetreten hat, hätte es richtig heissen müssen «Meinungskanzler». Ein professoraler Braintrust aus Eschenburg, Dahrendorf und verwandten Geistern sollte den Bundeskanzler, wie geglaubt und publizistisch nicht ungeschickt verbreitet, auf dem rechten Kurs halten. Die Identifikation der Meinung mit der neuen Regierung brachte es mit sich, dass sie auch mit den Rückschlägen dieser Regierung identifiziert wurde. Ihr Oppo-

sitionsprestige wurde teilweise aufgezehrt, und auf dem Territorium der Meinung bildete sich eine neue Opposition, die durch die Presseorgane Axel Springers verkörpert war und die nicht mehr als liberal bezeichnet werden konnte. Die Verwirrung der Fronten führte zu einer jener völlig unübersichtlichen Situationen, in denen jede überraschende Entwicklung möglich ist.

Da die Regierung in den 50er Jahren keine Stimme hatte, ist ihre tatsächliche Haltung von ihr nie explicit verteidigt worden. Es entstand der Eindruck, dass den Gegnern der Regierung die Argumente, die Staatstheorien und die politische Ethik zu Gebote standen, während die Regierung selber sich auf Nachgiebigkeit gegenüber Interessenvertretungen, dunkle Machenschaften und die Befriedigung persönlichen Machtstrebens beschränkte. Die politischen Leistungen und Prinzipien der 50er Jahre stehen daher noch heute im Schatten des wirtschaftlichen Aufstiegs. Die Überwindung der Ansätze zu dem auf Ausnahmerechten gegründeten antifaschistischen Gesinnungsstaat, wie er in manchen Länderverfassungen kodifiziert wurde, die Errichtung einer rechtsstaatlichen Ordnung, die auf der Rechtsgleichheit aller beruht, die Neutralisierung der Gesinnungen und die daraus erwachsende innere Befriedung sind die grossen innenpolitischen Leistungen der 50er Jahre. Der Art. 131 des Grundgesetzes, der von den Vätern des Gesetzes vor allem zur Rechtsangleichung der Flüchtlingsbeamten aus den deutschen Ostgebieten gedacht war, wurde zur Wiedereinstellung der durch die Militärregierung entlassenen und durch die Länderregierungen entrechteten Beamten ausgebaut. Es waren eben jene Reichsbeamten, die der Morgenthau-Plan als Gefahr für die Teilungspläne ausgeschaltet wissen wollte.

Der Rechtsstaat sorgt für die Neutralisierung der Gesinnungen, während der Gesinnungsstaat vor und nach 1945 die Privilegierung der einen und die Diskriminierung der anderen Gesinnung festlegte. Wo Gesinnungsmerkmale gefordert werden, entsteht eine revolutionäre Situation und ein moralisches

Chaos. Denn wer legt die Grenze von zulässiger und unzulässiger Gesinnung fest? Wer möchte entscheiden, ob eine zur Schau getragene Gesinnung nicht etwa nur eine Tarnung der wahren Gesinnung und damit doppelt gefährlich ist? Wer ist sicher, ob diese oder jene Äusserung auf diese oder jene Gesinnung schliessen lässt? Die Diktatur des Verdachts, die gerne totalitären Systemen zugeordnet wird, kann auch im Verfassungsstaat regieren.

Opposition – wogegen?

Dass die Opposition in der Bundesrepublik vor allem eine Opposition gegen die rechtsstaatliche Neutralisierung der Gesinnung ist, wurde zunächst durch die vorwiegend wirtschaftspolitische Opposition der SPD verdeckt. 1947 war die SPD bei ihrem Versuch, neben 7 von 8 Wirtschaftsministerien der Bizone auch noch das Direktorat für Wirtschaft des Vereinigten Wirtschaftsgebietes in ihre Hände zu bekommen, gescheitert. Sie glaubte damals, gewährleisten zu müssen, dass es «in diesem Deutschland nicht beim alten bleiben», sondern vielmehr «die radikale Not unseres Volkes mit radikalen Mitteln» bekämpft werde. Die CDU sperrte sich unter dem Einfluss Adenauers. Als Schumachers conditio sine qua non für eine CDU-SPD-Koalition von der CDU abgelehnt worden war, ging die SPD im Wirtschaftsrat, dem ersten überregionalen Nachkriegsparlament, in die Opposition. In ihr verharrte sie 18 Jahre. Die Opposition der SPD richtete sich ursprünglich gegen die Wirtschaftspolitik des Bürgerblockes aus CDU und FDP, der sich im Wirtschaftsrat gebildet hatte. Als die Aussen- und Verteidigungspolitik der Kompetenz des Bundes unterstellt wurden, erweiterte sich die Opposition der SPD automatisch auf diese.

In Bad Godesberg strich die SPD dann auf ihrem Parteitag von 1959 ihre Segel auf wirtschafts-, aussen- und verteidi-

gungspolitischem Gebiet und übernahm die chancenreichere Rolle einer personal- und gesinnungspolitischen Opposition. Sie begegnete jetzt einer anderen oppositionellen Richtung. Denn neben der parlamentarischen Opposition der SPD existierte noch eine intellektuelle Opposition, die den Gesinnungswandel von 1945 allen politischen Umschwüngen und dem Ost-West-Konflikt zum Trotz zum Kernstück ihrer politischen Haltung gemacht hatte. Sie glaubte den «moralischen Gewinn der Niederlage» (Alfred Kantorowicz) von Adenauer wie von Schumacher, von Clay wie von Stalin gleichermassen verraten. So war die Opposition der 50er Jahre in zwei Lager gespalten. Hier standen die SPD, der DGB und die sozialistischen Sekten, dort standen die liberalen Intellektuellen. Hier lebten die «solidarischen» Gemeinschaftskräfte der sozialistischen Bewegung fort, dort konnte man vom extremsten Individualismus nicht genug bekommen. Hier trauerte man der gescheiterten Strukturreform nach, dort beweinte man die versäumte Gesinnungsreform. Hier scharte man sich trotzig um die roten Banner der Revolution, dort entfaltete man die von Ulrich Sonnemann entworfene Fahne mit dem Bilde des Menschen. Adenauer hatte leichtes Spiel.

Das Manifest dieser intellektuellen Opposition, das den Übergang von der Weimarer Linken zu dem neuen Liberalismus bezeichnete, war eine Broschüre des Lizenz-Verlages Nr. i Kurt Desch. Michael Mansfeld (geb. 1927) und Helmut Hammerschmidt (geb. 1920, Anfang 1965 zum Intendanten des Südwestfunks ernannt), veröffentlichten 1956 unter dem TiteUDer Kurs ist falsch» eine Sendereihe, die sie im Bayerischen Rundfunk verbreitet hatten. In dieser Schrift sind bereits alle Themen angeschlagen, die 5 Jahre später das tägliche Brot der Vergangenheitsbewältigung werden sollten. Allüberall nisten sich die ehemaligen Nazis ein, während ihre Opfer ein kümmerliches Leben führen. «Mit Bomben auf Spruchkammern begann es. Dann wurden jüdische Friedhöfe geschändet, illegale Zeitungen gegründet usw. usw.» Die Schrift ist genötigt, sich noch zu rechtfertigen, weil sie, obwohl die

Bundesrepublik an ihren «Grenzen von einem System bedroht» sei, «welches ebenso viele Verbrechen auf seinem Schuldkonto hat», sich der Bewältigung widmet. «Aber die Auseinandersetzung mit dem Bolschewismus ist für uns längst zu einer vorwiegend aussenpolitischen Aufgabe geworden. Mächtige Verbündete helfen uns, sie zu bewältigen. Dieselben Verbündeten beobachten unsere Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit sehr genau.»

Als die SPD in Godesberg ihr neues Programm mit einem seltsamen Singsang («Das Neue Programm – Das ist der Widerspruch unserer Zeit, dass der Mensch die Urkraft des Atoms entfesselte und sich jetzt vor den Folgen fürchtet... Aber das ist auch die Hoffnung dieser Zeit, dass der Mensch im atomaren Zeitalter sein Leben erleichtern, von Sorgen befreien und Wohlstand für alle schaffen kann usw. usw.») einleitete, war das Eis gebrochen. Das atomare Zeitalter und die zweite industrielle Revolution sollten der Sehnsucht nach einem Leben in einer Welt machtfreier Harmonie eine wissenschaftlich berechenbare Wahrscheinlichkeit verleihen. Aber die atomzeitliche Philosophie von Godesberg setzte nicht den winzigsten Sputnik auf eine Umlaufbahn um die Erde. Was sie einleitete, war nur (im Sinne von Mansfeld und Hammerschmidt) eine als Vergangenheitsbewältigung umschriebene zweite Entnazifizierung, die vielleicht als gesinnungsmässige, bestimmt aber nicht als atomzeitliche Errungenschaft bezeichnet werden kann.

Schon 1960 gelang mit dem Sturz des Bundesministers Oberländer die entscheidende Kraftprobe der neuen gesinnungspolitischen Front. Und doch ist das erstaunliche Faktum zu verzeichnen, dass die Intellektuellen 1961 in ihrem Sammelband «Alternative – Oder brauchen wir eine neue Regierung» noch gar nicht gemerkt hatten, dass ein internationaler Wetterumschlag sie plötzlich in die Sonne stellte. Sie hatten sich in Gewerkschaftshäusern, Rundfunkstudios, Verlagslektoraten und den Katakomben der Kabaretts derart auf einen andauernden autoritären Winter eingerichtet, dass sie

noch ungläubig blinzelten, als schon längst Tauwetter eingetreten war und die Türen zu den Amtsstuben vor den Liberalen sperrangelweit offenstanden. Willy Brandt und Günter Grass traten Arm in Arm auf den Balkon – man hielt es kaum für möglich. Doch Alternativen haben auch ihre Tücken, und als der Meinungskanzler Ludwig Erhard die gewünschte Alternative zu praktizieren begann, hätte mancher viel für den verhassten «Alten» gegeben, der wenigstens eine ordentliche Opposition ermöglicht hatte.

Die Camp-Elite

Die neue Moral der Gesinnungspolitiker, die sich der auf Rechtsgleichheit, Normalität und Gleichberechtigung abzielenden Politik der Bundesregierung entgegenstellte, lässt sich bis in die Kriegsgefangenenlager der Alliierten zurückverfolgen. Aus dem tätigen Leben und einem normalen beruflichen Werdegang herausgerissen, fielen viele Gefangene in den Brunnen der Selbstbetrachtung, und manch einer unter ihnen bekam sein Lebensschiff nie wieder flott. Ein moralischer Glauben, wie er im Getriebe des modernen Lebens sonst kaum aufgekommen wäre, wurde als Frucht der Selbstbetrachtungen hinter Stacheldraht und als Massstab für das künftige politische Erleben mit in die Heimat genommen. Dort stellte man fest, dass die Realität dem Massstab nicht entsprach. Aber statt den Massstab zu ändern, forderte man die Änderung der Realität.

Die Rolle der Antifa-Schüler der Sowjetunion bei der Herausbildung der regierenden Schicht der DDR ist bekannt, der Einfluss der Kriegsgefangenenlager im Westen bleibt in Dunkel gehüllt. Doch gibt es zwischen beiden mehr als eine Parallele. Der evangelische Theologe Helmut Gollwitzer, einer der Wortführer der moralischen Opposition in der Bundesrepublik, teilte in seinem Bericht über sowjetische Lager

«... und führen, wohin du nicht willst» (1951) die deutschen Gefangenen in «Reaktionäre», die sich jedem sowjetischen Beeinflussungsversuch verschlossen, und «Neumarxisten», die sich opportunistisch in die gewünschte Richtung umstellten, ein. Zwischen beiden Gruppen rang die von Gollwitzer vertretene Richtung um moralische Erneuerung, um die Bewältigung von Schuld und Sühne und glaubte in der Synthese von Christentum und Marxismus den rechten Weg gefunden zu haben.

Die gleiche Frontstellung, die Gollwitzer in den russischen Gefangenenlagern vorfand, zeigt auch der in einem amerikanischen Lager spielende Desch-Roman von Hans Werner Richter «Die Geschlagenen.» Auch hier müssen sich die Männer, die auf der Suche nach einer neuen Moral sind, durch die Scylla der Unbelehrbarkeit und die Charybdis der schnellen Umstellung hindurchwinden. Die allierten Gewahrsamsmächte leisteten bei der renovatio moralis keineswegs die gewünschte und erwartete Hilfe. Die Sowjetrussen liessen die Gefangenen bei allen Wendungen der Parteilinie mitschwenken, die Amerikaner tauschten nach der deutschen Kapitulation über Nacht die Aufrechterhaltung der militärischen Disziplin gegen eine Vergeltungs- und Umerziehungspolitik («Kollektivschuld, Salzheringe und amerikanische Geschichte») aus.

Die «Reaktionäre» und die sich schnell Umstellenden glichen sich insofern, als sie von den Schwenkungen der alliierten Politik nicht übermässig überrascht werden konnten, da ihnen die einzelnen Situationen weniger als Ausfluss eines moralischen Sollens erschienen, denn als Gegebenheiten, die man hinnehmen musste, wie sie waren. Die positiven Helden der Berichte von Gollwitzer und Richter hingegen legten überall die Elle der moralischen Erwartung an und waren naturgemäss von den Zuständen in den alliierten Lagern ebenso enttäuscht, wie später von der Entwicklung in der Heimat. Die Moral unserer Gesinnungspolitiker ist nicht angeboren. Sie ist in einem konkreten Erlebnis, meist einem Konversionserlebnis,

zum Durchbruch gekommen. Ihr moralisches Denken besteht darin, dass sie sich vom Glanz der Stunde ihrer Erleuchtung nicht mehr trennen können und glauben, Deutschland auf die Stufe ihrer inneren Erfahrung heben zu müssen.

Ein moralisches Konversionserlebnis im Kriegsgefangenenlager schilderte Erich Lüth[3], der spätere Pressechef des Hamburger Senats und Leiter der Aktion «Frieden mit Israel». Lüth hielt als «Gefreiter von Ghedi» (einem Kriegsgefangenenlager in Süditalien) Reden an seine Mitgefangenen, die er später publizierte. Sein Konversionserlebnis fasste er in folgende Worte: «Wir waren an der falschen Front verwegen - und werden nun gestraft mit Donnerschlägen, – weil wir das Recht im Innersten verletzt!» Die «Donnerschläge» sind das Signal zur Einkehr und Umkehr. Der alte Adam, der jetzt abgestreift wird, wird rückblickend in seiner ganzen Verderbtheit offenbar: «Wir waren Masse, dumpf und blind – und kindischer noch als das Kind. – Wir fochten tausendfältig gegen das Gewissen. – Auf unsere Schultern luden wir die Schuld. – Zwar stöhnten wir und litten in Geduld – und strauchelten in unerkannten Hindernissen.» Doch die Abkehr führte nicht in die Passivität, sie drängte in das neue Leben: «Es bläht der Wind das Tuch von ungezählten Zelten, – in denen wir in heissen Nächten ruhn. – Wir fühlen nun den Hauch von andren Welten – und reifen mählich für ein bessres Tun.»

Zu den sich Abkehrenden und Umkehrenden stiessen in den Camps die «Einsamen», die schon gewandelt in die Lager gingen. Walter von Cube[4], später Chefredakteur des Bayerischen Rundfunks, machte die Gefangenen im Französischen Lager von Montelimar mit dieser neuen Elite bekannt: «Als auf dem Elbrus die Hakenkreuzflagge wehte, als in Berlin Kurse für Negersprachen liefen, als man von der Heimkehr der Niederlande ins Reich sprach, waren wir in unser Privatissimum verbannt... befanden wir uns in einer oft qualvollen Einsamkeit, selbst im Kreise der vielfältigen Opposition.» Der Graben, der zwischen den «Einsamen» auf der

einen Seite und den Anhängern wie Gegnern der nationalsozialistischen Parteiführung auf der anderen Seite lag, war durch die Überzeugung der «Einsamen» gezogen, dass der «Prüfstein des Hasses» (gegenüber Hitler und seinem Regime) der Wunsch nach dem «Triumph der wahren Parteigänger ... der Welt» (d.h. also Roosevelts und Stalins) sei, den ein «sakrosanktes, nie überprüftes Nationalgefühl», das Anhänger und Gegner des Hitlerregimes teilten, nicht aufkommen lasse. Dass diese Erkenntnis heute zeitgemäss und jedem Abiturienten geläufig ist, täuscht leicht darüber hinweg, dass die an das Vaterland fesselnden «Bande, die wenngleich hauchzart wie Luft, stark sind wie Ketten aus Eisen» (Edmund Burke), damals noch durch eine innere Entscheidung gesprengt werden mussten. Erst seit die Nation 1945 durch äussere Einwirkung abrupt aus dem Leben aller verschwand, bedarf es für den Einzelenen keiner Konversion und keiner inneren Anstrengung mehr, um sich von ihr loszusagen.

Einer der «Einsamen», der Philosoph Karl Jaspers[5], der sein «politisches Denken an dem vorweggenommenen Standpunkt des Weltbürgers zu orientieren» unternommen hat, bekannte in seiner Autobiographie, dass er den Einmarsch der Alliierten in Deutschland seit 1933 begehrt und seit 1936 erhofft habe. Der Wunsch nach Intervention fremder Mächte rechtfertigt sich stets durch die Überordnung der «Moral» über die «Politik.» «Der Grundsatz der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines Staates» ist nach Jaspers «der Deckmantel für das Zulassen des Unrechts.» Dass sich die Intervention gegen das eigene Volk zu richten hatte, führte (damals) zu jenem tiefen Einschnitt im Denken, der wie eine zweite Vertreibung aus dem Paradies den Menschen auch dann zu einem «Einsamen» machte, wenn sein Bekenntnis (nachträglich) ein weites Echo fand. Nichts, was später folgen würde, konnte es an Wichtigkeit mit diesem Einschnitt aufnehmen.

Der «Prüfstein des Hasses» sollte also zum Eckstein des politischen Neubaus werden. Eine neue Elite (von Cube:

«Wir anderen») sah sich bereits auf festem moralischem Grund, während die grosse Masse am Alten verhaftet noch nicht zu sich selbst gefunden zu haben schien. Voller Selbstgewissheit konnte so von Cube die deutschen Kriegsgefangenen im Lager St. Denis anreden, sie sollten ja nicht glauben, «in wenigen Wochen und mit etwas gutem Willen und ein wenig Arbeit den Anschluss an die Welt jener europäischen Werte wiedergewinnen» zu können, die sie in blindem Eifer zerstört hätten. «Für die Mehrzahl von Ihnen ist die Mentalität des herrischen Untertanen echt und die Mentalität des freien Menschen falsch.» Nicht die äussere Übernahme der neuen Werte, die Umstellung, sei gefordert, sondern die «Wandlung». Die Wandlung müsste jeden Einzelnen dazu führen, aufzustehen und zu bekennen: «Nein, nicht die Deutschen sind schuld, sondern ich, ich selbst.»

Die Amerikaner führten, nachdem sie das Kriegsende von der Fesseln der Genfer Konvention (aus Furcht vor deutschen Repressalien) befreit hatte, ein grösseres Umerziehungsprogramm im Camp von Fort Getty (Rhode Island) durch. Bei der Auswahl der Umerziehungskandidaten wurden bezeichnenderweise Parteigenossen, die sich als einst gläubige Nationalsozialisten bekannten, bevorzugt, während diejenigen, die aus beruflichen Erwägungen in die NSDAP eingetreten waren, als unbrauchbar galten. Alfred Andersch, der 1947 über seine Erfahrungen in Fort Getty berichtete, hat betont, dass im Zentrum der politischen Arbeit «die erschöpfende Analyse der Weimarer Republik und der Ursachen ihres Versagens, wie sie in den Jahren der Emigration von einer Reihe junger deutscher Staatswissenschaftler geleistet worden ist», gestanden habe. Diese Studien hätten dazu geführt, «dass einige hundert geistig bewegliche Männer» in Deutschland den «Vortrupp des Volksteils» bildeten, der (1947) «der gespenstischen Restauration des Zerrbildes einer Demokratie (gemeint ist die Weimarer Republik d. V.) mit immer stärkerer Ablehnung zusieht.»

Fort Getty war auch der Sitz der Kriegsgefangenenzeit-

schrift «Der Ruf», deren Redaktion aus Hans Werner Richter, Erich Kuby, Alfred Andersch und Carl August Weber bestand. Redaktion nebst Zeitschrift wurden 1945/46 nach Deutschland verfrachtet. In einem dem «Ruf»[5a] gewidmeten Gedenkband des Deutschen Taschenbuch-Verlages wird von den «unwiederbringlich schönen Jahren» berichtet, als die unter dem Stichwort «Kriegsgeneration» firmierenden Intellektuellen «immerfort Zeitungen, Zeitschriften, Verlage gründeten, die meist den grossen Einschnitt der Währungsreform nicht überstanden, in Debatten schwelgten, hungrig aber glücklich waren, weniger auf die materielle Not sahen als in den noch scheinbar unverstellten Himmel». Das «Kontinuum der Geschichte» (Benjamin) schien gesprengt. Die Intellektuellen halluzinierten, sie seien, wie Rüdiger Proske damals schrieb, «der Ort, in dem sich die eigentliche geschichtliche Entscheidung vollzieht.» Wie man diese Entscheidung anging, deutete Proske an, wenn er die Absichten der Mehrzahl der Intellektuellen in folgendem Ausspruch wiedergegeben fand: «Kommunismus, Marxismus, freiheitlicher Sozialismus, Christentum, Existenzialismus, Humanismus, Liberalismus, – alles das müssen wir nach dem, was wir erlebten, erst wieder aufnehmen und erneut in uns formen. Wir müssen in uns den Prozess einer neuen Integration vollziehen.» Man sieht, die Intellektuellen waren voll beschäftigt. Kein Wunder, dass die wesentlichen Entscheidungen vorüberzogen, ohne dass sie es merkten.

Mit der Besatzungsmacht war für Intellektuelle nicht immer gut Kirschen essen. Nach 16 Nummern wurde der «Ruf» von der Militärregierung verboten, angeblich weil der erste in Deutschland gedruckte Artikel des Exil-Ungarn Arthur Koestler den Russen missfiel. Im April 1947 übernahm Erich Kuby die Redaktion, 1948 dann Walter von Cube, der eine seiner Reden hielt, der Heimkehrer-Mentalität den Kampf ansagte und den bisherigen «Ruf» der Ruinenvegetation zuordnete. «Man kann in einem Augenblick, in dem sich der Nebel verzieht, nicht mehr mit einer

Stange darin herumfahren und warten, was hängenbleibt.» Die Zeit der Brückenbauer zwischen West und Ost war auch auf dem Zeitschriftenmarkt vorbei. Die Politik ist nach von Cube «im Grunde nichts anderes als der Niederschlag von Ideen», was natürlich dem Literaten die Bürde der Verantwortlichkeit auflädt und ihn zwingt, Menschenwürde, Demokratie und Abendland als rechte Leitsterne zu erkiesen, aus denen sich die Notwendigkeit der Teilung Deutschlands beinahe wie von selbst ergibt.

Hans Werner Richter und die Seinen beschlossen, sich hinfort der Satire zuzuwenden. Sie beantragten die Lizenz für ein Witzblatt namens «Skorpion», die wegen «Nihilismus» verweigert wurde. Im September 1947 rief Hans Werner Richter die ehemaligen Mitarbeiter des «Ruf» nach Bannwaldsee bei Füssen. Da keine Zeitschrift zum Publizieren da war, las man vor und kritisierte. Die «Gruppe 47»[6], die in den Folgejahren das literarische Leben in der Bundesrepublik zum Closed shop machte und es ziemlich geschlossen in die Opposition einbrachte, war geboren. Um diesen Kern der 47er legten sich weitere Ringe: der «Grünwalder Kreis», der sich zur demokratischen Feuerwehr berufen glaubte, da er 1956 mit der Errichtung der Bundeswehr eine Wendung zur Autorität zu erblicken wähnte, der «Club republikanischer Publizisten» und wechselnde Kreise der Unterzeichner oft reichlich verwegener Erklärungen, wie der in der Spiegelkrise, als man diejenigen, die keine Geheimnisse kannten, zum Geheimnisverrat aufforderte. Was hinter den sagenumraunten Kreisbildungen steckt, beschrieb Rolf Schroers: «Die Gruppe 47 ist Richter selber, erweitert um die jeweils aktuellen Gäste und die Namen der potentiell erwünschten, die ihn als legislative, exekutive und judikative Gewalt respektieren: damit ist ein abgeschirmter Privatraum von höchster öffentlicher Wirksamkeit geschaffen, den gegen sich zu haben durch nichts Vergleichbares ausgeglichen wird.» Da es der «Gruppe 47 mindestens im literarischen Bereich gelungen ist, eine florierende Versicherung auf Gegenseitigkeit zu gründen, ge-

seilte sich mancher zur Camp-Elite, der Fort Getty nur vom Hörensagen kannte.

Die Traktätchenzeit

Wer in den Camps und der Einsamkeit noch keine Gelegenheit zur Wandlung gehabt hatte, konnte in den Jahren zwischen Kapitulation und Währungsreform das Versäumte nachholen. So war es wenigstens gedacht. Doch was in der «Retorte» von Fort Getty vorzüglich gelang, missriet in der «durchaus nicht keimfreien Luft Nachkriegsdeutschlands» (Alfred Andersch). Das ist nicht besonders verwunderlich. Der tägliche Kampf mit dem Laokoon des Schwarzmarktes, der Denunziationen, Entnazifizierungen, der unbehausten Menschlichkeit und der unverständlichen Anordnungen der Militärregierung fügte die Nachkriegsdeutschen in eine drastische Umwelt ein, in der die keimfreie Moral nicht so recht gedeihen wollte. Die Traktätchenzeit kam und ging, ohne tiefere Spuren zu hinterlassen. Als «Die Wandlung» keine Leser mehr fand und ihr Erscheinen einstellen musste, war es um die Wandlung der Nachkriegsdeutschen fürs erste geschehen.

Doch nicht nur die Umwelt war am Misserfolg der Traktätchenzeit schuld, die Traktätchen selbst stifteten rechte Verwirrung. Das hatte seinen gut antifaschistischen Grund. Da der Nationalsozialismus selbst als Weltanschauung posierte, hatte er wenn nicht sämtliche konkurrierenden Weltanschauungen, so doch die meisten verboten. Mit seinen Hausfeinden, den Marxisten, Freimaurern und Pazifisten hatte er begonnen. Die Legitimisten, Föderalisten, Paneuropäer und diverse christliche und nichtchristliche Sekten kamen als Nächste dran. Nach Rudolf Hess's Englandflug waren die Okkultisten an der Reihe, und nicht einmal die Allzu-Heidnischen blieben verschont. Die Folge war, dass alle diese Gruppen auf ihre

Verfolgung verweisen und ihre Wiederzulassung und Privilegierung erheischen konnten.

Wen die Nationalsozialisten verboten hatten, den erlaubten die westlichen Alliierten (mit Ausnahme der Allzu-Heidnischen). So scholl dem Zeitgenossen aus dem Traktätchenwald ein ohrenbetäubender Spektakel entgegen. Die Anhänger der Schwundgeldlehre Silvio Gesells gründeten eine «radikal soziale Freiheitspartei» (später «Freisoziale Union»), die bei den ersten Bundestagswahlen über 200'000 Stimmen gewann. Die Anthroposophen setzten ihre Hoffnungen auf den ihnen nahestehenden Minister Seebohm und empfahlen sich in ihrem Gruppenblatt als «Die Kommenden.» Der Verleger Axel Springer liess in seiner Zeitschrift «Merlin» die Topographie des Astralleibes erforschen. In Heidelberg wurde der «Freie Sozialismus» kreiert, in Ahlen «der Sozialismus aus christlicher Verantwortung» und in diversen weiteren Städten diverse weitere Spielarten des Sozialismus (mit der Ausnahme der nationalen), denn Sozialismus galt als die dem Erneuerungsglauben weltanschaulicher Sekten entsprechende wirtschaftlich-politische Ordnungsform. Doch da es statt einer Erneuerungslehre deren viele gab, traten sich die Weltanschauungen gegenseitig auf die Füsse und sahen sich nach wenigen Jahren wieder auf die wetterfeste Gemeinde der Treuesten beschränkt.

Die vertikalen Dissonanzen der Weltanschauungen wurden durch die horizontalen der Regionalismen verstärkt. Hier raunte einer über den «Weg der preussischen Vorherrschaft und das Geheime Reich der Welfen» (H. H. Leonhardt), dort feierte ein anderer die «Schwäbisch-alemannische Demokratie» (Otto Feger). Der Rat der Friesen forderte zur Abschüttelung des jahrhundertealten preussisch-deutschen Joches auf, verlangte Autonomie und berief sich auf die Verwandtschaft der Friesen mit den Angelsachsen. Als Dachbegriff aller Regionalismen wurde der Föderalismus gepriesen, der weniger ein Element verfassungsmässigen Staatsaufbaus sei, als eine Weltanschauung. Natürlich kam unverzüglich als Pferde-

fuss des Föderalismus zum Vorschein, dass über Grösse und Grenzen der zu föderierenden Einheiten kein Einvernehmen zu erzielen war. Rief man in München «Los von Berlin», kam aus Franken und Schwaben das Echo «Los von München.» Doch brachten die föderalistischen Strömungen, die als gemilderte Rezeption ihrer Teilungspläne den Allierten genehm waren, in einem Augenblick, wo die Deiche gebrochen waren und vier verschiedene Nationen die Deutschen ihrer Zonen nach ihrem Bilde formten, einen oft skurrilen, aber doch heilsamen Rückgriff auf die Traditionen der engeren Heimat. Der deutsche Imperialismus fiel als englischer, der Nationalismus als französischer Import ab. Man versenkte sich in die Welt der Barockprälaten, begann zu restaurieren, renovieren und rekapitulieren, verkannte, wenn auch etwas provinzielle Geister auszugraben und das Gefühl zu gewinnen, dass es in einer Welt, in der alles verrückbar geworden war, im heimatlichen Erbe etwas Unverrückbares gab.

Vor allem echauffierte man sich in der Traktätchenzeit im Kampf um die Revision des Geschichtsbildes. Man setzte betriebene Politik und gelehrte Geschichte in einen Wirkungszusammenhang und forderte eine Reform der Geschichtsschreibung an Haupt und Gliedern. Doch reifen geschichtliche Werke von Rang erheblich länger als programmatische Aufrufe, und die Züchtung einer neuen Historikerschule in Westdeutschland hätte auch nicht schneller vonstatten gehen können als die entsprechende einer marxistischen Historikerschule in Mitteldeutschland. So waren die «neuen deutschen Ansichten» (Hans Kohn) von der deutschen Geschichte lediglich der Ausdruck einer Machtverschiebung in der Zunft. Nebenströmungen, wie die in der «Görres-Gesellschaft» gepflegte katholische Geschichtsschreibung, wurden gestützt, die repräsentative und als national verschrieene Schule der Ranke-Enkel und -Urenkel (Schüler der Rankeschüler und deren Schüler) in den Hintergrund gedrängt. In West- wie in Mitteldeutschland mussten in einer Übergangsphase bodenständige Traditionen benutzt werden, um einen weniger bodenstän-

digen Effekt zu erzielen. Im Westen glaubte man aus der Not eine Tugend machen zu können, indem man zunächst weniger eine Lehre für alle verbindlich machte, als durch akademische Personalpolitik eine Machtverschiebung im gewünschten Sinne einleitete.

Allzu offenkundig fanden drei Aspekte der Katastrophe von 1945 ihren Niederschlag in der Geschichtsrevision: die Zerstörung der deutschen Einheit, der deutschen Macht und der deutschen Eigenständigkeit. Aus allen drei Aspekten saugten die Geschichtsrevisionisten Gesinnungshonig. Die deutsche Einheit war zerstört – und sie erklärten das Zeitalter des Nationalismus im Allgemeinen für beendet, den Weg zur deutschen Einheit im Besonderen für einen Irrweg. Die deutsche Macht war zerstört – und sie bezeichneten die Macht im Allgemeinen als böse, im Besonderen aber als für Deutsche nicht bekömmlich. Die deutsche Eigenständigkeit war aufgehoben – und sie blickten auf die universalen Aspekte im Allgemeinen, auf die der jeweiligen Besatzungsmacht im Besonderen.

Die Teilung Deutschlands war in den immanenten Widersprüchen der Besatzungsplanung angelegt und durch die vom Kontrollrat beschlossene Sperrung der Zonengrenzen besiegelt worden. Die Geschichtsrevisionisten fühlten sich genötigt, dem factum brutum der Teilung durch eine Bismarck-Kritik eine Sinngebung nachzuschicken. Durch Blut und Eisen, meinten sie, sei das Bismarck-Reich zustandegekommen, durch Blut und Eisen hätte es untergehen müssen. «1945 brach nicht das kurzlebige 1‘000jährige Reich Adolf Hitlers zusammen, sondern jenes Deutschland, das 1866 geschaffen wurde» (Hans Kohn). Sicher war der Preussenhass von Sachsen bis Oldenburg, von Hannover bis Bayern eine bodenständige Kraft. Aber die «grossdeutsche» Lösung, die einer preussischen Vorherrschaft im Reich durch die Anlehnung an Österreich entgehen wollte, wurde zum grotesken Anachronismus, als sie von den Nachfahren auf kleinstdeutschem Raume wiederaufgegriffen wurde. Das Ende der Traktätchenzeit wurde auch

zum Ende der grossdeutsch-föderalistischen Ideologie, die sich in den Rinnsalen sektiererischer Verdrossenheit verlor.

Doch Deutschland war nicht nur geteilt, es war auch entmachtet. Die Trauben der Macht, die unerreichbar schienen, wurden für sauer erklärt. Wie die Teilung Deutschlands durch eine Bismarck-Kritik einen Sinn erhalten sollte, so sollte die Entmachtung Deutschlands durch eine Ranke-Kritik gerechtfertigt werden. Ranke sei der Gründer einer Schule gewesen, die den Staat in den Mittelpunkt der Betrachtung gestellt habe, er sei mit moralischen Urteilen langsam zur Hand gewesen und habe Sätze geschrieben, wie den: «In der Macht an sich erscheint ein geistiges Wesen, ein ursprünglicher Genius, der sein eigenes Leben hat», oder gar den: «Das Mass der Unabhängigkeit gibt einem Staate seine Stellung in der Welt; es legt ihm zugleich die Notwendigkeit auf, alle inneren Verhältnisse zu dem Zwecke einzurichten, sich zu behaupten. Dies ist sein oberstes Gesetz.» Es sei Zeit, sich von Ranke ab- und seinem Antipoden Jakob Burckhardt zuzuwenden – nicht Berlin, sondern Basel sei der günstigste Standort für die historische Betrachtung. Die Stellung zur Macht unterscheide den deutschen vom westlichen Menschen. «Für die westliche Welt (liegt) die sündhafte Möglichkeit des Menschen im Missbrauch der Macht, während für die deutsch-lutherische Welt sündhafte Möglichkeit des Menschen in Auflehnung gegen die Macht liegt», meinte der Geschichtsrevisionist Fritz Fischer 1951. Die zu fördernde Verwestlichung verstand man als Züchtung des Misstrauens gegen die Macht (vor allem die eigene).

Die geschichtsrevisionistische Bewegung lief sich am Freiburger Professor Gerhard Ritter fest, der wie ein gelehrter Winkelried alle Lanzen der Kritik in seine Brust zog. Ritter glaubte als Beteiligter des 20. Juli einigen Meinungsspielraum zu haben. Er wurde von den Marxisten beschuldigt, ein «ideologisches Kompaniegeschäft mit dem angloamerikanischen Imperialismus» gemacht zu haben und die «obligate ideologische Marschmusik, die den Einzug der alten deutschen Reaktionäre ins westliche Lager – anfangs in Moll und mit

gestopften Trompeten – begleitete, komponiert und geblasen» zu haben; von den Westlern (Johann Albrecht von Rantzau), eben diesen Marsch in das westliche Lager durch die Verteidigung des alten Obrigkeitsstaates sabotiert zu haben. Die Ultraföderalisten (Otto Bernhard Roegele) jammerten über «die Langmut der Zulassungsbehörde, die Gerhard Ritter 1945 in Amt und Würde beliess», und die jugendlichen Ritter des sauberen Charakters konnten ihm seine Kritik an Zeitgeschichte, Politischen Wissenschaften und deren Einzug in die Schule über ein Fach Gemeinschaftskunde nicht verzeihen.

In dem recht fanatische Formen annehmenden Kampf um die Revision des Geschichtsbildes ging es nur sekundär um akademische Sachfragen. Der wissenschaftliche Ertrag des Geschichtsrevionismus war dürftig, und die Vorkämpfer der revisionistischen Bewegung brachten es maximal zu Vorträgen und Aufsätzen. Erst in der 1958/59 einsetzenden zweiten Welle wartete die Richtung mit grossen wissenschaftlichen Werken, wie Fritz Fischers «Griff zur Weltmacht», auf. Der Rücken, auf dem der Kampf ausgetragen wurde, war der der Schulkinder. Da in den Seminaren der Historiker die künftigen Geschichtslehrer der Schulen ausgebildet wurden, meinte man die Kinder in den Griff zu bekommen, wenn man sich der Ordinarien annahm. In der Hessischen Verfassung wurde der Geschichtsunterricht sogar durch VerfassungsVorschrift geregelt. Im Art. 56 hiess es: «Der Geschichtsunterricht muss auf getreue, unverfälschte Darstellung der Vergangenheit gerichtet sein. Dabei sind in den Vordergrund zu stellen die grossen Wohltäter der Menschheit, die Entwicklung von Staat, Wirtschaft, Zivilisation und Kultur, nicht aber Feldherren, Kriege und Schlachten. Nicht zu dulden sind Auffassungen, welche die Grundlagen des demokratischen Staates gefährden.» Welches diese Grundlagen sind, lässt sich nur aus dem Kontext ermitteln, und der war in Hessen durch die «Verfassungsfront» aus CDU plus SPD plus KPD (gegen die Liberalen) gegeben. Eine der lohnendsten Aufgaben der Nachkriegsgeschichtsschreibung wäre eine politische Geschichte

des Landes Hessen, das nach seinen Anfängen der Volksfront in seinen SPD-Regierungen die fünfziger Jahre hindurch eine von der Bundesrepublik scharf kontrastierende Färbung trug, die sich immer wieder in Interventionen auf dem Gebiet der Politischen Wissenschaft und Bildung, der Geschichte, Pädagogik und Soziologie niederschlug.

Eine zentrale Institution der Geschichtskontrolle, auf die Hessen seinen Einfluss im Sinne der Ausgestaltung zu einem Propagandaministerium geltend zu machen suchte, hatte seinen Sitz allerdings nicht in Frankfurt, sondern in München. Das «Institut für Zeitgeschichte» wurde «auf Anregung der Amerikaner» (Ehard) als schlichtes Institut zur Erforschung des Nationalsozialismus durch das Land Bayern gegründet. Das kulturelle Klima Münchens, das durch den klerikalen Kultusminister Alois Hundhammer (dem von der SPD eine Zeitlang die Rolle als negatives Leitbild zugedacht war, die dann auf Franz Josef Strauss übertragen wurde) bestimmt war, führte dazu, dass die provisorische Leitung des Instituts dem föderalistischen Ideologen Gerhard Kroll übertragen wurde, der als Verfasser des «Manifestes der abendländischen Aktion» später in das norddeutsche Feuer geriet und liegen blieb. Zu Bayern kam als Mitträger des Instituts der Bund, und zum Leiter ernannt wurde der aus der Jugendbewegung stammende Hermann Mau. Das wieder liess die Föderalisten nicht ruhen. Als die erste Veröffentlichung des Instituts (Hitlers Tischgespräche) erschien, platzte die Bombe. Der Ministerpräsident Ehard, ein Meister in der Kunst, Sätze unter Verwendung des Wortes Föderalismus zu bilden, liess im «Bayerischen Staatsanzeiger» einen Angriff unter dem Titel «Fragwürdige Forschungsarbeit» und der Drohung der Einstellung der Bayerischen Zahlungen veröffentlichen. Der Verfasser der Einleitung der «Tischgespräche», Gerhard Ritter, wurde zum Austritt aus dem Beirat des Instituts veranlasst. Der Generalsekretär Mau konnte jedoch den Nachweis führen, dass die «Tischgespräche» in einer Beiratssitzung mit Theodor Heuss das Impressum des Instituts verliehen be-

kamen und er selbst sie erst nach Drucklegung einsehen durfte. Mau fiel nicht dem föderalistischen Feuer, sondern einem Autounfall zum Opfer. Der zu epischer Darstellung verlockende Kampf zwischen den Kleindeutschen unter Ritter und den Grossdeutschen unter Schnabel endete damit, dass beide Heerhaufen auf der Wahlstatt verbluteten. Das Erbe traten die nach Westen blickenden Anti totalitären an. Generalsekretär wurde der mehr nach links tendierende Kluke (dessen Nachfolger: Krausnick), die geistige Oberherrschaft übernahm der 1951 aus USA zurückkehrende Hans Rothfels, der in sich selbst die Welt des ostpreussischen Adels und die der Emigrationserfahrungen in Amerika vereinend der rechte Mann war, um die künstliche Synthese des Antitotalitarismus zur Ideologie auszugestalten.

Das Fanal von Korea

1950 stellte sich heraus, dass dem Westen weniger mit deutschen Geschichtsbroschüren, als mit deutscher wirtschaftlicher und militärischer Stärke gedient war. Der Ost-West-Konflikt entbrannte in voller Schärfe. Wo immer die Soldaten der UdSSR und der USA aufeinandergestossen waren, in Deutschland, Österreich und Korea, hatten die USA die Demarkationslinie zwischen West und Ost vorgeschlagen und die Russen sie angenommen. Daraus konnte man (je nach Standort) schliessen, dass die Russen verständigungswillig waren, oder dass die Amerikaner ihnen mehr überliessen, als sie erwartet hatten. Während in Deutschland die «Zonengrenze» entlang der westlichen Verwaltungsgrenzen von Mecklenburg, Sachsen-Anhalt und Thüringen gelegt wurden, hielten sich die Planer im Washingtoner Pentagon nicht lange mit koreanischen Verwaltungsgrenzen auf, sondern liessen die Demarkationslinie entlang des 38. Breitengrades laufen.

Im Juni 1945 hatten sich Harry Hopkins und Josef Sta-

lin auf eine gemeinsame Verwaltung Koreas geeinigt. Auf der Moskauer Aussenministerkonferenz vom Dezember 1945 wurde eine gemischte Kommission ins Leben gerufen, die die Schaffung einer einheitlichen Regierung für ganz Korea vorbereiten sollte. Die Kommission trat im März 1946 zusammen und löste sich nach 6 Wochen wieder auf. Im August 1948 wurde die Republik von Korea im Süden des Landes, im September 1948 die Demokratische Volksrepublik von Korea im Norden des Landes gegründet. Die amerikanischen und russischen Truppen wurden zurückgezogen. Am Sonntag, den 24. Juni 1950, erfuhr Präsident Truman während des Weekends, dass nordkoreanische Truppen in Südkorea einmarschierten. Im Verlaufe der nächsten Woche entschloss sich Truman nach und nach zur vollen Intervention mit amerikanischen Truppen. Die Motive des nordkoreanischen Vorgehens sind nicht ganz geklärt. Im Januar 1950 hatte Aussenminister Acheson in einer Rede die Gebiete aufgezählt, auf die ein Angriff von den Vereinigten Staaten als Angriff auf sich selber gewertet würden. Korea und Formosa waren nicht darunter. Von amerikanischer Seite wurde behauptet, dass zwischen der Rede und dem Angriff die Zahl der nordkoreanischen Divisionen von 4 auf 13 erhöht wurde. Es sei wahrscheinlich, dass Stalin den Angriff in der Erwartung anordnete, dass die Amerikaner sich nicht einmischen würden.

In eben jener letzten Juniwoche 1950, in der Truman sich zur vollen Intervention in Korea entschloss, tagte in Berlin der Kongress für kulturelle Freiheit[7]. Dieser Kongress hatte seine Wurzeln in den verwickelten Richtungs- und Gewissenskämpfen der amerikanischen «Roten Dekade», in der sich der Übergang vom alten zum neuen Liberalismus vollzog. Im Frühjahr 1939 war unter Beteiligung führender Philosophen wie John Dewey und Sidney Hook ein Kommittee für Kulturelle Freiheit gegründet worden, das feststellte, dass die totalitäre Idee bereits in Deutschland, Italien, Russland, Japan und Spanien inthronisiert sei, die intellektuelle und kreative Unabhängigkeit unterdrücke und Kunst, Wissen-

schaft und Erziehung zu Lakaien der Staatsphilosophien mache. Unter den Aufruf des Kommittees wurden 150 Unterschriften gesammelt. Prompt kam ein Gegenaufruf von 400 Intellektuellen, die gegen die «phantastische Lüge, dass die UdSSR und die totalitären Staaten im Grunde gleich seien» schärfstens protestierten. Die verworrenen Linien des Liberalismus werden deutlich, wenn man liest, dass unter dem ersten Aufruf der Name Thomas Manns, unter dem zweiten der seines Sohnes Klaus Mann steht. Eine erste Welle der Ablehnung des russischen Kommunismus war unter den Liberalen noch vor dem deutsch-sowjetischen Pakt durch Stalins Schauprozesse hervorgerufen worden. Als sich während des Krieges die amerikanische gute Gesellschaft auf die Seite der Sowjetunion stellte, Oma Starotsin feierte, die GPU mit dem FBI verglich und fand, dass russische Generäle guten Sekretären der YMCA (Young Mens Christian Association) ähnelten[8], verblieb nur ein kleines Häufchen von Exkommunisten und Trotzkisten, das bei der Ablehnung der Sowjetunion verharrte und sie in kleinen Blättern wie New Leader und Call zum Ausdruck brachte.

Der Ost-Westkonflikt machte aus den einstigen Aussenseitern die Helden des Tages. 1949 wurden unter Leitung von Sidney Hook die Antitotalitären von 1939 erneut gesammelt. Nach dem Kongress der Intellektuellen für den Frieden in Wraclav-Breslau (August 1948) und dem Weltfriedenskongress in Paris (April 1949) schien es, als ob es einer mächtigen, unter dem Protektorat von Albert Einstein, Pablo Picasso, Thomas Mann und Ilya Ehrenburg stehenden Friedensbewegung gelingen würde, die liberalen und antifaschistischen Intellektuellen vor den sowjetischen Wagen zu spannen. Der Berliner Kongress sollte zeigen, dass es zweierlei Intellektuelle gab und dass es auch möglich sei, den antisowjetischen Teil der liberalen Intelligenz politisch zu mobilisieren. Das Protektorat über diesen Versuch nahmen 5 philosophische Generäle des antitotalitären Heerhaufens: Benedetto Croce, John Dewey, Karl Jaspers, Jacques Maritain und Bertrand Russel.

«Auch die Wahrheit bedarf der Propaganda», meinte Karl Jaspers in seinem Gruss wort zum Berliner Kongress, doch die Propaganda fiel so aus, dass sieder Wahrheit nicht sehr bekam. Als der ungarische Ex-Kommunist Arthur Köstler zur Aktion anfeuerte und rief: «Wir sind in diese Stadt nicht gekommen, um nach einer abstrakten Wahrheit zu suchen. Wir kamen, um ein Kampfbündnis zu schliessen. Es geht hier nicht um relative Unterschiede, es geht um Leben und Tod», als er alle diejenigen, die sich nicht so zum Kampf stellten, wie er es in seiner kommunistischen Zeit erwarten durfte, als «Halbjungfrauen der Demokratie» einstufte, da spalteten sich die in Berlin versammelten antitotalitären Liberalen erneut in Propagandisten und Wahrheitssucher.

In dem Berliner Antagonismus von Propagandisten und Wahrheitssuchern kam die Künstlichkeit des «Antitotalitarismus» zum Vorschein, der unter einer etwas vagen zeitkritischen Formel doch recht verschiedene Bewegungen und Systeme zusammenfasste. Eine Antibewegung kann sich von ihrem Gegner Terminologie und Kampfstil aufdrängen lassen, wenn sie es jedoch von mehreren miteinander verfeindeten Gegnern tun lässt, versucht sie sich an der Quadratur des Kreises. In Indien hat sich für ein solches Bemühen der Ausdruck Äquidistanz eingebürgert, der die Politik des gleichen Abstandes von Kongresspartei und Kommunisten bezeichnet, die dem indischen Sozialismus zum Verhängnis geworden ist. Die Äquidistanz des antitotalitären Liberalismus zwischen Kommunismus und «Reaktion» brachte ihn ständig in Gefahr, entweder nach der einen oder nach der anderen Seite vom selbstgespannten Seil zu purzeln.

Der Berliner Kongress würzte die Polemik zwischen Ost und West auf das Kräftigste. Der Osten verwendete die «starke Sprache Lenins» und bezeichnete die Berliner Reden als «bösartiges Gewinsel». Die Teilnehmer des Kongresses wurden von Wolfgang Harich als «Werwölfe in Freiheit dressiert» tituliert. Der Veranstalter Melvin Lasky wurde als Polizeispitzel entlarvt. Die Westlichen blieben wenig schuldig.

Der Bericht des «Kurier» über eine 1952 vor dem Kongress gehaltene Rede vom Dichter Stefan Andres berichtet über eine «leidenschaftliche, zornige, schonungslose Absage an die sowjethörigen Intellektuellen deutscher Zunge, an die Staatssklavenbildner, Lohnschreiber, Seelenmechaniker des perfektionierten Stalinismus, ihre gleissnerischen Friedensbotschaften, ihre intellektuelle Unzucht, ihren Verrat Europas.» Wenn Ost und West unter Geheul übereinander herfielen, mochte mancher Zuhörer auf dem Platz vor dem Funkturm denken, war es immer noch besser, als wenn beide zusammen über die Deutschen herfielen.

War es wenig angebracht, den hartgesottenen Exkommunisten des «Kongresses für kulturelle Freiheit» die Gretchenfrage nach ihrer Religion zu stellen, obwohl der Kongressbericht darauf verwiesen hatte, dass der im «Calvinismus wurzelnde Personalismus» stark vertreten gewesen sei, so mobilisierte die «Moralische Aufrüstung»[9] die christlichen Kräfte gegen den Kommunismus. Paul Hoffmann, der Marshall-Plan-Administrator, nannte sie «das ideologische Gegenstück zum Marshallplan». Nach dem ersten Weltkrieg war der amerikanische lutherische Pfarrer Frank Buchmann in den Bannkreis der Erweckungsbewegung geraten. Er beschloss, sein Leben in den Dienst der Lebensänderung zu stellen. Diese Lebensänderung hatte anfangs keine Beziehung zur Politik. Aber 1938 formte Buchmann die von ihm gegründete Oxford-Bewegung («It's not an institution – It's not a point of view; – It starts a revolution – By starting one in you») unter dem Eindruck der Ideologien des Kommunismus und Nationalismus in die nunmehr politische Moralische Aufrüstung (MRA) um. Filme, Schauspiele, Bücher, Fulltimers, ein Hotelkomplex in Caux am Genfer See sorgten für die Verbreitung der vier unbedingten Massstäbe der absoluten Ehrlichkeit, absoluten Reinheit, absoluten Selbstlosigkeit, absoluten Liebe. Die eingesetzten Geldmittel waren beträchtlich, und die Publikationen der Moralischen Aufrüstung konnten in Millionen-Auflagen verschickt werden.

Der Erfolg der «Moralischen Aufrüstung» war nicht nur dem Einsatz von Geldmitteln zu verdanken, sondern auch der die «Lebensänderung» beabsichtigenden, ausserordentlich geschickten Verknüpfung von politischer Einstellung und Lebensgeschichte. Die universale «Antwort», die die Moralische Aufrüstung gab, war die Anwendung der gleichen Prinzipien in Privatleben und Politik. Das MRA-Schauspiel «Der vergessene Faktor» gab zu verstehen, dass sich alle Differenzen durch Teamwork lösen liessen, zuhause am Frühstückstisch, im öffentlichen Leben am Konferenztisch. So wie sich der Kommunist der Selbstreinigung in der Prozedur der Kritik und Selbstkritik unterzog, so breitete der Aufrüstler beflügelt durch die mit ihm sympathisierende Gruppe sein Leben aus, bekannte seine Schuld und gelobte Besserung. «In diesem Frühjahr hörte ich von Dr. Erwin Stein dem (SPD-) Kultusminister von Hessen, wie die MRA dort arbeitet. Er führte aus, wie sie mit den amerikanischen und britischen Stellen der Bizone Zusammenarbeiten, um das gefährliche geistige Vakuum auszufüllen. Mit der Mithilfe von General Clay wurden im letzten Sommer 150 Deutsche ausgesucht und zu der MRA-Tagung in die Schweiz zur Ausbildung geschickt. Alliierte Dienststellen sagten aus, dass sie bei ihrer Rückkehr beschwingt waren durch neue Perspektiven, williger, die Fehler der Vergangenheit zuzugeben und in der Zukunft anders aufzubauen. Sie setzten sich zusammen und schrieben eine Broschüre über die Demokratie mit dem Titel: ‚Es muss alles anders werdens Stein glaubt, dass dies das bisher wirksamste Mittel war, um den Samen der wahren Demokratie unter der deutschen Bevölkerung zu säen.»

Während der Kommunismus das soziale Schuldgefühl, das darin bestand, dass jeder Kommunist irgendwann und irgendwo einmal ungenügendes Klassenbewusstsein an den Tag gelegt hatte, zur Lenkung des Einzelnen ausnützte, versuchte die Moralische Aufrüstung das moralische Schuldgefühl einzusetzen. An den vier Massstäben der absoluten Ehrlichkeit, der absoluten Reinheit, der absoluten Selbstlosigkeit und ab-

soluten Liebe gemessen, musste ein jeder beim Rückblick auf sein Leben Schuld empfinden und den Antrieb, durch «neues» Handeln und innere Wandlung diese Schuld zu überwinden. Und doch unterschied sich die Moralische Aufrüstung von der späteren Vergangenheitsbewältigung insofern, als sie die Schuldgefühle aller gleichermassen wecken wollte, während sich letztere im Sinne von Roosevelts antigermanischem Moralgefälle auf die Schuldgefühle der Deutschen beschränkt.

Die Äquidistanz von Nationalismus und Kommunismus wurde in der Lehre vom «Totalitarismus»[10] zu einem wissenschaftlichen System ausgebaut. Der Ausgangspunkt dieser Lehre war wissenschaftlich nicht unbedenklich, da er nicht in allgemeinen Begriffen lag, sondern in den jeweiligen Erfordernissen der amerikanischen Aussenpolitik. Totalitär war, wer gerade in Amerika als Gegner angesehen wurde. Die Sowjetunion war bis 1941 totalitär, nach 1941 nicht mehr, ab 1948 wieder. Ähnlich erging es Japan, Deutschland, Spanien, China, Italien und anderen Staaten. Die Wissenschaft mit den augenfälligsten politischen Nutzanwendungen hat in längerer Sicht selten eine starke Position, da sie für kurzfristige politische Pressionen am anfälligsten ist.

Die deutsche Vergangenheit spielte in der Lehre vom Totalitarismus schon insofern eine zentrale Rolle, als die Hauptvertreter der Lehre (Sigmund Neumann – 1942, Hannah Arendt – 1951, Carl Joachim Friedrich – 1953) aus Deutschland stammten. Doch geriet die Lehre gerade in Deutschland in ziemliche Schwierigkeiten, da sie zur antikommunistischen Aktion aufrief, aber die wesentlichen Motive dieser Aktion ablehnte, da sie die Verwerfung der «Reaktion» fordern musste, aber zugleich eine Stabilisierung der Verhältnisse in Westdeutschland ohne «restaurative» Tendenzen undenkbar war. Stammte die Lehre aus der Krise des amerikanischen Liberalismus und war mehr durch das bezeichnet, wozu sie keine Stellung nahm, als das wogegen sie Stellung nahm, so förderte es sie noch weniger, dass sie gepredigt wurde, als der amerikanische Liberalismus in völliger Auflösung war.

Aus dem Dilemma des Antitotalitarismus wurde die Lösung der «Zeitgeschichte» geboren. Zeitgeschichte war ursprünglich nicht viel anderes als Gegenwartsgeschichte (Current History, Histoire Contemporaine), eine Disziplin, die durch den täglich anschwellenden Strom von Materialien über laufende politische Vorgänge zur dokumentarischen Notwendigkeit wurde. Aber das Interesse an der Zeitgeschichte war das einer engagierten Wissenschaft. «Neutralität in Fragen, die uns wesenhaft betreffen und in menschliche Entscheidungen hineinführen» (Hans Rothfels) waren in ihr so wenig erwünscht, wie in jeder anderen parteilichen Geschichtsschreibung. «Zeitgeschichte ist die Geschichte einer Epoche, die mit neuen Herausforderungen an uns herantritt, mit einer Erschütterung gewohnter Zusammenhänge und nationaler Loyalitäten, mit der Infragestellung einzel-staatlicher Souveränität und dem Versuch föderaler Integrationen, mit dem relativen Gewichtsverlust Europas und dem Ende aller Kolonialpolitik, mit dem Anstieg der Bevölkerungszahlen und der Produktivkräfte bis zur Automation hin, mit dem Zerbrechen alter künstlerischer Formen und mit Experimenten neuen Ausdrucks, mit den selbstzerstörerischen Möglichkeiten von Naturwissenschaft und Technik, ja mit Grenzsituationen der menschlichen Existenz überhaupt wie mit Enthüllungen des Unmenschlichen in bisher nicht erhörtem Masse ... wir können aus der Zeitgeschichte nicht desertieren, wenn wir uns selbst verstehen und einen Standort gegenüber dem Kommenden gewinnen wollen» (Hans Rothfels). Es sollte also eine Deutung der Gegenwart durch Historiker vorgenommen werden, was insofern etwas Missliches hat, als die Berufskrankheit der Historiker die mangelnde Begriffsschärfe (die mit gesteigerter Einfühlung einhergeht) ist.

So fühlten sich denn die Historiker in die von deutscher Seite während des Krieges begangenen Grausamkeiten ein und gelangten zu emotionellen Postulaten. Da die Einfühlung («Betroffensein» sei das Kriterium der Zeitgeschichte) im Gegensatz zum begrifflichen Denken nicht alle möglichen

Argumente prüfen und einen systematischen Zusammenhang unter ihnen herstellen muss, war sie auch von den Schwierigkeiten, die die jeweiligen amerikanisch-russischen Beziehungen dem als System auftretenden Antitotalitarismus stellten, befreit. Zwar war die antitotalitäre Frontstellung bei der Entstehung der Zeitgeschichte massgebend, denn Rothfels verkündete: «Nur wer zuerst vor der eigenen Türe kehrt, erwirbt sich das Recht, kritisch umherzuschauen», d.h. die Abrechnung mit ihrer Vergangenheit ist für die Deutschen die Legitimation, sich im antikommunistischen Sinne zu betätigen. Aber die zeitgeschichtlichen Emotionen konnten sich natürlich aus dem antitotalitären Zusammenhang lösen und Eigenleben gewinnen.

Die Gegenwelle

Der Antitotalitarismus, der sich anfangs unter das Protektorat liberaler Philosophen gestellt hatte, war auch ein Versuch, der im Jahre 1950 mächtig anschwellenden Gegen welle gegen alles, wofür die Ära Roosevelt gestanden hatte, vorzubeugen. 1949 war das Jahr gewesen, in dem die Vereinigten Staaten die schwersten Niederlagen ihrer Geschichte hinnehmen mussten. Am 23. September 1949 gab Präsident Truman in einer Pressekonferenz bekannt, dass die Sowjetunion über die Atombombe verfüge. Im August 1949 veröffentlichte der Aussenminister Dean Acheson ein Weissbuch, das kundtat, China sei in kommunistische Hände gefallen und Tschiangkaischek daran schuld. Alle Versuche abschwächend zu erläutern, dass die sowjetische Atombombe noch kein Beweis sei, dass die Russen Atombomben in Serienproduktion herstellen könnten und dass die chinesischen Kommunisten nicht den russischen glichen, sondern vor allem Agrarreformer seien, fruchteten nichts. Die Unzufriedenheit, die sich unter der Bevölkerung verbreitete, führte zu einer Grundwelle des Anti-

kommunismus. Für die amerikanischen Politiker hiess es nun, auf dieser Welle zu schwimmen oder unterzugehen.

Als China in kommunistische Hände gefallen war, als Russland die Atombombe besass, da stellte der Mann auf der Strasse die Frage, wie es so weit kommen konnte. Hatte nicht Roosevelts Politik den Kommunisten China, die Atombombe und halb Europa dazu in die Hände gespielt? Was war es, das Roosevelt mit den Russen in Jalta vereinbart hatte? Waren nicht die Kommunisten in den amerikanischen Regierungsapparat eingesickert? War eine kommunistische Verschwörung in den Regierungsämtern das Krebsgeschwür, das Amerika zu politischem Siechtum verurteilte? Die Antworten auf diese Fragen spalteten Amerika in zwei Lager. Wie durch ein Brennglas sammelten sich alle diese Fragen im Fall eines Mannes, Alger Hiss (geb. 1904)[n]. Hiss war Harvard-Jurist, Frankfurter-Schüler und zwei Jahre in der Redaktion der «Harvard Law Review» gewesen. 1929 wurde er Sekretär von Justice Oliver Wendell Holmes, einem berühmten Mitglied des Obersten Gerichtshofes. Nach kurzer juristischer Privatpraxis trat er mit Roosevelts Machtübernahme in den Regierungsdienst ein. Er war in Wallace's Landwirtschaftsministerium, Rechtsberater des Nye-Ausschusses, der die Ursachen des amerikanischen Kriegseintrittes 1917 erforschte, im Justizministerium. 1936 trat er in das Aussenministerium ein, als Referent des stellvertretenden Aussenministers Francis B. Sayre, einem Schwiegersohn von Woodrow Wilson. Während des Krieges nahm er eine Schlüsselstellung in der Nachkriegsplanung ein. Er war Sekretär der amerikanischen Delegation zur Wirtschaftskonferenz von Bretton Woods, 1944, bei der Harry Dexter White die beherrschende Rolle spielte, er begleitete Roosevelt nach Jalta, er war Generalsekretär der Gründungskonferenz der Vereinten Nationen in San Francisco. Im Dezember 1946 wurde er zum Präsidenten der Carnegie-Stiftung für Internationalen Frieden gewählt. Jetzt stand er vor dem Kongressausschuss, der «unamerikanische Handlungen» zu untersuchen hatte.

Der amerikanische Kongress hat im Jahre 1938 diesen Ausschuss (House Unamerican Activities Committee – HU AC)[12] geschaffen, um einen anderen Ausschuss zu ersetzen, der sich vor allem mit der Untersuchung deutscher Propagandatätigkeit in den Vereinigten Staaten befasst hatte. Der Vorsitzende des neuen Ausschusses Martin Dies nahm neben der faschistischen Tätigkeit vor allem auch die kommunistische Tätigkeit unter die Lupe und machte sich so zum bestgehasstesten Mann der amerikanischen Linken. Anfang 1945 war der Ausschuss, dessen Tätigkeit in den letzten Kriegsjahren eingeschlafen war, reorganisiert und zu einem ständigen Ausschuss gemacht worden, da der Kongress fürchtete, dass andernfalls die vom Ausschuss gesammelten Akten in der Kongressbibliothek unter dem Erzliberalen Archibald McLeish verschwinden und der Vernichtung anheimfallen würden.

Im Sommer 1948 war von diesem Ausschuss ein früherer Kommunist Whittacker Chambers, Mitherausgeber der «Time», verhört worden. Dieser hatte einige einflussreiche Beamte (Lee Pressman, Nathan Witt, John Abt, Alger Hiss) als Mitglieder einer kommunistischen Zelle benannt. Alle Genannten waren inzwischen aus dem Regierungsdienst ausgeschieden. Alger Hiss erschien vor dem Ausschuss und leugnete jede kommunistische Tätigkeit ab. Doch Ende 1948 holte der «Zeuge» Chambers ein Bündel Papiere bei einem Neffen ab, die er 1937 nach Ende seiner kommunistischen Aktivität hinterlegt hatte. Er fand Mikrofilme und Photokopien geheimer Regierungsakten und handschriftliche Notizen von Alger Hiss und Harry Dexter White vor. Der Fall wurde neu aufgenommen. Hiss wurde wegen Meineids bei seiner Aussage vor dem Kongressausschuss vor einem öffentlichen Gericht angeklagt. Im Herbst 1949 und im Winter 1949/1950 waren aller Augen auf den sensationellen Prozess gegen Hiss gerichtet.

Am 20. Januar 1950 wurde Alger Hiss wegen Meineids zur Höchststrafe von 5 Jahren Gefängnis verurteilt, am 3. Februar 1950 gab die britische Regierung bekannt, dass der

führende Atomwissenschaftler Klaus Fuchs gestanden habe, im Dienste der sowjetischen Atomspionage tätig gewesen zu sein. Wenige Tage später hatte der Senator Joseph McCarthy[13] in Wheeling (West Virginia) eine Rede zu halten. Er sagte: «Der Grund dafür, dass wir uns in einer Lage befinden, in der wir handlungsunfähig sind, liegt nicht darin, dass unser einziger mächtiger potentieller Feind Truppen ausgesandt hat, um an unseren Küsten zu landen, sondern er liegt in den verräterischen Handlungen derjenigen, denen unsere Nation nur Wohltaten erwiesen hat». McCarthy verschwieg nicht, wer von ihm gemeint war. Er deutete auf eine Liste, die er in der Hand hielt, und auf der eine grössere Zahl von Mitgliedern der Kommunistischen Partei verzeichnet waren, die noch im State Departement tätig seien. Es setzte ein Kampf um die vita jedes Verdächtigen ein. Die Episode des McCarthyismus schlug Amerika in seinen Bann.

Es ist erinnerlich, dass gerade die Diplomaten neben den Soldaten zu den schwarzen Böcken der Roosevelt-Ära gehörten. Allerdings waren nach Kriegsende mit der Auflösung des Kriegspropagandaamtes (OWI) eine grössere Zahl von New Dealern schillerndster Couleurs in den auswärtigen Dienst übernommen und vor allem den Informationsdiensten zugeteilt worden. Doch in den Jahren des Truman-Regimes hatte ein freiwilliger Rückzug von New Dealern aus Regierungsämtern stattgefunden. Die mächtige Attacke McCarthys brandete gegen bereits geräumte Stellungen an. Der Angriff fand seine Zielscheibe in der Person des Aussenministers Dean Acheson. In ihm sah man die Verkörperung der mit Roosevelt und dem New Deal sympathisierenden intellektuellen Oberschicht. Donald Hiss, der gleichfalls kommunistischer Aktivitäten beschuldigte Bruder von Alger Hiss, war in Achesons Anwaltsbüro angestellt gewesen. Dass Achesons Abwendung von der Politik der Zusammenarbeit mit der Sowjetunion 1945 innerer Überzeugung entsprang, wollte man ihm nicht glauben. Acheson war, wie Hiss, zum Symbol einer Epoche geworden. Der Senator Butler (Nebraska) rief

aus: «Ich sehe diesen Mann, ich schaue auf seine englischen Anzüge und seine aalglatten Bewegungen und diesen New Dealismus, diesen ewigen New Dealismus in allem, was er sagt und tut, und ich möchte schreien: Fort! Fort! Du verkörperst alles, was seit Jahren in den Vereinigten Staaten falsch ist». Dass Truman die Charakterstärke besass, an seinem Aussenminister, in dessen Amtszeit die NATO gegründet wurde, festzuhalten, brachte den Demokraten 1952 die Wahlniederlage.

Mit elementarer Wucht brach sich aus der Bevölkerung aufsteigend eine Grundwelle Bahn, die Roosevelt, seinem System, den Kräften, auf die er sich stützte, und den Ideen, die er propagierte, die radikale Absage erteilte. In dieser Grundwelle liegen die emotionalen Wurzeln der amerikanischen Konservatismus. Einer von vielen, ein Student der Yale-Universität, William F. Buckley, protestierte damals in seinem Buch «God and Man at Yale» dagegen, dass weder das Christentum noch die freie Wirtschaft die Lehre an seiner Universität beherrschten. «Individualismus stirbt in Yale und kämpft nicht einmal». Mitten in der Hochburg des liberalen Establishments, die die Universitäten bildeten, brach sich die konservative «Revolte auf dem Campus»[13]* Bahn. Buckley gründete die Zeitschrift «National Review» und setzte dem Linksintellektualismus der «Nation» und «New Republic» einen Rechtsintellektualismus entgegen. Es galt nicht mehr als hirnlos, sich zur Rechten zu bekennen. Die amerikanisch-sowjetische Allianz hatte 1945 im Weltmassstab eine Verfolgung der Rechten eingeleitet. Die «demokratischen Kräfte», die in den amerikanisch-russischen Verlautbarungen ständig zitiert wurden, setzten sich aus Kommunisten, Sozialisten und dem linken Flügel der bürgerlichen Parteien zusammen. Was rechts davon stand, war ostraziert. Das hatte die Folge, dass andere Gruppen wegen einer (tatsächlichen oder angeblichen) Zusammenarbeit mit der Rechten auch in die Verfolgung einbezogen werden konnten. Es ist dies eine Taktik, die in Ungarn Rakosi auf den Namen «Salami-Taktik» taufte, da

sie die Macht durch Abschneiden der Opposition Scheibe für Scheibe bequem in die kommunistischen Hände lieferte. Die Gegenwelle brachte über die antitotalitäre Zentrumslösung hinaus die Möglichkeit antikommunistischer Koalitionen in Sicht, die als Mitte-Rechts-Block nun wieder die Kommunisten ostrazierten und die Liberalen wegen ihrer Zusammenarbeit mit den Kommunisten im Mitte-Links-Block in Gefahr brachten.

Auch in Deutschland spiegelten sich diese Machtverschiebungen im Weltmassstab wieder. Die (antifaschistische) Mitte-Links-Politik wurde unter der Bezeichnung Blockpolitik zur russisch gelenkten Entwicklungsform in der sowjetischen Besatzungszone. In Westdeutschland hatte sie ihr Pendant in der hessischen Verfassungsfront (CDU + SPD + KPD) und jenen Regierungen, in denen die KPD mitvertreten war. Das Ausscheiden der kommunistischen Minister 1947 führte zum (antitotalitären) Zentrumsblock. Die Gründung der Bundesrepublik stand bereits im Zeichen der Gegenwelle und des aufkommenden Antikommunismus. Dieser hatte in Deutschland seine eigenständigen, nicht von der Militärregierung manipulierten Quellen. Im Gegenteil, die Militärregierung legte nach dem Abrücken vom antifaschistischen Mitte-Links-Block Wert auf die Einhaltung einer antitotalitären Linie. Der frühzeitig als Widerstand gegen die Accessoires des Mitte-Links-Blocks, wie Sozialismus, Reformen aller Lebensbereiche, «Humanismus», auftretende Antikommunismus fand in Konrad Adenauer seinen Sprecher. Doch die Militärregierung hielt auf Ordnung. 1947 wurde etwa ein bayerischer Landrat abgesetzt, weil er in einer Rede den Ausdruck «rote Flut» verwendet hatte. Über die Verweisung der SPD 1947 in die Opposition und den Bürgerblock CDU + FDP führte eine anhaltende Entwicklungslinie zur Bonner Koalition aus CDU + FDP + DP, wobei die Aufnahme der Deutschen Partei (mit ausgesprochen konservativem Programm) stellvertretend für die Rehabilitierung der gesamten Rechten stand.

Für das politische Klima in Deutschland ist die Stellung-

nahme zum Politiker Thomas Mann ein guter Barometer, da Mann den bürgerlichen Antifaschismus wohl am reinsten verkörperte. Hatte man in der Mitte-Links-Epoche die Ausbürgerung Thomas Mann's als «geistige Majestätsbeleidigung» apostrophiert, so erschien jetzt zu seinem 75. Geburtstag in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom *6. 6.* 1950 ein Geburtstagsartikel von Gerhard Nebel, in dem es hiess, Mann sei ein «Exponent einer bis zur Dummheit gehenden Abneigung gegen Deutschland», der getrieben werde von der «Vernichtungslust in Form von moralischen Urteilen». Sein Hass sei «weltgeschichtlich nicht mehr aktuell», er gelte einer untergegangenen Gestalt des globalen Bürgerkrieges ... «Er ist Thomas Manns private Lust und nichts anderes als die Aussenseite einer masslosen Eitelkeit, wie sie sich nicht nur in jedem seiner sich in sich selbst spiegelnden, sich selber Beifall klatschenden Sätze, sondern etwa auch in der Behauptung ausspricht, er repräsentiere den deutschen Geist.» Der Clan Mann sei eine Giftzisterne geworden und es tröste nur, dass die Zahl derer, die aus ihr schöpften, immer geringer werde.

Doch nicht nur der zentralen Gestalt des antifaschistischen Flügels wurde die Absage erteilt, auch der bekannteste antitotalitäre Journalist Hans Habe («Neue Zeitung») wurde unter der Überschrift «Heraus aus Deutschland mit dem Schuft», von Henri Nannen («Stern») mit folgenden Worten gefeiert: «Es war nichts als galliger Speichel, der aus diesem Maule troff, ob es nun darum ging, aus Herrn Remer eine neue deutsche Weltgefahr zu konstruieren, in Ägypten eine faschistische Verschwörung deutscher Generale zu entdecken oder das Vorleben jedes Menschen zu begeifern, der im Dritten Reich irgendwie einen Türsteherposten bekleidet hatte.»[14]

Auch auf dem Gebiet der Geschichtsschreibung und Publizistik begann sich das Bild rasch zu differenzieren. Es war ein «Nachholbedarf» entstanden, der die von 1945-49 unterdrückten Aspekte in das geschichtliche Bild einzuzeichnen versuchte. Das Kulturleben wurde durch die Namen dreier Dichter und Philosophen beherrscht (Ernst Jünger, Martin

Heidegger und Gottfried Benn), für die in den ersten Nachkriegsjahren ein «literarisches Nürnberg» gefordert worden war. An die Stelle der Anklage trat der Wunsch zu erfahren, wie es gewesen ist. Memoiren, kriegsgeschichtliche Studien und politische Publikationen gemässigt-bürgerlichen Charakters beherrschten den Büchermarkt. Salomons Rückblick auf die Epoche des «Fragebogens» wurde zum Bestseller. Die minderen Teufel des antigermanischen Kosmos fanden ihre Fürsprecher: Preussen in Hans Joachim Schoeps, die Rechtsintellektuellen der Weimarer Zeit in Armin Mohler, der Generalstab in Walter Görlitz. Eine umfangreiche Literatur begann sich mit der Geschichte und Gegenwart Osteuropas zu befassen. Übersetzungen amerikanischer Werke zeigten, dass man dort die Welt nicht nur durch die liberale Brille betrachtete.

Duell am Abgrund

Die Gegenflut, die sich gegen die Roosevelt-Ära richtete, war nicht aufzuhalten. Wer sich ihr entgegenzustellen vermass, wurde fortgerissen. Demokraten wie Republikaner trugen ihr Rechnung. Aufstrebende junge Politiker, wie John F. Kennedy, gaben sich als McCarthyisten. Nur in intellektuellen Fliehburgen versammelten sich noch die Treuesten der Treuen, um Roosevelts und seiner Politik zu gedenken. Der Sektierer stellt sich einer von ihm bekämpften Strömung entgegen. Der Politiker stellt sich in sie. Er greift sie auf, um sie ins Leere zu steuern.

Die Entscheidung musste im republikanischen Konvent im Juli 1952 in Chikago fallen, auf dem der republikanische Präsidentschaftskandidat bestimmt werden sollte. Es war die Stunde des grossen amerikanischen Konservativen Robert A. Taft. Er wäre der Mann gewesen, die ungestüme Gegenflut zu kanalisieren und in staatsmännisches Wirken zu übertragen. Er musste an der Kandidatur gehindert werden, wenn nicht

die liberale Sache in grösste Gefahr geraten sollte. Es fanden sich Männer, die sich dieser Aufgabe unterzogen. Sie nannten sich «Eisenhower-Republikaner». An ihrer Spitze stand der Wahlmanager Eisenhowers, der Senator von Massachusetts Henry Cabot Lodge Jr., ein Vertreter der neuenglischen politischen Traditionen und industriellen Interessen.

Das System der Vorwahlen machte es möglich, dass die «Eisenhower-Republikaner» bis zum Wahlkampf Demokraten gewesen waren und es nach ihm wieder sein würden. Auch ihr Kandidat war zuvor als Kandidat der Demokraten im Gespräch gewesen. Die konservative Färbung des «ticket» wurde vom Vizepräsidentschaftskandidaten Richard Nixon beigesteuert. Nixon war ein prominenter Exponent der Gegenwelle, der standhafteste Gegner von Alger Hiss.

Die radikal-liberale «New York Post» attackierte ihn, weil er über einen Fonds aus industriellen Spenden verfügte. Sie glaubte ihn damit als einen Söldner der ökonomischen Royalisten angeprangert zu haben. Nixon drehte jedoch den Spiess um, indem er sich im Fernsehen als den kleinen Mann hinstellte, der jeden Dollar selbst verdient hatte, als den «Mann im grauen Flanellanzug», der Abzahlungssorgen todernst nehmen musste und die intellektuellen Spielereien politischer Playboys verachtete. Amerika identifizierte sich mit Nixon und wählte republikanisch.

Was das Amerika der 50er Jahre ablehnte, war in Eisenhowers Gegenkandidaten Adlai Stevenson repräsentiert. Ein ebenso hochkultivierter wie wohlhabender Mann, ein liberaler Jungtürke und prominenter New Dealer, von seinen Anhängern als «TV-Persönlichkeit, wie keine vor ihm» gepriesen, der in Kaskaden blumiger Rhetorik etwa den Amerikaner als den Mann definierte, der nicht nur «die in der Sonne flimmernden Prärien oder die sich in der Weite verlierenden Ebenen, die Berge und die Seen liebt, sondern auch eine innere Melodie, ein inneres Licht, in dem die Freiheit lebt und in der der Mensch voller Selbstachtung atmen kann.» Der Selbstgenuss des Intellektuellen ging an dem harten Ernst

des amerikanischen Lebenskampfes soweit vorüber, dass man auf Stevenson den verächtlichen Ausdruck «Eierkopf» (egghead) münzte und damit alles bezeichnete, was einem zum Halse heraushing. Selbst der liberale Eisenhower definierte damals einen Intellektuellen als einen Menschen, der mehr Worte als nötig braucht, um über etwas zu reden, wovon er nichts versteht.

Das Kabinett Eisenhowers wurde das Kabinett der «acht Millionäre und des Klempners» genannt. Es war ein Kabinett der Manager, die im Lebenskämpfe Ausserordentliches geleistet hatten und sich nicht verpflichtet fühlten, damit hinter dem Berg zu halten. Stevenson witzelte, dass die New Dealer den «Car dealers» Platz gemacht hätten. Der Verteidigungsminister, auf den er anspielte, hatte gemeint, was für die Vereinigten Staaten gut sei, sei auch für «General Motors» gut und umgekehrt. Das moralische Element wurde im Kabinett Eisenhower durch den Landwirtschaftsminister, der einer der 9 Heiligen der Mormonen war, und den Presbyterianer John Foster Dulles vertreten[15]. Auf die Bilanzen kam es an, und die elementare Gegenflut gegen die Ära Roosevelt lief in der Atmosphäre des «business as usual» aus. Ihre staatsmännische Kanalisierung war mit dem Scheitern der Kandidatur von Robert A. Taft missglückt. Der Agitator Joseph McCarthy blieb ihr Exponent und sein Sturz bedeutete ihr Ende. Eisenhower wartete lächelnd, bis McCarthy sich eine Blösse gab, und nach zwei Jahren Eisenhower-Regierung war McCarthy geschlagen und die Gegenflut versackt. Die erste Blösse kam, als McCarthys Gehilfen Roy Cohn und David Schine in einer Blitzreise verdächtige Literatur aus den Amerikahäusern entfernen liessen. Es soll dabei zu Bücherverbrennungen gekommen sein. Eisenhower war gegen Bücherverbrennungen. Die letzte Blösse kam, als sich McCarthy 1954 mit der Armee um die Entlassung eines Zahnarztes herumstritt. In einem burlesken Abgang stürzte McCarthy über den Vorgang, dass Schine zur Armee eingezogen wurde, während Cohn seinem Freund unter Verwendung des Namens

des Senators Diensterleichterungen zu verschaffen suchte. McCarthy zog sich den Tadel des Senates zu und versank in Vergessenheit. Statt eines handelnden Konservatismus beherrschte der saturierte Konservatismus die Stunde. Die Quittung blieb nicht aus. In den Wahlen vom November 1954 zog eine demokratische Mehrheit in beide Häuser des Kongresses ein. Die Liberalen beider Parteien gewannen wieder an Einfluss.

Der Aussenminister der Ära Eisenhower war John Foster Dulles. Dulles, der langjährige aussenpolitische Berater der republikanischen Partei, legte in seine Worte einen stärkeren Antikommunismus als in seine Taten. Er liess sich durch das traurige Geschick seines Vorgängers Dean Acheson warnen, der in seine Taten einen stärkeren Antikommunismus gelegt hatte als in seine Worte und infolgedessen als zu «weich» galt. Die Quintessenz der Politik John. F. Kennedys, dass es auf das «Image» ankommt, war schon Dulles geläufig. So wurde von Freund und Feind jahrelang geglaubt, dass Dulles ein Aussenpolitiker der Gegenflut sei, zumal er personalpolitisch einen antiliberalen Kurs einschlug.

Dulles verurteilte die «Containment»-Politik von Marshall und Acheson als «negativ, vergeblich und amoralisch». Er setzte an ihre Stelle die «Liberation»-Politik, die Politik der Proklamierung der politischen Freiheit und des «roll-back», des Zurückrollens des Kommunismus. Wenn beide Politiken in der Formulierung so verschieden aussahen wie Angriff und Verteidigung, so glichen sie in der Realität einander völlig. Die «Liberation»-Politik war nichts anderes als eine etwas anders akzentuierte «Containment»-Politik. Dulles stand auf den Schultern von Marshall. Zum Angriff überzugehen, daran dachte Dulles auch nicht im Traume. Er begnügte sich mit der Festigung und Verteidigung des amerikanischen Einflussbereiches. Er setzte die Politik von General Marshall fort, solange die amerikanische Überlegenheit auf dem Gebiet der Atomwaffen und deren Transportmittel andauerte. Als sie in seinen letzten Amtsjahren verloren ging, wandte er sich einem

«agonizing reappraisal», einem schmerzhaften Umdenken zu.

Dulles war Jurist. Das hiess, dass er wie ein Anwalt die Sache seines Klienten mit allen Mitteln förderte, nicht aber sich auch noch den Kopf für seinen Prozessgegner zerbrach. Das unterschied ihn von seinen Nachfolgern, die fasziniert vom Bilde der zwei Skorpione in der einen Flasche, von denen keiner den anderen stechen kann, ohne ihn gleichzeitig seine ungeschützte Unterseite zum tödlichen Angriff offen zu legen, auch die Aktionen und Interessen der Russen mitberücksichtigten. Dulles war auch insofern Jurist, als Verträge für ihn eine grosse Rolle spielten und der Abschluss eines Bündnisvertrages auch zur Loyalität gegenüber dem Bündnispartner verpflichtete, während für seine Nachfolger Verträge mancherlei Sinn und noch eine Pointe haben.

Die deutsche Aussenpolitik übernahm in der Ära Eisenhower manche Züge des Dulles'schen Denkens. Im Gefolge der «Liberation»-Theorie forderte sie die Selbstbestimmung aller Deutschen und die Wiedervereinigung in Freiheit. Im Gefolge der Dulles'schen Praxis begrenzte sie die Mittel, mit denen sie das Ziel verfolgte. Der 17. Juni 1953 wurde zum Stichtag für Freiheitsreden, denen Konsequenzen keineswegs auf dem Fusse folgten. Der Legalismus der Hallstein-Doktrin, die die juristische Anerkennung der DDR mit einem juristischen Abbruch der Beziehungen beantwortete, sich aber nicht um die defacto-Anerkennung kümmerte und nach dem juristischen Abbruch der Beziehungen die faktischen Beziehungen weiter pflegte, als wäre nichts geschehen, ist nicht nur Juristen-Werk, sondern auch Dulles'sche Politik. Wie die Gegenwelle sich in der Ära Eisenhower in Amerika totlief, so war sie zum gleichen Zeitpunkt in Deutschland mit dem Aufstand des 17. Juni 1953 gebrochen. Der Einsatz für die Freiheit, zu dem man rhetorisch aufforderte, sollte nicht die Schmälerung der Rechte der Besatzungsmächte, die man stillschweigend anerkannte, einschliessen. Wenn die offizielle Propaganda der DDR die Ereignisse des 17. Juni als «faschistischen Putschversuch» bezeichnete, so wies sie deutlich auf die Nahtstelle

zwischen Antitotalitarismus und Antikommunismus hin. Die zum Antikommunismus tendierende Gegenwelle gegen die Roosevelt-Ära kam auch in Deutschland nicht zum vollen Zuge, sondern wurde in den Kanal des Antitotalitarismus zurückgelenkt. Die Politik hatte die Balance und den gleichen Abstand zu halten zu Kommunismus und «Faschismus» (womit im Allgemeinen aktiver Antikommunismus bezeichnet wurde).

Der Antitotalitarismus brachte einen domestizierten Liberalismus (z.B. in Theodor Heuss) und einen domestizierten Konservatismus (z.B. in Hans Joachim v. Merkatz) hervor. Beide stellten sich auf den Boden des status quo, den durch gegenseitige Auseinandersetzungen zu erschüttern sie sich hüteten. Der heutige Konservative lehnt nach von Merkatz «eine ideologische Programmatik, wie sie im 19. Jahrhundert entwickelt worden ist, entschieden ab. Er versucht, die dem Geschehen innewohnende Ordnung zu erkennen und sich mit den Wandlungen und wechselnden Wirklichkeiten im Geschehen auseinanderzusetzen, d.h. sich an ihnen zu bewähren.» Der Antiideologismus ist auch eine Ideologie, die allerdings den Nachteil hat, dass sie keine Bindekraft entwickelt. Die Konservativen des 19. Jahrhunderts haben nicht zum Spasse eine ideologische Programmatik entwickelt, sondern weil sie sich von den grossen Tendenzen ihrer Zeit herausgefordert fühlten. Man hat den Beschwichtigungskonservatismus von Merkatz'scher Prägung den «Gärtnerkonservatismus» genannt, weil seine Vertreter das Sprossen und Spriessen des natürlichen Wachstums pflegen und bisweilen ein Unkraut ausrupfen wollten. Der Ausdruck ist unzutreffend, da die Unfähigkeit zum Säen wohl das entscheidende Charakteristikum dieser Richtung ist.

Das Wendejahr 1959

Nikita Chruschtschow hatte auf dem 20. Parteitag der KPdSU (1956) das Signal zum Beginn der Entstalinisierung gegeben. Manch einer hörte falsch und glaubte, es wäre das Signal zur Entrussifizierung. In Polen schwang sich Gomulka in den Regierungssattel, während diejenigen, die vermeinten, er brächte das Ende der russischen Hegemonie, den Steigbügel hielten. Die Ungarn wollten mehr sein als Steigbügelhalter. Sie standen am 24. Oktober 1956 gegen die Russen auf. Das Politbüro der KPdSU beschloss am 31. Oktober die Niederschlagung des ungarischen Aufstands durch sowjetische Waffen, nachdem es sich ein Bild über die amerikanischen Reaktionen (oder vielmehr deren Ausbleiben) gemacht hatte. Die Russen hatten erkannt, dass die Amerikaner ihnen in Ungarn freie Hand liessen, während sie sich gleichzeitig in Suez gegen ihre NATO-Verbündeten Frankreich und England sowie Israel stellten. Sie nützten die ihnen überraschend gebotene Chance und griffen nicht nur in Ungarn durch, sondern stellten in Ägypten ein Raketen-Ultimatum, das sie zum Schiedsrichter über Krieg und Frieden in einem Gebiet weit jenseits ihrer Grenzen erhob. In einer Note schlugen sie vor, dass amerikanische und sowjetische Truppen gemeinsam die Ordnung an den Gestaden des Mittelmeeres wiederherstellen sollten. Russland sah die Stunde gekommen, in der die von Roosevelt vorgesehenen Polizeifunktionen der Grossmächte wiederbelebt werden könnten, und verknüpfte damit gleichzeitig den Versuch, das NATO-Bündnis zu sprengen, indem es das eine Bündnismitglied als Gendarm, das andere als Räuber einteilte. Die Suez-Aktion hatte die Bruchstelle des amerikanisch-westeuropäischen Bündnisses – die kolonialen Interessen der Europäer und die antikolonialen Ressentiments der Amerikaner – übermässig belastet. Das NATO-Bündnis bekam durch das Verhalten der beiden Hauptträger einen Riss, der nicht mehr gekittet werden konnte. Die Suez-Aktion, die den Franzosen bei der Abwehr des algerischen Aufstandes

Entlastung bringen sollte, wurde zum Schwanengesang der Vierten Republik. Anderthalb Jahre später zog im Mai 1958 General de Gaulle unter dem erregten Geschnatter der Kapitolinischen Gänse an Hudson und Alster in den Elysee-Palast ein. Die atlantische Allianz, die die Stabilität der Bundesrepublik garantierte, war in ihrer bisherigen Form nicht mehr zu retten.

Die Amerikaner zogen aus den Tagen von Suez und Ungarn den Schluss, dass sie nunmehr beruhigt schlafen könnten. Die Osteuropäer sorgten ja im Vorfeld der Sowjetunion dafür, dass die Russen ihre Kräfte dazu verwenden müssten, mit den lokalen Ausbrüchen in ihrem Imperium fertig zu werden. Dazu müssten sie zu Mitteln der Gewalt greifen und so zeigen, dass nur die Amerikaner das Prinzip der Freiheit in der Welt hochhielten. Die Amerikaner hielten sich so für politisch und moralisch unschlagbar und lehnten sich im Fernsehsessel zurück. Dankbar wählten sie ihren Sandmann, den lächelnden Grossvater Eisenhower, zum zweiten Mal zum Präsidenten. Was konnte schon einer Nation passieren, die über Angelruten mit Radareinrichtung, Zahnpasta mit Whiskygeschmack, Teenager mit weissgefärbten Haaren, TV, HiFi und PR verfügte! Derlei Spitzenleistungen zeigten jedermann für ein paar Dollar, dass technischer Fortschritt und Erfindungsgeist amerikanische Nationaleigenschaften seien und nur im Lichtkreis der Freiheitsstatue sich voll entfalten könnten. Der Schock des Jahres 1949 mit seinen Erinnerungen an Rotchina, die russische Atombombe und Alger Hiss waren bewältigt. Amerika hatte sich gefangen und allen Schwarzsehern zum Trotz Paroli geboten.

Doch mitten in der vermeintlichen amerikanischen Gewinnsträhne zogen die Russen einen Trumpf aus dem Ärmel, Amerika begriff schnell, dass es seinen Einsatz verloren hatte. Am 4.10.1957 schossen die Russen jenen Sputnik auf eine Umlaufbahn um die Erde, dessen Piepstöne jedem amerikanischen Rundfunkhörer unwiderlegbar zeigten, dass Amerika im Rennen um die technische Expansion in den Weltraum zu-

rücklag. Eine Nation hatte sich dem Prozess des schmerzhaften Umdenkens zu unterziehen. Etwas stimmte nicht mit den Vereinigten Staaten, vielleicht das Erziehungssystem, vielleicht die Regierung, bestimmt aber das Image. Die Wissenschaftler wurden um Rat gefragt. Die Experten begannen zu reisen. Man war für Formulierungen dankbar. Der Wunsch nach Änderung war verbreitet, und der junge Politiker John F. Kennedy erkannte, dass er Rohstoff genug war, um aus ihm eine Karriere zu zimmern.

Die Republikaner waren am Ende ihrer Weisheit. Die Novemberwahlen von 1958 verstärkten die demokratische Mehrheit (64:34 im Senat, 282:153 im Repräsentantenhaus) derart, dass bei genauerem Nachzählen sich herausstellte, dass die Liberalen die Macht zurückgewonnen hatten. Wie die Novemberwahlen von 1946 Truman in ein konservatives Fahrwasser zwangen, so zogen die Novemberwahlen von 1958 Eisenhower auf einen liberalen Kurs. Die Liberalen wollten jeden Zweifel darüber ausschliessen, wer Herr im Hause sei. Der Senat verweigerte (mit einem Stimmenverhältnis von 49:46) zum ersten Mal seit 1925 einem Minister, dem Handelsminister Admiral Lewis L. Strauss, die Bestätigung. Es war ein Akt der Rache, da Strauss, nach seiner Übernahme des Vorsitzes der Atomenergie-Kommission Dr. J. Robert Oppenheimer aus Sicherheitsgründen den Zugang zu Atomgeheimnissen verweigert hatte. Vorsitzender des aussenpolitischen Ausschusses des Senates wurde der liberale Senator J. William Fulbright, der einer der schärfsten Kritiker der Aussenpolitik der Ära Dulles gewesen war. Der Kritiker war am Zuge, der Kritisierte wurde im Februar in das Hospital eingeliefert. Am 15. April 1959 gab Eisenhower den Rücktritt von John F. Dulles bekannt, der im folgenden Monat starb.

Die Szene war gesetzt, in der sich zeigen musste, wie viel Standfestigkeit die Bundesrepublik besass. Die Neuordnung der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen, die das ganze Jahr 1959 über im Vordergrund des Interesses stand, war aufs engste mit der deutschen Frage verknüpft. Am 27.11.1958

hatte Chruschtschow den Westmächten ein auf ein halbes Jahr befristetes Ultimatum gestellt. Nach Ablauf der gesetzten Frist müssten die Westmächte entweder einem Friedensvertrag mit Deutschland oder der Errichtung einer entmilitarisierten «Freien Stadt» Berlin zustimmen, widrigenfalls die Sowjetunion ihre Befugnisse in Berlin der DDR abtreten würde. Unter dem Druck des Ultimatums, das dem liberalen Wahlsieg plötzlich und überraschend auf dem Fusse folgte, begann Eisenhower den mühsamen Aufstieg zum Gipfel, um, als er schliesslich im Mai 1959 auf ihm angelangt war, nach der schallendsten Ohrfeige, die je ein amerikanischer Präsident erhielt, wieder herunterzupurzeln.

Das Jahr 1959 begann mit einem Amerika-Besuch von Mikojan, der Eisenhower den Eindruck vermittelte, dass «mehr Besuche und Austausche uns helfen können, einander zu verstehen.» Zur Erläuterung sandten die Russen am 10. Januar eine Note, in der sie meinten, die «Staaten, die während des Krieges erfolgreich eine enge Zusammenarbeit schufen, können jetzt trotz bestehender Meinungsverschiedenheiten eine gemeinsame Sprache finden, um eine friedliche Regelung mit Deutschland zu verwirklichen». Wie diese Verwirklichung aussehen sollte, war einem beigefügten Friedensvertragsentwurf zu entnehmen.

Der Entwurf versuchte einerseits, durch Herstellung der deutschen Souveränität und internationaler Gleichberechtigung eine Normalisierung der Lage herbeizuführen, aber anderseits die deutsche Teilung, den deutschen Gebietsstand von 1959 und die Neutralisierung Deutschlands als Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges zu fixieren. In der Präambel des Entwurfs wird davon gesprochen, dass man «unter den bestehenden Bedingungen (gemeint ist wohl die deutsche Teilung, d. V.) die grundlegenden Bestimmungen, die in den Dokumenten der Anti-Hitler-Koalition und besonders des Potsdamer Abkommens enthalten sind, verwirklichen» wolle. Auf der einen Seite stehen so die Bestimmungen, die die volle Souveränität des deutschen Volkes über Deutschland (Art. 3) festlegen, die

deutsche Friedenswirtschaft keinen Beschränkungen unterwerfen (Art. 32) und feststellen, «die Frage der Zahlung der Reparationen durch Deutschland... gilt als vollständig geregelt.» (Art. 41) Auf der anderen Seite wird Deutschland ein Status auferlegt, der es international diskriminiert. Es ist ihm die Teilnahme an allen Militärbündnissen untersagt, die nicht auch alle vier Besatzungsmächte umschliessen. Es soll eigene Streitkräfte unterhalten, die für die Sicherheit der Landesverteidigung notwendig seien, die jedoch nicht über ABC-Waffen, Raketen, Bombenflugzeuge und Unterseeboote verfügen dürften. Unter den Bedingungen des modernen Krieges würde die Kampfkraft der isolierten deutschen Truppen etwa der des österreichischen Bundesheeres entsprechen.

Von eigenartiger Doppelbödigkeit sind im Entwurf die Bestimmungen, die die innere Ordnung in Deutschland festlegen. Die Grundfreiheiten und Menschenrechte seien zu garantieren, niemand dürfe diskriminiert werden, vor allem nicht, wer sich im Krieg zugunsten der Alliierten betätigte oder nach dem Kriege Handlungen beging, die auf gemeinsamen Beschlüssen der Alliierten oder Anordnungen, die auf Grund dieser Beschlüsse ergingen, fussten. Damit wäre eventuell ein politisches Handeln straffrei, das sich auf die von den Russen in Berufung auf die Beschlüsse von Potsdam angeordneten Massnahmen stützte, während ein politisches Handeln, das auf die westliche, von Potsdam abweichende Politik sich beriefe, strafbar sein könnte. Alle Parteien seien zuzulassen, nicht jedoch die NSDAP und ihre Gliederungen, sowie «ähnliche» Organisationen, insbesondere revanchistische Organisationen, die die Gebietsregelungen des Friedensvertrags angriffen. Zu untersagen sei alle «wie auch immer geartete Propaganda» in dieser Richtung. Aufzulösen seine alle Organisationen, die eine feindliche Propaganda gegen eine der alliierten Mächte trieben. Deren Mitgliedern sei das politische Asyl zu verweigern. Die Nürnberger und entsprechenden Urteile seien anzuerkennen (was z.B. die Beschlagnahme des Vermögens von Alfried Krupp bedeuten könnte). Diese Bestimmungen

können, wie reiche Erfahrungen zeigen, eine Lage herbeiführen, in der die Aufrollung der nichtkommunistischen Gruppen nach der Salamitaktik durchführbar ist.
Der springende Punkt des Entwurfes, der auch seine vorläufige Undurchführbarkeit ausmachte, war jedoch, dass er unter Deutschland die DDR und die Bundesrepublik verstand, die beide unterzeichnen sollten. Berlin sei als entmilitarisierte «Freie Stadt» zu behandeln, wobei unerfindlich war, warum es dann als dritter deutscher Staat nicht auch zur Unterzeichnung herangezogen werden sollte.

Die Vereinigten Staaten antworteten mit dem Vorschlag einer Aussenministerkonferenz, auf der das deutsche Problem «in allen seinen Aspekten und Konsequenzen» behandelt werden sollte und bei der deutsche Berater zugezogen werden sollten. Am 11.5.19 59 trat diese Konferenz in Genf zusammen, unter Teilnahme von Delegationen der DDR unter Aussenminister Bolz und der Bundesrepublik unter Prof. Grewe an Katzentischen. Aussenminister Herter schlug ein Paket vor, in dem die deutsche Frage, die europäische Sicherheit und die Abrüstung in einem komplizierten Stufenplan miteinander verpackt waren. Gromyko hatte keine Lust, an das Auspacken zu gehen. Die letzten Wochen der Genfer Konferenz waren überschattet von der Gewissheit, dass sich die Verhandlungen allmählich auf die höhere Ebene hinaufschraubten. Vizepräsident Nixon besuchte im Hochsommer Russland, Chruschtschow im September Amerika. Der «Geist von Camp David» wurde geboren und führte zur Pariser Gipfelkonferenz, auf der Eisenhower, wie seine U2, bruchlandete.

Das deutsche Problem war nicht zuletzt eine strategische Frage. Im Dezember 1957 hatte die NATO entschieden, ihre Streitkräfte mit taktischen Atomwaffen auszurüsten, um so die numerische Unterlegenheit gegenüber russischen Divisionen wettzumachen. Ein weiterer Beschluss besagte, dass in verschiedenen Ländern Europas Raketenbasen geschaffen werden sollten. Griechenland, Türkei, Italien waren die bevorzugten

Standorte. Die skandinavischen NATO-Partner hatten die Errichtung von Raketenbasen auf ihrem Territorium abgelehnt. Im Herbst 1959 entstanden in Griechenland solche Schwierigkeiten, dass der Weiterbau an den Raketenbasen eingestellt wurde. Die bevorstehende Einsatzbereitschaft der interkontinentalen Raketen warf ihren Schatten voraus. Die europäischen Stützpunkte begannen für die Amerikaner an Wert zu verlieren. Eine neue Schule von «Verteidigungswissenschaftlern» gewann immer mehr an Boden, die die von John von Neumann, einem mathematischen Genie aus Ungarn, entwickelte «Spieltheorie» zur Grundlage ihrer Berechnungen machte. Diese Theorie, aus einer wissenschaftlichen Untersuchung des «Pokerns und Bluffens» hervorgegangen, bezog sich auf das Verhalten zweier mit den gleichen Mitteln ausgerüsteter Gegner. Die Berechnungen der Verteidigungswissenschaftler bezogen sich auf das Verhältnis USA – Sowjetunion, «weil es neben den beiden Weltmächten keine anderen grossen Mächte gibt, und zweitens, weil die ganze Welt von deren Entscheidungen abhängt, ohne diese Entscheidungen wesentlich mitbestimmen zu können» (Oskar Morgenstern)[16]. Es ist einleuchtend, dass, als die rationale Auslegung des Handelns der zwei Weltmächte mathematische Formeln annahm, die nicht immer so rationale Vertretung der Interessen der Verbündeten das Kalkül sprengte und zu einem Störungsfaktor wurde.

Das Jahr 1959 unterwarf zum ersten Male die antikommunistische Bündnispolitik und die antitotalitäre politische Philosophie der Bundesrepublik einer ernsten Belastungsprobe. Es war ungewiss, wie sie auf die Herausforderung, die ihr die Weltlage stellte, antworten würde. Sie antwortete mit einem panischen Ausbruch ins Irrationale. Eine Frage war gestellt, die Antwort überstieg die Kräfte, es blieb der Kopfsprung aus dem offenen Fenster, genannt «Bewältigung der Vergangenheit». Schon die Krise um die Nachfolge des Bundespräsidenten Heuss im Frühsommer 1959 hatte nicht nur zu leidenschaftlichen Gefühlsausbrüchen der veröffentlichten Mei-

nung und der liberalen Öffentlichkeit gegen Bundeskanzler Adenauer geführt, sondern auch innerhalb der CDU eine Fraktion ans Tageslicht treten lassen, die unter dem Abgeordneten Bucerius (Zeit – Stern) und dem neoliberalen Professor Böhm von einem Kanzlerwechsel sprach, aber einen Wechsel der Politik meinte. Die folgenreichen Deutschlandpläne der SPD und FDP stellten sich nun als weit weniger interessant heraus als Fragen des (angeblichen) politischen Stils, die einer beiderseits des Atlantik bekannten Journalistin nach eigener Aussage die Schamröte ins Gesicht trieben.

Der Durchbruch des Irrationalen auf breiter Front folgte in den Weihnachtstagen 1959. Anlass war, dass zwei Burschen an die Aussenmauer der Kölner Synagoge antisemitische Parolen angeschmiert hatten. Der Vorfall wäre einige Jahre früher mit Seife und Wasser bereinigt worden – jetzt genügte er, um einen Gefühlssturm ohnegleichen zu entfachen. Eine Stampede von Politikern und Verbänden setzte ein, die sich alle von dem Vorfall als erste distanzieren wollten. Die Suche nach Hintermännern begann. Die Bundesregierung stand dem irrationalen Phänomen der antiantisemitischen Gefühlsausbrüche von Anfang 1960 hilflos gegenüber. Sie führte die Vorfälle auf kommunistische Hintermänner zurück. Sie hatte damit eine Antwort auf die Frage «Cui bono?» zu geben versucht, aber die Träger der Bewegung und die unterschwellige Dialektik, die die irrationalen Einbrüche in die deutsche Politik verbindet, verkannt. Kaum ein anderer Hebel wäre geeigneter gewesen, das Zurücklenken in die Konstellationen der Ära Roosevelt einzuleiten als die Konfrontation mit den Hitler'schen Judenverfolgungen. In Deutschland war kaum jemand gewillt, sie zu billigen. Ein jeder legte Wert darauf, selbst mit ihnen in keinerlei Verbindung gebracht zu werden – der Grund für die Stampede der Politiker.

Die Judenverfolgungen Hitlers hatten in den letzten Kriegs jähren eines der stärksten Argumente für die Durchführung der antigermanischen Massnahmen gebildet. Die anti-

antisemitischen Gefühlsausbrüche (aus denen in grösserer Entfernung geschlossen wurde, dass in Deutschland tatsächlich wieder Judenverfolgungen in Gang gekommen wären) weckten alte Erinnerungen und lenkten die Gedanken in die letzten Rooseveltjahre zurück. Je lauter sich die deutsche Öffentlichkeit von den beiden Kölner Schmierern distanzierte, desto weniger wurde ihr abgenommen, dass sich in Deutschland und der Welt etwas geändert habe.

Die Gefühlswelle, die vom Kölner Synagogen-Zwischenfall ausgelöst wurde, ebbte nicht ab. Sie wurde zwar nicht von der Bundesregierung, aber von den Ländern und der Gewalt der Meinung aufgenommen und institutionalisiert. Die «Bewältigung der Vergangenheit», wie die Gefühlswelle nach ihrer Institutionalisierung hiess, wurde vor allem durch die Ständige Konferenz der Kultusminister gelenkt. Am 11.2. 1960 gab die Konferenz neue Richtlinien für die Behandlung der jüngsten Vergangenheit im Geschichtsunterricht heraus. Die politische Bildung auf allen Ebenen wurde forciert. Waren 1949 im Zuge der Ablösung der Strukturreform durch die Gesinnungsreform einige politische Lehrstühle errichtet worden, so wurden jetzt an allen Universitäten und Pädagogischen Hochschulen Lehrstühle für Politische Wissenschaften errichtet. Der Gesinnungsausweis wurde zur wissenschaftlichen Qualifikation.

Mit deutscher Pünktlichkeit hatten die Länder-Justizminister beinahe auf den Tag genau mit dem liberalen Wahlsieg in Amerika und Chruschtschows Berlin-Ultimatum in Ludwigsburg eine Zentralstelle errichtet, die dafür sorgte, dass beinahe zehn Jahre nach dem Ende der alliierten Prozess welle eine neue der deutschen Länder in Gang kam. Des Rätsels Lösung für die Aktivität der Länder ist nicht weit zu suchen. Die Länder standen dem Bund nicht im Sinne der Gewaltenteilung als Länder gegenüber, sondern im Sinne des Parteienstaates als Machtzentren anderer Parteicouleur. Während die SPD 1947 in der Zentrale (dem Frankfurter Wirtschaftsrat) in die Opposition gegangen war, hielt sie sich in den Filialen an

der Macht. Der Kurswechsel, der auf den liberalen Wahlsieg in den Vereinigten Staaten im November 1958 zurückgeht, führte in der Zentrale zu krisenhaften Erscheinungen. Die Filialen blühten auf. Die Aufgabe der Prozess welle wurde von Fritz Bauer[17], dem Generalstaatsanwalt von Hessen, folgendermassen charakterisiert: «Die Prozesse sind ein exemplarischer Teil der seit 1945 viel erörterten ‚re-education'. Die zivilisierte Menschheit ist – wenn es gut geht – einige Jahrtausende alt, vorher waren wir Affen. Wenn wir uns nicht in die Luft sprengen, liegen noch Millionen Jahre vor uns. Die Naziprozesse sollen ein Meilenstein dieser Entwicklung sein, sie zeigen uns, wie nahe wir noch dem Affenstadium sind und wie dünn die Haut der Zivilisation war und ist. Sie wollen zeigen, was Menschsein in Wahrheit bedeuten sollte, und was wir zu lernen haben, wie schwer es auch fällt, den Angeklagten und vielen anderen.» Wohl nie ist einer Justiz eine seltsamere Aufgabe übertragen worden.

Die Machtergreifung des neuen Liberalismus folgte in der Kampagne gegen den Bundesvertriebenenminister Oberländer[18], der sein Amt von 1953-1960 bekleidet hatte. Die Kampagne begann mit der Beschuldigung der «Izvestija», dass Oberländer als Angehöriger des Bataillons «Nachtigall» an den kurz nach Kriegsbeginn in Lemberg verübten Morden (an denen sowohl die Russen, wie die Bevölkerung, wie die Einsatzgruppe C des SD partizipiert hatten), die Verantwortung trage. Die Kampagne wurde von dem nur in Hessen nicht verbotenen VVN (Verband der Verfolgten des Nationalsozialismus), aus dem die meisten nichtkommunistischen Mitglieder ausgeschieden waren, aufgegriffen und mit einer Anzeige an die Ludwigsburger Zentralstelle wegen Mordes an 3'000 Juden weitergegeben. Die Kampagne, die ersatzweise für die Beschuldigung der Lemberger Morde alle Aspekte von Oberländers Leben durchforschte und von der allgemeinen Beschuldigung ehemalig nationalsozialistischer Gesinnung bis zu weiteren Morden im Kaukasus fortschritt, konzentrierte sich schliesslich in einem allgemeinen Charakterverdacht. Die

DDR setzte alle Mittel ein, um mit Braunbuch, Film («Mord in Lemberg») und einem Prozess, in dem Oberländer zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt wurde, das Feuer am Kochen zu halten. Obwohl die Auseinandersetzung mit der gerichtlichen Klärung der Haltlosigkeit der Anschuldigungen und der Rehabilitierung Oberländers durch den Bundestag (auch mit den SPD-Stimmen) endete, gelang es, den Sturz Oberländers herbeizuführen. Es war das erste Mal, dass ein einzelner Minister aus dem Kabinett «herausgeschossen» wurde. Der Sturz Oberländers soll, wie Ziesel unwidersprochen behauptete, dadurch herbeigeführt worden sein, dass ein namhafter SPD-Abgeordneter Adenauer androhte, dass man eine Kampagne gegen Oberländer in Gang setzen werde, die ihn, wenn nicht des Judenmordes, so doch des Antisemitismus beschuldigte. Die Möglichkeit zu dieser Kampagne bot ein Zeitungsbericht aus dem Dritten Reich, der über einen Vortrag referierte, in dem sich Oberländer lobend über die antisemitische Haltung der Landbevölkerung geäussert habe. Die Pointe ist, dass aus dem Zusammenhang hervorgeht, dass der Journalist an Stelle von antibolschewistisch antisemitisch gesetzt hatte. In der Tat war der Sturz Oberländers (das war allen Beteiligten klar) der endgültige Sturz des Antikommunismus. Der DDR-Propagandachef Albert Norden zog mit Recht das Resümee: «Die Entwicklung des Falles Oberländer unterstreicht, dass im Kampf gegen die Verderber Deutschlands das Gesetz des Handelns an die DDR übergegangen ist.» Der SPD-Pressedienst formulierte etwas anders, wenn er meinte, dass es sich um einen «Sieg des Moralischen in der Politik» gehandelt habe.

Die Ära der «Moralpolitik und politischen Moral» (Die Zeit) begann in Deutschland zu dämmern. Moralpolitik hätte innerhalb gewisser Grenzen für Deutschland förderlich sein können, da Moral eine Waffe der Schwachen ist. Eine Moral, wie sie sich im Heimatrecht, im Selbstbestimmungsrecht, im Recht der kleinen Staaten gegenüber den Weltmächten niederschlug, hätte innerhalb der deutschen Politik eine positive

Rolle spielen und diese in eine Weltströmung hineinstellen können, die den deutschen Interessen nicht widersprach. Die Moral, die die Moralpolitiker jedoch meinten, war die des Franklin D. Roosevelt in neuem Gewände. Sie akzeptierte das Moralgefälle zwischen den guten Weltmächten und den bösen Aggressorstaaten, vor allem Deutschland. Die Moral der Vergangenheitsbewältigung führte unter Anerkennung der Ordnung von Jalta zum Versuch, den Nachweis zu erbringen, dass sich die Bundesrepublik in permanenter Selbstreinigung und Wandlung in dieses System hineinzufügen habe. Dass andere Beteiligte dadurch auf den Gedanken gebracht werden konnten, dass die Anerkennung von Jalta gut, die Garantie für ihre Durchführung jedoch nicht den unzuverlässigen Deutschen, sondern den zuverlässigen Grossmächten übertragen werden sollte, lag zu nahe, um im Frühlingssturm einer Gesinnungsära gesehen zu werden.

Die Kampagne gegen Oberländer wäre nicht möglich gewesen, wenn nicht durch den Kölner Synagogenzwischenfall und die durch ihn hervorgerufene Bundestagsdebatte eine Gefühlswelle hervorgerufen worden wäre, die dazu führte, dass wie eine amerikanische Dissertation über «The Nazi ‚Past' in the Communist Cause» schreibt, «das Zusammenspiel der engagierten Kräfte einen in so groteskem Ausmass unfairen und irrationalen Charakter annahm, dass die Normen der staatsbürgerlichen Verantwortung und der politischen Gerechtigkeit an einigen Punkten in der Anti-Oberländer-Kampagne nicht mehr die Grenzen der sinnvollen und annehmbaren Auseinandersetzung der Parteien absteckten.» Es war die Auseinandersetzung um ein Symbol, die stets schärfere Formen annimmt als die Auseinandersetzung um eine Sache, da ein Zurückweichen und das Zugeständnis des Irrtums als Aufgabe der eigenen Gesinnung gewertet wird.

War das Jahr 1960 durch den Oberländer-Prozess charakterisiert, so das Jahr 1961 durch den Eichmann-Prozess. Er verlegte die Vergangenheitsbewältigung auf die internationale Ebene. 500 Korrespondenten aus 40 Ländern wohn-

ten der Eröffnung im April 1961 bei. In Jerusalem tauchten die bekannten, zehn Jahre in Vergessenheit geratenen Namen der antigermanischen Periode wieder auf. Telford Taylor (Sword and Swastica) und Ira Hirschmann (The Embers Still Burn) waren unter den Korrespondenten in Jerusalem, 1960 war das Jahr, in dem der schärfste Vertreter des Antigermanismus William S. Shirer mit Massenauflagen seines Buches über den Aufstieg und Fall des Dritten Reiches wieder in das öffentliche Bewusstsein trat und Louis Nizer erneut zum Bestsellerautor wurde. Auch der aus Nürnberg bekannte Ankläger Kempner sah seine Stunde wiedergekommen. Dass die Gefühlswelle des Eichmannprozesses nicht über der Bundesrepublik (via Staatssekretär Globke) hereinbrach, konnte anscheinend nur durch geheime Waffenlieferungen an Israel, die Anfang 1965 den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den arabischen Ländern im Gefolge hatten, abgewendet werden.

Wenn der «Fall Oberländer» sich (scheinbar) aus der zu bewältigenden Vergangenheit ergab, so fehlte auf den ersten Blick im «Fall Strauss» die Vergangenheitskomponente völlig. Franz Josef Strauss (geb. 1915) war in keiner Weise mit dem Nationalsozialismus in Verbindung zu bringen. Weder sein Studium der alten Sprachen, noch sein Kriegsdienst in der Flak lieferten einschlägige Hinweise. Nach 1945 war er auf der ersten Landesversammlung der CSU in Bamberg aufgetreten und hatte als Repräsentant der Kriegsgeneration gegen die Aufnahme von alten, aus der Weimarer Zeit stammenden Richtungsstreitigkeiten votiert. Und doch ist der «Fall Strauss» nur auf dem Hintergrund der durch Charakterwandlung herbeizuführenden Vergangenheitsbewältigung zu verstehen. Die Kampagne gegen Strauss begann Anfang 1959 mit einer Erklärung von Waldemar von Knöringen, die ihn zum Feind Nr. 1 der SPD abstempelte. Knöringen, der Schöngeist der SPD, war auf die Idee verfallen, die SPD-Politik auf modernen psychologischen Erkenntnissen aufzubauen. Diese legten die Aufstellung von personifizierten Leitbildern nahe,

in denen sich die zu wünschenden und die zu verdammenden Charaktereigenschaften der Deutschen verkörperten. Das positive Leitbild (Carlo Schmid) missriet, das negative jedoch (Franz Josef Strauss) war ein voller Erfolg.

Die Kampagne kulminierte in der Spiegel-Affäre. Die Geschäftsräume des Nachrichtenmagazins «Der Spiegel» wurden am 26. Oktober 1962 zu nächtlicher Stunde wegen Verdachts des vorsätzlichen Landesverrats und der aktiven Bestechung von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt. Einige Redakteure wurden verhaftet. Den Grund lieferte ein Artikel «Bedingt abwehrbereit», der die NATO-Übung Fallex 62 behandelte. Da es sich dabei um eine militärische Frage handelte und der Spiegel Strauss pausenlos persönlich attackiert hatte, vermutete man, dass der Bundesverteidigungsminister hinter der ganzen Aktion stand und einen unbequemen Gegner mundtot machen wollte. Aus dem «Fall Spiegel» wurde unverzüglich ein «Fall Strauss». Die vor dem Hamburger Untersuchungsgefängnis aufziehenden Demonstranten, die «Augstein raus und hinein mit Strauss» riefen, formulierten die Alternative zweier Leitbilder (nur dass an die Stelle Carlo Schmids Rudolf Augstein getreten war). Die Debatten über Pressefreiheit, Geheimnisverrat, parlamentarische Sitten und ministerielle Zuständigkeiten waren nur Vorwand, um die Herrschaft eines Charaktertyps über den anderen zu fordern. Der Gestalt von Franz Josef Strauss wurden jene Charakterzüge zugeschrieben, die für den «autoritären Charakter» bezeichnend waren. Aus Fromms Charakterlehre ist erinnerlich, dass für die sadistische Komponente dieses Charakters das Streben nach Macht, für die masochistische Komponente der mangelnde Freiheitsdrang und die mangelnde Achtung für die Freiheit anderer bezeichnend sein sollen. Beide wurden bei Strauss diagnostiziert. Ihm gegenüber traten als nicht-autoritärer, liberaler Charakter «Der Spiegel» und sein Herausgeber. «Der Spiegel» versucht, wie eine Einzelperson, eine Sprache zu sprechen und bestimmte (individuell gefärbte) Ideen zu vertreten. Diese Ideen gehen darauf hinaus, dass gegen die Macht Miss-

trauen am Platz ist, dass die machtmanipulierende Oberschicht freiheitsfeindlich ist und dass in der durchgehenden Kritik der bestehenden Zustände so etwas wie eine «schüchterne Ethik» sich ausspricht.

Es kam zur Regierungskrise. Die FDP-Minister traten zurück, und das vierte Adenauer-Kabinett war gestürzt. Gegen Strauss wurde nach intensivem Suchen ein Telephongespräch über die Fahndung nach einem in Spanien befindlichen Spiegel-Redakteur als geeigneter Hebel gefunden. Er verlor sein Ministeramt. Die «Spiegel-Krise» hat nicht nur die Auflage des Nachrichtenmagazins gewaltig gesteigert, sondern auch den Kampf der Leitbilder eindeutig entschieden. Der Liberalismus hat sich in ihr in den politischen Sattel geschwungen und versucht sich seither in den eigenartigsten Dressurkünsten.

Die zweite Entnazifizierung

Politische Ideen stürzen sich, solange sie lebendig sind, in das Getümmel des Tages. Erst wenn sie abzusterben beginnen, bevorzugen sie die akademische Diskussion. Der neue Liberalismus[19] verliert sich nicht in umständlichen Erwägungen über das Für und Wider theoretischer Positionen, er konzentriert sich auf die «zweite Entnazifizierung». Erfolg oder Misserfolg der zweiten Entnazifizierung werden auch über Erfolg oder Misserfolg des neuen Liberalismus entscheiden. Die zweite Entnazifizierung, die seit 1958/59 in Gang gekommen ist, unterscheidet sich sehr wesentlich von der ersten. Die erste Entnazifizierung umfasste alle Deutschen und rechnete alle Pgs und Mitglieder nationalsozialistischer Gliederungen, alle Stabsoffiziere und zahlreiche weitere Kategorien zu den Betroffenen. Sie scheiterte nicht zuletzt an der ungeheuren Zahl der Fälle.

Die zweite Entnazifizierung ist klüger – sie ist eine Auswahlentnazifizierung. Die Betroffenen der zweiten Entnazi-

fizierung sind die Missliebigen, die Ankläger «selbsternannte Gesinnungspolizisten» (Friedrich Sieburg), das Verfahren ist formlos. Das Verfahren der ersten Entnazifizierung sah vor, dass der Betroffene eine formelle Belastung, die durch seine Mitgliedschaft in dieser oder jener Organisation tatsächlich war, durch Entlastungsgründe, die sich aus seinem praktischen Verhalten ergaben, entkräften konnte. Das Verfahren der zweiten Entnazifizierung besteht darin, dass durch die Publikation von Dokumenten, Zitaten, Vorgängen und (notfalls) akzentuierten Charakterdarstellungen ein «Fall» konstruiert wird. Das Urteil wird gefällt, indem die Vorgesetzten oder Arbeitgeber der Betroffenen entscheiden, ob sie es sich leisten können, diesen zu halten oder nicht. Da die Bundesregierung im «Fall Oberländer» mit denkbar schlechtem Beispiel vorangegangen ist, liegt es nahe, durch Opferung der Angegriffenen die eigene Position aus dem Schussfeld zu rücken.

Es ist schwer begreiflich, wie die völlige Formlosigkeit der zweiten Entnazifizierung mit einem Rechtsstaate, ja überhaupt mit einer Rechtsordnung in Einklang gebracht werden kann. Keiner weiss, ob und wann er betroffen ist. Die Diktatur des Verdachtes schwebt über allen, die im Dritten Reich eine Stellung bekleideten, und über denjenigen, die nicht bereit sind, sich von Missliebigen zu distanzieren. Die Geschichte der zweiten Entnazifizierung kann hier nicht geschrieben werden. Seit ihrem Beginn ist kaum eine Woche vergangen, in der der liberale «Moniteur», «Die Zeit», nicht einen neuen Fall aufgerollt hat. Zur Illustration soll hier der «Fall Pölnitz» dienen. Als Unterlage nehmen wir den in der «Süddeutschen Zeitung» vom 26. 2. 1965 erschienenen Aufsatz «Der rote Pölnitz – leicht angebräunt. – Alte Schriften des Gründungsrektors der Regensburger Universität werden ans Tageslicht gezerrt.» In ihm heisst es: «Ein guter Teil der Vergangenheit von Pölnitz war nämlich ebenso wie die Vergangenheit von Maunz (dem vom gleichen Kreis abgeschossenen bayrischen Kultusminister, d. V.) lange bekannt, und man hat ihn in beiden

Fällen jahrelang hingenommen.» (Die Aufnahme des Verfahrens in der zweiten Entnazifizierung liegt also im Belieben der selbsternannten Gesinnungswarte.) «Nur wenn sein Freund Ministerialrat von Elmenau in der Hochschulabteilung des Kultusministeriums die Sehnsucht zu erkennen gab, den eleganten Standesgenossen etwa gar zum Nachfolger eines Historikers vom Range eines Franz Schnabel auf dem Münchner Lehrstuhl für Geschichte zu haben, bekam er diskrete Warnungen.» (Über die Besetzung historischer Lehrstühle entscheiden in der zweiten Entnazifizierung diejenigen, die über die Möglichkeit verfügen und die Absicht erkennen lassen, «Fälle» aufzuziehen.) «Dass der Fall jetzt von der Humanistischen Union aufgerollt wurde, hängt wohl damit zusammen, dass die Befürchtung aufkam, unter einem solchen ‚Gründungsrektor' werde die neue Universität an der Donau einen feudal-konservativen antidemokratischen Anstrich bekommen, etwa gar eine Art vergrösserter Abendländischer Akademie usw. usw.» (Die zweite Entnazifizierung findet also statt, wenn jemand der von liberaler Seite angestrebten Personalpolitik im Wege steht. Daraus folgt aber auch, dass die Möglichkeit der Entlastung darin besteht, dass der «Belastete» zu erkennen gibt, dass er den Wünschen seiner Ankläger in Zukunft nachkommen will.)

Schon die erste Entnazifizierung richtete sich nicht gegen einen Personenkreis, der eindeutig nationalsozialistisch war (also die Parteiführer), sondern gleichrangig auch gegen «Militaristen» und nebenher gegen bestimmte andere Gruppen wie Industrielle, Beamte, Nationalisten, die bürgerliche Oberschicht in akademischen Führungspositionen usw. Diese Gruppen wurden inkriminiert, da gewisse Vorstellungen über das Entstehen des Dritten Reiches und die Machtverteilung in ihm ihnen eine massgebliche Rolle zuschieben. Das Absehen von der eigentlichen Parteiführung tritt in der zweiten Entnazifizierung noch stärker zutage. Die Konstruktion von Beziehungen zum Dritten Reich ist oft nur noch der werbewirksame Aufhänger, der das Vorgehen gegen nicht

konforme Gruppen erleichtern soll. Der Radius dieser Gruppen spannt sich von der genannten Abendländischen Akademie über die Vertriebenenverbände, die Antikommunisten, den «phantastischen Realismus» und andere missliebige Kunstschulen, die studentischen Korporationen bis zu den Besitzern von Gartenzwergen und den Lesern von Carl Schmitt.

Die Konstruktion von Zusammenhängen zwischen Nationalsozialismus und anderen Stömungen, die ein Ausgreifen der zweiten Entnazifizierung in alle möglichen Richtungen rechtfertigen soll, hat seit 1958/59 eine ganze Literatur hervorgebracht. Als Beispiele seien die Werke dreier nicht einflussloser Publizisten herausgegriffen. Paul Hühnerfeld (geb. 1926, Redakteur der «Zeit»), Hermann Glaser (Kultur- und Schulreferent der Stadt Nürnberg) und Harry Pross (geb. 1923, Chefredakteur des Senders Bremen) gehören alle zur Generation, die nicht mehr durch die Richtungsstreitigkeiten der Weimarer Zeit bestimmt wird.

Paul Hühnerfeld handelte im Sinne einer zweiten Entnazifizierung in seiner Schrift «In Sachen Heidegger – Versuch über ein deutsches Genie» über den bekanntesten deutschen Philosophen. Heidegger wurde (in der ersten Entnazifizierung) von den Franzosen von seinem Freiburger Lehrstuhl entfernt, in den 50er Jahren zwar nicht wieder eingesetzt, aber in der Gegenwelle ordnungsgemäss emeritiert, und nun (in der zweiten Entnazifizierung) von Hühnerfeld und anderen erneut belastet. «Hitlerscher Faschismus und Heideggersche Philosophie», stellte Hühnerfeld fest, «haben eine grosse gemeinsame Wurzel: den deutschen Irrationalismus des neunzehnten Jahrhunderts.» Damit wäre zunächst über Hitler der Irrationalismus belastet, über den Irrationalismus wieder Heidegger. «In den Nationalsozialisten stellte das missgeleitete Deutschland seine skrupelloseste Massenbewegung, in Heidegger sein subtilstes Genie.» Seine Provinzialität verbinde den Philosophen mit dem deutschen Faschismus. Dieser «entstammt deutschem kleinbürgerlichen Lebensbezug, auf Plüsch ersonnen und in den Gasöfen von Auschwitz und The-

resienstadt (sic) praktiziert.» «Was da freilich auf Plüsch ausgedacht war, kam nicht von ungefähr...» Hühnerfeld schliesst: «Es ging darum, in seiner Existenz einige Eigenarten deutschen Genies, einige Gefahren deutschen Wesens aufzuzeigen. Insofern ging es nicht einmal mehr um Martin Heidegger. Wir Deutschen sollten aus der Zeit heraus sein, wo nationale Unreife es mit sich brachte, dass die Schilderung unserer Fehler ausländischen Beobachtern überlassen blieb. Fehlentwicklungen unserer Gefühle und unseres Denkens haben in den letzten fünfzig Jahren zu zwei Katastrophen geführt, die nicht nur uns, sondern andere Völker mitbetroffen haben.»

Harry Pross handelte über die «Zerstörung der deutschen Politik» 1871-1933, die in den verschiedenen kulturellen und politischen Strömungen des Bürgertums im Kaiserreich stattgefunden habe. «Kulturkampf und Sozialistengesetzgebungen haben gerade die Kräfte im Bewusstsein des Durchschnittsdeutschen diskreditiert, die, wie immer man zu ihnen stehen mag, zur Bewältigung der nationalen Krise am meisten hätten beitragen können: die stark religiösen und die der organisierten Arbeiterschaft, die den sozialen Problemen der technischen Zivilisation die angemessensten Lösungen entgegenhielt.» Man dürfe nicht über das «Dritte Reich» die Tendenzen vergessen, «die vor 1933 die deutsche Politik zerstörten und auch heute noch nicht völlig verschwunden sind». Um sie in Vergangenheit und Gegenwart ausfindig zu machen, bedarf es der neuen Wissenschaft der Sozialpathologie, die Harry Pross in seinem Band «Vor und nach Hitler» begründet. Als erstes Forschungsergebnis kann er in ihm auf die Entdeckung des «Faschismus der dicken Bäuche» verweisen, der die Bundesrepublik charakterisiere und der sich anscheinend statt «angemessenster Lösungen» lieber eine Kalbshaxe «entgegenhalten» lässt.

Eine sozialpathologische Schrift liegt aus der Feder von Hermann Glaser, einem kulturellen Spitzenfunktionär der SPD, vor. Bei ihm liest man: «Die These wird aufgestellt und soll bewiesen werden, dass die ‚Geschichte’ des offiziellen deutschen

Geistes innerhalb der letzten eineinhalb Jahrhunderte keine Entwicklung brachte, sondern einem monotonen Rotieren um gleichbleibende ideologische Verzerrungen und Lebenslügen glich: Fichte (1762-1814, d. V.) als NS-Professor, Menzel (1798-1873, d. V.) als neudeutscher Studentenführer, Jahn (1778-1852) als Reichssportführer, aber auch Hitler als Gartenlaubenautor oder Rassen-Ganghofer, Rosenberg als Wagner-Epigone, Göbbels als eine Art Wilhelm II.» Glaser klagt den Kleinbürger an, und zwar den deutschen, da «kleinbürgerliches Wesen und Verhalten bei anderen Nationen nie dieses Ausmass wie in Deutschland angenommen hat». Aber auch die Oberschicht, die vom Kleinbürgertum als Autorität angesehen wurde, hat «ungeheuerliche Schuld» auf sich geladen, denn «wer sich als Stütze der Gesellschaft erwies, als ‚untertäniger'Richter, Pfarrer, Offizier, Beamter, Professor, Lehrer, Journalist, ist anzuklagen». Wer ist dieser (deutsche) Kleinbürger? «Der Kleinbürger ist asozial: ihm ist der Mitmensch Menschenmaterial, manipulierbarer, verwertbarer Gegenstand. Der Spiesser verdrängt in sich die Menschlichkeit; sein Intimbereich offenbart heillose innere Leere: die Geliebte ist als Mädel Geschlechtstier, die deutsche Frau Gebärmaschine; über der Familie thront der Mann als heldischer Patriarch.» «Die Gartenlaube war überhaupt an der Entwürdigung und Verdummung der deutschen Frau massgeblich beteiligt.» «Gänsen und Juden von Fall zu Fall den Hals umdrehen, gesunde blondsträhnige Kinder mit gebärfreudigen Frauen zeugen, hoch auf dem Erntewagen des Jahres Frucht einbringen, im milden Mondenschein mit den kecken Maiden scherzen – das entsprach dem Wunschbild des pangermanischen Sadisten» («Spiesser-Ideologie», S. 144).

«Deutsche ‚Sauberkeit' hatte man seit den Tagen des Turnvaters Jahn mit heiligem Eifer verfochten; ‚Obszönität' (‚undeutsche' Geschlechtlichkeit und Sinnlichkeit) mit Entrüstung von sich gewiesen. Den aus einer derartigen Verdrängung und Tabuisierung der Triebwelt aufsteigenden Komplexen und perversen Abreaktionen hätte man nur durch

‚Erhellung' seiner selbst und der umgebenden Sozialwelt erfolgreich zu Leibe rücken können.» Man erhellte jedoch nicht, sondern bewunderte Bismarck. «Bismarck war das Idol des deutschen Kleinbürgertums, da er von einem brutalen und persönlichen Machtstreben geprägt war, sich über Rechts- und Verfassungsfragen hinwegsetzte, junkerliche Überheblichkeit an den Tag legte und Politik als Taktik und nicht als Ethos betrieb.» Doch heute sind wir glücklich über Bismarck hinaus und betreiben Politik als Ethos. «Mit Aufatmen sehen wir die Konturen einer sittlichen Renaissance vor uns (das Buch erschien 1964 d. V.); mit Beklemmung registrierten wir, dass Wesenszüge des deutschen Spiessertums ‚in alter Frische' sich erhalten haben.» (Sonst wären die Liberalen ja arbeitslos d. V.) Kurz und gut: «Die politische Anthropologie bedarf der Sozialpathologie. Die deutsche Ideologienneurose ist noch nicht geheilt.» Uns deucht, die Sozialpathologie ist just jene Krankheit, auf deren Heilung sie so erpicht ist.

Es sind zwei Motive, in denen sich der kompositorische Einfallsreichtum des neuen Liberalismus erschöpft. Das eine Motiv variiert das moralische Gefälle, das zwischen Deutschen und Nichtdeutschen bestehen soll. Es lehnt ab, was spezifisch deutscher Natur und deutscher Provenienz ist. Es schwelgt in der «Schilderung unserer Fehler» (Paul Hühnerfeld) und zieht eine gewisse Genugtuung aus der maximalen Anhäufung von Schuld. In ihm nimmt die verspätete Rezeption des Antigermanismus die Form des Selbsthasses an und entwickelt einen schüchternen Stolz auf die puristische Strenge der Abrechnung mit der eigenen Vergangenheit und Gegenwart.

Das andere Motiv behauptet den Zusammenhang abstossender Greuel mit Denk-, Lebens- und Charakterformen der bürgerlichen, konservativen oder aufklärungsfeindlichen Traditionen. Durch eben diesen behaupteten Zusammenhang seien diese Traditionen für immer disqualifiziert. Die Einführung unbürgerlicher, liberaler und aufklärender Denk-, Lebens- und Charakterformen soll die Wiederholung der Greuel verhindern. Dieses Motiv rezipiert weniger den Anti-

germanismus, als die psychologische Schule der Charakterreform, die ja nicht nur den Deutschen, sondern der ganzen modernen Entwicklung gegenüber kritisch eingestellt war. Andererseits fliesst die psychologische Kritik des modernen Menschen oft in eine marxistische oder wissens-soziologische Kritik der bürgerlichen Gesellschaft hinüber, wie sie in den letzten Jahren an den westdeutschen Universitäten immer mehr um sich greift. Der Verweis auf das Dritte Reich ist ein unerlässliches Beweisstück im Rahmen einer Logik, die mit Assoziationen, Ideosynkrasien und Betroffensein arbeitet. Die intendierte Abkehr von der Vergangenheit führt immer tiefer in die Verstrickung mit ihr hinein. Längst verkohlte Gestalten werden plötzlich mit harmlosen Passanten identifiziert. Einer Hydra gleich wachsen in dem Gesichtskreis der Vergangenheitsbewältiger dem geschlagenen Dritten Reich immer neue Köpfe.

Das Innenleben sei jedermanns ureigenste Angelegenheit. Aber das Staats wesen ist seiner Natur nach der Belastung durch offene und verkappte Gesinnungskämpfe nicht gewachsen, sobald ein bestimmtes Mass überschritten ist. Eine ähnliche Lage ist aus den französischen Religionskriegen des 16. Jahrhunderts bekannt. So hielt Loisel 1582 in Agen eine Rede über die Beendigung des religiösen Bürgerkriegs[20]. Weder die private Rache, die nicht zu begrenzen sei, noch die öffentliche Rache, die die Kräfte der Justiz übersteige und den Staat schwäche, seien geeignet, den inneren Frieden herzustellen. Es bleibe die Durchführung einer Amnestie durch gegenseitiges Verzeihen (pardon) oder Vergessen (oubliance). Ein Verzeihen sei unmöglich, da jeder sich im Recht glaube und über das Vorgefallene neuer Streit aufkäme. Es bleibe das Vergessen: «n’en parler, et n’y penser jamais.» Statt ständig in der Vergangenheit herumzuwühlen, sei es besser, das Te-Deum zu singen und Gott über alles zu preisen. In die Freudenfeier sollten «Tous les papiers mémoires et instructions de nos divisions et furies passées ...» wandern. Vergehen gegen die Amnestie, insbesondere das neue Auf rühren der Vergangenheit, müssten als Störung der öffentlichen Ordnung unter

Strafe gestellt werden. Die zitierte Rede wurde 20 Jahre nach dem Beginn des ersten der französischen Religionskriege gehalten. Der Versuch, den religiösen Bürgerkrieg zu beenden, ist charakteristisch für eine Gruppe von Männern, die von ihren Gegnern als die «politiques» beschimpft wurden, da sie die Interessen des Gemeinwesens über die der religiösen «Sauberkeit» stellten. Dem Versuch, den religiösen Bürgerkrieg durch Vergessen zu beenden, steht der Versuch, ihn durch Nichtvergessen neu zu entfachen, gegenüber.

Dieser Versuch, der sich seit 1958/59 in Deutschland Bahn bricht, hat den Bannkreis von kleinen Gesinnungs-Konventikeln längst überschritten. Der berufenste Sprecher des ganzen Volkes, Bundespräsident Lübke, hat sich an die Spitze derer gestellt, die das Nicht-Vergessen zur Staatsräson erheben wollten. Am 25. April 1965 sagte er unter anderem: «Das Ansehen Deutschlands leidet Schaden, wenn wir unsere Bereitschaft zur Selbstreinigung nicht durch die Tat beweisen. Alle müssten wir dabei helfen, denn ein Haus bietet keine gesunde Wohnmöglichkeit, wenn nur die Zimmer auf der ersten Etage in Sauberkeit erstrahlen, während im Keller und auf dem Boden noch der Unrat modert. Es gibt keine Koexistenz mit dem Unrat. Wer heute die geschichtliche und politische Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und seinen Untaten abbrechen will, breitet lediglich eine Decke über den Schmutz, die es aber nicht verhindern wird, dass der Fäulnisprozess unter ihr weitergeht und nach und nach die ganze Atmosphäre vergiftet.» Es ist ein Aufruf zur Säuberung, für den charakteristisch ist, dass er auch nicht eine Überlegung zum Verfahren enthält, in dem die «Auseinandersetzung» abgewickelt werden soll. Sei es, dass eine bestimmte Atmosphäre erzeugt werden soll, die sich dann in Politik, Recht und Geschichtsschreibung von selbst Geltung verschaffe, sei es, dass vermeint wird, dass sich die Auseinandersetzung mit einer 20 Jahre zurückliegenden Vergangenheit von selbst auf die Diskriminierung des Personenkreises beschränkt, der in dieser Vergangenheit eine Rolle gespielt hat, es bleibt gefährlich,

von Staats wegen zu «Auseinandersetzungen» aufzurufen, und doppelt gefährlich, dies zu tun, ohne sich über die Modalitäten Gedanken zu machen, die in dieser Auseinandersetzung eingehalten werden sollen.

In dem französischen Beispiel waren es die «Prädikanten», die zu Säuberungen aufriefen, die Staatsmänner, die sie beendenwollten. «Säuberung» gehört zu einem Begriffskreis, der lat. purus – rein entspricht und sich in Dantes purgatorio, in der französischen épuration (1944) und dem japanischen purge (1945) niedergeschlagen hat. Die Säuberung kann sich ebenso in den Revolutionstribunalen eines Robespierre wie in der Reinerhaltung der kleinbürgerlichen «Guten Stube» betätigen. Werden die Formen, in der eine Säuberung vorgenommen werden soll, nicht auf das Genaueste umgrenzt, kann es passieren, dass die «Gute Stube» saubergeputzt werden sollte, aber plötzlich in ihr ein Revolutionstribunal Platz genommen hat.

Das Dilemma des Liberalismus

Seit den ausgehenden fünfziger Jahren, seit dem demokratisch-liberalen Wahlsieg vom Herbst 1958 und Chruschtschows Berlin-Ultimatum haben sich die innenpolitischen Gewichte in der Bundesrepublik rasch verschoben. Innerhalb weniger Jahre ist ein kraftvoller Liberalismus auf getreten, der nicht mehr das Wort «Freiheit» oder gar «Freie Wirtschaft» auf seine Fahne schreibt, sondern «Entspannung», «Bewegung», «Humanismus», «politische Moral und Moralpolitik». Entspannt werden sollen die Beziehungen zu den kommunistisch regierten Staaten (und zwar nicht nur auf der Ebene der Regierungspolitik, sondern auch auf der der Meinungspolitik), bewegt werden sollen die «erstarrten Fronten» des Kalten Krieges, «Humanismus» ist das Schlagwort für das Wiederaufleben der den Aufbruch zur «einen Welt» begleitenden

Theorien psychologischer, anthropologischer und soziologischer Provenienz[21] «politische Moral und Moralpolitik» sollen das Mittel sein, mit dem eine bessere Welt ins Leben gesetzt wird. Auf die Politik wird eine altruistische Ethik angewandt, die zwar nichts weniger vorhat, als den Nächsten zu lieben, falls dieser anderer Gesinnung sein sollte, die aber doch jene Folgerungen zu überspringen vermag, die sich aus dem Gebot der Selbsterhaltung und der der menschlichen Natur eigentümlichen Begrenztheit ergeben.

Aus den verschwiegenen Winkeln soziologischer Seminare, avantgardistischer Literaturzeitschriften und Zirkeln von Brecht-Enthusiasten hat sich eine Gesinnungsbewegung erhoben, der die beamteten Staatsdiener und die Männer, die die Wirtschaft und damit die Bundesrepublik zusammen halten, hilflos gegenüberstehen. Sie verweisen wohl auf den Antitotalitarismus, der so etwas wie die Staatsphilosophie der Bundesrepublik darstellt. Sie vermeinen vielleicht, dass auch der neue Liberalismus die Freiheit auf seine Fahnen geschrieben habe. Aber auch Roosevelt war für die Freiheit und ziemlich antitotalitär. Der Antitotalitarismus war eine künstliche Synthese, ein Intellektuellenglaube, der sich ebenso zum Antikommunismus des Kalten Krieges fort-, wie zum Antifaschismus des Zweiten Weltkriegs zurückentwickeln konnte. Die Kraft, die Fahrt auf einer Rutschbahn abzustoppen, besass er nicht.

Die apertura a sinistra kann mancherlei Formen annehmen. In Deutschland hat sie die Form einer Vergangenheitsbewältigung angenommen, weil nur die Berufung auf deutsche Schuld in der Vergangenheit ein Hinwegschreiten über die deutschen Interessen in der Gegenwart rechtfertigen kann. Es bedarf eines Kinderglaubens, um übersehen zu können, dass die Emotionen der Vergangenheitsbewältigung, sofern sie halbwegs ehrlich sind, aus fleischfarbenen Gesinnungen zunehmend rötliche machen. Wer irgend den Zusammenhang zwischen Vergangenheitsbewältigung und Linksradikalismus zu übersehen geneigt ist, sei eingeladen, den Beitrag von Rolf

Hochhuth «Klassenkampf» in Hans Werner Richters «Plädoyer für eine neue Regierung» (Rowohlt 1965)zu lesen. Eine mehr oder minder vorsichtige Annäherung an einen (natürlich entstalinisierten) Kommunismus gehört zum Mitte-Links-Block wie Tucholsky zum Kabarett. Auch auf offizieller Ebene führt die Vergangenheitsbewältigung zu einer Überprüfung der Stellungnahme zum Kommunismus. Nicht uninteressant ist hier die zitierte Rede des Bundespräsidenten Lübke. Er sagte: «Wir wären des Opfers dieser und aller Kämpfer gegen Unrecht und Gewaltherrschaft nicht wert, fühlten wir uns heute nicht verpflichtet, zu Ende zu führen, was sie vollbringen wollten. So verschieden ihre politischen Anschauungen auch gewesen sein mögen, sie waren sich einig in dem Bemühen, den deutschen Staat wieder auf den Boden des Rechts zurückzuführen und den Menschen die Möglichkeit zu geben, in Würde und Freiheit zu leben. Ich schliesse in diese Worte auch Frauen und Männer ein, die aus der kommunistischen Bewegung kamen; denn viele von ihnen hat die unmittelbare Begegnung mit der totalitären Herrschaft zum Nachdenken gebracht und geläutert.» In dieser Rede kommt die Mehrdeutigkeit der Vergangenheitsbewältigung ans Tageslicht. Man kann die zitierten Sätze ebenso antitotalitär deuten (Kommunisten, die sich vom Kommunismus abgekehrt haben, sind uns willkommen) wie im Sinne einer Volksfront (wir sind zuvörderst den Konzentrationslagerhäftlingen und Antifaschisten verpflichtet; die Kommunisten hatten unter beiden den wesentlichsten Anteil; was die Opfer des Nationalsozialismus vollbringen wollten, war eine Volksfront unter Einschluss der Kommunisten, die herzustellen moralische Verpflichtung ist).

Die Kommunisten kennen zwei Formen des Zusammengehens mit anderen Richtungen, die Einheitsfront und die Volksfront. Die Einheitsfront ist ein Zusammengehen der Kommunisten mit ihnen ideologisch nahestehenden Gruppen und Parteien, um eine aus dem marxistischen Programm abgeleitete Politik zu vertreten. Die Sozialistische Einheitspartei

(SED) etwa ist ein Zusammenschluss von ehemaligen KPD-, SPD- und SAP-Mitgliedern auf Grund eines marxistischen Programms. Die Volksfront hingegen verzichtet auf ein marxistisches Programm. Sie verbindet die Kommunisten mit allen jenen, die mit ihnen einen gemeinsamen Feind besitzen, ausschliesslich zur Bekämpfung dieses Feindes. Das klassische Beispiel der Volksfrontpolitik ist die Entwicklung im Spanischen Bürgerkrieg (1936-1939), sowohl in Spanien selbst wie im Ausland. Eine Volksfront ist umso erfolgreicher, je unmarxistischer, je unproletarischer und je unsozialistischer es in ihr zugeht. Die gefährlichsten Gegner der Volksfront sind doktrinäre Revolutionäre, denen gegenüber der weiche Kurs mit härtesten Mitteln durchgesetzt werden muss. Die meisten aktiven Exkommunisten sind während der Volksfrontperiode ausgeschiedene Intransingente.

Die äussere Erscheinung einer Volksfront ist eine gänzlich andere als die einer Einheitsfront. War die proletarische Einheitsfront die eifrigste Pflegerin proletarischer Traditionen, der Symbole, Gefühlswerte und Lieder der Emanzipationsbewegung des Vierten Standes, tauchte sie die politische Landschaft in ein flammendes Rot, ballte sie bei jeder Gelegenheit die Fäuste und reckte die starken Arme, die alle Räder stille stehen liessen, so gleicht die Volksfront mehr einer Rotarier-Versammlung. Statt zur Strassenschlacht, zieht man zum Bankett in das erste Hotel der Stadt. Kommittees werden gebildet, in denen möglichst eine Gräfin, ein Bischof und diverse Namen der gelehrten Welt vertreten sein müssen. Von Freiheit ist viel die Rede. Die Kommunisten dienen selbstlos und unscheinbar in Programmausschüssen und bei der Erledigung der Schreibarbeit.

In der Bundesrepublik ist die Bildung einer stillen Volksfront durch das Verbot der KPD nicht erschwert, sondern erleichtert worden. Seit dem Spruch des Bundesverfassungsgerichtes im Jahre 1957 ist es für den politisch interessierten Westdeutschen nicht mehr ohne Weiteres möglich, sich über die Parteilinie der Kommunisten auf dem Laufenden zu

halten. Seit diesem Zeitpunkt sind die Liberalen nicht mehr genötigt, bestimmte Argumente zu unterlassen und sich von bestimmten Aktionen zu distanzieren, weil diese Argumente und Aktionen in kommunistischer Erbpacht sind. Der Liberalismus ist seither nach links unbegrenzt manövrierfähig geworden. Wenn der «hirnlose Antikommunismus von 1955» nicht mehr existent ist, wie Carl Amery freudig festgestellt hat, so ist das auch eine Folge des KPD-Verbotes. Die Volksfront in der Bundesrepublik wird von Kommunisten und Liberalen mit der Taktik des getrennt Marschierens, vereint Schlagens und sich nicht Grüssens geführt. In allen bisherigen politischen Schlachten von «Oberländer» bis «Notstand» hat sich diese Taktik glänzend bewährt.

Die Volksfront macht nicht den Fehler, eine gemeinsame zukünftige Ordnung zu entwerfen, sondern konzentriert sich auf die Bekämpfung eines Gegners. Wer ist der Gegner? Es gibt keinen Zweifel, dass der Gegner der russisch geführten Kommunisten jede nicht kommunistisch kontrollierte effektive Machtkonzentration im russischen Vorfeld ist. Ihr Gegner ist ebenso das atlantische Verteidigungsbündnis wie jede Staatsgewalt, die Herr im eigenen Hause ist und über die Mittel verfügt, sich effektiv moralisch, militärisch und wirtschaftlich zu verteidigen. Hier ist der Punkt, wo sich unsere Liberalen in die Volksfront einfügen. Sie sind Gegner jeder nichtkommunistisch kontrollierten Machtkonzentration, nicht etwa, weil sie für kommunistisch kontrollierte Machtkonzentrationen sind, sondern weil sie überhaupt gegen jede Machtkonzentration sind. Wenn Arnold Gehlen feststellte: «Zahllose Personen sind mit allen Mitteln der Meinungsmache öffentlich bemüht, allem, was irgendwie noch steht, das Mark aus den Knochen zu blasen», so tun die Personen dies (meist) nicht in einem östlichen Auftrag, sondern als Ausfluss ihrer liberalen Weltanschauung, deren Stärke darin besteht, dass sie zu wenig zum Gegenstand systematischer Betrachtung gemacht wird. Hatte einst die Morgenthau-Schule in Deutschland ein wirtschaftliches Chaos in Kauf nehmen wollen, wenn dieses die

Folge von den durch die antigermanische Ideologie gebotenen Massnahmen wäre, so ist bei den liberalen Moralpolitikern unserer Tage das gleiche Absehen von den Konsequenzen ihrer Kampagnen zu beobachten.

Jede Bewegung hat ihre Stärken und ihre Schwächen, die den Mitteln entspringen, welche ihr ihrer Natur nach zur Verfügung stehen. Dem Liberalismus stehen seit seiner Abkehr vom Volke nur jene Mittel zur Verfügung, über die der zahlenmässig begrenzte Kreis der reformierten Charaktere gebietet. Es sind Mittel der Meinungssteuerung, der Erziehung und der Gesinnungskontrolle in Staat und Kultur. Der Liberalismus bleibt der Rolle des Famulus Wagner im «Faust» verhaftet, der sich verpflichtet glaubt, die Welt durch Überredung zu leiten, der aber sehr wohl fühlt, wie sehr er von dieser Welt geschieden ist. Der Elfenbeinturm bleibt ein Elfenbeinturm, auch wenn seine Steine als Wurfgeschosse verwendet werden. Der Absage an das Volk, wie es ist, zugunsten des Volkes, wie es sein würde, wenn sich die menschliche Natur nach liberalem Rezepte ummodeln liesse, entspringen die merkwürdigen und teilweise grotesken Auswüchse des deutschen Liberalismus. Der Verlust der Fühlung mit dem Volke bringt den Verlust der Fähigkeit mit sich, sich an der politischen Realität zu orientieren! An ihre Stelle tritt die Orientierung am autonom gewordenen Wort. Das politische Verhalten folgt rhetorischen Gesetzen.

Die Frage ist, wer den Liberalismus beerbt, denn das Schicksal auch psychologisch ausgetüftelter und rhetorisch glänzend präsentierter Kartenhäuser ist bekannt. Noch lässt sich die Natur des Menschen nicht zu beliebiger Verwendung umbauen; dazu wären unsere sentimentalen Liberalen auch nervlich gar nicht in der Lage. Und doch wird, wenn die Wasser der liberalen Sturmflut sich verlaufen haben werden, als grosses Problem Zurückbleiben, dass es nunmehr nicht ausgeschlossen ist, die Menschen mittels sozialpsychologischer Techniken zu beliebigen Zwecken, auf ihnen undurchsichtige Weise und zu ihnen unbekannten Zielen hin zu steuern. Das Wissen um

diese Möglichkeit wird auf dem Teil der Menschheit, der sich mit den intellektuellen Planern nicht identifiziert, wie ein Alptraum lasten.

Anmerkungen

Vorwort

1 *Besatzungsgeschichte*. Die amerikanischen Besatzungsbehörden haben von Anfang an Bausteine für eine spätere Besatzungsgeschichtsschreibung durch An fertigen von Historical Reports bereitgestellt. Aus ihnen ist die Serie der Historical Monographs of the Office of US. High Commissioner for Germany hervorgegangen, die von G. A. Lee im Guide to Studies of the Historical Division of the Office of the U.S. High Commissioner, 1953, beschrieben wurde. Auf dieser Serie baut die (inoffizielle) Arbeit des ehemaligen Chefhistorikers des Hohen Kommissars Harold Zink: The United States in Germany 1944-1955, New York 1957, auf. Eine offizielle Arbeit der Armee ist Oliver J. Frederiksen: The American Military Occupation of Germany 1945-1953, 1953. Die in der Militärregierung verwendeten Professoren der Politischen Wissenschaften haben sich frühzeitig bemüht, durch Aufsätze und Sammelbände die Deutung des Geschehens zu beeinflussen, so E. H. Litchfield: Governing Post-War Germany, Ithaca 1953, und Carl J. Friedrich: American Experiences in Military Government in World War II, New York 1948, auch Bd. 267 der von der American Academy of Political and Social Science herausgegebenen «Annals», 1950. Seither hat eine Anzahl ehemaliger Besatzungsoffiziere ihre deutschen Erfahrungen in Dissertationen interpretiert. Eine interessante Ergänzung bilden die Schriften von Besatzungsangehörigen, die in den Osten übergegangen sind: George S. Wheeler: Die amerikanische Politik in Deutschland (1945-1950), Berlin 1958; Arthur D. Kahn: Betrayal. Our Occupation of Germany, Warschau (1950); Cedric Beifrage: Seeds of Destruction. The Truth about the U.S. Occupation of Germany, New York 1954. Auch von Seiten der DDR-Historiker werden Untersuchungen über die Besatzungsgeschichte in Westdeutschland angefertigt, die ebenso unerlässlich sind wie die in der Bundesrepublik erschienene Literatur über Mitteldeutschland. In beiden Fällen ist der polemische Gesichtswinkel objektiver als der apologetische.

Memoiren schrieben Lucius D. Clay (Decision in Germany, Garden City 1950), sein politischer Berater Robert Murphy (Diplomat Among Warriors, Garden City 1964), der Kommandant von Berlin Frank Leo Howley (Berlin Command, New York 1950) und der Direktor der Militärregierung von Bayern George N. Shuster (Mein Lebensweg, Frankfurt 1965). Dokumentensammlungen sind Germany 1947-1949: The Story in Documents, Washington 1950, und Occupation of Ger-

many: Policy and Progress 1945-1946, Washington 1947, Beate Ruhm von Oppen: Documents on Germany under Occupation 1945-1954, London 1955, und James K. Pollock und James H. Meisel: Germany under Occupation: Illustrative Materials and Documents, Ann Arbor 1947. Von deutscher Seite ist die Besatzungsgeschichte behandelt worden von Ernst Deuerlein: Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg 1945-1955 in: Handbuch der Deutschen Geschichte von Brandt-Meyer-Just, Elmar Krautkrämer: Deutsche Geschichte nach dem zweiten Weltkrieg, Hildesheim 1962, Theo Stammen: Einigkeit und Recht und Freiheit – Westdeutsche Innenpolitik 1945-1955. Eine vorzügliche Darstellung des amerikanischen Deutschlandbildes ist Christine M. Totten: Deutschland – Soll und Haben, München 1964.

2 *Gimbel.* John Gimbel: Die Bedeutung der Besatzungsmacht 1945-1949, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 18 / 65. Der von Gimbel angenommene Stichtag des 1. 7. 1948 für den Übergang von der Politik der Bestrafung zu der des Wiederaufbaus liesse sich auf drei verschiedene Weisen werten: 1. als deutscher Thermidor, an dem die Revolution der Restauration Platz gemacht habe; 2. als entwicklungsnotwendige Stufe auf dem Wege zur Demokratisierung Deutschlands, die zuvor negative, hernach positive Massnahmen erfordert habe; 3. als Beendigung eines Interregnums, das durch eine von Linkskreisen diktierte destruktive amerikanische Politik verursacht wurde. Es ist naheliegend, dass die erste These vor allem auf der revolutionären Linken, die zweite These in der liberalen Mitte, die dritte These auf der konservativen Rechten vertreten wird. Es bedarf keiner Prophetengaben um vorauszusagen, dass die Majorität der deutschen «Politologen» versuchen wird, die zweite Wertung zu verbreiten, während die (jüngere) Minorität der ersten Wertung zuneigen und die dritte Wertung aus den mit öffentlichen Geldern unterhaltenen Forschungs- und Lehrstätten verbannt sein wird.

3 *Meinungskontrolle.* Aufschlussreich ist der feierliche Protest von 22 «jungen» europäischen Historikern, darunter 14 «deutscher Sprache» gegen einige Passagen in einer Buchbesprechung in der «Historischen Zeitschrift». Die jungen Historiker protestierten gegen den Abdruck von Sätzen, in denen «von der zerstörungsfreudigen Selbstkritik grosser Teile der deutschen Presse», davon dass «in unhistorischer Weise Ideen und Vorgänge des Hitlerterrors in die Vergangenheit zurückprojiziert würden» und dass «die Bundesrepublik fast völlig durch die mechanistisch-rationalistischen Staatsideen der westlichen Demokratien überfremdet erscheint, ohne dass ihr wie dort der Mythos einer Verfassung oder eines Staates als Korrektur zur Verfügung steht» (HZ‘195 S. 402/3). Ein Schritt weiter ist es, wenn die Äusserungen eines Wiener Historikers der Srbik-Schule im Frühjahr 1965 zu Strassenschlachten

mit zahlreichen Verletzten und einem Toten führten. Die andere, wichtigere Seite der Meinungskontrolle besteht in der «Förderung» bestimmter Meinungen durch Ausgabe von Stipendien, Druckkostenzuschüssen und beruflichen Aufstiegsmöglichkeiten.

4 *Deutschland-Japan.* Eine vergleichende Darstellung über die Entnazifizierung bzw. Säuberung (Purge) in Deutschland und Japan ist John D. Montgomery: Forced to be Free. The artificial Revolution in Germany and Japan, Chicago 1957.

5 *Reaktion.* Das Reaktions-Klischee findet sich bereits in dem ersten offiziellen Bericht des amerikanischen Aussenministeriums: Occupation of Germany. Policy and Progress 1945-1946 (Department of State Publication 2783), der mit folgenden Worten beginnt: «Die Deutschlandpolitik der USA hat seit Kriegsende die Besetzung und Kontrolle dieses Landes eingeschlossen. Diese Politik hat sich als Reaktion auf den Aufstieg des Nazi-Regimes, der im Zweiten Weltkrieg kulminierte, entwickelt.»

6 *Schwarzenberg.* Werner Gross: Der Kampf der Schwarzenberger Antifaschisten während der besatzungslosen Zeit (Mai-Juni 1945) in «Zeitschrift für Geschichtswissenschaft» 8 (1960) S. 657-676 und vom gleichen Autor: Die ersten Schritte. Der Kampf der Antifaschisten in Schwarzenberg während der unbesetzten Zeit, Berlin 1961.

7 *1848er in der Bundesrepublik.* Walt W. Rostow, Vorsitzender des Planungsstabes im amerikanischen Aussenministerium am 19. 9. 1963: «In einem gewissen Sinn verkörpert das heutige Deutschland den Sieg – und wie ich überzeugt bin, den endgültigen Sieg – jener Männer, die im Jahre 1848 das liberale Frankfurter Parlament hervorbrachten, obwohl die Revolution damals von Preussen und den deutschen Nationalisten (!) zunichtegemacht wurde.»

8 *Transatlantische Interventionen.* Wichtig ist hierbei der globale geistige Interventionismus der amerikanischen Foundations. Diese sind (obwohl sie die Namen von Multimillionären, wie Ford, Rockefeller, Carnegie und anderen tragen) der wesentliche und steuerfreie Pfeiler des das amerikanische Geistesleben beherrschenden liberalen Establishments. Ihre politische Einflussnahme wurde von einem Kongressausschuss untersucht. Die Ergebnisse des Reece-Ausschusses sind zusammengefasst in Rene A. Wormser: Foundations. Their Power and Influence.

9 *Metternichsche System.* Die Rezeption des Metternichschen Systems durch die Liberalen fällt zusammen mit dem Höhepunkt der Expansion des Herrschaftsbereiches Hitlers. Golo Mann: Friedrich von Gentz. Geschichte eines europäischen Staatsmannes, Zürich 1947, entstand 1936-1941. Auch Paul R. Sweet: Friedrich von Gentz. Defender of the Old order, 1941 (Sweet bildete später mit Padover das Aachen-Team der Psychologischen Kriegsführung) und Peter Viereck: Conser-

vatism Revisited, 1951, (Viereck verkörpert die amerikanische Version der «Vergangenheitsbewältigung». Sein Vater, der bekannte Schriftsteller George Sylvester Viereck, war Angeklagter im grössten Prozess gegen «Nazi-Agenten». Vgl. Vierecks Schriften: Metapolitics: From the Romantics to Hitler, New York 1941, und die Neuauflage 1961, sowie seinen Beitrag im linksliberalen Sammelband: The Radical Right. Über den Prozess gegen seinen Vater Maximilian St. George und Lawrence Dennis: A Trial on Trial, 1946.)

10 *Radical Right:* Dieser Terminus hat sich erst kürzlich durchgesetzt. Der von Daniel Bell herausgegebene Sammelband führender liberaler Professoren (meist Soziologen) zur Bekämpfung des Konservatismus in Amerika hiess bei seiner ersten Auflage (1955) noch The New American Right und wurde erst bei der zweiten Auflage (1963) in The Radical Right umgetauft. Der Ausdruck wurde in der ersten Auflage in einem Aufsatz des Soziologen Seymour Martin Lipset verwendet.

11 *Konservatismus:* Zur Umbildung der konservativen Position vergleiche die Diskussion im «Monat» (1962), in der Armin Mohler, Robert Hepp und der Verf. den Konservatismus als Bewegungspartei vertraten, während H. J. von Merkatz, Dieter Schwarzkopf und Klaus Harpprecht ihn als Beharrungspartei erhalten wissen wollten.

12 *Boveri.* Margret Boveris 4 Bände «Der Verrat im 20. Jahrhundert» (Reinbek 1956-1960) sind ein seltener und bemerkenswerter Ansatz zu einer realistischen Behandlung der Zeitgeschichte.

Von der democracy zur Demokratie

1 *Rand.* Die Philosophie von Ayn Rand wurde im Roman: Atlas shrugged, New York 1957, entwickelt. Vgl. For the New Intellectual: The Philosophy of Ayn Rand, New York 1961; Nathaniel Branden: Who is Ayn Rand? New York 1962; seit 1962 auch «The Objectivist Newsletter». Die Philosophie von Ayn Rand wird im Nathaniel-Branden-Institut gelehrt.

2 *Künder des neuen Menschen.* Leo Trotzki: Literatur und Revolution, Wien 1924. Auch: «Der Mensch wird es sich zur Aufgabe machen, seiner eigenen Gefühle Herr zu werden, seine Instinkte auf den Gipfel des Bewusstseins zu heben, sich durchsichtig klar zu machen, Leitungsfäden vom Willen unter die Schwelle des Bewusstseins zu führen und sich selber damit auf eine höhere Stufe zu bringen, also einen höherstehenden gesellschaftlich-biologischen Typus, oder, wenn man will, einen Übermenschen zu schaffen.» D’Annunzios Verfassung in Ric-

cardo Frassetto: Fiume o Morte! Rom 1940; Eisners «Gesang der Völker» in Kurt Eisner: Die neue Zeit, München 1919.

3 *Amerikanische politische Sekten.* Ein zeitgenössischer Versuch, aus den Sekten einen amerikanischen Faschismus abzuleiten, ist Raymond Gram Swing: Forerunners of American Fascism, New York 1935.

4 *Technokratie.* Erich Kraemer: Was ist Technokratie? Berlin 1933 (mit einem Aufsatz von Howard Scott).

5 *Roosevelt:* An der Hürde des Übergangs vom amerikanischen Politiker Roosevelt zum Weltpolitiker Roosevelt sind bisher die Biographen Roosevelts zu Fall gekommen. Die grossen liberalen Roosevelt-Biographien von Arthur M. Schlesinger Jr.: The Age of Roosevelt (3 Bände von 1957-1960) und Frank Freidel: Franklin D. Roosevelt (3 Bände von 1952-1956) reichen nur bis 1937 bzw. 1932. Auch James M. Burns* lesbare einbändige Darstellung: Franklin D. Roosevelt. The Lion and the Fox, reicht nur bis 1940. Für die ganze Präsidentschaft Edgar E. Robinson: The Roosevelt Leadership 1933-1945, Philadelphia 1955, und Dexter Perkins: The New Age of Franklin D. Roosevelt 1932-1945, Chicago 1957. Aus konservativer Sicht John T. Flynn: The Roosevelt Myth, Garden City 1948. Die «Public Papers and Adresses» sind in 13 Bänden von Samuel I. Rosenman herausgegeben worden. Von diesem auch das Buch: Working with Roosevelt, New York 1952. Der Briefwechsel Roosevelts: F. D. R.: His Personal Letters, 4 Bände, New York 1947-1950.

6 *New Deal.* Basil Rauch: The History of the New Deal, New York 1944, führte die Unterscheidung zwischen erstem und zweitem New Deal ein. Der Ausdruck New Deal findet sich in dem Buch von Stuart Chase: A New Deal, New York 1932, das viele Programmpunkte des New Deal Nr. 2 vorwegnimmt. Ausserdem: William E. Leuchtenberg: Franklin D. Roosevelt and the New Deal 1932-1940, New York 1963, und Daniel Fusfeld: The Economic Thought of Franklin D. Roosevelt and The Origins of the New Deal, New York 1956.

7 *Roosevelts Aussenpolitik.* William L. Langer und S. Everett Gleason: The Challenge to Isolation, 1937-1940, und The Undeclared War, 1940-1941, New York 1952 und 1953. Beginn des Revisionismus bei Charles A. Beard: American Foreign Policy in the Making 1932-1940, New Haven 1946, und President Roosevelt and the Coming of the War, New Haven 1948. Die Gegenposition bei Basil Rauch: Roosevelt from Munich to Pearl Harbour, New York 1950.

8 *Politische Umschichtungen.* Sam Lubell: The Future of American Politics, London 1952.

9 *Antiintellektualismus.* Richard Hofstadter: Anti-Intellectualism in American Life, London 1964.

10 *Liberalismus.* Geschichtliche Darstellungen sind Arthur A. Ekirch:

The Decline of American Liberalism, New York 1955, Eric Goldman: Rendezvous with Destiny, New York 1952, und in Form von Biographien Charles A. Madison: Critics and Crusaders, 1952, und Leaders and Liberals in 20th Century America, New York 1961. Eine systematische Darstellung gibt J. Salwyn Schapiro: Liberalism – Its Meaning and History, Princeton 1958. Verschiedene Aspekte der liberalen Politik behandeln: The Liberal Papers, hgg. von James Roosevelt, Garden City 1962. Für den Übergang vom alten zum neuen Liberalismus charakteristisch ist John Dewey: Liberalism and Social Action, 1935, und die Anthologie Whose Revolution? hgg. von Irving DeWitt Talmadge, New York 1941. Einblicke in die liberalen Zirkel der 40er Jahre gibt Dwight Macdonald: Memoirs of a Revolutionist, Cleveland 1958. Eine systematische Auseinandersetzung mit dem Liberalismus ist James Burnham: Begeht der Westen Selbstmord? Ein Versuch über Bedeutung und Zukunft des Liberalismus, Düsseldorf 1965.

11 *Felix Frankfurter.* Reminiscences, Garden City 1962. Of Law and Men. Papers and Addresses 1939-1956.

12 *Brandeis.* Alphaeus T. Mason: Brandeis. A Free Man's Life, New York 1946. Samuel J. Konefsky: The Legacy of Holmes and Brandeis, New York 1957. Brandeis' eigene Schriften tragen die bezeichnenden Titel «The Curse of Bigness», New York 1934, und «Other People's Money and How the Bankers Use It», New York 1914. Ein Brandeis Reader wurde 1956 von Erwin Pollock, ein Brandeis Guide to the Modern World 1941 von Alfred Lief herausgegeben.

13 *Nye.* John Edward Wiltz: The Nye Committee Revisited, in: Historian 23 (1961), S. 211-233.

14 *Pazifismus.* Das heikelste Problem beim Übergang vom alten zum neuen Liberalismus war das Überwechseln vom Kampf gegen jeden Krieg zum Kampf für einen letzten Krieg zur Herstellung der endgültigen Weltordnung. Einen Einblick in die mit diesem Übergang verbundenen Argumentationen gibt der Vater der Lizenzpresse Cedric Belfrage in seiner Biographie des zum Kommunismus tendierenden Arbeiterpfarrers Claude Williams, der in einem Brief schrieb: «Trotz meiner Hochachtung vor vielen einzelnen Pazifisten, verabscheue ich den Pazifismus – nicht nur als ein untaugliches Instrument und eine Illusion, hinter der sich die fünfte Kolonne verbirgt; nicht nur als eine Bewegung, die mit dem Nazismus grosse Ähnlichkeit aufweist, sondern als ein Programm, das Hitler tatsächlich als seinen Verbündeten gesegnet und das er verwendet hat, um das paradoxe Geschrei von der Errettung der Zivilisation anzustimmen. Die Bibel selbst hat mich zu dem Schluss geführt, dass der Pazifismus unchristlich ist.» Cedric Beifrage: Wenn aber das Salz dumpf wird, Berlin 1951.

15 *Interventionismus – Isolationismus.* Eine Geschichte des Isolationismus ist Selig Adler: The Isolationist Impulse. Its Twentieth Century Reaction, New York 1957 (Bibliographie). Eine entsprechende Darstellung des Interventionismus fehlt. Walter Johnson: The Battle against Isolation, Chicago 1944, ist eine aufschlussreiche Materialsammlung. Vom gleichen Autor: William Allenson Whites America, New York 1947.
16 *Antifaschismus.* Der «Antifaschismus» ist im Zeichen des Kalten Krieges meist als Zusammenarbeit von Intellektuellen mit den kommunistischen Parteien behandelt worden. (Daniel Aaron: Writers on the Left, New York 1961. Eugene Lyons: The Red Decade, 1941). Die eigenständigen Wurzeln des militanten Antifaschismus sind darüber zu kurz gekommen. Eine Geistesgeschichte des Antifaschismus wäre eine der lohnendereren Aufgaben der Zeitgeschichtsschreibung. Aus dem Kreis der 15 vgl. Louis Mumford: Faith of Living, London 1941. Giuseppe Borgese: Common Cause, London 1944, und Foundations of the World Republic, Chicago 1953.
17 *Wallace.* Dwight Macdonald: Henry Wallace. The Man and the Myth, New York 1947. Russell Lord: The Wallaces of Iowa, Boston 1947.
18 *PM.* Diese orthodox-liberale Zeitung, die auf Annoncen verzichten konnte, verdankte ihre Existenz Zuschüssen in Höhe von 5 Millionen Dollar durch den Chicagoer Warenhauskönig Marshall Field III. Field war nach seiner dritten Scheidung des anstrengenden Lebens eines Playboys überdrüssig geworden und begab sich in psychoanalytische Behandlung. Der New Yorker Psychoanalytiker Zilboorg legte ihm nahe, seinem Leben einen sozial nützlichen Sinn zu geben und brachte ihn hierzu mit dem Journalisten Ralph Ingersoll (von «Time») zusammen, dem er sein Projekt finanzierte, ohne Einfluss zu nehmen. «PM» erschien von 1940 bis 1948 und brach alle Rekorde an Deutschenhass.
19 *Roosevelts Weltbild.* William Range: Franklin D. Roosevelts World Order, Univ, of Georgia, 1959. Eine Ableitung der Nachkriegsordnung aus Roosevelts Ideen führt Max Hagemann: Der Provisorische Frieden. Die Bauprinzipien der internationalen Ordnung seit 1945, Erlenbach 1964, durch.
20 *'Verschwörungstheorie.* Richard Hof Stadter: The Age of Reform from Bryan to F.D.R., New York 1955. Es ist ungemein bezeichnend, dass Hofstadter zwar eine Verbindungslinie zwischen den populistischen Verschwörungstheorien und den «autoritären Agitatoren» der Gegenwart zieht, aber nicht zwischen ihnen und den antigermanischen und Antitrust-Verschwörungstheorien der Liberalen. Die Einäugigkeit ist überhaupt das Kennzeichen des Liberalismus.
21 *Junkerverschwörung.* Frederick Martin: The Junker Menace, New York 1945. Der «wissenschaftliche» Unterbau der Junker-Entmachtung

bei Alexander Gerschenkron : Bread and Democracy in Germany, University of California Press 1943, und Lysbeth Walker Muncy: The Junkers in the Prussian Administration, Brown University Press 1944. Auch Hans Rosenberg: The Rise of the Junkers in: American Historical Review 1943/44.

22 *Generalstabsverschwörung.* Sumner Welles: The Time for Decision, New York 1944. Das Fortleben dieser Verschwörungslehre bezeugt Charles R. Allen: Heusinger of the Fourth Reich, New York 1963.

23 *Geopolitiker.* Whittlesey: German Strategy of World Conquest, New York 1942. Hans W. Weigert: Generals and Geographers. The Twilight of Geopolitics, New York. Das geopolitische Zentrum in Madrid bei T. H. Tetens: Germany plots with the Kremlin, New York 1953.

24 *lndustriellen-V er schwör ung.* Joseph Borkin und Charles A. Welsh: Germany's Master Plan: A Story of Industrial Offensive, New York 1943. Wendell Berge: Cartels; Challenge to a Free World, Washington 1943. Corvin D. Edwards: A Cartel Policy for the United Nations, New York 1945. Darel McConkey: Out of your Pocket. The Story of Cartels. Die Theorie von der Industriellenverschwörung wurde in einem Unterausschuss des Senates unter dem Vorsitz von Senator Harry Kilgore (West Virginia) institutionalisiert und spielte in den Jahren 1945/46 in der Deutschlandpolitik eine unerfreuliche Rolle.

25 *Feudalismus.* Von den beiden bedeutenden Anregern des amerikanischen Liberalismus, in deren System Deutschland eine negative Rolle zugewiesen erhielt, Dewey und Thorstein Veblen (1857-1929), hat der letztere mit seiner Schrift Imperial Germany and the Industrial Revolution, New York 1915, die soziologische Kritik an Deutschland eröffnet. Im zweiten Weltkrieg wurde sie dann fortgesetzt, etwa von Talcott Parsons: Democracy and Social Structure in Pre-Nazi Germany, in: Journal of Legal and Political Sociology 1942, S. 96-114.

26 *Philosophenverschwörung.* Rohan D. O. Butler: The Roots of National Socialism, New York 1942. William M. McGovern: From Luther to Hitler, Boston 1941. Eines der bemerkenswertesten Werke dieser Richtung ist die 1938 erschienene Schrift des ungarischen Psychoanalytikers Aurel Kolnai, der wohl als erster die Psychoanalyse systematisch auf die Politik anzuwenden versucht hat (1924: Psychoanalyse und Politik). Aurel Kolnai versuchte schon 1938 in seinem Buch «The War Against the West» eine anglo-amerikanisch-sowjetische Allianz gegen Deutschland geistesgeschichtlich zu fundieren. «Die östlichen Alliierten (1938! d. V.) zeigen, dass der Westen nur eine vorläufige Skizze der vereinigten Menschheit, ein Kristallisationszentrum des Weltbürgertums ist.» Die Demokratie dürfe nun nicht mehr auf die Mehrheit blicken, sondern auf die «Gruppe», deren

Bestimmung sei, die Demokratie zu verwalten. Diese Gruppe müsse sich auf eine mit Intoleranz zu vertretende Ideologie stützen. Der Kampf der «in moralischer Bewusstheit organisierten Welt der Zivilisation gegen die Rebellen gegen die Menschheit» sei der Eingang zum Weltstaat. «Wir lehnen nachdrücklich die «Freund-Feind-Theorie» von Professor Carl Schmitt ab; wir bestehen unbedingt auf dem, was ihm am verhasstesten ist: die Ersetzung der Feindschaft durch juristische Kategorien und die moralische Verdammung der Barbaren, die der Menschheit trotzen; wir sind dabei, eine rationale und demokratische Gesellschaft zu bauen, in der sich keine Stämme herumschlagen, – sondern nur die Exekutive der Menschheit auf der einen Seite, die Verletzer des Menschheitsgesetzes auf der anderen Seite.»

27 *Plato*. K. R. Popper: Der Zauber Platons, Bern 1957. Die philosophische Inkriminierung von Plato auch schon bei einem der führenden Köpfe der Psychologischen Kriegsführung, dem bekannten Labour-Abgeordneten Richard Crossman, der als Dozent in Oxford Plato vom Bildungspodest herunterholte und als Präfaschisten entlarvte (Plato today).

28 *Nizer*. Diese Angaben, wie die meisten anderen biographischen Angaben über amerikanische Persönlichkeiten, sind den seit 1940 erscheinenden Jahresbänden der «Current Biography» entnommen. Zur Ergänzung wurde auch Kunitz: Twentieth Century Authors. A Biographical Dictionary of Modern Literature, New York 1942 (mit Ergänzungsband von 1955) herangezogen.

29 *Antigermanismus*. Das europäische Gegenstück zum amerikanischen Antigermanismus findet sich in den Schriften des Lord Vansittart.

30 *Theodore N. Kaufman:* Germany must Perish, Newark 1941. In der Congress Library befindet sich ein Deutschlandprogramm Kaufmans, das er nach dem amerikanischen Kriegseintritt ausarbeitete und das an Stelle der Sterilisierung die Umerziehung vorsah. Eine ähnliche Schrift ist von Dorothy Snow Smith und Wilson M. Southam: No Germany, therefore no more German Wars, Ottawa 1945.

31 *Deutschland-Pläne*. Besprechungen verschiedener Deutschland-Pläne sind Donald F. Lash: What they Would Do About Germany, in: Journal of Modern History 17 (1945) S. 227-243 und Koppel S. Pinson: On the Future of Germany, in: Menorah Journal 32 (1944) S. 125-160. Ernst Deuerlein: Die Einheit Deutschlands, Frankf. 1957 (Bibliogr.).

32 *Zwei Deutschland*. Karl O. Paetel: Zum Problem einer deutschen Exilregierung. Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 4 (1956). Hauptvertreter der Richtung: Paul Hagen: Germany after Hitler, New York 1944. Auch der Alt-Liberale Oswald Garrison Villard: Shall we Rule Germany?, New York 1943, und in England der Penguin Special 217: The Next Germany, 1943.

33 *Prevent World War IIL* Organ der Gesellschaft: «Prevent World War III». Gesellschaft und Zeitschrift existieren noch heute. Forschungsdirektor ist Herbert Kriedman. An der Wiege der Gesellschaft scheinen Friedrich Wilhelm Foerster und sein Sekretär T. H. Tetens gestanden zu haben. Die Kriegsliteratur aus dem Umkreis der Gesellschaft ist bereits durch die Titel charakterisiert: Sigrid Schultz: Germany will try it again, 1944. Heinz Pol: The Hidden Enemy: The German threat to post-war peace, New York 1943. Curt Riess: The Nazis go Underground, Garden City 1944. Massgebend auch die Artikel von William Shirer: They are all guilty, punish them, in: Look vorn 26. 1. 1943 und Rex Stout: We shall hate or we shall die, in: New York Times Magazine vorn 17. 1. 1943. Als Deutschlandplan der Gesellschaft kann «The Position of the Writers' War Board on the German Problem» im Jahresbericht für 1944 des Board, der mit der Society in Personalunion stand, gelten.

34 *Deutschlandplanung.* Günter Moltmann: Amerikas Deutschlandpolitik im Zweiten Weltkrieg. Kriegs- und Friedensziele 1941-1945, Heidelberg 1958. John L. Snell: Wartime Origins of the East-West Dilemma over Germany, New Orleans 1959.

35 *Vereinte Nationen.* Louis Holborn: Peace and War Aims of the United Nations.

36 *Militärische Deutschlandplanung:* Hajo Holborn: American Military Government, Its Organisation and Politics, Washington 1947. Harold Zink: American Military Government in Germany, New York 1947. William Friedman: The Allied Military Government of Germany, London 1947.

37 *Diplomatische Deutschlandplanung.* (Harley Notter Hrsg.): Postwar Foreign Policy Preparation 1939-1945, Washington 1949.

38 *Darlan.* William L. Langer: Le jeu américain à Vichy, Paris 1948.

39 *Bedingungslose Kapitulation.* Anne Armstrong: Unconditional Surrender. The Impact of Casablanca Policy upon World War II, New Brunswick 1961. Günther Moltmann: Die Genesis der Unconditional-Surrender-Forderung, in: Wehrwissenschaftliche Rundschau 6. Alfred Vagts: Unconditional Surrender – vor und nach 1943. Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 7 (1959). Paul Kecskemeti: Strategie Surrender, Stanford 1958.

40 *Hull.* The Memoirs of Cordell Hull. New York 1948.

41 *European Advisory Council.* William Strang: Home and Abroad, London 1956. Philip E. Mosely: The Occupation of Germany. New Lights on How the Zones where Drawn, in: Foreign Affairs 28, S. 580-604.

42 *Morgenthau.* Henry Morgenthau jr.: Germany is Our Problem, New York 1945. Fred Smith: The Rise and Fall of the Morgenthau Plan,

in: United Nations World 1 (1947). Günter Moltmann: Der Morgenthau-Plan als historisches Problem, Wehrwissenschaftliche Rundschau 5.

43 *White*. Nathan I. White: Harry Dexter White – Loyal American, Waban 1956 (Apologie des Bruders). G. F. Hudson: The Harry Dexter White Case, in: The Twentieth Century 155 (1954).

44 *Teheran*. The Conferences of Cairo an Teheran, 1943, Department of State Publication 7187, Washington 1961.

45 *Jalta*. The Conferences of Malta and Yalta 1945, Department of State Publication 6199, Washington 1955. John L. Snell (Hrsg.): The Meaning of Yalta, Baton Rouge 1956. Edward R. Stettinius: Roosevelt and the Russians, Garden City 1949. Zur polnischen Frage: Edward J. Rozek: Allied Wartime Diplomacy; A Pattern in Poland, New York 1958.

46 *Potsdam*. The Conference of Berlin (The Potsdam Conference) 1945, 2 Bände, Department of State Publication 7015 und 7163, Washington 1960. Herbert Feis: Zwischen Krieg und Frieden. Das Potsdamer Abkommen, Frankfurt 1962. Fritz Faust: Das Potsdamer Abkommen und seine völkerrechtliche Bedeutung, Frankfurt 1959.

47 *KPD-Prozess*. KPD-Prozess. Dokumentarwerk zu dem Verfahren über den Antrag der Bundesregierung auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der KPD, Karlsruhe 1955.

48 *Demokratie*. Darüber, was man in Amerika bei Kriegsbeginn alles als «democracy» bezeichnete, unterrichtet John R. Berry: Current Conceptions of Democracy, 1943. Die in wenigen Kriegs- und Nachkriegsjahren vollzogene national-messianische Aufladung des Begriffs-Tohuwabohus «democracy» erreichte an der atlantischen Peripherie ihren vorläufigen Höhepunkt in der Schule des Münchener Ordinarius für Politische Wissenschaften Eric Voegelin, die um ein mit magischer Wirkkraft ausgestattetes «angelsächsisches Zivilregime» kreist. Bei den engagierten Westlern spielt Aristoteles eine ähnliche Rolle wie Hegel bei den Marxisten. Der Abfall von der aristotelischen Schulphilosophie im 18. Jahrhundert (Universität Göttingen) wird zum deutschen Sündenfall, 1945 zur deutschen Erlösung.

Die Charakterwäsche

1 *Psychoanalyse in Amerika*. C. P. Oberndorf: A History of Psychoanalysis in America, New York 1953. Der Einfluss der Psychoanalyse auf die amerikanische Kultur wurde von Hendrik M. Ruitenbeek (Hrsg.): Psychoanalysis and Contemporary American Culture, New York 1964, behandelt. Gegen die weltanschaulichen und politischen Aspirationen

der psychoanalytischen Psychiatrie tritt der von Helmut Schoeck und James W. Wiggins herausgegebene Sammelband: Psychiatry and Responsibility, Princeton 1962, auf. Die kommunistische Kritik an der amerikanischen Psychoanalyse findet sich in Harry K. Wells: The Failure of Psychoanalysis from Freud to Fromm, New York 1963. Der artikulierteste Exponent psychoanalytischen politischen Denkens im liberalen Lager ist Max Lerner.

2 *Freud am Broadway.* W. David Sievers: Freud on Broadway, New York 1955.

3 *Neo-Freudianer.* Eine neofreudianische Einleitung in die Psychoanalyse ist Clara Thompson: Die Psychoanalyse. Ihre Entstehung und Entwicklung, Zürich 1952. Auch J. A. C. Brown: Freud and the Post- Freudians, Harmondsworth 1961. Über die Gesellschaftslehre der Neo- Freudianer orientiert Martin Birnbach: Neo-Freudian Social Philosophy, Stanford 1961 (Bibliographie der Schriften der Neo-Freudianer!).

4 *Erich Fromm.* Beginnend mit Aufsätzen in der «Zeitschrift für Sozialforschung» 1 (1932): Über Methode und Aufgabe einer analytischen Sozialpsychologie, S. 28-54, und Die psychoanalytische Charakterologie und ihre Bedeutung für die Sozialpsychologie, S. 253-277, über Studien über Autorität und Familie, Paris 1935, zu Escape from Freedom, 1941, und dem teils eine neue Religion (unter Einbeziehung des Zen-Buddhismus), teils eine neue Gesellschaft (The Sane Society) intendierenden Spätwerk ist Fromm der international bekannteste Autor der neofreudianischen Schule. Einen Anti-Fromm schrieb John H. Schaar unter dem Titel Escape from Authority, 1961. Eine Kritik aus Fromms unmittelbarer Umgebung ist in Herbert Marcuse: Eros and Civilisation, Boston 1956, zu finden. Der neofreudianische Aspekt entwickelt sich seit 1959 zu einer Modeschule des neuen deutschen Liberalismus. Die entsprechende Literatur erscheint in deutscher Übersetzung in den Verlagen Suhrkamp, Europäische Verlagsanstalt und Szczesny.

5 *Kulturanthropologen.* Margaret Mead: An Anthropologist at Work. Writings of Ruth Benedict, London 1959. David G. Mandelbaum: Selected Writings of Edward Sapir in Language, Culture and Personality. Von den Kulturanthropologen werden die Damen Benedict und Mead in Deutschland bevorzugt. Der Spiritus rector der Gruppe Edward Sapir ist jedoch unbekannt. Die grundlegenden Schriften erschienen 1934 (Ruth Benedict: Patterns of Culture, deutsch in rowohlts deutscher enzyklopädie, Bd. 7) und 1935 (Margaret Mead: Sex and Temperament in Three Primitive Societies, deutsch in rowohlts deutscher enzyklopädie Bd. I, 96). Geoffrey Gorer: Die Amerikaner. Eine völkerpsychologische Studie, bildete in deutscher Übersetzung

Bd. 9 dieser Enzyklopädie. Melville J. Herskovits: Franz Boas: The Science of Man in Making.

6 *Institut für Sozialforschung.* Heinz Maus: Die Zeitschrift für Sozialforschung in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 11 (1959) S. 92 ff. Seit Wiedereröffnung des Frankfurter Institutes werden die alten Positionen pausenlos wiedergekaut. «Wissenschaftlich» aufgemacht in der Reihe der Frankfurter Beiträge zur Soziologie, die von Theodor W. Adorno und Walter Dirks herausgegeben wird, für das breitere Publikum in der wohlfeilen Reihe Suhrkamps Kleine Bibliothek. Zur Wirkung kommen diese Lehren vor allem durch die Ausbildung eines gesinnungsfesten Nachwuchses. Anlässlich der Bundestagswahl traten die Assistenten und Doktoranden der Professoren Adorno, Horkheimer, Abendroth, Mitscherlich und Jens mit einem Manifest (bei Rowohlt) an die Öffentlichkeit, das mit dem Aufruf schliesst: «Die Bundesrepublik ist auf dem Weg einer autoritären Gesellschaft. Unter den führenden Repräsentanten der Regierungsparteien ist kein einziger zu finden, dessen Denken dieser Entwicklung widerspricht. Wird die permanente Regierung verlängert, ist das Schicksal der zweiten Demokratie besiegelt.» Nichtdemokratie oder Demokratie ist für diese Gruppe natürlich die Alternative zwischen der Herrschaft der «autoritären oder demokratisch liberalen Menschen» (Fritz Bauer).

7 *Wien.* Robert Danneberg: Die sozialdemokratische Gemeindeverwaltung in Wien, Wien 1928. Paul Lazarsfeld: Die Arbeitslosen von Marienthal, Neuauflage 1964.

8 *Reich.* Wilhelm Reich: The Mass Psychology of Fascism, New York 1946. Vom gleichen Autor: Der sexuelle Kampf der Jugend, Berlin 1932. Charakter-Analyse, Kopenhagen 1933 (auch englisch: Character-Analysis, New York 1945), Dialektischer Materialismus und Psychoanalyse, Kopenhagen 1934. Literatur über das Verhältnis von Psychoanalyse und Marxismus ist angegeben in Ernest Jones: Das Leben und Werk von Siegmund Freud, Band 3, Seite 401.

9 *American Jewish Congress.* Der American Jewish Congress ist eine Minoritätsvertretung der amerikanischen Juden, die vor allem durch ihre kulturelle und intellektuelle Tätigkeit hervortritt (Zeitschrift «Commentary»). Der grössere Teil der amerikanischen Juden ist zionistisch organisiert. William Schlamm: Wer ist Jude?, Stuttgart 1964.

10 *Studies in Prejudice.* Bruno Bettelheim und Morris Janowitz: Dynamics of Prejudice, New York 1949. N. W. Ackerman und Marie Jahoda: Anti-Semitism and Emotional Disorder. A Psychoanalytical Interpretation, New York 1949. Theodor W. Adorno, E. Frenkel-Brunswik, D. L. Levinson und R. N. Sanford: The Authoritarian Personality, New York 1950. Dazu R. Christie und Maria Jahoda:

Studies in the Scope and Method of «The Authoritarian Personality», Glencoe 1954. Die Verwendung des «Vorurteils» als Zentralbegriff einer «parteilichen Wissenschaft» setzt sich zur Zeit auch in Deutschland schnell durch. Im Band 3 der Schriftenreihe Politische Psychologie der Europäischen Verlagsanstalt: Vorurteile – Ihre Erforschung und ihre Bekämpfung, Frankfurt 1964, sind zwei Bibliographien enthalten, eine über die internationale Literatur S. 67-71, eine über die deutsche Literatur S. 113-118. Von 13 einschlägigen Sammelwerken in der deutschen Literatur sind 12 nach 1959 erschienen. Auch sämtliche Einzeltitel, in denen das Wort Vorurteil vorkommt, sind nach 1958/59 erschienen. Im Begriff des Vorurteils tritt die liberale Einäugigkeit überdeutlich ans Licht. Von den Möglichkeiten liberaler Vorurteile ist nämlich nirgends die Rede.

11 *Lewin.* Von den Schriften Lewins sind: Die Lösung sozialer Konflikte, Bad Nauheim 1948, und Feldtheorie in den Sozialwissenschaften, Bern 1963, in deutscher Sprache erschienen. Lewin ist Gründer der von der «Society for the Psychological Studies of Social Issues» herausgegebenen Zeitschrift «The Journal of Social Issues». Als Beiheft 13 der Zeitschrift erschien Fritz Heider: On Lewins Methods and Theory. Jährlich finden «Kurt Lewin Memorial Addresses» statt. Die Zeitschrift druckt regelmässig folgende «Statement of Purpose» ab: «Die Gesellschaft für das psychologische Studium sozialer Fragen ist eine Gruppe von über 1'000 Psychologen und mit ihnen verbundenen Sozialwissenschaftlern, die sich durch das gemeinsame Interesse an der Erforschung der psychologischen Aspekte wichtiger sozialer Fragen verbunden fühlen. SPSSI wird beherrscht durch das Diktum Kurt Lewins ‚Es gibt nichts Praktischeres als eine gute Theorie».» (Der Lewin zugeschriebene Ausspruch stammt von Justus v. Liebig.) Aufschlussreich sind auch die Jahrbücher der Gesellschaft, vor allem Gardner Murphy (Hrsg.): Human Nature and Enduring Peace, Boston 1945 (Bibliographie!). Lewins einflussreichste Periode war als Leiter eines Instituts für Kinderpsychologie an der Universität von Iowa (1935-1944) und als Leiter des Forschungszentrums für Gruppendynamik am Massachusetts Institute of Technology (1944-1948).

12 *Psychologische Kriegsführung.* Daniel Lerner (Hrsg.): Propaganda in War and Crisis, New York 1951. Über die Psychologische Kriegführung unter Eisenhower Daniel Lerner: Sykewar, Psychological Warfare against Germany, New York 1949 (Bibliographie!).

13 *Lizenzen.* Reinhart Gruner: Lizenzpresse – Auftrag und Ende, Berlin 1962. Harold Hurwitz: Die Pressepolitik der Alliierten, in Harry Pross (Hrsg.): Deutsche Presse seit 1945.

14 *Screening Center.* David Levy: New Fields of Psychiatry, New York 1947. Bertram Schaffner: Fatherland, A Study of Authoritarianism

in the German Family, New York 1948 (mit Vorwort von Margaret Mead).

15 *Re-education.* Werner Richter: Reeducating Germany, Chicago 1945. Marshall Knappen: And Call it Peace, Chicago 1947. H. Liddell: Education in Occupied Germany, New York 1949. W. E. Hocking: Experiment in Education: What We Can Learn from Teaching Germany, Chicago 1954. Der gegenwärtige Stand der Erziehung in Deutschland, München 1946 (Zook-Bericht). Alonzo G. Grace: Basic Principles of Educational Reconstruction in Germany, OMGUS 1948 (Berchtesgaden).

16 *Politische Wissenschaft.* Die politischen Wissenschaften an den deutschen Universitäten und Hochschulen, hgg. v. Hessischen Ministerium für Erziehung und Volksbildung (Waldleiningen). Felix Messerschmid: In memoriam Arnold Bergsträsser, Mitteilungen der Akademie für Politische Bildung Tutzing, Februar 1964. Die Literatur der Politischen Wissenschaften ist unschwer aufzufinden, da sie meist in Schriftenreihen der Hausverlage der einzelnen Lehrstühle erscheint. Die Hochschule für Politische Wissenschaften, München, bringt ein jährliches Literaturverzeichnis heraus. Wes Geistes Kind ein guter Teil des politologischen Nachwuchses ist, geht aus der von der Fachschaft Politologie am Otto-Suhr-Institut an der Freien Universität Berlin herausgegebenen Zeitschrift «Der Politologe» hervor. Zur Erholung nach politologischer Lektüre sei die Zeitschrift «Der Staat – Zeitschrift für Staatslehre, öffentliches Recht und Verfassungsgeschichte» empfohlen.

Entscheidung nicht in Deutschland

1 *Clays Journalisten.* Einen Querschnitt durch die Berichte der Clay-Journalisten gibt Arthur Settel: This is Germany, New York 1950 (mit Vorwort von Clay).

2 *Antigermanische Journalisten.* Victor Bernstein: Final Judgement, New York 1947, Drew Middleton: Struggle for Germany, Indianapolis 1949. Delbert Clark: Again the Goose Step: The Lost Fruits of Victory, Indianapolis 1949. Eine Sammlung von Beiträgen aller Richtungen in der Deutschlandpolitik ist Julia E. Johnsen: The Dilemma of Postwar Germany, New York 1948.

3 *Aachen.* Saul K. Padover: Experiment in Germany, New York 1946 (englische Ausgabe unter dem Titel Psychologist in Germany). Saul K. Padover, L. F. Gittler, P. R. Sweet: The Political Situation in Aachen, in Daniel Lerner: Propaganda in War and Crisis, S. 434-456.

4 Die Geschichte des Kontrollrats ist noch nicht untersucht worden.

Michael Balfour: Vier-Mächte-Kontrolle in Deutschland 1945-1946, Düsseldorf 1959, ist keine Geschichte des Kontrollrats, sondern eine Geschichte Deutschlands unter dem Kontrollrat. Balfour ist ein ehemaliger Psychokrieger, und sein Buch ein interessanter Beleg der Übernahme von Thesen der Psychologischen Kriegsführung in die Geschichtsschreibung.

5 *Wirtschaftlicher Status.* B. U. Ratchford und M. D. Ross: Berlin Reparations Assignment. Round One for the German Peace Settlement, Chapel Hill 1947. Arthur Settel (Hrsg.): Die deutsche Wirtschaft seit Potsdam. Ein Arbeitsbericht der Wirtschaftsabteilung der amerikanischen Militärregierung. Oberursel 1947. Nicholas Balabkins: Germany under Direct Controls. Economic Aspects of Industrial Disarmament 1945-1948, New Brunswick 1964.

6 *Byrnes.* James F. Byrnes: Speaking Frankly, New York 1947.

7 Vereinigtes Wirtschaftsgebiet: Walter Strauss: Entwicklung und Aufbau des Vereinigten Wirtschaftsgebietes. Walter Vogel: Westdeutschland 1945-1950. Der Aufbau von Verfassungs- und Verwaltungseinrichtungen über den Ländern der drei westlichen Besatzungszonen, Koblenz 1956.

8 *Zitate*. Hesse: A New German State. Arranged for OMGH by Dexter Freeman, o. J. George S. Patton: War as I Knew It, Boston 1947. Philipp Löwenfeld: The Bavarian Scandal, in: New Republic vom 18.6.1945.

9 *Zitate*. Franz Neumann: The Democratic and The Authoritarian State, New York 1957. Howard Watson Ambruster: Treasons Peace: German Dyes and American Dupes, New York 1947.

10 *Nürnberg*. Über die Nürnberger Prozesse gibt es eine umfangreiche Literatur, die von völkerrechtlichen Untersuchungen über das Tagebuch des Gefängnis-Psychiaters Gilbert bis zu hochwertigen literarischen Darstellungen (Rebecca West: Train of Powder) reicht. Wichtig ist vor allem die History of the United Nation War Crimes Commission, London 1948. Trial of The Major War Criminals before the International Military Tribunal, 33 Bände, Nürnberg 1948. Trials of War Criminals before the Nuremberg Military Tribunals under Control Council Law No. 10, 15 Bände, Washington 1950. Für das Arrangement interessant sind auch die 8 Bände Nazi Conspiracy and Aggression, Washington 1946. Zitiert: Verbrechen und Strafe – Der Charkower Prozess über die von den deutsch-faschistischen Eindringlingen in der Stadt Charkow und Umgebung während der zeitweisen Okkupation verübten Greueltaten. O. O., o. J. Trainin: The Criminal Responsibility of the Hitlerites, Moskau 1944. Josiah E. Du Bois: Generals in Grey Suits. The Directors of the International IG Farben Cartel; their Conspiracy and Trial in Nuremberg, London 1953.

11 *Marshall:* Erich Achterberg: General Marshall macht Epoche, Berlin 1964. Harry B. Price: The Marshall Plan and Its Meaning, Ithaca 1955.
12 *ADA.* Clifton Brock: Americans for Democratic Action – Its Role In National Politics, Washington 1962. Kritisch: Stanton Evans: The Fringe on Top – Political Wildlife Along the New Frontier, New York 1962.
13 *Progressive.* Karl M. Schmidt: Henry A. Wallace, quixotic crusade 1946. Syracuse 1960. Über den Anteil der «Morgenthau-Boys» der Besatzungszeit. Russel Nixon: Report on Organisation. Chicago, National Labor Committee for Wallace and Taylor 1948 (vervielfältigt).

Die Wiederkehr Roosevelts

1 *Nachkriegsgeschichte.* Eine Bibliographie der Nachkriegsgeschichte ist The Wiener Library. Catalogue Series 4: After Hitler – Germany 1945-1963. Darstellungen sind selten, da die meisten Bücher, die dem Titel nach vorgeben, solche zu sein, Sammlungen von Aufsätzen und Rundfunkvorträgen sind. Vom liberalen Standpunkt geht Klaus Bölling: Die Zweite Republik. 15 Jahre Politik in Deutschland, Köln 1963, aus. Vom föderalistisch-antinationalen Standpunkt geht Josef Othmar Zöller: Rückblick auf die Gegenwart, Stuttgart 1964, aus. Vom DDR-christlichen Standpunkt Wilhelm Carl Gerst: Bundesrepublik Deutschland unter Adenauer, Berlin 1957, und Bundesrepublik Deutschland – Weg und Wirklichkeit, Berlin 1957. Die Rechte ist durch die Bücher von Kurt Ziesel: Das verlorene Gewissen, München 1958, Die verratene Demokratie, München 1960, Der rote Rufmord, Tübingen 1961, Die Literaturfabrik, Wien 1962, Der deutsche Selbstmord, Kettwig 1963, vertreten.
2 *UN-Satzung.* Josef Soder: Die Stellung der «ehemaligen Feindstaaten» in der UN-Satzung, in: Vereinte Nationen 13 (1965). P. Fuhrmann: Das Ausnahmerecht der UN-Satzung für die Besiegten, Politische Studien Heft 157 (1964). Josef Soder: Die Vereinten Nationen und die Nichtmitglieder, Bonn 1956.
3 *Lüth.* Erich Lüth: Abkehr vom Militarismus, Hamburg 1946.
4 *Walter von Cube.* Walter von Cube: Ich bitte um Widerspruch. Fünf Jahre Zeitgeschehen kommentiert, Frankfurt 1952.
5 *Jaspers.* Karl Jaspers: Lebensfragen der deutschen Politik, München 1963.
5a *Ruf.* Hans Schwab Felisch: Der Ruf. Eine deutsche Nachkriegszeitschrift, München 1962. Alfred Andersch: Getty oder Umerziehung in der Retorte, in «Frankfurter Hefte» 2 (1947). Rüdiger Proske ebendort.

6 *Gruppe 47*. Rolf Schroers: Die «Gruppe 47» und die deutsche Nachkriegsliteratur, in: Merkur 19 (1965).

7 *Kongress für Kulturelle Freiheit*. Die amerikanischen Anfänge in Eugene Lyons: The Red Decade, 1941 (Kap. 28). Der Kongressbericht im «Monat».

8 *Prosowjetische Stimmungen*. Paul Willen: Who Collaborated with Russia? in: Antioch Review 1954. Einen Einblick in die Haltung des amerikanischen Liberalismus gibt Max Lerners Public Journal.

9 *Moralische Aufrüstung*. Peter Howard: Welt im Aufbau, Bonn 1951. Frank N. D. Buchman: Für eine Neue Welt, München 1949.

10 *Antitotalitarismus*. Carl Joachim Friedrich: Totalitäre Diktatur, Stuttgart 1957. Sigmund Neumann, Permanent Revolution, 1942. Hannah Arendt: The Origins of Totalitarianism, 1951. Hans Buchheim: Totalitäre Herrschaft, München 1962. Hans Rothfels: Zeitgeschichtliche Betrachtungen, Göttingen 1959. Die Formbarkeit des Antitotalitarismus durch politische Situationen lässt sich gut am Vergleich der antitotalitären Literatur vor und nach 1958/59 studieren. Man halte etwa Alexander Rüstows grosse weltgeschichtliche Ableitung des Antitotalitarismus «Ortsbestimmung der Gegenwart» und Prof. Karl Dietrich Erdmanns Rede im Bundestag zum 17. Juni 1965 einander gegenüber. In Rüstows 3. Band «Herrschaft oder Freiheit?», 1957, heisst es: «Der Bolschewismus aber, diese Spottgeburt aus Dreck und Feuer, leugnet ausdrücklich jede übergeordnete Norm oberhalb des von ihm verfolgten Zweckes, eines Zweckes, der im furchtbarsten Sinne des Wortes jedwedes Mittel ohne Ausnahme heiligt. Daraus ergibt sich für uns alle die schwere Pflicht, aus dem immanenten Gegenseitigkeitscharakter der Menschlichkeit auch die negative Folgerung zu ziehen und überzeugtem Aktivismus grundsätzlicher Unmenschlichkeit mit unbeugsamer Festigkeit entgegenzutreten und mit Bewusstsein der Menschenpflicht, solche Gesinnung unerbittlich zu bekämpfen, solange sie vorhanden ist» (S. 511). Bei Erdmann ist die Ablehnung des Kommunismus nur mehr eine Funktion der Ablehnung des Dritten Reiches.

11 *Hiss*. Fred J. Cook: The Unfinished Story of Alger Hiss, New York 1958. Alger Hiss: In the Court of Public Opinion, New York 1957. Whittaker Chambers, New York 1952.

12 *HUAC*. Pro: William F. Buckley: The Committee and Its Critics, Chicago 1962; Contra: Frank J. Donner: The Un-Americans, New York 1961.

13 *McCarthy*. William F. Buckley: Im Schatten der Freiheitsstatue, o. O., o. J.

13a *Campus*. M. Stanton Evans: Revolt on the Campus, Chicago 1961. Das Buch von Evans, das das Überwechseln der Studenten ins konservative Lager beschreibt, nimmt seinen Titel vom gleichnamigen Buch

des liberalen Starintellektuellen James A. Wechsler, der 1936 die kommunistisch-liberale Bewegung auf den Universitäten beschrieb. Eine Anthologie des konservativen Schrifttums ist A. G. Heinsohn: Anthology of Conservative Writing in the United Staates 1932-1960, Chicago 1962. Eine wissenschaftliche Darstellung der geistigen Traditionen des amerikanischen Konservativismus ist Clinton Rossiter: Conservatism in America, London 1955. Zu den bekannteren konservativen Autoren zählen der bereits genannte Buckley (Rumbles Left and Right, New York 1963), Russel Kirk (The Conservative Mind, Chicago 1963 und A Program for Conservatives, Chicago 1954) und Thomas Molnar (The Two Faces of American Foreign Policy, Indianapolis 1962, und The Decline of the Intellectual, Cleveland 1961).

14 *Nannen.* Das Nannen-Zitat ist, wie eine Reihe anderer Zitate zur Nachkriegsgeschichte, dem wöchentlichen «Zeit-Archiv» (Abt. B – Kultur) entnommen worden, das von Paul Weinreich herausgegeben wurde und besonders für die ersten Nachkriegsjahre wertvolles Material enthält. Nannen-Zitat in Nr. 7/44/45 v. 5. 6. 1952.

15 *Eisenhower-Ära.* Eric F. Goldman: The Crucial Decade – And After. America 1945-1960, New York 1960. Drummond und Coblentz: Duell am Abgrund. John Foster Dulles und die amerikanische Aussenpolitik, Köln 1961. Richard Goold-Adams: John Foster Dulles. A Reappraisal, New York 1962. John Foster Dulles: Krieg oder Frieden, Wien 1950. Hans Joachim von Merkatz: In der Mitte des Jahrhunderts, München 1963.

16 *Morgenstern.* Oskar Morgenstern: Strategie heute, Frankfurt 1962.

17 *Fritz Bauer:* Antinazistische Prozesse und politisches Bewusstsein – Dienen NS-Prozesse der politischen Aufklärung? in: Antisemitismus. Zur Pathologie der Bürgerlichen Gesellschaft, Frankfurt 1965. Fritz Bauer (geb. 1903, Generalstaatsanwalt seit 1956) ist überhaupt für das Thema unseres Buches recht aufschlussreich, da er wohl die reinste deutsche Verkörperung des amerikanischen Antitrust-Liberalismus mit allen seinen Implikationen darstellt. Leider sind seine einschlägigen Schriften (wie Monopolernes Diktatur, Kobenhaven, Forlaget Fremad) nur in dänischer Sprache zugänglich.

18 *Oberländer.* Kurt Ziesel: Der Rote Rufmord, Tübingen 1961. Hermann Raschhofer: Der Fall Oberländer, Tübingen 1962. Donald Douglas Dalgeish: The Nazi «Past* in the Communist Cause. Diss, der University of Colorado 1963.

19 *Liberalismus.* Zu den geschicktesten Unternehmungen des neuen Liberalismus gehört seine Selbstdarstellung in Form eines Taschenbuch-Lexikons, Das Fischer Lexikon, darin besonders die Bände «Geschichte» (Waldemar Besson), «Soziologie» (René König), «Staat und Politik» Ernst Fraenkel und Karl Dietrich Bracher, «Aussenpolitik» (Golo Mann

und Harry Pross). Die genannten Namen zeigen auch, wo der akademische Liberalismus heute zu suchen ist. Links davon schliesst sich eine nicht abreissende Kette von mehr oder minder geistvollen Sammelbänden an, die meist bei Desch und Rowohlt erscheinen. Darunter: Die Alternative oder Brauchen wir eine neue Regierung? (Martin Walser 1961), Plädoyer für eine neue Regierung oder keine Alternative (Hans Werner Richter 1965), Bestandsaufnahme (Hans Werner Richter 1962), Zwanzig Jahre danach (Helmut Hammerschmidt 1965), Ich lebe in der Bundesrepublik (Wolfgang Weyrauch, o. J.), Ich lebe nicht in der Bundesrepublik (Hermann Kesten 1963), Wir leben in der DDR (Raimund Schnabel) usw. usw. usw.

20 *Loisel.* Nach Roman Schnur: Die französischen Juristen im konfessionellen Bürgerkrieg des 16. Jahrhunderts, Berlin 1962.

21 *Humanismus.* Vergleiche die Produktion des Szczesny-Verlages, etwa dessen Jahrbücher «Club Voltaire». Der liberale Gebrauch des Wortes «Humanismus» darf natürlich nicht mit dem früheren Wortsinn verwechselt werden. Bei Charlotte Bühler: Psychologie im Leben unserer Zeit, München 1962, S. 116, lesen wir zu seiner Entstehungsgeschichte : «Erich Fromm war wohl der erste, der das aus der Renaissance stammende Wort humanistisch», das damals den Bewunderer und Erforscher der Antike bezeichnete, in die moderne Psychologie hineintrug und von unserem «humanistischen» im Gegensatz zum «autoritären» Gewissen sprach... Das «autoritäre» Gewissen repräsentiert die von uns akzeptierte und von uns einverleibte Vorschrift der Autorität, die ihre schärfste begriffliche Fassung in Freuds «Über-Ich» gefunden hat. Das «humanistische» Gewissen Fromms repräsentiert demgegenüber unser eigenstes innerstes Wissen davon, ob wir «richtig» handeln im Sinne der uns innewohnenden menschlichen Fähigkeiten.» Eritis sicut Deus.

Register